

**16. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 811/1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird.**

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Manfred Ebner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Ebner** (16.45 Uhr): Im Jahre 1992 haben wir hier im Hohen Haus eine grundlegende Novelle des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes beschlossen. Das Wohnbauförderungsgesetz wurde im Jahre 1993 als Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1993 wiederverlautbart. Es ist den damaligen Reden hier im Hohen Haus bereits zu entnehmen, daß es klar war, daß es nach einer gewissen Erfahrungszeit Adaptierungen geben wird müssen. Diese Adaptierungen sind auch notwendig geworden zum Teil aufgrund des sogenannten dritten Wohnrechtsänderungsgesetzes und eben auf Grund der in der Zwischenzeit gewonnenen Erfahrungen. Es ist auch notwendig geworden, nicht gewollte Härten, die auf Grund der damaligen Novelle entstanden sind, zu verhindern. Die Vorlage des Ausschusses liegt Ihnen vor. Ich ersuche um Annahme.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

**Abg. Majcen** (16.46 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein Jahr nach dem neuen Wohnbauförderungsgesetz sind, wie der Berichterstatter gesagt hat, einige Adaptierungen und Präzisierungen vorzunehmen. Es waren sich bei den Beratungen eigentlich alle einig und haben im guten Klima verhandelt. Zwei Punkte sind es, die mich veranlassen, hier kurz das Wort zu ergreifen, weil ich glaube, daß sie auch für das Land insgesamt einen Fortschritt bedeuten. Das eine ist, daß bei der umfassenden Sanierung nunmehr ganz präzise festgelegt ist, daß die Schonung der Bausubstanz und die weitgehende Erhaltung des Erscheinungsbildes festgelegt wird, das heißt also, daß es nicht mehr passieren kann bei umfassenden Sanierungen, daß von dem zu sanierenden Objekt nichts mehr übrig bleibt und ein Neubau mit Sanierungsmitteln errichtet wird. Ebenso wird es sich wahrscheinlich als positiv herausstellen, daß die in der Wohnbauförderungsgesetznovelle 1993 abgeschaffte Wohnbeihilfenfähigkeit bei Bauten mit kleiner Sanierung nunmehr wieder eingeführt wird, das heißt, auch jemand, der in einem Bauwerk wohnt, in einer Wohnung wohnt, die mit der sogenannten kleinen Sanierung instandgesetzt wird, in Zukunft Wohnbeihilfe beziehen wird können. Und das bedeutet letzten Endes, daß nicht alle auf die umfassende Sanierung, die dem Land viel mehr Geld kostet, ausweichen und dort um jeden Preis sozusagen die große Sanierung ausgenützt wird. Das sind die zwei Punkte, wo man sagen muß, das ist wirklich etwas, was in dieser Novelle als sehr positiv zu bezeichnen ist, und wir werden gerne dieser Novelle die Zustimmung erteilen. (16.48 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (16.48 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Selbstverständlich werden auch wir sehr gerne diesem notwendigen Nachjustieren zustimmen, mit einigen Bemerkungen dazu. Wir müssen festhalten, daß die seinerzeit gemeinsam erfaßten und überlegten Intentionen, die wir mit dem neuen Gesetzeswerk verbunden hatten, noch nicht gegriffen haben. Es war aus diesem Grund notwendig, insbesondere in einigen Bereichen, die die Kostenseite auch betreffen, nachjustieren, und das gibt mir Gelegenheit in einem anderen Bereich, der für den Wohnbau auch kostenrelevant ist, mit zwei Sätzen abzuschweifen. Es weiß jeder, der mit Wohnbau zu tun hat, und auch jeder, der eine Wohnung benützt und Grundanteil bezahlt hat, daß die Grundkosten einen hohen, oft überhöhten Anteil an den Wohnkosten ausmachen. Es sind daher, glaube ich, alle Intentionen, daß Grund und Boden für sozialen Wohnbau günstig zur Verfügung gestellt werden kann, zu begrüßen. Wir haben nunmehr eine solche Vorlage eingebracht und haben Ihnen mit der nun eingebrachten Raumordnungsnovelle unter anderem auch den Vorschlag gebracht, daß wir den Gemeinden die Möglichkeiten an die Hand geben, für den sozialen Wohnbau günstiger Grundflächen zur Verfügung zu stellen, indem wir das bisher schon existierende, leider viel zu wenig genutzte, weil auch viel zu wenig scharfe, Instrumentarium der Vorbehaltsfläche, das bisher nur für öffentliche Zwecke des Straßenbaus, der Errichtung von Schulen und Kindergärten und ähnlichem vorgesehen ist, auch dem öffentlichen Interesse an Grundstücksflächen für den sozialen Wohnbau öffnen und zuordnen. Und eine Reihe solcher Vorschläge sind es, die wir gemacht haben, von denen wir überzeugt sind, daß sie auch im Wohnbaubereich kostensenkend wirken, und deshalb würde ich glauben, daß es schade wäre, im Sinne der Sache schade wäre, wenn wir das auch so sehen, wie es der Pressemeldung des zuständigen Herrn Landesrates von gestern zu entnehmen war, indem er gemeint hat, er findet zumindest einen Punkt in diesem Werk, in diesem Gesetzeswerk, das in Vorlage gebracht wurde, der ihn so sehr stört, daß er darüber nicht einmal, und zwar über das Gesamte, mit uns diskutieren wird.

Es wurde die Aussage gemacht, und es ist heute auch in den Zeitungen nachzulesen, daß man über dieses mit uns nicht diskutieren wird. Erster Punkt, muß ich dazusagen, Herr Landesrat. Es ist schon ein gewolltes Maß an Unschärfe beim Nachlesen in unserem Vorschlag, und ich bezweifle, daß er überhaupt so genau gelesen worden war, weil diese Art und Weise, wie wir das Vorbehaltsinstrumentarium schärfen wollen, ist bei weitem nicht das, was man gemeinhin als letzte Ratio der Enteignung nennt. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß wir, und da befinde ich mich auch im Gegensatz zu der gestrigen Aussage, daß wir den Gemeinden vernünftige Instrumentarien an die Hand geben sollen, daß die Raumordnung nicht als Instrument der Verhinderung empfunden wird, sondern als Instrument für die Bewältigung von Projekten. Und dafür glauben wir, daß zum Beispiel Vorbehalt für den sozialen Wohnbau, Vorbehalt für Gewerbe- und Industrieflächen ebenso möglich sein soll. Und ich komme wieder zurück auf die Äußerung des Herrn

Länderates, und ich gehe nicht darauf ein, daß ich mich sehr betroffen gefühlt habe, daß er in einer denunzierenden Art und Weise über unseren Herrn Landtagspräsidenten in seiner persönlichen, in seinen persönlichen Wohnverhältnissen geäußert hat. Gerade er war es nämlich, der von Anbeginn an, nämlich Dr. Klauser mit Dipl.-Ing. Schaller gemeinsam, Raumordnung in der Steiermark zu ihrem Stellenwert verholfen hat. Von Anfang an als einer der Väter des steirischen Raumordnungsgedankens. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich weiß, daß ich alles ändern muß, was ihr gemacht habt!“) Mittlerweile, Herr Landesrat, gibt es, und das haben wir ja auch gesagt, eine solche Fülle von Novellierungen, eine solche Fülle von Nachjustierungen, daß wir nicht mehr glauben, daß mit einem weiteren Nachjustieren – Ich werfe dir das überhaupt nicht vor. Aber bitte uns auch nicht vorzuwerfen, daß wir uns sagen, wenn wir wieder einmal nur ein bißchen nachjustieren, dann wird das Gesetz nicht besser, sondern noch schlechter. Wir legen vor eine komplett neue Überlegung für eine gute, zeitgemäße, neue steirische Raumordnung. Und das ist, bitte, meine Damen und Herren, nach 20 Jahren, wie ich glaube, auch angemessen. Nach 20 Jahren steirischer Raumordnung ist es angemessen, eine umfassende neue Überlegung, ist es erforderlich, eine umfassende neue Raumordnung zu installieren, die besser funktioniert, die den Gemeinden bessere Möglichkeiten gibt, die uns allen die Chance gibt, die Raumordnung wieder als Instrumentarium für Betriebsansiedlungen, für den sozialen Wohnbau und für alle anderen öffentlichen Interessen auch wirklich einzusetzen. Und deshalb halte ich es noch einmal, Herr Landesrat, nicht für zweckmäßig, weil es mir um die Sache geht, daß man hier Argumentationen wählt, die uns den Zugang zu weiteren Diskussionen sicherlich nicht erleichtern. Aber weil mir die Sache so sehr am Herzen liegt, sage ich, ich übersehe verbale Ausritte, ich lasse das beiseite, mir geht es um eine vernünftige steirische Raumordnung, mir geht es darum, daß dieser Gesetzesentwurf ordentlich diskutiert wird, und wir bieten trotz der gestrigen Aussagen nach wie vor unsere Diskussionsbereitschaft an. Wir erwarten nur, daß nicht nur über den vorliegenden Amtsentwurf klein nachjustiert wird, sondern daß unter einem auch über unseren großen Gesetzesentwurf gemeinsam und rasch diskutiert wird. (Beifall bei der SPÖ. – 16.57 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (16.58 Uhr):** Werter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrte Damen und Herren, und vor allem sehr geehrter Herr Kollege Dipl.-Ing. Grabner!

Ich verstehe schon, daß man in einem gewissen Ausmaß sensibel reagiert, wenn die eigenen Aussagen und die eigene Vorgangsweise von der anderen Seite, und in diesem Fall von mir, sehr scharf beantwortet werden. Und das mache ich jetzt auch. Wenn du jetzt hier dem Hohen Haus erklärst, daß trotz meiner Äußerungen und trotz meiner Vorgangsweise die gute Zusammenarbeit weiter gepflogen wird, dann nehme ich das zunächst einmal dankbar zur Kenntnis. Aber

bitte, dann wolle auch die Sozialdemokratie zur Kenntnis nehmen, daß wir einvernehmlich seit einem Jahr über Punkte verhandeln, die zeitlich ausgesprochen dringend und notwendig sind. Wir uns einvernehmlich darauf geeinigt haben, daß wir mit einem Zwischenschritt dieser kleinen Novelle erstens einmal auf EWR/EG reagieren und zweitens über unbedingte Notwendigkeiten, wie Dichteerhöhungen, wie Bevorteilung der Landwirtschaft, der es ja im Rahmen der Raumplanung auch nicht unbedingt immer vorzüglich geht, zu sprechen. Darauf haben wir uns geeinigt. Wir haben in unseren Gesprächen dann ohne jegliche Vorankündigung von eurer Seite Vorschläge bekommen. Wir haben dazu nicht Stellung genommen und gehofft, daß man die Raumplanung als wichtiges Instrument aus diesem parteipolitischen Gezänke, das zur Zeit allgemein üblich ist, heraushält. Ihr seid am Donnerstag zusammengesessen, wir haben uns auf den Freitag geeinigt, und wir waren uns einig, daß wir über diesen Vorschlag, der von eurer Seite gekommen ist, ebenfalls diskutieren. Am Montag darauf tritt geschlossen die Sozialdemokratie in Raumordnungsfragen an, und unterstellt dem zuständigen Referenten, daß er ein unlesbares Gesetz gemacht hat, und unterstellt dem zuständigen Referenten weiters, daß nichts weitergeht. Nach diesen Verhandlungen, in denen man selber drin sitzt, wie Präsident Klauser als gute Gespräche bezeichnet hat, unterstellt man dem Referenten, daß in den Abteilungen durch Fristablauf die Akten behandelt werden – drei Fälle von 100 weiters im AOG die Dinge liegen bleiben oder in den Ämtern liegen bleiben. In diesem Fall, lieber Kollege Grabner, darf ich antworten, und ich würde mich freuen, wenn wir den Zeiger zurückdrehen, aber nicht vor den Montag – gestern –, sondern auch vor eurem Montag. Wir müßten über diesen ganzen Bereich wieder vernünftig und losgelöst von dem parteipolitischen Gezänke reden können. So gesehen nehme ich deinen Schlußsatz gerne auf. Ich bin bekannt dafür, daß ich für sachliche Gespräche immer zur Verfügung stehe. Bitte, nehmt aber auch zur Kenntnis, daß ich bekannt dafür bin, daß ich dann, wenn ich angegriffen werde, unsachlich angegriffen werde, auch entsprechend reagiere. Das habe ich gemacht und werde ich auch zukünftig machen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 17.00 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.00 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe von dieser Stelle aus schon mehrfach betont, daß ich das Wohnbauförderungsgesetz für ein sehr, sehr mächtiges Instrument im Sinne des Umweltschutzes halte. Diesem Willen, daß dieses Gesetz auch Instrument im Sinne der Umweltpolitik sein soll, wird auch vom Gesetzgeber Ausdruck verliehen, zum Beispiel im Paragraphen 3 Absatz 1, wo sehr deutlich formuliert wird, daß einerseits im Hinblick auf Energiepolitik, andererseits auch im Hinblick auf den rationalen und effizienten Umgang mit Trinkwasser und mit Wasser insgesamt dieses Instrumentarium zu nutzen ist. Die jetzt vorliegende Novelle berücksichtigt diesen Auftrag auch insofern, als ab sofort, mit Gültigwerden

dieser Gesetzesnovelle, künftig in geförderten Neubauten nur noch wassersparende Armaturen einzubauen sind. Ich halte das zwar nicht für eine sehr großartige, vom Volumen her sehr große, Maßnahme, aber ich glaube, daß hier doch ein Zeichen in die richtige Richtung gesetzt wird. Ist es doch nicht allzulange her, daß die Steiermark, insbesondere der Süden und der Osten der Steiermark, unter massivem Wassermangel gelitten hat. Ich glaube also, daß hier ein Ansatz verfolgt wurde, ein Zeichen gesetzt wurde in die richtige Richtung, und glaube, daß sich das auch materiell in diesen betroffenen Regionen längerfristig auswirken wird. Nicht ganz glücklich bin ich darüber, daß der zweite Wasser aspekt, der auch im Gesetz bereits genannt wird, nämlich der Einbau von Brauchwasserleitungen beziehungsweise Grauwasserleitungen, noch nicht berücksichtigt wurde. Ich glaube, daß hier noch eine eingehende Prüfung vonstatten gehen sollte. Ich glaube aber, daß wir langfristig nicht darum herumkommen werden, zumindest in bestimmten Regionen in der Steiermark derartige Maßnahmen, nämlich den Einbau von Brauch- und Grauwasserleitungen, zu fördern.

Wir diskutieren dieses Thema Brauchwasser/Grauwasser auch in einer anderen Materie, nämlich im Gemeindewasserleitungsgesetz, dort haben wir uns darauf verständigt, daß wir eine liberale Haltung forcieren werden, das heißt, daß keinesfalls mehr, wie das bisher zumindest interpretierbar im Sinne des Gemeindewasserleitungsgesetzes, die Nutzung von Grauwasser und Brauchwasser verboten werden kann. Diesbezüglich wird demnächst dem Landtag eine Novelle zugehen, wo also ein derartiger liberaler Kurs für die Bevölkerung eingeschlagen werden wird.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Gemeindewasserleitungsgesetz haben wir die Problematik der Wasserzähler diskutiert und sind zur Ansicht gekommen, daß auch diese Maßnahme vom Land Steiermark forciert werden sollte. Ganz einfach aus Gerechtigkeitsgründen: so selbstverständlich es ist, etwa im Bereich von Strom oder Gas oder anderen Ressourcen, daß man verbrauchsbezogen abrechnet, so selbstverständlich ist es leider beim Wasser noch nicht. Wenn Sie in einem Geschößwohnbau wohnen etwa, wird höchstwahrscheinlich Ihr Wasserverbrauch über Quadratmeter oder, wie das in Graz ist, über die Anzahl der Toilettenanlagen abgerechnet werden. Ich halte das im Sinne der effizienten Nutzung der Ressource Wasser für keine gerechte und sinnvolle Lösung. Ich glaube also, daß langfristig – auch das ist ein sehr langfristiger Prozeß – pro Wohnung jeweils ein Wasserzähler einzurichten sein wird. Auch hier glaube ich, daß über das Wohnbauförderungsgesetz, möglicherweise über eine der nächsten Novellen, ein Zeichen, zumindest in den besonders von Wassermangel betroffenen Regionen, gesetzt werden sollte. Man sollte sich also überlegen, ob nicht über Verordnung in bestimmten Regionen, in bestimmten Bezirken der Steiermark der nachträgliche Einbau oder bei Neubauten der Einbau von Wasserzählern einer besonderen Förderung zugeführt werden sollte.

Der zweite Bereich der Umweltpolitik, der intensiv vom Wohnbauförderungsgesetz berührt wird, ist der Bereich der Energie. Meine Damen und Herren, Sie wissen vielleicht, daß wir seit Dezember 1992 Mitglied

beim Klimabündnis Europa–Amazonien sind und uns damit verpflichtet haben unter anderem 50 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in unserem Bundesland zu reduzieren. Eine tatsächlich sehr, sehr hohe Latte, die auch nur mit Unterstützung und mit entsprechenden Rahmenbedingungen im Wohnbauförderungsgesetz erreicht werden kann. Ansätze zur Erreichung dieses Zieles gibt es ja bereits im bestehenden Gesetz. Und ich bin sehr froh darüber, daß zum Beispiel im geförderten Wohnbau ein Tropenholzverbot besteht. Eine Sache, die im Zusammenhang mit diesem Klimabündnis anzustreben und vorgeschrieben ist, ist das Verbot von Stromheizungen – zumindest weitestgehend – in unserem Bundesland im geförderten Wohnbau. Heizen mit Strom ist ganz sicherlich die am wenigsten umweltfreundliche Methode des Heizens.

Um noch kurz einen Eindruck zu geben, welche Bedeutung das Heizen, die Raumwärmeerzeugung also, im Zusammenhang mit dem Gesamtenergieverbrauch hat. Allein für die Raumwärmeerzeugung, die Raumwärmebereitstellung, verbraucht der private Haushalt 80 Prozent seines Gesamtenergieverbrauches. Durch energietechnische, insbesondere wärmetechnische Maßnahmen ließen sich angesichts des durchschnittlichen Zustandes der Gebäude in der Steiermark rund 50 bis 60 Prozent dieses Energieverbrauches einsparen. Energieverbrauch einsparen heißt, wie ich schon betont habe, einerseits CO<sub>2</sub>-Emissionen vermindern, andererseits aber auch natürlich unmittelbar Geld sparen, da spreche ich über die soziale Komponente, die ja auch im Wohnbauförderungsgesetz beachtlich und bedeutsam ist. Uns allen ist klar, daß die Energiepreise und damit die Betriebskosten in den nächsten Jahren massiv ansteigen werden. Nicht zuletzt dadurch, daß europaweit Diskussionen um die Besteuerung zumindest von fossilen Energieträgern laufen. Ja, auch unser Finanzminister Lacina hat angekündigt, daß in der nächsten Legislaturperiode – so er noch Finanzminister ist –, aber ich glaube, auch bei einem Wechsel in diesem Ressort, es jedenfalls zu einer Energiebesteuerung, wahrscheinlich im europäischen Konzert, kommen wird. Das bedeutet, daß Personen, die hohe Betriebskosten haben im Bereich Raumwärme, zusätzlich finanziell belastet werden und insofern natürlich die Amortisationszeiten von energietechnischen Maßnahmen jedenfalls sinken werden. Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, schlage ich vor, daß man sich bei der nächsten Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes beziehungsweise bei der Novellierung der entsprechenden Durchführungsverordnung einige Punkte sehr genau überlegen sollte. Es sind bereits Studien in Auftrag gegeben, zum Beispiel zum Niedrigenergiehaus. Ich hoffe, daß diese Studie in den nächsten Wochen beziehungsweise Monaten positiv abgeschlossen wird und wir tatsächlich in mittlerer Frist zu einer derartigen Sonderförderung für Niedrigenergiehäuser kommen werden. Damit wird es möglich sein, doch eine gute Anzahl, eine hoffentlich hohe Anzahl von Modellgebäuden in der Steiermark zu errichten mit einer gewissen Vorbild- und Breitenwirkung. Es geht darum, daß diese Niedrigenergiehäuser ganz besonderen, erhöhten Anforderungen, was die Wärmedämmung betrifft, genügen müssen. Es geht darum, daß man möglicherweise Entwicklungen der Steiermark, und wir werden das heute noch beim Wissen-

schaftsbericht diskutieren, wie das heute noch beim Wissenschaftsbericht diskutieren, wie zum Beispiel neuartige Energiesparfenster, in diesem Bereich zur Anwendung kommen könnten.

Es geht darum, daß auch steirische heizungstechnische Innovationen im Bereich Niedrigenergiehäuser eingesetzt werden können, im Bereich des Kesselbaues etwa, im Bereich der Meß- und Regeltechnik, also alles Bereiche, die man gemeinhin unter dem Begriff high technology zusammenfaßt. Ich halte das für einen nicht gerade unbedeutenden Aspekt der regionalen Wirtschaftsförderung, wenn man derartige Modellgebäude auch finanziell unterstützt. Der zweite Aspekt, den ich ansprechen möchte, wäre natürlich die Anhebung des generellen Wärmedämmungsstandards im geförderten Wohnbau. Ich spreche hier davon, daß man – auch über die Richtlinien der steirischen Wärmedämmverordnung hinausgehend – Anforderungen im geförderten Wohnbau stellen sollte. Ich meine, daß man hier insbesondere auf ein System der Energiekennzahlen umsteigen sollte, da ich der Ansicht bin, daß mit dem derzeit verwendeten physikalischen Parameter des K-Wertes der Energieverbrauch eines Wohngebäudes nur sehr unzulänglich erfaßt wird. Eine Energiekennzahl von etwa 80 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr wären hier als Maximum im geförderten Wohnbau anzustreben.

Der dritte Punkt, den man durchaus überprüfen und überlegen sollte, wäre die verpflichtende Nutzung von Sonnenkollektoren zur Erzeugung von Warmwasser in der warmen Jahreszeit. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß es mit der Erzeugung von Warmwasser in der warmen Jahreszeit durch fossile Brennstoffe immer wieder zu argen Schadstoffbelastungen kommt. Sie können sich vorstellen, daß allein auf Grund der dann gegebenen klimatischen Bedingungen es immer wieder zu Streitigkeiten kommt, die man damit, indem man eben Sonnenkollektoren in der warmen Jahreszeit für Warmwasserbereitung vorschreibt, leicht vermeiden könnte. Mittlerweile ist es ohnehin so, daß es in der Steiermark eine derart massive Bewegung gibt zum Selbstbau von Sonnenkollektoren, daß diese Maßnahme eigentlich nicht mehr diese Schärfe hat, die vielleicht durchklingt.

Ein vierter Punkt, den ich noch ansprechen möchte: Ich glaube, daß es wichtig wäre, daß jeder Besitzer eines Wohngebäudes, eines geförderten Wohngebäudes insbesondere, genau Bescheid weiß über seinen Energieverbrauch, über den wärmetechnischen Standard seines Gebäudes. Ich glaube also, daß geförderte Wohnbauten so etwas wie einen Wärmepaß ausgestellt bekommen sollten. Mir ist bekannt, daß der Landesenergiebeauftragte das ohne weiteres bewerkstelligen könnte.

Meine Damen und Herren, als Zusammenfassung dieser Punkte, die ich hier angesprochen habe, möchte ich Ihnen folgenden Beschlußantrag zu Gehör bringen:

Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl und Schleich, betreffend die Berücksichtigung der Ziele des Klimabündnisses Europa-Amazonien bei der nächsten Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes.

Als Begründung führe ich an: Das Land Steiermark ist seit Dezember 1992 Mitglied beim Klimabündnis

Europa-Amazonien. Die wichtigste Verpflichtung, die die Steiermark damit eingegangen ist, ist die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 Prozent. 80 Prozent des gesamten Energieverbrauches und damit der CO<sub>2</sub>-Emissionen eines privaten Haushaltes werden bei der Erzeugung von Raumwärme verursacht. Dem energietechnisch optimalen Wohnbau und damit auch dem Wohnbauförderungsgesetz kommt daher zur Erreichung der Ziele des Klimabündnisses große Bedeutung zu. Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Ausarbeitung der nächsten Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes beziehungsweise der dazugehörigen Durchführungsverordnung den sich aus der Mitgliedschaft des Landes Steiermark beim Klimabündnis ergebenden Verpflichtungen verstärkt Rechnung zu tragen. Insbesondere sollten folgende Aspekte geprüft werden und gegebenenfalls Berücksichtigung finden:

Erstens Sonderförderung für Niedrigenergiehäuser.

Zweitens verpflichtende Nutzung von Sonnenkollektoren zur Erzeugung von Warmwasser in der warmen Jahreszeit.

Drittens Festlegung einer Energiekennzahl, das ist der Energieverbrauch pro Quadratmeter und Jahr von maximal 80 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr für geförderte Neubauten, und viertens Ausstellen eines Energiepasses für alle Neubauten und alle umfassend sanierten Gebäude.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 17.13 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

**Abg. Trampusch (17.13 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Landtag werden verschiedenste Anträge von den einzelnen Klubs eingebracht. Das sind zum Teil Absichtserklärungen, zum Teil sind es konkrete Aufforderung an Landes- oder Bundesregierung, und es gibt auch eine dritte Form, die heute erwähnt worden ist, das sind ausformulierte, legislative Vorschläge. Und, Herr Landesrat Schmid, wir haben das schon so verstanden, daß die Einbringung eines solchen ausformulierten Gesetzesvorschlages kein parteipolitisches Gezänke darstellt, sondern einen ersthaften Versuch, für die Verhandlungen sehr konkrete Unterlagen einzubringen. Und ich lade daher alle im Landtag vertretenen Parteien ein, in sehr wichtigen Materien, und die Raumordnung gehört dazu, auch selbst sich die Mühe zu machen, sich hinzusetzen und eigene Vorschläge womöglich als kompakten Vorschlag in Form eines Gesetzestextes zu erarbeiten und einzubringen. Und dann haben wir jene Basis, die vielleicht uns viel schneller dabei weiterbringt, wenn wir ersthafte Parteienverhandlungen in einer solchen Frage führen. Wir stehen selbstverständlich zu jenen ausverhandelten Formulierungen, die jetzt als Übergang notwendig sind für eine Novellierung im Rahmen des Gesetzes. Aber ich verweise nur darauf, daß es nicht das erste Mal war, daß wir einen wirklich sehr gut durchdachten und ausgereiften Vorschlag für ein Naturschutzgesetz eingebracht haben. Wir haben auch ein Landwirt-

schaftsförderungsgesetz eingebracht, damals hat das die FPÖ noch sehr begrüßt. Ich hoffe, daß es in Zukunft in wichtigen Anliegen ähnliche ausformulierte Vorschläge gibt. Und ich sehe ja also darin kein Parteiengezänk, sondern einen wertvollen Beitrag zu einer sachlichen Arbeit. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 17.15 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (17.16 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Klubobmann.

Genauso sehe ich es auch. Aber nur bis zu dem Zeitpunkt, bis zu dem er es einbringt, und nicht hinausgeht und den anderen unterstellt, daß sie nichts tun. Und das ist das, was ich in diesem Zusammenhang dem verehrten Kollegen Grabner unterstelle. Wir sagen, genau wie das der Herr Klubobmann, der ja auch schon, bevor er 60 wurde, ein sehr weiser Mann war, formuliert hat: Es ist sehr gut und sehr vernünftig, wenn jeder seine Vorstellungen und Vorschläge im ausreichenden und gut dokumentierten Maße einbringt. Völlig einverstanden, nur, dann lassen wir auch bitte die Begleitmusik weg. Unterlassen wir die Unterstellungen, die man dem anderen macht, der genauso ehrlich bemüht ist, in den einzelnen Gesetzesbereichen zu arbeiten, wie dies alle meine Abteilung, zum Beispiel zur Zeit an der wesentlich neuen steirischen Bauordnung, und wir alle auch an der Wohnbauförderung gemeinsam gearbeitet haben.

Abschließend zu den Vorschlägen des Herrn Kollegen Getzinger: Auch die neue steirische Wohnbauförderung nimmt ja bezug auf die Energienutzung und auf die Ökologie. Die Diffamierungen der Holzhäuser kommen weg, und wir können uns also sehr gut auf das verstehen, was Sie hier eingebracht haben, zumal beinahe in allen Punkten die ja bereits entsprechenden Untersuchungen im Gange sind. Ich hoffe, daß wir hier einen Schritt weiterkommen im gemeinsamen Interesse und zum Nutzen der Wohnbevölkerung und zum Nutzen der Natur. Wir werden also sicherlich diesem Antrag von Ihnen zustimmen. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ. - 17.18 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl und Schleich, betreffend die Berücksichtigung der Ziele des Klimabündnisses Europa-Amazonien bei der nächsten Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes. Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen: Erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters und zweitens über den Beschlußantrag der Abgeord-

neten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl und Schleich.

Ich komme nun zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner und Schleich ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**18. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 802/1, Beilage Nr. 77, über die Regierungsvorlage, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 1981 geändert wird.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Grillitsch (17.19 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren.

Auf Grund des Bundesgesetzgebers wurde das Grundsatzgesetz geändert. Es erfolgt eine Angleichung an dieses, wo die Zeit, Teilzeit geregelt wird, wo die Mißbräuche in der Teilzeit verhindert werden, wo auch die Änderungen des Mutterschaftsgesetzes berücksichtigt sind, auch das Urlaubsgesetz. Und es ist festzustellen, daß in der vorliegenden Vorlage durch diese grundsätzlichen Regelungen dem Land Steiermark keine Nachteile entstehen. Ich bitte um Annahme dieser Gesetzesänderung.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt sehr wohl vor. Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Riebenbauer (17.20 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich in Kürze einige wichtige Punkte zur Änderung der Landarbeitsordnung und auch gleich zum Tagesordnungspunkt Landarbeiterkammergesetz erwähne. Zur Landarbeitsordnung: Sehr positiv ist die völlige Gleichstellung der Teilzeitbeschäftigten mit den Vollzeitbeschäftigten. Und durch das Benachteiligungsverbot ist dies auch gesetzlich abgesichert. Zusätzlich ist bei der Geburt eines Kindes, der Mutter oder dem Vater die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung bis zum Ablauf des vierten Lebensjahres des Kindes möglich. Die Erweiterung des Kündigungs- beziehungsweise Entlassungsschutzes bei der Geburt eines Kindes ist schlicht und einfach gesagt ein familienfreundlicher Schritt. Ebenso neben vielen anderen die Verlängerung der Schutzfrist und die Anregung des ersten Karenzurlaubes für die Kündigungsfrist. Positiv im Sinne der Dienstgeber ist, wenn der Dienstnehmer selbst kündigt, gebührt die Urlaubsentschädigung erst nach der Hälfte des zweiten Dienstjahres.

Wesentliche Punkte zum Landarbeiterkammergesetz: Ein Anpassen an die heutigen beziehungsweise künftigen Erfordernisse ist die Erweiterung der Kammeraufgaben in den Bereichen der Gesundheit,

der Sicherheit, der Umwelt und des Konsumentenschutzes. Ebenso soll, wie es auch notwendig ist, die Zusammenarbeit mit Organen der betrieblichen Interessenvertretung gestärkt werden. Mehr Demokratie und Kontrolle bringt die Schaffung eines mindestens fünfköpfigen Kontrollausschusses, wo jede Wählergruppe in der Vollversammlung vertreten ist, mit mindestens zwei Mandaten vertreten ist, im Kontroll-Ausschuß. Einfacher, unbürokratischer und hoffentlich auch kostengünstiger soll die Erfassung der Wahlberechtigten und die Befragung von Kammermitgliedern in Zukunft im Sinne des neuen Gesetzes sein. Die Schaffung eines Petitionsrechtes wird die demokratischen Rechte der Kammerzugehörigen verstärken. Mit Datenschutzbestimmungen wird vorgesorgt, daß persönliche Daten der Kammerzugehörigen nicht mißbraucht werden können.

Geschätzte Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß sich diese Gesetzesänderungen auf die 8350 in der Steiermark auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet unselbständig erwerbstätigen Menschen positiv auswirkt, und ersuche Sie daher um die Zustimmung zu diesen beiden Punkten. (Beifall bei der ÖVP. - 17.24 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**19. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 712/2, Beilage Nr. 83, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 712/1, Beilage Nr. 65, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1991 geändert wird.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Sepp Kaufmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Kaufmann (17.25 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Reform der gesetzlichen Interessenvertretungen ist ein eigenes Kapitel im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien auf Bundesebene vom 17. Dezember 1990 gewidmet. Auch die Steiermärkische Landarbeiterkammer will sich diesen Entwicklungen nicht verschließen. Das Arbeiterkammergesetz und das Handelskammergesetz wurden völlig neu geschaffen beziehungsweise in entscheidenden Punkten novelliert. Folgende unter Beachtung dieser Grundsätze angeführte Punkte sollen durch die Novelle neu geregelt werden: eine teilweise Erweiterung der Kammeraufgaben, das Vorsehen eines Kontroll-Ausschusses, die Möglichkeit der Abberufung der gewählten Organe der Landarbeiterkammer, das Vorsehen eines Petitionsrechtes für die Kammermitglieder und Änderung des Wahlverfahrens betreffend die Erfassung der Wahlberechtigten und die Befragung der Kammerzugehörigen.

Es sind keine finanziellen Auswirkungen auf Grund dieser Änderungen des Gesetzes für das Land Steiermark zu befürchten. Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle den nachstehenden Entwurf des Geset-

zes, mit dem das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1991 geändert wird, zum Beschluß erheben. (17.26 Uhr.)

**Präsident:** Danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**20. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 799/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 1992.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz (17.27 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark für das Kalenderjahr 1992 wurde von der Abteilung für Wissenschaft und Forschung zusammengestellt. Der Abschnitt über die Tätigkeiten der landeseigenen Forschungsgesellschaft Joanneum Research wird durch einen Geschäftsbericht ergänzt. Von den Forschungs- und Entwicklungsausgaben der öffentlichen Hand im Jahr 1992 von zusammen 14 Milliarden Schilling entfallen 12,2 Milliarden auf den Bund, 1,7 Milliarden auf die Bundesländer. Das Land Steiermark wendet hierbei im Vergleich zu den anderen Bundesländern überdurchschnittlich hohe Mittel für die finanzielle Unterstützung von Wissenschaft und Forschung auf. Mit Ausgaben von jeweils knapp 300 Millionen für Wissenschaft und Forschung im letzten Jahr liegt die Steiermark unter allen Bundesländern an zweiter Stelle nach Wien.

Hoher Landtag, ich darf den Antrag stellen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung für das Kalenderjahr 1992 über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark mit beigelegtem Geschäftsbericht der landeseigenen Forschungsgesellschaft Joanneum Research zur Kenntnis zu nehmen. (17.28 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ussar (17.28 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Steiermärkische Landesregierung legt uns jährlich einen Bericht über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark vor. Der uns vorliegende Bericht in dieser Stärke umfaßt 244 Seiten und berichtet uns über die Tätigkeit im Kalenderjahr 1992. Die Abteilung für Wissenschaft und Forschung hat die umfangreichen Beiträge der verschiedenen Abteilungen und Dienststellen wieder sorgfältig zusammengestellt und gibt uns so einen umfassenden Überblick über die Tätigkeit auf dem Gebiet der Wissenschafts- und der Forschungsförderung. Ich möchte einleitend sehr herzlich dem politischen Referenten Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner dafür danken, daß es ihm schon nach kurzer Zeit im Ressort gelungen ist, finanziell

wesentlich bessere Voraussetzungen, gerade für diese wichtige Position, zu schaffen. Einen Dank auch an die zuständige Abteilung, Herrn Abteilungsvorstand Wirklichen Hofrat Dr. Piffl-Percevic und seinen Mitarbeitern, für die wirklich exzellente Zusammenstellung dieses Berichtes, der uns, sehr geehrte Damen und Herren, Gelegenheit gibt, neben den Universitäten in der Landeshauptstadt vor allem auch die Montanuniversität Leoben besonders in den Vordergrund zu stellen.

Ich möchte heute nur kurz zu einigen mir wichtig erscheinenden Punkten Stellung nehmen. Zum Ersten zur Forschungsförderung. Aus dem Bericht, sehr geehrte Damen und Herren, ist ersichtlich, daß gegenüber 1991 die Gesamtsumme der österreichischen Forschungsausgaben um 9 Prozent gestiegen ist. Eine erfreuliche Tatsache, damit konnte der Anteil am Bruttonationalprodukt von 1,48 auf 1,52 Prozent gesteigert werden. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich oft an deine Tätigkeit, sehr geehrter Herr Univ.-Prof. Dr. Jeglitsch, wie du noch Vorsitzender der Rektorenkonferenz warst und auch in diesem Bericht damals beklagt hast, wie nieder der Anteil ist, wenn ich mich noch richtig erinnere war er damals bei 1,32 Prozent so herum. Du hast damals einen schönen Ausspruch getätigt: „Österreich ist noch immer zu jeder Verspätung zurechtgekommen.“ Ich glaube, in diesem Fall durch die Steigerung ist das also widerlegt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren. Die Steigerung des Anteils der österreichischen Forschungsausgaben am Bruttonationalprodukt ist zwar sicherlich als Erfolg zu werten, aber ich glaube, international gesehen sind wir noch immer im Rahmen der OECD-Länder noch nicht an dem Platz, wo wir es uns wünschen, und wir haben hier noch einiges zu tun. Spitzenwerte in diesem Zusammenhang haben die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Schweiz und die USA. Der Durchschnitt der EG-Länder liegt bei 2 Prozent, und hinter Österreich sind Spanien, Irland, Neuseeland und auch Italien. Von den Forschungs- und Entwicklungsausgaben der öffentlichen Hand im Jahr 1992 von zusammen immerhin 14 Milliarden Schilling entfallen 12,2 Milliarden Schilling auf den Bund, 1,7 Milliarden auf die Bundesländer und 0,24 Milliarden auf die Gemeinden, Kammern und Sozialversicherungsträger.

Und nun zu einer sehr erfreulichen Situation: Wir neigen manchmal dazu, auch das Negative zuerst zu sehen. In diesem Fall, muß man sagen, ist die Steiermark wirklich an ganz prominenter Stelle. Das Land Steiermark wendet nämlich im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich hohe Mittel für die finanzielle Unterstützung von Wissenschaft und Forschung auf, was uns alle ganz besonders freut. Mit Ausgaben von jeweils knapp 300 Millionen Schilling für Wissenschaft und Forschung in den letzten Jahren liegt die Steiermark unter allen Bundesländern nach Wien an zweiter Stelle. Eine ganz erfreuliche Tatsache. Ich glaube, daß wir, sehr geehrte Damen und Herren, auf diese Tatsache stolz sein können, und es zeigt sich vor allem auch, daß der verantwortliche Referent weiß, wie wichtig unsere steirische Heimat die Forschungsförderung und Förderung für Wissenschaft und Forschung nehmen muß. Besonders wichtig scheint mir aber vor allem auch die Unterstützung der

Universitätseinrichtung sowie außeruniversitären Forschungsinstitutionen durch das Land. Ich möchte als Beispiel Förderung zur Abhaltung von wissenschaftlichen Kongressen in der Steiermark nennen. Und ich kann dich ebenfalls zitieren, du hast einmal den ersten, du hast einmal zitiert, daß also vor allem die Mittel für Professoren und Assistenten, um Auslandskontakte zu nehmen, sehr gering sind und hier also einiges zu tun ist. Ich glaube, daß gerade in diesem Bericht aufscheint, daß hier Wesentliches geschehen ist. Du hast einmal Peter Tunner zitiert, der glaube ich 1500 Gulden damals gehabt hat, und hast es im Vergleich gebracht zur Situation der derzeitigen Universitäten. Man sieht also, daß hier Wesentliches geschehen ist. Besonders, sehr geehrte Damen und Herren, wichtig ist auch die Unterstützung von Forschungsanliegen von Bundes- und internationalen Stellen. Hier ist die Unterstützung durch das Amt besonders gegeben. Ich möchte aber auch in diesem Zusammenhang auf das Kongreßzentrum in Leoben besonders hinweisen, weil es sich für die Abhaltung von Kongressen eignet. Und es wird in Zukunft, und ich habe den Bericht genau studiert, unbedingt notwendig sein in Zusammenarbeit mit der anerkannten Montanuniversität in Leoben, zukünftig mehr Kongresse in die Bergstadt Leoben zu verlegen, weil ganz einfach dort auch die Voraussetzungen bestens gegeben sind. Ein Schwerpunkt im heurigen Bericht sind auch wieder die Forschungsfelder der neuen expandierenden landeseigenen Forschungsgesellschaft Joanneum-Research. Und ich darf sagen, wir hatten ja im Vorjahr die Möglichkeit, im Rahmen des Wissenschafts-Ausschusses diese Institution zu besuchen, und ich darf sagen, daß wir also sehr beeindruckt waren von den Leistungen, die dort erbracht werden. Der umfangreiche Geschäftsbericht, den ich Ihnen bereits zitiert habe, gibt uns Aufschluß über den für unsere heimische Wirtschaft so bedeutenden Technologietransfer. Sieht man das Betriebsergebnis von Joanneum Research an, so kann man ebenfalls zufrieden sein. 70 Prozent der Aufwendungen werden bereits hereingebracht. Mir scheinen aber auch ganz besonders wichtig die Forschungspreise des Landes Steiermark, die ebenfalls im Bericht aufscheinen. Diese werden für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Forschung vergeben und sind eine sichtbare Anerkennung für junge steirische Wissenschaftler. Und hier auch eine erfreuliche Mitteilung, die uns Leobner ganz besonders freut und auch zeigt von der Qualität unserer Montanuniversität. Vor kurzem überreichte Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner die Forschungspreise des Landes Steiermark, und uns Leobner freut es ganz besonders, daß den Förderungspreis 1993 Universitätsdozent Dr. Erich Königsberger von der Abteilung für physikalische Chemie und theoretische Hüttenkunde der Montanuniversität Leoben erhalten hat. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß solche Preise vergeben werden, weil sie unsere jungen Wissenschaftler anfeuern, auch besonders in dieser Richtung der Forschung tätig zu sein. Und der Rektor der Montanuniversität Leoben, Dipl.-Ing. Dr. Albert Oberhofer, hat erst vor kurzem mit Genugtuung festgestellt, daß die besten Noten aus der Industrie für seine Universität gegeben werden. Rektor Oberhofer führt das darauf zurück, daß man den Wissensbedarf

erhoben hat, so daß es möglich sei, sich konsequent in der Wissensvermittlung darauf zu orientieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir Leobner sind stolz auf unsere Montanuniversität. Mitte Dezember des vergangenen Jahres erfolgte für die Leobner Universität eine Prämierung des ausgeschriebenen Architektenwettbewerbes, der sich mit dem angestrebten Neubau Kunststofftechnik befaßte. Die Montanuniversität soll weiter wachsen, und darum dehnt sich, die Leoben kennen, der Platzbedarf in die nähere Nachbarschaft der alten Kaserne Peter-Tunner-Straße/Kaiserfeldgasse und zum Stadtkai aus. Hier sollen die Institute Chemie und Kunststoffe, Kunststoffverarbeitung, Werkstoffkunde, Konstruierung in Kunst- und Verbundstoffen sowie ein Hörsaalzentrum Platz finden. Ich weiß schon, daß dieses Bauvorhaben mit 60.000 Kubikmeter Rauminhalt und mit einer Nutzfläche von 7500 Quadratmeter und einem Kostenaufwand von insgesamt 300 Millionen Schilling nicht billig ist. Ich würde aber trotzdem alle ersuchen, dazu beizutragen, ob Land oder Bund, daß es möglich wird, raschest diese Bauten zu vollenden, damit die Universität die Möglichkeit hat, ihre neuen Institute entsprechend unterzubringen. Ich habe schon öfters gesagt, eine Studentin hat einmal gesagt, in Leoben bist ein Mensch, in Graz bist eine Nummer und in Wien bist gar nichts. Also ich möchte sagen, daß das Geld hier sicher auch gut angelegt ist, weil die Professoren bei uns noch die Studenten beim Namen kennen und sich sehr um eine individuelle Betreuung kümmern. Ich darf aber auch in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Stadtgemeinde Leoben sich sehr bemüht hat, auch die Universität zu fördern, nicht nur von Land und Bund zu fordern. Die Gemeinde hat insgesamt 16.564 Quadratmeter der Montanuniversität Leoben insgesamt bis jetzt zur Verfügung gestellt, und es gebührt auch dem Bürgermeister Direktor Benedek der herzlichste Dank mit dem Gemeinderat. Sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich zum Schluß komme, noch ein paar Worte zum Laserzentrum Leoben im Technologie- und Schulungszentrum Niklasdorf und zum Technologietransferzentrum in Leoben. Im Hinblick auf die große Bedeutung der Werkstoffkunde für den Lasereinsatz bewährt sich die enge Kooperation des Laserzentrums mit dem Institut für Metallkunde und Werkstoffprüfung der Montanuniversität Leoben unter der besonders bewährten Leitung des Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Franz Jeglitsch. Ich möchte hier aber auch darauf hinweisen, daß auch auf dem Gebiet des Technologietransfers vor allem für Klein- und mittelständische Unternehmen die Ansprechpartner im Technologietransferzentrum gegeben sind.

Erst vor kurzem konnte ich mit dem Sozialminister Hesoun viele Kleinbetriebe in unserem Bezirk besuchen, und gerade von den Unternehmen wurde festgestellt, daß dieses Technologietransferzentrum wesentliche Hilfestellungen für unsere Unternehmer bringt.

Ich komme zum Schluß. Es ist sehr erfreulich, daß es im Berichtszeitraum möglich war, für steirische Forschungsvorhaben zusätzlich zu den finanziellen Aufwendungen des Landes durch die Initiative des Ersten Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner namhafte Mittel auch des Bundes anzusprechen.

Meiner Ansicht nach liegt eine der Hauptaufgaben für die Forschungsförderung des Landes darin, die anwendungsorientierte Forschung als Unterstützung zur Weiterentwicklung der steirischen Wirtschaft und Gesellschaft im weitesten Sinne zu verstehen. Es wird unsere Aufgabe sein, sehr geehrte Damen und Herren, auch in Zukunft für die wichtige Wissenschafts- und Forschungsförderung in unserer steirischen Heimat die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 17.40 Uhr.)

**Präsident:** Die Leobner bleiben am Wort. Ich erteile als nächstem Redner dem Herrn Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch das Wort.

**Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (17.41 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Sigi!

Es war wohl eine freundliche Fügung, daß du als erster zur Wissenschaft gesprochen hast, denn keiner hätte so charmant Leoben, die Montanuniversität, aber auch mich loben können, wie du. Selbstlob riecht nicht gut, aus deinem Munde ist es aber anzunehmen. Ich bedanke mich herzlich dafür!

Der vorliegende Wissenschaftsbericht des Jahres 1992 ist durchaus beeindruckend. In erster Linie vom Umfang her. Wenn man ihn mit dem Jahr 1991 vergleicht, dann hat die Stärke des Berichtes um 40 Prozent zugenommen. Aber die Schlußfolgerung, daß damit auch die Forschungsmittel im Jahr 1992 um 40 Prozent zugenommen hätten, stimmt leider nicht. Ganz im Gegenteil, die Forschungsausgaben des Landes Steiermark im Jahr 1992, wenn man die Tabellen gewissenhaft analysiert, stagnieren, wenn auch auf einem hohen Niveau. Aber von 1991 auf 1992 gibt es eine Reihe von Bundesländern, die erhebliche Steigerungen aufweisen, wie Oberösterreich, Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten. Und wenn man berücksichtigt, daß die Steiermark ein außeruniversitäres Forschungszentrum hat, was die anderen Bundesländer nicht haben, und diesen Anteil abzieht, dann überholt Oberösterreich im Jahr 1992 bereits die Steiermark in den Forschungsausgaben. Und ich weiß aus eigener Erfahrung, welche Anstrengungen Oberösterreich unternimmt. Oberösterreich hat in den letzten Jahren ein Mikrostrukturzentrum aufgebaut, von Land und Bund viel Geld investiert, und die Montanuniversität hat dorthin einen ihrer besten Professoren, nämlich einen Halbleiterphysiker, verloren.

Ein besonderes Lob möchte ich der Aufmachung, aber auch der Sorgfalt, mit der der Wissenschaftsbericht erstellt wurde, aussprechen und in diesem Zusammenhang auch der Abteilung für Wissenschaft und Forschung, dem Leiter und seinen Mitarbeitern, danken. Gut gefällt mir, daß im Wissenschaftsbericht 1992 auch einige Interviews mit anerkannten steirischen Wissenschaftlern zu besonders aktuellen Themen aufgenommen worden sind. Interviews etwa zur Frage der Trinkwasserversorgung, zur Frage Deponie kontra Müllverbrennung, zum Preis oder zum Wert, den Energie haben soll, zur Frage, wie man internationale Forschungsallianzen knüpft oder wie man Produkte nicht für die Steiermark, nicht für Österreich, nicht für Europa, sondern für die Welt herstellt. Lassen

Sie mich einzelne Facetten aus dem umfangreichen Bericht doch ein wenig näher kommentieren. Herausstreichen möchte ich die Leistungen, die über den Steiermärkischen Wissenschafts- und Forschungsfonds erfolgt sind. In erster Linie die finanzielle Unterstützung zum Ankauf eines Großgerätes, nämlich des Gammaknives, für die Universitätsklinik für Neurochirurgie in Graz. Das Institut für Neurochirurgie ist eine anerkannte, international angesehene Institution. Dieses Gerät, das ohne offene Chirurgie eine Behandlung von Gehirntumoren ermöglicht, kostet 33 Millionen Schilling. Das Land Steiermark hat über mehrere Jahre hinweg ein Drittel aus Landesmitteln aufgebracht. Was ich aber aufzeigen möchte, ist nicht nur das Engagement des Landes, sondern die Fortsetzung. Die Steiermark hat sich beim Antrag durch die Großgerätekommission in Wien überprüfen und evaluieren lassen müssen. Erst nach dem Beschluß der Großgerätekommission ist eine Zustimmung zum Ankauf dieses Gerätes gekommen. Und alle Ärzte, alle Kollegen im medizinischen Bereich sagen mir, daß ein Großgerät, ein Gammaknife, für ganz Österreich ausreichend wäre. Was aber passiert in Wirklichkeit? Ein Jahr später hat der Aufsichtsrat des AKH in Wien einen Beschluß gefaßt, ebenfalls ein Gammaknife zu kaufen, dafür wurde allerdings die Großgerätekommission als koordinierende Stelle nicht bemüht. Ein Beispiel mehr, wie es in einzelnen medizinischen Bereichen wirklich zugeht. Nicht nur, daß man der Steiermark das Leben schwerer macht, sondern auch, wie Geld unkoordiniert ausgegeben wird.

Im Wissenschafts- und Landesforschungsfonds gibt es weiter die Position der Berufungsabwehr und der Berufungsunterstützung. Ohne eine solche Hilfe hätten wir in Leoben an der Montanuniversität die Kunststoffordinariate nicht besetzen können, wir hätten auch nicht die Studienrichtung Industrieller Umweltschutz aufbauen können. Dafür möchte ich mich beim Land und bei den Zuständigen recht herzlich bedanken!

Wesentlich erscheint mir auch die Unterstützung des Innerberger Forums, eine Initiative der Eisenerzer, die bewunderswert ist, weil sie es wirklich nicht leicht haben, aber es zu meiner großen Freude verstanden haben, in Eisenerz gleichsam ein kleines kulturelles Zentrum zu schaffen mit Veranstaltungen, wo zum Beispiel am kommenden Donnerstag der berühmte Pianist Leonid Brumberg eine Veranstaltung geben wird. Das verdient hohes Lob, und hier ist die Unterstützung angebracht.

Ansprechen möchte ich auch die Bund-Bundesländer-Kooperationen, wo über diese Mittel – das Land Steiermark gab dafür 1992 4,26 Millionen aus – etwa der drei- bis vierfache Betrag als Hebel von anderen Forschungsinstitutionen, auch vom Bund, gewonnen werden konnten. Erfreulich ist, daß die Schwerpunkte in den Projekten auf der Umweltseite liegen mit 1,84 Millionen und etwa mit 800.000 Schilling auf dem Gebiet der Alternativenergie. Die Steiermark gibt weiters Geldmittel für Stipendien aus, nicht nur für sozialbedürftige Studenten – und ich sehe das als große Notwendigkeit an, denn die meisten von Ihnen werden nicht wissen, daß in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der österreichischen Studenten, die aus sozialen Gründen ein Stipendium beziehen, auf die

Hälfte gesunken ist, von etwa 19 Prozent auf 9,8 Prozent. Es ist also richtig, hier etwas zu tun. Aber ich begrüße auch ganz besonders, daß das Land Steiermark auch Leistungsstipendien gibt, denn von den Besten werden wir eines Tages leben. Ich begrüße die Unterstützung von Kongressen, etwa zwanzig internationale waren es 1992 in Graz und im Jahr. Ich stimme zu: Leoben ist auch ein sehr schöner, renommierter Kongressort, und wir sollten das in Erinnerung behalten. Zu erwähnen ist auch eine Position für Ostkontakte, die geschaffen wurde, durchaus in richtiger Überlegung, den Studenten aus den östlichen Ländern die Möglichkeit zu geben, in Österreich, in der Steiermark zu studieren, wobei ich aber darauf hinweisen möchte, daß ich zwar die Unterstützung für Studenten als richtig erachte, weniger gut jedoch finde, daß auch Kooperationen zwischen Universitäten gefördert werden, weil der Bund relativ große Mittel in den letzten Jahren für offizielle Kooperationen der Universitäten zur Verfügung gestellt hat.

Einige Sätze zu Joanneum Research. Joanneum Research hat insgesamt seit Bestehen drei Unternehmenskonzepte vorgelegt. Von 1988 bis 1991 war es gleichsam eine Standortbestimmung und der Versuch, Spreu vom Weizen zu trennen. 1991 bis 1994, das fällt in die Berichtsperiode, gab es die große Umstrukturierungsphase, wo fast die Hälfte der ursprünglich bestehenden Arbeitseinrichtungen geschlossen wurde und die dadurch freigewordenen Mittel in den Aufbau neuer Institute, neuer Arbeitsfelder investiert wurden. Derzeit liegt das dritte Unternehmenskonzept für den Zeitraum 1994 bis 1997 vor, wo der Versuch unternommen wird, eine qualitative Verstärkung und Erneuerung im Ausbau bestehender guter Institute zu treffen.

Was beim Lesen des Berichtes nicht unmittelbar auffällt, ist die Tatsache, daß im Jahr 1992, Mitte 1992, Herbst 1992 ein Einbruch in der österreichischen Wirtschaft eingetreten hat. Das zeigt sich bei Joanneum Research in der Form, daß Joanneum Research 1990/91, hier läuft das Geschäftsjahr von Sommer bis zum Sommer, 33 Prozent der Mittel über Forschungsaufträge aus der Industrie erreicht hat. 1991/1992 38 Prozent, 1992/1993 hingegen nur 30 Prozent. Der Einbruch in der Wirtschaft hat sich auch in einem dramatischen Rückgang der Wirtschaftsaufträge niedergeschlagen.

Wenn man trotzdem nichts Dramatisches im Bericht über die Forschungsgesellschaft Joanneum merkt – auch das Jahr 1992/1993 wurde nämlich positiv abgeschlossen –, dann ist das für mich ein Beweis, daß innerhalb von Joanneum Research ein vorbildliches Informations- und Kontrollsystem aufgebaut wurde, das dem Management erlaubt hat, sofort auf diese Situation zu reagieren, in der Form, daß der Auftragsstand erhöht wurde, daß man bei verringertem Personal einen gleichen Umsatz erreicht hat, daß die Eigenforschung reduziert wurde und auch die Investitionen und damit das Geschäftsjahr ohne rote Zahlen abgeschlossen werden konnte.

Vor einem Jahr gab es eine kleine Diskussion zum Deckungsgrad, was ein Deckungsgrad ist. Erlauben Sie mir dazu nur einige ergänzende Sätze. Im Jahr 1992 hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung eine Studie in Auftrag gegeben, 17 europäische wirtschaftsorientierte Forschungsunterneh-

men zu überprüfen. Von diesen 17 europäischen Forschungszentren mit Wirtschaftsnähe liegt Joanneum Research, was den Deckungsgrad anlangt, was den Umfang an Wirtschaftsaufträgen anlangt und was die Basisfinanzierung anlangt, an erster Stelle. Der höchste Deckungsgrad, die höchsten Wirtschaftsaufträge, die geringste Basisfinanzierung. Ich glaube, man kann kein besseres Lob aussprechen, als es aus so einer Analyse kommt. Und das wirkt sich auch bei den Deckungsgraden aus. Wenn Sie etwa Seibersdorf hernehmen, Seibersdorf hat eine Basisfinanzierung von 50 Prozent, das heißt, der Deckungsgrad kann bestenfalls im Schnitt 50 Prozent erreichen. Joanneum Research hat derzeit einen Deckungsgrad von 73 Prozent über alle Institute hinweg, der bis 1996/1997 auf 82 Prozent erhöht werden soll.

Ich möchte zwei Gründe anführen, warum der Deckungsgrad nicht 100 Prozent sein kann. Ich habe schon das letzte Mal erwähnt, daß man nicht alles Wissen eins zu eins verkaufen kann, man benötigt etwa eine Vorlaufzeit im Aufbau neuer Forschungsfelder oder auch im Bewahren von Wissen für die Industrie, die momentan nicht zur Verfügung steht. Ich möchte dazu ein Beispiel bringen. Die AMAG hat im Jahr 1991 1,5 Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung ausgegeben und hat in dieser Zeit 1991 bis hinein in das Jahr 1992 viele Entwicklungsarbeiten durchgeführt, etwa die Entwicklung von superplastisch umformbaren Aluminiumlegierungen für die Automobilindustrie oder Aluminiummatrixverbundwerkstoffe, ebenfalls für den Motorenbau und die Automobilindustrie. Beide Entwicklungen stehen praktisch vor dem Abschluß. Das Desaster in der AMAG hat dazu geführt, daß im heurigen Jahr die Forschungsaufgaben von 1,5 Prozent auf 0,04 Prozent zurückgehen werden. Diese Entwicklungen, die kurz vor der Überleitung in die Produktion stehen, sind eingestellt, und es erhebt sich jetzt für Forschungsinstitutionen, zum Beispiel für Joanneum Research, auch für ein Universitätsinstitut die Frage, wie lange soll man dieses gemeinsam entwickelte Wissen konservieren, und wird es in ein, zwei Jahren wieder irgendwo eine österreichische Firma geben, die dieses Wissen übernehmen kann? Es wäre unverantwortlich, wertvolles technologisches Wissen sofort wegzuerwerfen, nur weil es einer Firma momentan schlecht geht und sie ihre Forschungsaktivitäten einstellen muß. Daher kann der Deckungsgrad eines Forschungszentrums auch nie 100 Prozent betragen.

Auch einige Sätze zum Technologietransfer. Der Technologietransfer, der angesprochen wurde, ist heute nicht mehr so zu sehen wie vor 30 Jahren, als Forscher einem Unternehmen gleichsam eine Blaupause in die Hand gedrückt haben, und dann wurde ein Produkt hergestellt oder ein Verfahren entwickelt. Der Technologietransfer ist nicht mehr ein Stafettenlauf, wo an einer bestimmten Stelle der Forscher dem Unternehmen Wissen übergibt. Er ist eher mit einem Basketballspiel zu vergleichen, wo Forscher und Unternehmer ununterbrochen in Diskussion bleiben müssen. Der Betrieb muß den Forscher verstehen, der Forscher muß die Probleme des Betriebes verstehen, und beide müssen gemeinsam mit ihren Kenntnissen und dem Wissen daran arbeiten, wie das Problem des Betriebes gelöst werden kann. Technologietransfer

schaут also heute ganz anders aus als etwa vor 20 oder 30 Jahren.

Besonders hervorheben möchte ich zum Schluß, daß sich das Joanneum Research an drei Projekten im dritten EG-Rahmenprogramm beteiligt hat. Einem Projekt, wo, ich will es nicht im einzelnen ausführen, eine miniaturisierte Einheit aus Sensor und Sensorinterface für die Halbleiterindustrie hergestellt wird und Joanneum Research mit sechs Partnern aus vier Ländern kooperiert. Zum Zweiten ein EG-Projekt über ein Informationssystem, wie man aus Satellitendaten Brandflächen kartiert und daraus Aussagen über Erosions- und Bodenverödung, vor allem für die Mittelmeerländer, treffen kann. Und ein drittes Projekt, eine Untersuchung über den globalen Kohlenstoffkreislauf im Hinblick auf die Frage des Treibhauseffektes und die energetische Verwertung von Biomasse, ebenfalls mit sechs Partnern in vier Ländern.

Österreich hat sich schon immer in der Forschung an internationalen Projekten beteiligt, auch in der Vergangenheit. Ich erwähne etwa CERN oder ESA, wo Österreich seit vielen Jahren mitarbeitet, aber das waren Spezialforschungsgebiete. Dazu gekommen sind Forschungsprogramme wie Eureka oder Cost. Bei den 300 Eureka-Projekten ist Österreich bei etwa 90 Projekten beteiligt. Bei Cost bei beinahe allen 20 Aktionen, wobei diese bei den internationalen Programmen über das EG-Rahmenprogramm hinausgehen.

Im Herbst dieses Jahres wird das vierte EG-Rahmenprogramm begonnen werden. Dieses vierte EG-Rahmenprogramm hat ein Förderungsvolumen für vier bis fünf Jahre von 170 Milliarden Schilling! Wenn Sie an diesem Wissensfluß nicht teilhaben, dann wird sich Österreich schwer tun. Das Ziel dieses Riesenprogrammes ist eine vorwettbewerbliche Forschung, eine bessere Abstimmung zwischen nationaler und europäischer Forschung, eine Konzentration auf Schlüsseltechnologien und vor allem die Verbreitung der Ergebnisse in Richtung Klein- und Mittelbetriebe. Klein- und Mittelbetriebe, das sind nach der Definition der EU Betriebe, die weniger als 500 Beschäftigte haben und einen Nettoumsatz kleiner als 500 Millionen Schilling. Das heißt, dieses Riesenprogramm konzentriert sich in erster Linie auf die Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben, und damit ist die Steiermark unmittelbar angesprochen. Im Herbst dieses Jahres werden 11 Milliarden Ecu, also mehr als 130 Milliarden Schilling, sofort aktiviert und die Restmittel in einem zweiten, dritten und vierten Aktionsbereich, die besonders der Wissensverbreitung dienen. Derzeit nimmt Österreich zwar teil, aber noch nicht als Mitglied der EU, und hat damit Nachteile zu tragen. Österreich kann nicht in einem EG-Projekt federführend sein, es stehen ihm auch nicht alle Programme offen. Die Förderungsmittel müssen im eigenen Land eingeworben werden und sie benötigen mehr Partner als ein EU-Antragsteller. Bei einem Beitritt erhalten die Firmen aus Brüssel 50 Prozent der Mittel des Projektes refundiert und Universitätsinstitute 100 Prozent. Projekte, wo Klein- und Mittelbetriebe integriert sind, haben besonders große Chancen für eine Förderung. Es ist mir ein echtes Anliegen zu zeigen, wie wesentlich dieses vierte EG-Rahmenprogramm für Öster-

reich, aber ganz besonders für die Steiermark, ist. Und ich komme zum Schluß noch zu einem wesentlichen Punkt.

Nachdem ich selbst mit meinem Institut bei drei Cost-Projekten involviert war beziehungsweise bin, weiß ich, welcher Mühe es bedarf, einen Antrag zu schreiben. Das ist nicht ein Antrag, der in zwei bis drei Stunden geschrieben ist, im Schnitt sind zwei Monate Arbeit aufzuwenden und Kosten von rund 100.000 Schilling, um ein EG-reifes Projekt zu formulieren. Und dann wird in bestimmten Forschungsfeldern im Schnitt nur jedes dritte oder fünfte Projekt genehmigt. Klein- und Mittelbetriebe haben nicht die Kraft, die Antragsphase überhaupt zu bewältigen. Daher haben sich beide Fonds, sowohl der Wissenschaftsfonds als auch der Gewerbefonds, entschlossen, Klein- und Mittelbetrieben die Antragstellungskosten zu refundieren. Meine Bitte wäre daher im Zusammenhang mit dem Wissenschaftsbericht, wo es eine einschlägige Position gibt, nämlich europäische Forschungsprogramme und Wissenschaftskooperationen, daß man diese Mittel primär für die Antragstellung der Klein- und Mittelbetriebe bei solchen EG-Rahmenprogrammen vorsieht. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 18.02 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Bleckmann (18.02 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben jetzt schon einiges über die Inhalte dieses Berichtes, den wir jedes Jahr haben, erfahren. Ich habe mir die letzten stenographischen Protokolle angeschaut und habe durchgelesen, was die anderen Kollegen die letzten Jahre dazu gesagt haben, und mir ist dabei aufgefallen, daß der Kollege Erlitz einige Punkte, nämlich genau vier, erwähnt hat, die ihm wichtig waren, inwiefern dieser Bericht zu ändern wäre. Es waren teilweise formale Aspekte. Lieber hätte er gehabt, daß es mehr Statistiken gibt und daß es eben mehr Gestaltung gibt. Und ich muß sagen, einige Punkte wurden erfüllt. Auch der Punkt, daß es mehr Grafiken geben sollte, wurde erfüllt, nämlich um 100 Prozent. Anstatt einer Grafik gibt es zwei Grafiken in diesem Bericht. (Abg. Mag. Erlitz: „Der Bericht ist sehr übersichtlich!“) Es ist die Frage, ob das ausreicht.

Noch ein Punkt, der mich mehr interessieren würde: Es hat ja geheißsen, daß wir genauere Zahlen bekommen. Und da gibt es den Wissenschafts- und Forschungslandesfonds, über den Herr Prof. Jeglitsch auch schon einiges berichtet hat, dort werden einige Projekte aufgezählt. Wir haben auch schon gehört, daß das Projekt mit dem Gammaknife vielleicht doch nicht so sinnvoll war und daß es da vielleicht eine andere Lösung geben hätte können. Daß es zu keinen Doppelgleisigkeiten kommt. (Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Wir hatten es zuerst!“) Aber auch dazu gehört eine Kommunikation unter den Bundesländern, daß keine Doppelgleisigkeiten bestehen, sondern daß es nur in einem Bundesland angeschafft wird. (Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Die Wiener haben das gewußt. Der AKH-Aufsichtsrat hat ein Jahr später den Beschluß gefaßt, ein Gammaknife anzuschaffen!“)

Also haben nicht wir das Geld verschleudert, sondern die Wiener? Auf jeden Fall ein Punkt, wo es unter den Bundesländern mehr Absprachen im Wissenschafts- und Forschungsbereich geben sollte.

Wenn man den Bericht weiter anschaut, steht als Richtlinie „es wird jenen Förderungsvorhaben Vorrang eingeräumt, bei denen starke Akzente für innovatorische Ergebnisse zu erwarten sind“. Das heißt also, gerade in diesem Wissenschafts- und Forschungslandesfonds sollen vor allem innovatorische Ergebnisse und Projekte gefördert werden. Wenn man sich dann durchliest, es gibt molekularbiologische Studien, es gibt den David-Herzog-Fonds, der gefördert wird, es wird der Universitätskindergarten gefördert und es werden einige Dinge gefördert, wo ich mir wirklich die Frage stelle, ob diese für Innovationen wirklich so notwendig sind oder ob wir uns dieses Geld nicht sparen sollten und zum Beispiel den Universitätskindergarten auch zu den Kindergärten dazugeben, denn dort sollte gefördert werden, und nicht in der Wissenschaft. Ich habe nichts gegen dieses Projekt, aber ich habe etwas dagegen, daß Geld, das eigentlich für die Wissenschaft verwendet werden sollte, wo wir wirklich jeden Schilling brauchen, dann einfach für andere Bereiche verwendet wird, das wir für die Wissenschaft wirklich benötigen würden. Denn in Österreich, wir haben es auch schon gehört, werden jetzt mit 1,52 Prozent des Budgets Wissenschaftsprojekte gefördert. Das ist vielleicht ganz gut, aber wenn man den Durchschnitt in anderen Ländern betrachtet, wie eben Deutschland, Japan und die Schweiz, liegt hier der Anteil bei 2,7 und 2,9 Prozent. Wir liegen also da, auch wenn es vielleicht eine Verbesserung war, nach wie vor noch sehr, sehr weit hinten. Und deshalb stellt sich auch die Frage, was ist denn mit diesen 300 Millionen Schilling, die wir aus dem Landesbudget ausgaben, passiert, und was haben wir damit erreicht?

Es gab zum Beispiel eine Studie aus dem Joanneum Research, und da stelle ich mir vor allem als Grazer Abgeordnete die Frage, was ist in Graz mit dem Geld passiert? Die Grazer Wirtschaft weist nach wie vor einen Mangel an Dynamik auf. Es gibt geringe innovative Aktivitäten. Das steht in einer Studie des Joanneum Research. Das war am 18. September, und das kann man in der Zeitung nachlesen. Am 16. Juli gab es schon, also einige Monate früher, eine Standortanalyse der Regionen Europas. Und auch hier schneidet die Steiermark in diesem Bereich sehr schlecht ab, denn ihr fehlt die wirtschaftliche Dynamik. Von 274 Regionen liegen wir auf Platz 209, und vor uns liegen Salzburg und Kärnten, obwohl wir ja angeblich das Land sind, das am zweitmeisten Geld in die Wirtschaft und Forschung investiert. Also hier stimmt doch irgend etwas nicht, und hier funktioniert es scheinbar irgendwo nicht. Auch am 15. Mai gab es eine andere Studie von Joanneum Research mit dem Ergebnis: Wirtschaft Graz liegt noch hinter Klagenfurt. Wir haben zwar die Stärke, das steht auch in diesem Bericht, daß wir eine sehr hohe Qualifikation haben, also ein sehr hohes Ausbildungsniveau haben, doch das schlägt sich nicht auf die Innovationsaktivität nieder – also wieder keine Innovation oder keine Innovationstätigkeit. Das ist wieder eine Datenerhebung des Joanneum Research. Es stellt sich die Frage, was heißt das oder wie konnte das passieren? Es gibt einfach zu wenig Dynamik und

zu wenig Innovation. Wir liegen eben, wie die Studien sagen, an hinterster Stelle. Wenn es schon so eine europäische Studie gibt, wozu müssen wir dann noch eine Studie machen, wo wir wieder den Ist-Zustand erheben, der eh schon bekannt ist, anstatt wirkliche Ursachenforschung zu betreiben oder vielleicht auch für die Zukunft gewisse Visionen vorzuzeigen, was man ändern kann. Denn die Ist-Situation ist den meisten schon bekannt, sofern sie die Studien gelesen haben, die es schon gibt. Aber was man ändern kann, das steht in dieser Studie nicht, und es wird auch sehr wenig verändert. Wir müssen vor allem mit diesem Wissenschaftsfonds innovative Projekte fördern. Und ich frage mich, werden wirklich nur innovative Projekte damit gefördert? Es gibt einen weiteren Punkt, der besonders wichtig ist, Herr Prof. Jeglitsch hat es auch schon angeschnitten, nämlich der Technologietransfer. Das steht auch in diesem Wissenschaftsbericht. Wer sich bis zu den hintersten Seiten durchgekämpft hat, der hat auch das lesen können. „Das Hauptmotiv für die Forschungsförderung des Landes liegt darin, die anwendungsorientierte Forschung als Unterstützung zur Weiterentwicklung der steirischen Wirtschaft und Gesellschaft im weitesten Sinne zu verstehen.“ So wird von der Abteilung Technologietransfer auch definiert.

Dazu gibt es folgende Instrumente: Das eine ist dieser Bericht. Da wäre sicherlich interessant, wer von uns allen diesen Bericht wirklich gelesen hat und ob das ein wirkliches Instrument ist. Ich hoffe, daß wenigstens alle, die heute zu diesem Punkt reden, diesen Bericht gelesen haben, ob das wirklich ausreichend ist, so wie eben Themenhefte und Pressekonferenzen. Ein Punkt, der sicherlich zum Technologietransfer beiträgt, sind die Technova und das Technologieberatungszentrum. Aber das wird wohl nicht ganz ausreichen, weil sonst wäre die Situation nicht so, wie sie heute ist. Das heißt also, und das ist meine Meinung, es krankt schlicht und einfach an der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, also zwischen den Universitäten und den Außeninstituten, die es gibt. Scheinbar wird dieses Geld, das wir haben, falsch eingesetzt, und es wird falsch angegangen. Aber die SPÖ, so wie ich in der Zeitung lesen konnte, hat schon einen Lösungsvorschlag. In der „NZ“ am 9. Februar steht das. Sie sucht Kooperation mit Universitäten. Und da sagt der Landesgeschäftsführer Karl-Heinz Herper, und das will ich Ihnen nicht vorenthalten: „Um die Konkurrenz zwischen Österreich und der DDR auf dem Stahlsektor etwas abzuschwächen, wird der Sächsische SPD-Politiker Karl-Heinz Kunkel einen Werksbesuch in Donawitz machen.“ Das ist der Lösungsvorschlag der SPÖ, wie wir vielleicht bessere Kooperation haben können. Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das wird nicht ausreichen. Das ist zu wenig. (Abg. Trampusch: „Dürfen wir einladen, wen wir wollen?“) Daß das so groß angekündigt wird in der Zeitung, ist in meinen Augen ein Armutszeugnis für die Wirtschaft und für die Wissenschaft. (Abg. Trampusch: „Wir dürfen schon einladen, wen wir wollen?“) Das dürfen Sie natürlich. (Abg. Trampusch: „Ich würde darum bitten!“) Ich hoffe auch, es gibt sicherlich mehr Vorschläge, nur, die stehen scheinbar nicht in der Zeitung, und die haben Sie auch uns nicht vorgelegt. Sonst wäre es ja besser. Sonst wäre die Situation nicht so wie sie ist, daß wir

überall an hinterster Stelle stehen. (Abg. Trampusch: „Es steht allen frei, Experten aus der Bundesrepublik einzuladen, wenn sie sich zu euch hertrauen!“) Es geht nicht darum, daß sich wer zu uns hertraut. Es geht darum, die Wissenschaft zu stärken. Er sollte sich, wenn, in die Steiermark trauen. Aber dieser Austausch wird wohl nicht der Wirtschaft und der Wissenschaft zugute kommen. (Abg. Trampusch: „Das Argument beim Wissenschaftsbericht zu bringen, ist peinlich!“)

Ich habe diesen Bericht durchgelesen und bin der Meinung, daß all das, was gemacht wurde, nicht ausreicht. Und ich glaube auch nicht, daß dieser Besuch ausreicht. Ich bin mir sicher, Sie haben noch einige Vorschläge, was man ändern und verbessern könnte, und würde mich freuen, wenn Sie das auch wirklich einbringen, denn es ist ja der Landeshauptmannstellvertreter derjenige, der dafür verantwortlich ist. Ich würde mir wirklich wünschen, daß in der Zukunft auch bei diesem Wissenschafts- und Forschungsfonds wirklich die Wissenschaft gefördert wird und auch die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessert wird und nicht sehr viele Reisen unterstützt werden und andere Dinge, die mit der Wirtschaft beziehungsweise mit der Wissenschaft nichts zu tun haben, sondern wirklich nur die Dinge, die diesen Bereich auch betreffen. (Beifall bei der FPÖ. – 18.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz (18.12 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist heute schon sehr viel Relevantes und weniger Relevantes zum Wissenschaftsbericht gesagt worden. Im Wissenschaftsbericht nimmt die Steiermark bei den forschungsrelevanten Ausgaben in der Bundesländerrangliste die zweite Stelle hinter Wien ein, ein Betrag von rund 300 Millionen Schilling werden der Steiermark durch diverse feste Prozentsätze und Schlüssel, aber auch durch absolute Zahlen als F- und E-wirksam gutgeschrieben. Dabei entfallen von diesen 300 Millionen Schilling 100 Millionen Schilling als Basissubvention auf Joanneum Research, 100 Millionen Schilling erhalten im Krankenhausbereich das Prädikat „forschungsrelevant“, bleiben etwa 76 Millionen Schilling. 76 Millionen Schilling beträgt das Budget der Abteilung für Wissenschaft und Forschung, wobei 50 Millionen Schilling allein für die Musikhochschule aus dem Akademievertrag heraus in Rücklage gebracht werden müssen. Bleiben tatsächlich 26 Millionen Schilling, die für etwa rund 1000 Förderungsfälle pro Jahr gleichsam in die Forschung fließen. Die restlichen 20 Millionen Schilling auf die 300 werden durch diverse Fachabteilungen dem F- und E-Topf beige-steuert. Diese Zahlen und Prozentsätze wurden unter anderem vom Statistischen Zentralamt in Wien ermittelt. Die Kriterien, mit denen sich Forschungsleistung messen läßt, sind allerdings umstritten. Prof. Peter Weingart, Leiter des Institutes für Wissenschaftsforschung in Bielefeld, meint: „Objektivität ist Illusion, doch ohne Forschungswertung geht es auch nicht.“ Und sehr oft werden Zahlen von entscheidungsgeplagten, oberflächlich informierten Politikern oder auch Beamten zu vermeintlich objektiven Informatio-

nen mystifiziert. Sehr groß ist die beinahe hypnotische Faszination, die von einem Spitzenplatz in einer Rangliste ausgeht nach dem Motto: Wer oben steht, muß gut sein. Wenn auch der Umgang mit solchen Wissenschaftsindikatoren schwierig und riskant ist und auch mit Unschärfegraden verbunden ist, kann man darauf sicherlich nicht verzichten. Wenn präzise Fragen gestellt, wenn die methodischen Vorsichtsmaßnahmen beachtet und die Zahlen nicht überinterpretiert werden, können die Indikatoren ein wichtiges Instrument der Wissenschaftspolitik werden, das andere Methoden ergänzt, aber sicherlich nicht ersetzt. Sicher läßt sich objektiv feststellen, daß seit Ressortübernahme durch Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner auch im Bereich der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten eine starke Steigerung einerseits der jährlichen Ansuchen festzustellen ist, und auf der anderen Seite auch mehr ausgegeben wurde, so etwa 4,3 Millionen an steirische Wissenschaftler. Es wurden dadurch die Voraussetzungen geschaffen, wissenschaftliche Arbeiten entsprechend zu publizieren. Auch die durch Dr. Schachner verstärkte Forschungs- und Technologieförderung trägt sicher ganz wesentlich dazu bei, einen strategischen Wettbewerbsvorteil für die steirischen Unternehmer zu erlangen und zu verstärken. Und so wurden in diesem High-Tech-Bereich zirka 8 Millionen Schilling für Technologieförderung und somit auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen als Subvention gewährt und so weiter. In Summe läßt sich festhalten, daß eben die Steiermark mit Ausnahme von Wien mit jährlich rund 300 Millionen Schilling das höchste Budget – allerdings mit stagnierender Tendenz – für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stellt beziehungsweise als forschungsrelevante Ausgaben aufweist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Forschung und Technik sind für unser Land lebensnotwendig. Einerseits schaffen sie Lebensgrundlagen für unsere rohstoffarme Region, andererseits sind sie ein Grundstein unserer Kultur. Schließlich ist Wissenschaft der Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme – letztlich auf der ganzen Erde. Die schwierige Situation, in der sich Wissenschaft und Forschung zur Zeit befinden, läßt sich auch in der Frage zusammenfassen: Welches Wissen wollen wir der künftigen Generation hinterlassen, um mit den heute verursachten Problemen fertig zu werden? Offenbar erscheinen Wissenschaft und Technik großen Teilen unserer Gesellschaft immer mehr als zweischneidige Waffe, und nicht mehr als die für ein Industrieland wichtigste Form der Zukunftssicherung. In der öffentlichen Meinung würden oft distanzierende Kritik und pauschale Risikodebatten überwiegen, wo offene Neugier, vorausschauendes Ausloten von Chancen geboten wären, liest man des öfteren in einschlägiger wissenschaftlicher Literatur. Die sicher wichtige Umwelt- und Risikodiskussion hat dazu geführt, Wissenschaft und Forschung zuerst als Produzenten von Risiken und Verunreinigungen der Umwelt zu sehen. Eine Feststellung, die ich persönlich eigentlich mittelfristig für zumindest bedenklich empfinde. Denn für unsere Probleme in diesem Lande ist nicht nur die universitäre Grundlagenforschung, die neue Ideen bringt, von Bedeutung, sondern vor allem auch die etwa zehnfach teurere Entwicklung danach und die hundertfach teurere Umsetzung in die Innovation, so daß eben aus der Idee schließlich ein Produkt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wissenschaft und Wirtschaft sind natürliche Verbündete. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depression, in Zeiten wirtschaftlicher Rezession müssen sowohl die Wirtschaft als auch die öffentliche Hand den Wert antizyklischer Forschungsförderung erkennen und auch bei schlechter Kassenlage nicht den Rationalisierungs-Ausschuß beschwören, sondern in die universitäre und außeruniversitäre Wissenschaft und Forschung als Zukunftssicherung investieren. Es ist die Aufgabe der Technologiepolitik, Forschungsergebnisse zu übernehmen, damit Produkte entstehen und in die Zukunft gerichtete Hochlohnarbeitsplätze geschaffen werden können. Während Technologiepolitik in der Vergangenheit in erster Linie Forschungspolitik war, wird heute verstärkt die Forderung auf Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft erhoben. „Forschung ist nur ein Keim, aus dem ein großer Baum wächst, der Baum der industriellen Nutzung“, meint prosaisch ein Wissenschaftler. Der Know-how- und Technologietransfer beziehungsweise die Innovationsbereitschaft der Betriebe in unserem Lande scheint nicht so zu funktionieren, wie man sich das wünschen würde. Diese hat auch schon meine Vorgängerin, Abgeordnete Bleckmann, gemeint. Eine Studie des Joanneum Research-Institutes für Regionalentwicklung, Technologiepolitik und Grenzlandfragen über den Zentralraum Graz, das heißt, über Graz und Graz-Umgebung, und seine wirtschaftliche Dynamik bescheinigt dieser Region eine eher geringe Innovationsintensität. Der Anteil der Betriebe mit Forschung und Entwicklung liegt in diesem Zentralraum Graz knapp über dem steirischen Durchschnitt, aber deutlich hinter den Betrieben der österreichischen Zentralräume, hinter jenen Betrieben, die angeben, F und E zu betreiben. Das heißt, dieses Basketballspiel, das Prof. Jeglitsch angezogen hat, zwischen Betrieb und Forschung scheint in diesem Raum nicht zu funktionieren. Der Anteil der in Graz erwirtschafteten Wertschöpfung an der gesamtsteirischen ist von 27 Prozent auf 22 Prozent zurückgegangen. Die Arbeitsproduktivität ist in Graz nicht nur deutlich geringer als in Linz und Wien, sondern verzeichnet auch die geringsten Zuwächse. Auffallend ist die Erkenntnis dieser Studie, welche geringe Bedeutung F und E, Forschung und Entwicklung, für die Innovation haben. Die vergleichsweise geringen Innovationsaktivitäten dieser Region deuten darauf hin, daß eben die räumliche Nähe zu den Humankapitalhochburgen der Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen offensichtlich von den ansässigen Betrieben nicht wirklich genutzt werden oder genutzt werden können. Das ist die Frage. Die Folge davon, und das stellt die Studie auch fest, ist eine alternde, teilweise obsoleete Produktpalette dieser Betriebe und letztlich der schleichende Verlust der Wettbewerbsfähigkeit dieser Region. Eine Ausweitung der Kooperation von Wissenschaft und Arbeitswelt und die Verbesserung des Know-how-Transfers wäre wohl weit über den Grazer Wirtschaftsraum hinaus von Vorteil und ich meine sogar ein Gebot der Stunde. Ich zitierte hier wortwörtlich die vorliegende Studie, die meint: „Denn die Strahlkraft des Grazer Wirtschaftsraumes muß im Sinne der gesamtsteirischen Wirtschaft erhöht werden. Die Bedeutung von Graz geht weit über die engen

Grazer Grenzen hinaus. Viele Probleme des Grenzlandes beruhen auf der geringen Dynamik von Graz."

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein kurzes Kapitel im vorliegenden Wissenschaftsbericht ist auch dem umfangreichen und komplexen Thema der Energieforschung inklusive des Energiesparens gewidmet. Die Lösung des Energieproblems ist wohl eine der größten Herausforderungen der Menschen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Einerseits hängt der Fortschritt der Menschheit davon ab, daß genügend Energie zur Verfügung steht, andererseits verursacht der Energieverbrauch globale, regionale und lokale Umweltbelastungen. Sollte die Konvention zum Schutz des Erdklimas, das Klimabündnis, dem auch die Steiermark beigetreten ist, auch in die Tat umgesetzt werden, müssen alle Emittenten, alle Umweltbelasteter ihre Hausaufgaben machen. In der Vergangenheit hat die gesamte Energiepolitik eher an Symptomen als an den wirklichen Ursachen angesetzt. Wegen der Komplexität der Energiefrage läßt sich auch kein konkretes Endziel angeben und definieren, sondern nur ein Prozeß skizzieren, der einen kontinuierlichen Wandel in den Gewohnheiten des Energieverbrauches ermöglicht. Dieser Prozeß sollte eben zu einer effizienteren Erzeugung, Transmission und Nutzung von Energie führen. Gleichzeitig sollte er die stetige Forschung und Aufklärung fördern. Eine verbesserte Energieeffizienz ist seit etwa zwei Jahrzehnten ein erklärtes Ziel der meisten Regierungen, doch hat die Politik kaum etwas zu seiner Realisierung beigetragen. So ist zum Beispiel ein Hauptgrund für die häufig niedrige Energieeffizienz der vorhandenen Kraftwerke die extrem lange Nutzungsdauer ihrer technischen Ausrüstung von 35, 40, 45 Jahren. Und Stephan Schmidheiny, der Herausgeber des Buches „Kurswechsel“, meint auch, daß die betriebliche Leistungsfähigkeit der Kraftwerke in den Industrieländern, die 1995 in Auftrag gegeben werden, mindestens um 20 Prozent höher liegt als bei jenen, die 1987 bestellt wurden. Technisch längst machbar ist es, die Energie direkt aus den Sonnenstrahlen zu pflücken, sie mittels Solarzellen kohlendioxidfrei zu ernten und in Elektrizität umzuwandeln. Solarzellen haben ihre Bewährungsprobe in der Weltraumfahrt schon vor vielen Jahren bestanden. Dennoch beträgt der Kilowattstundenpreis noch immer ein Vielfaches dessen, was die Elektrizitätswerke ihren Haushalten in Rechnung stellen. Auch hat sich bei der Herstellung von Solarzellenmodulen in den letzten fünf Jahren kein nennenswerter Preisverfall ergeben, obwohl sich große renommierte Unternehmen mit der Herstellung beschäftigen und profilieren wollen. Einen fairen Wettbewerb am Energiemarkt wird es erst dann geben, wenn den herkömmlichen Kraftwerken die Umweltschäden, die sie verursachen, auf- und angerechnet werden. Die Bereitschaft der Menschen, über die Sonnenenergie zu einer umweltfreundlichen Energieerzeugung zu kommen, ist sicherlich vorhanden. Die Realisierung eines ganzjährig voll mit Sonnenenergie versorgten Hauses, besonders in einer Region mit ausgeprägter Nebelage im Winter, ist längst keine Utopie mehr. Durch großzügige Förderung des Kantons Bern zum Beispiel entstand in Oberburg 1989 der Welt erstes hundertprozentiges Sonnenhaus. Das Haupthindernis für eine breitere Anwendung dieser Energieform stellt die Finanzierung dar. Angesichts niedriger Preise fossiler

Energieträger ist selbst oft überzeugten Befürwortern alternativer Denkweisen das Hemd näher als der Rock. Auch entscheiden gewöhnlich die Bauherren und nicht die Bewohner über die Installationen von Heizungen und anderen Geräten. Diese denken daher eher an die Anschaffungs- als an die Betriebskosten und wählen daher die billigeren Anlagen, die weniger effizient und nicht umweltschonend sind. In diese Wettbewerbsverzerrung, die derzeit durch die extrem niedrigen Preise der fossilen Energieträger erfolgt, fällt auch die energetische Verwendung von Biomasse. Energie kostet eben nicht das, was sie wert ist! Motive und Argumente für eine vermehrte Förderung von Biomasseheizungen beziehungsweise Forschungsförderung für Stromerzeugung aus Biomasse liegen auf der Hand: Diese Energie ist erneuerbar, krisensicher, umweltfreundlich, schont fossile Reserven, ist CO<sub>2</sub>-neutral und schafft letztlich heimische Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum. Ein bedeutender, wenn auch bei uns vielleicht noch zu wenig strapazierter Bereich ist die Nutzung der industriellen Abwärme. Mit der Abwärme aus Produktionsanlagen läßt sich eine ganze Menge anfangen. Von der Nutzung für Fernwärme bis hin zur möglichen ökologiebewußten Abtauvorrichtung, wie dies am Beispiel Frohnleiten zu ersehen ist. Obwohl technisch machbar, fehlt es eben leider noch oft an der Umsetzung. Eine entsprechende, zu einer besseren Effizienz führende Koordination aller am Energieforschungssektor tätigen Abteilungen, Institute, Einrichtungen wäre meines Erachtens sicherlich notwendig und wünschenswert. Ich könnte mir vorstellen, daß so eine mögliche Koordinationsstelle der Landesenergiebeauftragte sein könnte.

Wenn wir auch heute keine absolute Gewißheit über das Ausmaß der Veränderungen haben, muß es uns einfach gelingen, knappe Ressourcen zu substituieren, erneuerbare zu fördern und die Effizienz ihrer Verwendung weiter zu verbessern. Ausbildung und Schulung, Forschung und Technologiepolitik sind gefordert, das allgemeine Verständnis der Zusammenhänge zu fördern und Konsumenten zu verantwortungsbewußtem Verhalten zu bewegen. Zum Schluß zitiere ich Herrn Universitätsprofessor Dr. Anton Kolb, der meint: „Bei aller Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit, bei aller Autonomie der Wissenschaftler und der Politiker muß es zu einer neuen Phase, zu einer qualitativ höherstehenden, effizienteren Zusammenarbeit, zu gemeinsamer gesellschaftlicher Verantwortung kommen.“ Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. - 18.29 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm: (Abg. Tasch: „Günter, in der Kürze liegt die Würze!“)

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (18.29 Uhr.):** Ich weiß Kurtl, aber du kennst meine Reden. Ich halte mich im allgemeinen immer sehr kurz und versuche, es prägnant zu machen. In diesem Sinne nur einige Ergänzungen zu den bisherigen Ausführungen.

Meine Damen und Herren! Forschungsfinanzierung ist in erster Linie, und soll es auch bleiben, Bundesaufgabe. Und in diesem Sinne kann die Landesforschungsfinanzierung immer nur einerseits eine Art

Anstoßfinanzierung sein. Vielen Forschern ist bekannt, gerade dann, wenn es um die Finanzierung von Forschungsprojekten aus mehreren Quellen geht, daß es immer darauf ankommt, daß es zunächst einmal einen gibt, der sich bereiterklärt, den ersten Anstoß zu bilden. Es kommt dann meistens zu einem Dominoeffekt, so daß auch Mittel in größerem Ausmaß flüssig gemacht werden können. Dieser Dominoeffekt wurde sogar in einem Bereich, nämlich bei der Bund-Bundesländer-Kooperation im Bereich der Grundstoff-, Energie- und Umweltforschung, zum Prinzip erhoben. Dabei gelingt es, aus wenigen Landesmillionen einige Dutzend Millionen zu machen, indem das Land mit seinen Wissenschaftlern in diesem Bereich vorprescht und sich meistens Wirtschafts-, Wissenschafts- beziehungsweise Umweltministerium als Mitfinanziers anschließen. Andererseits ist es wesentliche Funktion von Landesforschungsfinanzierung, und darauf wurde bereits vom Kollegen Jeglitsch sehr eindringlich hingewiesen, einfach Finanzierungslücken zu füllen, Lücken etwa im Bereich der Akquisitionsphase für internationale Projekte. Derartige Akquisitionsphasen werden zur Zeit noch kaum finanziert und verursachen eminente Kosten bei den wissenschaftlichen Einrichtungen. Hier ist es dankenswerterweise vom Land Steiermark übernommen worden, einen Gutteil der damit verbundenen Kosten, das können Reisespesen sein, das können Menschmonate sein, die man in die Entwicklung von internationalen Anträgen investieren muß, vorzufinanzieren. Ebenfalls bekenne ich mich sehr deutlich zur Reisefinanzierung durch das Land Steiermark. Ich glaube, daß davon Wissenschaft in sehr hohem Maße lebt. Hier sind es über 300 Anträge von steirischen Wissenschaftern, die jedes Jahr positiv erledigt werden. Dadurch ist es möglich, auch ein Stück zur internationalen Kultur der steirischen Wissenschaft und Forschung beizutragen.

Sehr wohlthuend ist zu beobachten, daß es mehr und mehr zu einer Schwerpunktbildung in der steirischen Wissenschafts- und Forschungsfinanzierung und -förderung kommt, und ein Schwerpunkt, den ich zu beobachten und zu erkennen vermeine, ist im Bereich Umwelt- und Energieforschung zu sehen. Darunter ist weit mehr zu verstehen als die von mir zitierte Bund-Bundesländer-Kooperation auf dem Gebiet der Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung. Sehr viele, insbesondere die Fachabteilungen des Landes Steiermark, investieren in diesem Bereich. Joanneum Research hat einen Schwerpunkt in diesem Bereich. Und wie gesagt, ich glaube, daß es sehr, sehr vernünftig ist, auch aus ökonomischen Gründen sehr vernünftig ist, in diesen Bereich zu intensivieren und tatsächlich als Schwerpunkt in der Steiermark zu entwickeln. Zur Zeit, meine Damen und Herren, ist es so, daß in Österreich etwa 100.000 Menschen, Arbeitnehmer, ausschließlich im Bereich Umweltschutz und Umwelttechnologien arbeiten. Es gibt Prognosen für das Jahr 2000, denenzufolge sich diese Zahl auf zirka 200.000 erhöhen wird, der Trend geht jedenfalls in diesem Bereich steil nach oben. Das bedeutet, daß Umweltschutz mehr und mehr auch zu einem arbeitsmarktpolitischen und damit auch zu einem sozialpolitischen Faktor wird und an Gewicht jedenfalls gewinnen wird. Mir steht leider keine Zahl, was das Exportvolumen in Österreich im Bereich Umweltschutz und Umwelttechnologien betrifft, zur Verfügung. Das Exportvolumen

der BRD, der Bundesrepublik Deutschland, ist jedenfalls bei etwa 35 Milliarden DM anzusiedeln, allein was Umweltschutz, was Umwelttechnologien betrifft. Der Mythos, daß Umweltschutz Arbeitsplätze vernichtet, scheint sich mehr und mehr in Luft aufzulösen, das Gegenteil scheint sich als wahr herauszukristallisieren, nämlich daß gerade Umweltschutz und Umwelttechnologien, intelligente Technologien, in diesen Bereichen in der Lage sind, sehr, sehr viele Arbeitsplätze in Ländern, die so strukturiert sind wie Österreich, zu schaffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte drei ganz konkrete Bereiche und Projekte ansprechen, die mich bei der Durchsicht des Wissenschaftsberichtes des Landes Steiermark besonders beeindruckt haben, und ich möchte vielleicht – etwas ungewöhnlich – bei der Landwirtschaft beginnen. Denn auch die landwirtschaftliche Forschung hat im Berichtszeitraum einen erheblichen Beitrag zur wissenschaftlichen Kultur des Landes Steiermark geleistet. Ein Punkt, der besondere Aufmerksamkeit verdient, sind die wissenschaftlichen Bemühungen zur Verminderung des Eintrages von Düngemitteln und von Pflanzenschutzmitteln. Auch das ist natürlich im ökonomischen Sinne auch aus Perspektive der Landwirtschaft eine sehr, sehr positive Entwicklung. Es zeichnet sich der Weg der steirischen und österreichischen Landwirtschaft Richtung biologische, ökologisch angepaßte Landwirtschaft ab. Ich habe hier schon mehrmals betont, daß ich diese Form von Landwirtschaft in einem größeren Europa für die einzig existenzfähige halte. Ein konkretes Projekt, das ich ansprechen möchte, wurde von Herrn Dozent Keppel von der Landwirtschaftlichen Versuchsanlage Haidegg für Obst- und Weinbau durchgeführt. Er hat die ökonomische Bedeutung der hochstämmigen Obstbäume untersucht. Ein Thema, das hier im Landtag mehrfach schon Thema war. Er hat eben diesen Aspekt untersucht einerseits hinsichtlich der Nutzung der Früchte, hochprozentige Destillate bis zu den Dörrfrüchten, aber auch – und das ist ein besonders interessanter Aspekt dieser Thematik – auch hinsichtlich der Nutzung des Holzes als Furnierholz. Und last not least natürlich die Bedeutung der hochstämmigen Obstbäume für den Fremdenverkehr. Ich kann Ihnen hier eine kleine Broschüre – leider nicht aus der Steiermark, sondern aus Niederösterreich – zeigen, wo die Interessen der Landwirtschaft und die Interessen des Tourismus in einzigartiger Weise verquickt wurden, wo aus einem sehr alten Produkt des Mostviertels, des niederösterreichischen Mostviertels, nämlich dem Birnenmost, etwas gemacht wurde, wovon – glaube ich – perspektivisch sehr viele Leute in der Landwirtschaft und darüber hinaus im Fremdenverkehr leben können. Ich sehe die Tourismusreferentin unseres Bundeslandes und möchte ihr diese Broschüre sehr gerne überreichen, auch mit der kleinen Fußnote, daß ich der Ansicht bin, daß der Tourismus im Hinblick auf die Erhaltung der hochstämmigen Obstbäume nicht ganz aus der Pflicht zu entlassen sein wird und wir uns Modelle der Finanzierung aus diesem Bereich überlegen werden müssen. Gerade der Maschanzker ist ein ursteirischer Baum. Gott sei Dank gibt es aber doch noch einige von den Bäumen, so daß es zum Beispiel hier im Landhaus, im Landhauskeller, möglich ist, auch einen Maschanzkerbrand zu genießen. Soviel zum Bereich der Landwirtschaft, den ich sehr bewußt

vorgezogen habe, weil er oft übersehen wird im Rahmen der wissenschaftlichen Kultur in unserem Bundesland.

Zur Energie haben Kollege Erlitz und Kollege Jeglitsch bereits einiges gesagt. Eine besondere Technologie, die vom Landesenergieverein gefördert wurde und mittlerweile auch eine reale Umsetzung gefunden hat, möchte ich hier erwähnen, nämlich die transparente Wärmedämmung. Die transparente Wärmedämmung ist eine Kombination, eine sehr besondere, sehr innovative Kombination aus Sonnenkollektor und Wärmedämmung. Die Feistritzwerke in Gleisdorf haben sich bereit erklärt, diese zur Zeit noch sehr teure Technologie bei ihrem Gebäude anzuwenden, dort ist diese transparente Wärmedämmung erstmals in der Steiermark zu sehen. Ich glaube, daß hier sehr interessante Chancen auch ökonomischer, wirtschaftlicher Art sich für die Steiermark ergeben können. Das konkrete Projekt, das der Landesenergieverein gefördert hat, heißt „Transparente Wärmedämmung im Selbstbau“. Das heißt, man baut auch hier auf diese gute Kultur des Selbstbaues im Bereich der Sonnenkollektoren, die sich mittlerweile, wie Sie ja wissen, sehr bewährt hat.

Über Biomasse ist bereits einiges gesprochen worden. Durch die intensive Förderung auch der Anwendung von Biomasse ist es gelungen, hier europaweit im Spitzenfeld uns zu plazieren und bei Komponenten im Bereich der thermischen Biomasseverwertung und jetzt auch demnächst im Bereich der elektrischen Biomasseverwertung sich durchaus Exportchancen aufzutun. Im Bereich der Photovoltaik finde ich es persönlich doch enttäuschend, daß der Breitentest, der durchgeführt wurde im Jahre 1992/93, bisher keine Fortsetzung gefunden hat, weil ich auch hier der Ansicht bin, daß die Steiermark gute Chancen hätte, die Nase vorne zu haben.

Für den hinsichtlich Umweltschutz besonders sensiblen Bereich des Wassers und des Abwassers wären zwei Projekte zu erwähnen. Durch eine Forschungsfinanzierung für den Verein „Ökologisches Projekt Graz“ ist es gelungen, die Technologie der Pflanzenkläranlagen so weit voranzutreiben, daß sie dem Stand der Technik entsprechen. Es gibt mittlerweile einen Erlaß der Rechtsabteilung 3, der das auch feststellt. Diesen Forschern von diesem sehr engagierten Verein „Ökologisches Projekt Graz“ ist es unter anderem zu verdanken – natürlich auch Joanneum Research und vielen anderen engagierten Forschern –, daß diese Technologie so weit entwickelt wurde. Auch hier glaube ich, daß gerade in Kombination mit dem sozialen Modell des Selbstbaues Pflanzenkläranlagen in vielen Bereichen der Steiermark sich durchsetzen werden können. Vielleicht in Kombination mit einer weiteren Entwicklung in diesem Bereich, nämlich Klärschlammvererdung. Ihnen allen ist es ja bekannt, daß Klärschlammmentsorgung ein großes Problem in der Steiermark darstellt. Diese Entwicklungen, die von Joanneum Research vorangetrieben wurden, nämlich Klärschlamm zu vererden und dann landwirtschaftlich zu verwerten, scheinen zukunftsweisend zu sein und finden aus diesem Grund auch bereits Eingang im Klärschlammkonzept der Bezirke Feldbach und Radkersburg.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich festhalten, daß ich diese Schwerpunktbildung im Bereich Energie- und Umweltforschung sehr begrüße. Ich glaube, daß diese Schwerpunktbildung noch forciert werden sollte und insbesondere jenes Programm, jene Budgetpost, die ich erwähnt habe, nämlich die Bund-Bundesländer-Kooperation, aufgestockt werden sollte, vielleicht auch durch Umschichtung aufgestockt werden sollte, aus dem einfachen Grund, weil sich Mittel, die man in diesen Bereichen investiert, auf sehr einfache Art und Weise multiplizieren lassen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**21. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 604/2, zum Antrag der Abgeordneten Minder, Trampusch, Kaufmann, Dr. Wabl und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Erhöhung der Zahl der geschützten Arbeitsplätze im Landesdienst.**

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Erna Minder. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Minder (18.40 Uhr):** Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 604/2, betrifft die Erhöhung der Zahl der geschützten Arbeitsplätze im Landesdienst. In der Steiermark ist ein enormer Bedarf gegeben, behinderte Menschen in das Berufsleben einzugliedern. Es erscheint daher erforderlich, die Zahl der geschützten Arbeitsplätze im Landesdienst ab 1994 von 350 auf 370 zu erhöhen. Für diese zusätzlichen 20 Arbeitsplätze übernimmt die Arbeitsmarktverwaltung zunächst für ein Jahr die halben Lohnkosten, anschließend sind sie aus Mitteln der Behindertenhilfe zu bezahlen. Der finanzielle Aufwand für diese Arbeitsplätze wird für das Jahr 1994 mit zirka 3 Millionen Schilling veranschlagt. Ich ersuche um Annahme. (18.40 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist ebenfalls die Frau Abgeordnete Minder. Ich erteile es ihr.

**Abg. Minder (18.41 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

1991 war das Jahr der Behinderten. Seither wurden viele Verbesserungen für die Randgruppen unserer Gesellschaft erreicht, in jüngster Zeit vor allem die Beschlüsse über das Pflegegeld, die Entwicklung neuer Beschäftigungsformen auf Bundes- und Landesebene und die Übernahme von Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation durch die Krankenversicherung. Viele Anliegen blieben aber auf der Strecke. Das Angebot für Behinderte ist teilweise mangelhaft. Es gibt zu wenige Kindergärten und Schulen mit Integrationsmöglichkeiten. Die Eltern behinderter Kinder fühlen sich oft ziemlich alleingelassen. Im Bereich der Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen fehlen Angebote, vor allem für Schwerstbehinderte. Betriebliche Rehabilitation findet nur sehr einge-

schränkt statt und meist nur in Tätigkeitsbereichen, die keiner besonderen Qualifizierung bedürfen. Bedauerlicherweise trifft es zu, daß weder die Privatwirtschaft noch die Dienstgeber im öffentlichen Bereich ihrer Einstellungspflicht nach dem Behinderteneinstellungsgesetz in ausreichendem Umfang nachkommen. Rund 43 Millionen Schilling zahlte der Bund 1992 für die Ministerien an Ausgleichstaxe. Aber auch Diözesen, Kammern und leider auch der ÖGB zahlten, wenngleich mit unterschiedlicher Höhe, weil die im Gesetz vorgegebenen Quoten nicht erfüllt wurden. Daß Ausreden, wie „auf Grund der spezifischen Aufgabenstellung“, wie sie oftmals gebraucht werden, nicht gelten, zeigen unter anderem Finanzministerium, Bundeskanzleramt und Stadt Graz, wo die Quote erfreulicherweise überschritten ist. Die österreichische Bundesregierung bekennt sich in ihrem Behindertenkonzept zum Ziel, behinderten Menschen eine adäquate Berufsausbildung, dem Prinzip Integration entsprechend zu geben. Dies wiederum inkludiert ein flächendeckendes Angebot von Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und Berufsorientierung. Der Zugang zu allgemeinen Ausbildungsmöglichkeiten soll vorrangig sein gegenüber jenen zu Sondereinrichtungen. So sollte in den nächsten Jahren die Anstellung von Menschen mit Behinderungen im offenen Arbeitsmarkt forciert werden. Tatsache ist jedoch, daß derzeit in der Steiermark auf Grund der herrschenden schwierigen Arbeitsplatzsituation behinderte Menschen besonders betroffen sind und nur sehr schwer einen Arbeitsplatz finden. So ist es nur allzu erklärlich, daß die Bewerbungen um Aufnahme in den Landesdienst in den letzten fünf Jahren auf rund 470 gestiegen sind. Mit der Erhöhung der Zahl der geschützten Arbeitsplätze von 350 auf 370 wurde ein wichtiger Schritt gesetzt. Wenn die Rechtsabteilung 1 meint, eine Vermehrung der Anzahl der geschützten Arbeitsplätze im Hinblick auf die Zahl der Bewerbungen wäre wünschenswert, doch eine weitere Erhöhung im Hinblick auf die Einsatzmöglichkeiten als nicht mehr zielführend erachtet, so möchte ich doch sagen, probieren wir es doch, im Sinne von Menschlichkeit. (Allgemeiner Beifall. – 18.45 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Frieß. Ich erteile es ihr.

**Abg. Frieß (18.45 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist ein Gebot der Stunde, Steuermittel primär auch im innovativen problemverhindernden Bereich einzusetzen. Prävention ist also auch in der Behindertenhilfe möglich und notwendig, und da ist eine geregelte, sinnvolle Arbeit sehr wohl eine gute Voraussetzung und eine gute Grundlage. Schon mit dem Landtagsbeschluß vom 11. Juni 1991 wurde die Zahl der geschützten Arbeitsplätze auf 350 deutlich erhöht. Personen, die für einen geschützten Arbeitsplatz in Frage kommen, sind im Besitz des Bescheides, der von der jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörde ausgestellt wird. Nun sind, wie wir schon gehört haben, 470 gerechtfertigte Bewerbungen um einen geschützten Arbeitsplatz eingelangt. Die Aufnahmewerber werden unter Berücksichtigung ihrer Behinderung und genauer Überprüfung der Verwendungs-

möglichkeiten eingestellt. Die Aufnahme erfolgt am Ersten, allerdings auch nur befristet mit einem Sondervertrag. Innerhalb dieser Zeit prüfen die Dienststellenleiter genau, ob die zugewiesenen Bediensteten eine ihrer Behinderung entsprechende Arbeitsleistung auch erbringen. Ich glaube, das ist in dem Fall auch durchaus gerechtfertigt. Erst dann erfolgt die Übernahme auf unbestimmte Zeit. Während des befristeten Dienstverhältnisses werden die Kosten ohnehin zur Hälfte von der Arbeitsmarktverwaltung getragen und erst nach Ablauf der Arbeitserprobung zur Gänze im Rahmen des Behindertengesetzes bezahlt. Derzeit ist das Kontingent von 350 voll ausgeschöpft. Freiwerdende Plätze werden erst immer nach den gehaltenen Ansuchen eingesetzt und nachbesetzt. Nun ist aber die Nachfrage nach einem geschützten Arbeitsplatz wesentlich größer. Und nun meine ich, da unsere behinderten Menschen nicht gerade mit Zuwendung gesegnet sind, ist es von Bedeutung, daß eine öffentliche Dienststelle sehr wohl mit Vorbildwirkung vorangeht. Eine qualitativ verantwortbare Integration in das Arbeitsleben bedeutet für diese Menschen wesentlich mehr als wir weithin annehmen. Es bedeutet Anerkennung, es bedeutet Sicherheit, Selbständigkeit im besonderen, aber auch Lernen, Weiterbildung und Förderungsmöglichkeiten. Und ich meine, es ist nicht nur Humanität, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit. Daher ist auch vorgesehen, daß die Möglichkeit einer Erweiterung und eine Höhereinstufung des Arbeitsplatzes beziehungsweise des Mitarbeiters gegeben ist, welche besonders pädagogisch wertvoll ist und eine entsprechende Anerkennung der gut geleisteten Arbeit bedeutet. Und letztlich ist diese Integration nicht nur für die Menschen selbst besser als ein untätiges oder nicht angepaßtes Betätigungsfeld, es kommt uns, im Großen gesehen und umfassend gesehen, auch wesentlich günstiger. Unter dem Strich ist es eigentlich ein Ersparnis von Steuermitteln und Steuergeldern, weil es einfach besser ist, Beschäftigung zu geben als nur Unterstützungsgelder. Während nun die Integration im Kleinkindalter oder auch im Schulbereich gute Erkenntnisse und Fortschritte aufweist, ist diese Möglichkeit in der Arbeitswelt noch deutlich mit Defiziten belastet. Es gibt nun zwar die Erkenntnis beziehungsweise auch die Verpflichtung, bei mehr als 25 Dienstnehmern einen Behinderten einzustellen. Es gibt auch eine Prämie, wenn mehr als verpflichtet eingestellt wird, und es gibt Kündigungsschutzbestimmungen. Aber trotzdem, meine ich, tun wir dafür noch ein bißchen wenig. Es ist notwendig, alle wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen deutlicher für unsere Mitmenschen wahrzunehmen. Und da glaube ich, daß eine echte Humanität einer in Hochkultur lebenden Gesellschaft erst daran gemessen werden kann.

Es gibt noch einige Erfordernisse und Schwierigkeiten. Notwendig ist erstens meiner Meinung nach ein verbesserter Übergang von der Schule, von der Integrationsschule in das Integrationsarbeitsleben. Dafür werden wir Mittel und Wege finden müssen, diese Integration im Arbeitsleben wesentlich zu erleichtern. Zweitens sind verbesserte Möglichkeiten vorzusehen, Schulungen und Förderungen in der Praxis anzusetzen. Drittens meine ich, daß die Behindertenverbände auch wesentliche Betreuungsarbeit leisten, die zwar keinesfalls meiner Meinung nach

kostenintensiv sein muß, sondern selbstverständlich auch ein Akt der Mitmenschlichkeit ist, aber nicht nur für die Behindertenverbände, sondern auch darüber hinaus aller Arbeitgeber in diesem Lande. Und es geht – viertens – schließlich nicht nur um eine Verhinderung von Außenseiterpositionen, sondern um eine individuelle und vor allem um eine gerechtfertigte Förderung der Anlagen, des Könnens und des Wissens. Und fünftens möchte ich von dieser Stelle aus die Bundesdienststellen auffordern, mengenmäßig analog dem Land Steiermark solche geschützten Arbeitsplätze zusätzlich zu schaffen. Hier besteht ein deutlicher Nachholbedarf im Bereich – zum Beispiel – des Landesarbeitsamtes, der Finanzbehörden, aber zum Beispiel auch ein Nachholbedarf im Bereich des Arbeitsinspektorates.

Ich fordere diese Bundesdienststellen daher auf, diese offenen hundert Bewerbungen im Lande Steiermark zu übernehmen, und zwar kurzfristig zu übernehmen. Damit ist zwar die Quote sicherlich noch immer nicht erreicht, aber die Integration interessierter und vor allem die Integration arbeitenwollender Menschen vorerst grundsätzlich möglich. Ich möchte Sie auch in diesem Sinne alle auffordern und ersuche Sie alle, auf diese Bundesdienststellen einzuwirken, im Rahmen der Möglichkeiten des Landtages, aber ich bitte Sie auch alle, daß wir gemeinsam diesbezüglich Anträge immer wieder einbringen, daß diese Quoten in allen öffentlichen Stellen sehr deutlich eingehalten werden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 18.54 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 26 und 27 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

**26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 828/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für ein Stabilisierungskapital in Höhe von 39 Millionen Schilling,**

erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Hans Kinsky das Wort zur Berichterstattung.

**Abg. Ing. Kinsky (18.55 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mit Eingabe vom 14. September 1993 beehrte die Firma Zellstoff Pöls AG. vom Land Steiermark Hilfeleistungen im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Unternehmens auf Grund des im Zusammenhang mit dem Konjunkturbruch und der Wirtschaftskrise allgemein entstandenen Preisverfalls im Zellstoffbereich und auf Grund der zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen investiven Maßnahmen, insbesondere für Maßnahmen im Bereich der

ECF. Die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung hat hierzu einen Bericht erstellt, der in der Beilage den Damen und Herren Abgeordneten dargestellt ist.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Übernahme einer Ausfallhaftung für ein Stabilisierungskapital von 39 Millionen Schilling wird zur Kenntnis genommen. (18.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Nun erteile ich zum Tagesordnungspunkt

**27. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 829/1, betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 4,69 Millionen Schilling für eine Eigenkapitalzuführung an die Firma Zellstoff Pöls AG.,**

Herrn Landtagsabgeordneten Ernst Korp das Wort zur Berichterstattung.

**Abg. Korp (18.57 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 4,69 Millionen für eine Eigenkapitalzuführung an die Firma Zellstoff Pöls AG. darf ich folgendes berichten:

Mit Eingabe vom September des Vorjahres beehrte die Firma Zellstoff Pöls AG. vom Land Steiermark Hilfeleistung im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Unternehmens auf Grund des im Zusammenhang mit dem Konjunkturbruch und der Wirtschaftskrise allgemein entstandenen Preisverfalls im Zellstoffbereich. Die Hilfestellung sollte zur Durchführung der investiven Maßnahmen dienen, die zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und insbesondere für Maßnahmen im Bereich der ECF, das ist die chlorfreie Bleiche, notwendig sind.

Darüber hinaus ist vorgesehen, daß das Land Steiermark im selben prozentuellen Ausmaß wie die anderen Aktionäre das Stammkapital – derzeit 2,91 Prozent – aufstockt. Die Aufstockung des Stammkapitals ist deshalb notwendig, weil im Falle der Nichtaufstockung der Gesellschafter Cartiere Burgo ebenfalls keine Kapitalzufuhr vornehmen würde und aus vorgenanntem Grund daher dann bei Nichterhöhung der Bestand des Unternehmens gefährdet wäre. Auf Grund des zur Zeit geltenden Budgetprovisoriums 1994 wurde ein Betrag von 4,69 Millionen Schilling überplanmäßig bereitgestellt, wobei die Bedeckung als Vorgriff auf das Budget 1994 und mit Anrechnung auf den Voranschlagsbetrag 1994 durch vom Landtag zu genehmigende zusätzliche Darlehensaufnahmen vorgesehen wurde.

Nachdem Ihnen, verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, dieser Antrag vorliegt, darf ich Sie bitten, diesem die Zustimmung zu erteilen. (18.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Das Wort hat ebenfalls der Herr Abgeordnete Korp.

**Abg. Korp (18.58 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Wenn ich so in die Runde schaue, vernehme ich den sogenannten „harten Kern“ des Steiermärkischen

Landtages, alle jene Kolleginnen und Kollegen, die ein besonderes Durchhaltevermögen haben. Ich freue mich, Sie hier in der Runde sehen zu dürfen, zumal es mir ein absolut persönliches Anliegen ist, zu diesem Tagesordnungspunkt einige Dinge zu sagen, die mir ein persönliches Anliegen sind, weil ich schließlich aus dem gleichen Ort komme und deshalb meine zu wissen, wovon ich spreche. Es ist mir auch ein persönliches Anliegen, in diesem Zusammenhang zunächst den zuständigen Regierungsmitgliedern und in der Folge auch den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses dafür zu danken, daß die beantragte Hilfeleistung des Landes zur Stabilisierung der Zellstoff Pöls AG. noch auf die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung kommen konnte. Wären nämlich die Voraussetzungen für eine Beschlußfassung am heutigen Tag im Landtag nicht geschaffen worden, hätte dies für dieses angesprochene Unternehmen von vornherein weitreichende Negativfolgen gehabt. So hätten beispielsweise bereits vertraglich vereinbarte Fixpreise für Hauptmaschinen im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine chlorfreie Bleiche nicht gehalten werden können, was - alle Folgewirkungen eingeschlossen - Mehrkosten von sage und schreibe einer halben Million Schilling in etwa nach sich gezogen hätte. Was dies, verehrte Damen und Herren, für ein mit Konjunkturproblemen kämpfendes Zellstoffwerk bedeutet, brauche ich hier in diesem Kreis wohl nicht näher zu erläutern. So möchte ich in meiner Wortmeldung natürlich in gebotener Kürze in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde versuchen, die Wichtigkeit dieser beantragten Wirtschaftsförderungsmaßnahme des Landes für das Zellstoffwerk in Pöls entsprechend zu begründen.

Die Zellstoff Pöls AG. muß und wird, verehrte Damen und Herren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit am Markt zu erhalten, aber zum anderen auch, um ihre Vormachtstellung auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu behaupten, immerhin ist die Zellstoff Pöls AG. eine der schadstoffärmsten Zellstoffwerke der Welt insgesamt, ab kommendem Herbst auf die sogenannte chlorfreie Bleiche umstellen. Die beim Land beantragte Übernahme einer Aufsichtshaftung für ein Stabilisierungskapital von insgesamt 39 Millionen Schilling dient also primär der Absicherung des laufenden Betriebes, vor allem aber der Hilfestellung beim Durchtauchen einer konjunkturell bedingten Krise eines strukturell absolut gesunden Unternehmens. Die Umstellung auf die neue Bleiche ist ein unbedingtes Muß, würde ich behaupten, will man die Konkurrenzfähigkeit des Zellstoffwerkes in Pöls längerfristig absichern. Die Gründe für ein möglichst rasches Handeln und Einsetzen sogenannter investiver Maßnahmen liegen also auf der Hand. Die Zellstoff Pöls AG., seit 300 Jahren, wie die meisten von Ihnen sicherlich wissen, Erzeuger von Zellstoff und Papier, wurde 1984 auf das Sulfatverfahren umstrukturiert. Nach einer äußerst schwierigen Anfahrphase gab es in den Jahren 1988/89 eine Hochphase. Dem folgten eklatante Preisverfallserscheinungen ab 1990, wobei sich der Zellstoffpreis auf sage und schreibe, verehrte Damen und Herren, von bis dahin 11.000 Schilling pro Tonne auf 3900 Schilling absenkte. Sie müssen sich das vorstellen! Das ergab natürlich innerhalb kürzester Zeit einen Preisverfall von insgesamt 65 Prozent. Ab diesem Zeitpunkt ging es mit dem Unternehmen

natürlich permanent bergab, und der absolute Tiefpunkt wurde schließlich im April 1993 erreicht. In Folge hat sich das Werksmanagement mit allen verfügbaren Möglichkeiten gegen den bitteren Weg - Ausgleich, Konkurs, Insolvenz - erfolgreich gewehrt und konnte mit einem sogenannten Refinanzierungspaket reüssieren. Dieses Paket, werte Damen und Herren dieses Hauses, beinhaltet neben Beiträgen des Unternehmens selbst auch Einsparungen und Gesundheitsbeiträge auf allen Ebenen. Dazu kamen freiwillige Arbeitnehmerbeiträge, die sich im letzten Jahr in einer Höhe von 35 Millionen Schilling bewegten und mit Jahresbeginn 1994 auf das laufende Jahr erweitert wurden. Am notwendigen Refinanzierungspaket selbst, welches eine Gesamtgrößenordnung von insgesamt 600 Millionen Schilling aufweist, sind im Falle einer positiven Beschlußfassung am heutigen Tag hier im Land neben dem Land Steiermark noch die Eigentümer selbst, damit meine ich den Frantschacher Konzern und natürlich auch den italienischen Burgo-Konzern, verschiedene Banken und auch die FGG beteiligt. Ausgehend von der erheblichen Bedeutung des Unternehmens erscheinen auch nach Meinung maßgeblicher Fachleute die bereits getätigten beziehungsweise anberaumten Unterstützungsleistungen als absolut gerechtfertigt. Ich verweise hier insbesondere auf die dominierende Rolle des Zellstoffwerkes in Pöls für den Holzmarkt, die Forstwirtschaft und vor allem auch unsere Sägebetriebe. Die Zellstoff Pöls AG. verbraucht jährlich 1,1 Millionen Festmeter Holz, davon 550.000 Festmeter Rundholz und 365.000 Festmeter Sägerestholz aus unserem Bundesgebiet. Dies entspricht 20 Prozent des gesamten inländischen Aufkommens. Das Werk sichert in der Region auch insgesamt 450 Arbeitsplätze direkt und mindestens ebenso viele im indirekten Wege. Durch das Zusammenwirken Wald, Forst, Säge, Zellstoff und Papier garantiert ein derartiges Werk auch eine volkswirtschaftlich absolut gesunde Struktur. Dieses Unternehmen auch seitens des Landes dabei zu unterstützen, ihr Produkt qualitativ zu optimieren, liegt also zweifelsfrei nicht nur im volkswirtschaftlichen, sondern auch im regionalökonomischen Interesse.

Sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf feststellen, daß die Region um den Bezirk Judenburg seit Jahrzehnten unter Einsatz erheblicher Sondermittel zuletzt mit großem Erfolg bemüht war, Verfallstendenzen umzukehren. Ich ersuche daher darum, auch die Zellstoff Pöls AG. seitens des Landes in der beantragten Form zu unterstützen. Alles andere, verehrte Damen und Herren, würde einen dramatischen Rückschlag gemeinsamer Bemühungen, und das betone ich, auf dieser Ebene bedeuten. Schließlich hat das Werk in Pöls ein Zehntel aller Industriebeschäftigten des Bezirkes Judenburg, und das ist ein großer Industriebezirk, in ihrem Bestand. Außerdem wird allgemein bestätigt, daß es heute ohnedies praktisch völlig unmöglich ist, neue Zellstoffanlagen in unserer Heimat zu errichten. Sie wissen das. Deshalb sollten bereits bestehende Anlagen erhalten und in weiterer Folge, so wäre das wünschenswert, weiter ausgebaut werden. Es ist festzustellen, daß die Zellstoff Pöls AG. einen wirklich harten Weg bis zum sogenannten Technologiekonzern hinter sich gebracht hat, und zählt heute sicherlich nicht nur zu den modernsten, sondern auch, und das darf ich ganz besonders

betonen, auch zu den umweltfreundlichsten Zellstoffproduzenten der ganzen Welt und sorgt schließlich auch dafür, daß die österreichische Papierindustrie ihren Importstoff reduzieren kann. Verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf Sie sehr, sehr herzlich bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 19.09 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 828/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 829/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**28. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 836/1, betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 10,4 Millionen Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Mariazeller Schwebbahnen Ges. m. b. H. für die Zeit des Budgetprovisoriums 1994 unter Anrechnung auf die endgültigen Ansätze des Voranschlages 1994.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser (19.10 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich hier um die Vorlage, Einl.-Zahl 836/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 10,4 Millionen Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Mariazeller Schwebbahnen Ges. m. b. H. für die Zeit des Budgetprovisoriums 1994 unter Anrechnung auf die endgültigen Ansätze des Voranschlages 1994. Ich ersuche um Annahme. (19.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 836/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**29. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 837/1, betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 3,3 Millionen Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Schillift Ges. m. b. H. Mürzsteg-Niederlpl für die Zeit des Budgetprovisoriums 1994 unter Anrechnung auf die endgültigen Ansätze des Voranschlages 1994.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser (19.11 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es handelt sich um die Vorlage, Einl.-Zahl 837/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 3,3 Millionen Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Schillift Ges. m. b. H. Mürzsteg-Niederlpl für die Zeit des Budgetprovisoriums 1994 unter Anrechnung auf die endgültigen Ansätze des Voranschlages 1994. In der Vorlage liegt eine Begründung vor. Ich ersuche um Annahme. (19.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zu Punkt .

**30. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 838/1, betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 4,5 Millionen Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Galsterbergalm Bahnen Ges. m. b. H. & Co. KG. für die Zeit des Budgetprovisoriums 1994 unter Anrechnung auf die endgültigen Ansätze des Voranschlages 1994.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Flecker (19.12 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Aus dem gleichen Grund wie bei den anderen Gesellschaften soll den Galsterbergalm Bahnen Ges. m. b. H. & Co. KG. ein Gesellschafterzuschuß über 4,5 Millionen Schilling gewährt werden. Die Bedeckung erfolgt im gleichen Maße wie bei den anderen Gesellschaften. Ich ersuche um Annahme. (19.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 22 und 23 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

**22. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 591/4, betreffend ein Landes-Verfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird,**

erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Dr. Eva Karisch das Wort zur Berichterstattung.

**Abg. Dr. Karisch** (19.14 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Steiermärkische Landtag hat am 25. Mai 1993 beschlossen, einen neuen Paragraphen 18 a über Untersuchungsausschüsse in die Landesverfassung aufzunehmen. Die Bundesregierung hat die Zustimmung zu dieser Verfassungsnovelle verweigert. Sie hatte Bedenken gegen die uneingeschränkte Mitwirkungspflicht der Behörden, vor allem der Sicherheitsbehörden, und wünschte sich eine engere Grenzziehung für die Befugnisse eines Untersuchungsausschusses. Infolge der Verweigerung der Zustimmung der Bundesregierung wurde der Gesetzesbeschluß des Landtages nicht kundgemacht.

Ich stelle den Antrag, den vorliegenden Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. (19.14 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Nun erteile ich zum Tagesordnungspunkt

**23. Selbständiger Antrag des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 591/5, Beilage Nr. 82, betreffend ein Landes-Verfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird,**

der Frau Berichterstatterin, Landtagsabgeordneten Dr. Eva Karisch, das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (19.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Entwurf einer Verfassungsgesetz-novelle wurde im Verfassungs-Ausschuß ausführlich behandelt und einstimmig gutgeheißen. Er enthält eine Neuregelung des Paragraphen 18 a Untersuchungsausschüsse. Namens des Verfassungs-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Beschlußfassung. Wie ich gehört habe, ist ein Abänderungsantrag vorgesehen. (19.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu diesem Stück wurde in der heutigen Präsidialkonferenz eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes und des Bundesministeriums für Inneres behandelt und auf Grund dessen der Abänderungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Franz Hasiba, Dr. Klauser, Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird, zum Tagesordnungspunkt 23 beschlossen, und den verlese ich hiemit:

Selbständiger Antrag des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 591/5, Beilage Nr. 82, betreffend ein Landes-Verfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird.

Begründung:

Im Paragraphen 18 a Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes schlägt das Bundesministerium für Inneres eine geänderte Formulierung vor. Diesem Anliegen wird nach Beratung in der Präsidialkonferenz mit dem vorgesehenen Textvorschlag weitgehend Rech-

nung getragen. Der Textvorschlag lautet: Antrag: Paragraph 18 a Absatz 4 hat zu lauten:

„(4) Alle Gerichte und alle anderen Behörden sind verpflichtet, dem Ersuchen eines Untersuchungs-Ausschusses um Beweiserhebungen sowie um Durchführung beweissichernder Maßnahmen im Rahmen ihres sachlichen Wirkungsbereiches Folge zu leisten. Alle öffentlichen Ämter haben auf Verlangen ihre Akten und sonstigen Unterlagen vorzulegen. Dies gilt nicht für Akten und sonstige Unterlagen, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit oder im Interesse der Sicherheit von Menschen geboten ist.“

Bei diesem Gesetzesvorschlag handelt es sich um ein Verfassungsgesetz. Ich weise daher auf Paragraph 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, in Verbindung mit Paragraph 20 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 hin, wonach ein Verfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann. Ich stelle fest, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist, weil mehr als die Hälfte anwesend ist.

Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen: erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 591/4, und zweitens über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dr. Klauser, Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird, drittens über den Antrag der Frau Berichterstatterin, betreffend den selbständigen Antrag des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 591/5, Beilage Nr. 82.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 591/4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dr. Klauser, Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 591/5, Beilage Nr. 82, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**24. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 792/1, betreffend den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 1992.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen** (19.18 Uhr): Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung vom 17. Feber 1994 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark, Verwaltungsjahr 1992, Einl.-Zahl 792/1, beraten, und zwar über folgende Kapitel: die Behördenaufsicht nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, die automationsunterstützte Datenverarbeitung und dann noch die Kapitalbeteiligung des Bundeslandes Steiermark bei der Austria Ferngas Ges. m. b. H. in Wien. Wir haben diese Kapitel in Kontroll-Ausschuß beraten, und ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark, Verwaltungsjahr 1992, wird zur Kenntnis genommen. (19.19 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**25. Selbständiger Antrag des Rationalisierungsausschusses, Einl.-Zahl 761/2, betreffend die Leistungen des Landes Steiermark und die Verwaltungsinnovation.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Ludwig Rader. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Rader** (19.20 Uhr): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Rationalisierung-Ausschuß hat in 18 Sitzungen in insgesamt 71 Stunden den vorliegenden Antrag beraten, und es liegt jetzt vor ein Minderheitsantrag der SPÖ und ein Mehrheitsantrag. Der Minderheitsantrag beinhaltet elf Beschlußpunkte, die sich im großen und ganzen mit der Problematik beschäftigen und im wesentlichen folgendes beinhalten:

Erstens, der Finanzreferent wird aufgefordert, im Sinne eines korrekten Budgetvollzuges von seinem Stimmrecht gemäß Paragraph 32 Absatz 2 der Landesverfassung umfassend Gebrauch zu machen.

Zweitens, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, über sämtliche über- und außerplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1994, sofern sie nicht durch gleichartige Einsparungen im gleichen Ressort bedeckt werden, der vorherigen Genehmigung des Steiermärkischen Landtages zu unterziehen.

Drittens, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Personalhoheit über die Bediensteten im jeweiligen Kompetenzbereich dem zuständigen Regierungsmitglied zu unterstellen.

Viertens, im Sinne des Punktes 3 dieses Beschlusses sind die einzelnen Regierungsmitglieder aufzufordern, einen ihr Ressort betreffenden Personalentwicklungsplan für die folgenden fünf Jahre zu erstellen und bis 1. Oktober 1994 der Regierung und dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Fünftens, das laut Bundesverfassung zuständige Organ, der Landesamtsdirektor, ist aufzufordern, bis 1. Oktober 1994 im Wege des Landeshauptmannes

umsetzbare Maßnahmen der Verwaltungsreform vorzulegen.

Sechstens, der für die Krankenanstalten zuständige Referent der Landesregierung ist aufzufordern, der Landesregierung bis zum 1. Oktober 1994 eine Budgetplanung für die folgenden fünf Jahre vorzulegen und dabei von einer Realisierung des Projektes „LKH 2000“ auszugehen.

Siebtens, das für Wirtschaft und Verkehr zuständige Mitglied der Landesregierung ist aufzufordern, ein mittelfristiges, auf die nächsten fünf Jahre ausgelegtes „Wirtschafts- und Arbeitsplatzprogramm“ vorzulegen.

Achtens, die Landesregierung wird aufgefordert, bis 1. Oktober 1994 jene Beträge zu ermitteln, die im Zusammenhang mit der Bewerbung der Olympischen Spiele gemacht werden und auch eine Volksbefragung darüber abzuhalten.

Neuntens, das für die Landwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung ist aufzufordern, bis 1. Oktober 1994 der Landesregierung jene Maßnahmen zur Beschlußfassung vorzulegen, um die Absicherung der Landwirtschaft im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt sicherzustellen.

Zehntens, der Finanz-Ausschuß des Landtages hat in Hinkunft, beginnend mit dem Voranschlag 1994, in eingehenden Beratungen den jeweiligen Budgetentwurf in Form eines Hearings mit den einzelnen Regierungsmitgliedern zu überprüfen.

Elftens, die von der Landesregierung seit der Erstellung des dem Landtag bereits vorgelegten Entwurfes des Voranschlages 1994 beschlossenen, das Budgetjahr 1994 betreffenden Ausgaben sind in den Landesvoranschlag 1994 aufzunehmen. Basis für die Erstellung müssen im Bereich der Pflichtausgaben die zum Zeitpunkt der Beschlußfassung hierüber gültigen gesetzlichen und vertraglichen Regelungen sein.

Das war der Minderheitsantrag.

Der vom Ausschuß beschlossene selbständige Antrag umfaßt insgesamt 28 Seiten. Er ist in drei Punkte gegliedert. Der Punkt eins sind Maßnahmen, die bereits das Budget 1994 betreffen. Hier wurden Vorschläge unterbreitet, die einen Einsparungseffekt von 201,544.000 Schilling beinhalten. Dazu, und zwar im Ermessensbereich, kommen 100 Millionen im Bereich des Sozialressorts, die, je nach Möglichkeit, im Einnahmen- oder Ausgabenersparnisbereich budgetiert werden sollen. Zusätzlich kommen Einsparungen bereits im Pflichtbereich im Jahr 1994 von 62,13 Millionen Schilling, dazu Mehreinnahmen von 86 Millionen Schilling, ergibt ein Gesamtvolumen der Veränderung des Budgetentwurfes 1994 des Landesfinanzreferenten von 449,68 Millionen Schilling. In einem zweiten Teil sind langfristige Maßnahmen vorgeschlagen worden, und zwar insgesamt 23 Maßnahmen. Kernpunkt und erster Punkt dieser Maßnahmen ist die Frage der Spitalsfinanzierung, die im großen und ganzen eine künftige Steigerungsrate von 5,8 Prozent in den nächsten fünf Jahren beinhaltet. In einem dritten Punkt sind Maßnahmen zur Verwaltungsinnovation vorgeschlagen worden, und zwar insgesamt zehn Stück, die sich aus den bereits bisher geleisteten Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe der Landesregierung ergeben.

Ich stelle den Antrag, den vom Rationalisierungsausschuß beschlossenen Mehrheitsbericht zu beschließen und darf bei dieser Gelegenheit allen Mitgliedern des Rationalisierungsausschusses und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese 77 Stunden mit uns verbracht haben, herzlich danken. (19.25 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg.

**Abg. Dr. Frizberg (19.25 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir kommen eigentlich zum zweiten Mal zu dieser Tagesordnung, nachdem ja bereits bei den Spitälern zur Frage der Rationalisierung ausgiebigst debattiert wurde. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht versäumen, nach diesen monatelangen Anstrengungen, diesen vielen Sitzungen und Vorbereitungen einen Dank an alle Mitarbeiter auszusprechen, an alle Beamten, an alle Experten und Sachverständigen und auch an die Gesellschaften, die uns hier bei dieser Arbeit begleitet haben und wirklich in mühevoller Kleinarbeit uns die Grundlagen dafür verschafft haben, daß wir heute über diesen erfolgreichen Bericht auch referieren dürfen. Es ist eine Kraftanstrengung gewesen, die sich gelohnt hat, und ich möchte ausdrücklich diesen Dank an alle Mitarbeiter aussprechen. Wir haben uns zu diesem Rationalisierungsausschuß entschlossen, nachdem es dem Finanzlandesrat nicht gelungen ist, ein Budget vorzuschlagen, das in der Regierung eine Mehrheit gefunden hätte, und haben uns insbesondere auch dazu entschlossen, weil uns eine mittelfristige Budgetvorschau vorgelegt wurde, wonach wir sehenden Auges in einen Engpaß in unserem Handlungsspielraum, überhaupt in der Gestaltung des Landes, hineingetaumelt wären, hätten wir so weitergegangen.

Was ist aber der Knackpunkt gewesen? Der Knackpunkt dieser Entwicklungen waren zweifellos die Spitäler. Die Zahlen, die Landesrat Ressel für seinen Budgetvorschlag erstellt hat, sind von einer Nettoneuverschuldung ausgegangen in der Größenordnung von 2,5 Milliarden Schilling, begleitet davon, daß bei den Spitälern eine Explosion der Kosten vorhergesagt wurde, die auf Sicht gesehen jedenfalls eine verantwortliche Budgetierung nicht mehr zugelassen hätte. Wir haben deshalb ganz besonderen Wert darauf gelegt, uns von den Experten, insbesondere vom Wirtschaftsforschungsinstitut, von Prof. Lehner, erläutern zu lassen, wohin die Reise geht, wohin sie gehen sollte und was wir für Maßnahmen treffen können. Es hat uns Prof. Lehner als Kennziffer, wo wir eigentlich hinkommen müssen in einer verantwortungsvollen Budgetgestaltung, genannt, daß wir das Ziel über eine Nettoneuverschuldung von einer Milliarde Schilling nicht ganz außer acht lassen sollten. Es ist klar, daß dieses von Maastricht vorgegebene Ziel nicht über Nacht erreichbar ist, im Gegenteil, daß wir meilenweit davon entfernt sind und die Gefahr eher besteht, daß wir gegenüber allen anderen Bundesländern im Gestaltungsspielraum abgehängt werden, und die Verschuldung des Landes Steiermark ist leider schon so hoch, daß wir jetzt schon an der letzten Stelle innerhalb der Bundesländer angelangt sind.

Als Kennziffer, woran können wir uns orientieren, wie sich unsere Verschuldung in der Zukunft entwickelt, hat uns Prof. Lehner auch die Entwicklung der Ertragsanteile genannt, die ja letztendlich das Budget nachhaltig beeinflussen, weil wir über die Bereiche des Budgets, die reine Bundesdurchläufer sind, nicht sehr viel gestalten können. Zumindest können wir uns dort keine Einsparungen erwirtschaften, die unser Budget entlasten.

Wir haben in diesem Rationalisierungsausschuß mit dem vorliegenden Bericht einen ganz bedeutenden Einschnitt und eine deutliche Trendwende eingeleitet, eine Trendwende in den Köpfen zuerst, daß einmal wesentlich grundlegender nachgedacht wird, bevor man an neue Ausgaben herangeht, wesentlich grundlegender nachgedacht wird, bevor wir neue Gesetze machen, die uns wieder Kosten verursachen. Eine Trendwende aber auch in den Zahlen, einerseits in den kurzfristigen. Wenn wir die kurzfristigen Ergebnisse betrachten, so ist es gelungen, Einsparungen von 350 Millionen Schilling zu empfehlen. Wenn man die Einsparungen mitrechnet, die wir dadurch erzielen, daß Rückflüsse aus dem Pflegegeld nicht angesetzt waren, aber zum Unterschied von dem, was Landesrat Ressel gesagt hat, nicht automatisch eintreten würden, sondern erst durch eine entsprechende Gestionierung hier des Soziallandesrates überhaupt dingfest gemacht werden können, wenn man das berücksichtigt, sind es 450 Millionen Schilling, die wir an Verbesserung gegenüber dem Voranschlag festgehalten haben als kurzfristiges Ergebnis des Ausschusses. Und diese 450 Millionen Schilling sind nicht irgendwelche Peanuts, sondern letztendlich ist das eine Verringerung der Nettoneuverschuldung um fast 20 Prozent, um die Bedeutung einmal auf den Tisch zu legen, in der kurzfristigen Maßnahme. Dabei habe ich nicht berücksichtigt, daß wir selbstverständlich auch einiges an Rücklagen auflösen können, die möglich sind. Ich habe dabei nicht berücksichtigt die langfristigen Auswirkungen, von denen ich hier an dieser Stelle nur insbesondere auf den Bereich der Personalentwicklung hinweisen möchte, wo nach dem Modell, das Landesrat Hirschmann vorgelegt hat, in Zukunft in einem Zeitraum von fünf Jahren in Summe bis zu 400 Dienstposten eingespart werden können. Wenn man weiß, daß uns der durchschnittliche Dienstposten im Lande Steiermark ungefähr 432.000 Schilling kostet, so bedeutet das eine Einsparung, hochgerechnet auf fünf Jahre, weil das ja langfristige Konsequenzen sind, allein in fünf Jahren, daß wir damit knapp 900 Millionen Schilling an zusätzlichen Einsparungen bewältigen können.

Also ganz bedeutende Zahlen für die kurze Frist, die diesem Ausschuß auch zur Verfügung gestanden ist. Es war im Bereich des Haushaltsrechts sehr deutlich zu erkennen, daß die Steiermark ein neues Haushaltsrecht braucht, und ich bin in der Hinsicht dem einzigen konstruktiven Vorschlag der SPÖ, nämlich nachzudenken, ob in Zukunft Nachtragsbeschlüsse zum Budget vom Landtag zuerst gemacht werden sollen, sehr, sehr dankbar, weil wir bisher nicht die rechtliche Möglichkeit dazu hatten. Und wenn dieser Vorschlag des Herrn Klubobmannes Trampusch ernst gemeint ist, so werden wir hier eine langfristige Änderung in Form eines neuen Haushaltsrechts, so, wie wir es ge-

fordert haben im Beschluß, den wir heute beschließen werden, gerne aufgreifen und auch machen. Ich bin mir nur nicht so sicher, ob der Finanzreferent mit dieser Änderung unbedingt einverstanden ist, abgesehen davon, daß es noch ganz andere Bereiche dabei zu ändern gibt, insbesondere in der Frage, daß wir das unsinnige Geldhinausschmeißen am Jahresende, wie es auf Grund des Budgetierungssystems zwangsläufig eintritt, mit einer wohlüberlegten und nicht den Finanzreferenten entmachtenden Rücklagenmöglichkeit in den einzelnen Ressorts ebenso in ein neues Haushaltsrecht aufnehmen müßten.

Langfristig ist für mich auch wichtig, einen strategischen Ansatz für Landesbeteiligungen zu finden, nachdem sich doch gezeigt hat, daß hier einerseits die Meinungen über Landesbeteiligungen sehr stark auseinandergehen, andererseits die Möglichkeiten mehr als ungenützt zu bezeichnen sind, die bisher aus diesem Kapital gewonnen wurden.

Ich komme damit zum eigentlichen Knackpunkt, bei dem wir versucht haben, in langen Verhandlungen eine Trendwende auch – ich sage es offen – zu erzwingen. Landesrat Strenitz hat zu verantworten eine Entwicklung der Gesellschafterzuschüsse des Landes Steiermark zu den Krankenanstaltengesellschaften mit einer Explosion dieses Gesellschafterzuschusses. Wenn ich daran denke, allein im Durchschnitt der Jahre von 1987 bis 1991 ist der Gesellschafterzuschuß jährlich um 29,5 Prozent gestiegen, und in den letzten Jahren auch mit einem zweistelligen Prozentsatz, so daß wir heute bereits 25 Prozent des eigentlichen Landesbudgets ausschließlich für die Einzelaufgabe der Landesspitäler ausgeben. Wir haben ein inneres Budget von nur etwas über 11 Milliarden Schilling – der Rest sind mehr oder weniger Bundesdurchläufer für den Wohnbau, für die Landeslehrer und dergleichen mehr –, und an dem gemessen ist ein Viertel des Budgets heute bereits ausschließlich für die Landesspitäler ausgegeben worden. Das ist eine Politik, die wir nicht länger rechtfertigen können. Und wenn man den Vergleich der Bundesländer heranzieht, zeigt sich auch, daß das Land Steiermark mit Abstand überproportional in diesem Bereich sein Budget einsetzt, und es ist schlicht und einfach den anderen Aufgabenstellungen des Landes Steiermark nicht zuzumuten, daß diese Entwicklung mit zweistelligen Prozentsätzen in die Ewigkeit fortgeschrieben wird. Wir haben uns in der letzten Woche insbesondere immer vorwerfen lassen müssen, daß der Beschluß, den der Rationalisierungsausschuß diesbezüglich gefaßt hat, zum schleichen den Tod von Spitälern, und ich weiß nicht zu was allem, zur Balkanisierung und dergleichen führen soll. Da könnte man meinen, man würde etwas wegnehmen. Das Interessante dabei ist aber, daß unser Beschluß zum Bereich der Spitäler die einzige Ausnahme von der Regel darstellt. Die einzige Ausnahme nämlich dahin gehend, daß die Spitäler als einziger Bereich der gesamten Landesaufgaben einen Zuwachs der Ausgaben garantiert bekommen, einen Zuwachs von jährlich 5,8 Prozent garantiert bekommen, jährlich über 180 Millionen Schilling. Das bedeutet, daß wir in den nächsten Jahren 20 Milliarden Schilling, also eindrei viertel Landesbudget, aus dem eigentlichen Landesbereich ausschließlich – bitte – für diese Spitäler ausgeben. Und da spricht man von Balkanisierung. Da

frage ich mich wirklich, wer hier in den letzten 50 Jahren für die Spitäler die Verantwortung getragen hat. Es ist ausschließlich ein Referent der Sozialdemokratischen Partei gewesen, und jetzt können Sie es sich selber aussuchen, Herr Landesrat Strenitz, Sie tragen schon über sieben Jahre die Verantwortung dafür, entweder haben Sie in den letzten 50 Jahren versagt, weil sonst kann man von einer Balkanisierung nicht sprechen, oder Sie sagen die Unwahrheit. Beides ist unverantwortlich, und Sie sollten sich überlegen, mit dieser Politik, mit der Sie am heutigen Tag gescheitert sind, fortzufahren. Ich komme darauf noch zurück.

Es war für mich deprimierend, im Ausschuß zu erleben, daß der Herr Landesrat Strenitz versucht hat, den Krankenanstaltendirektoren die Äußerung zu untersagen, nach welchen Vorschlägen sie sich einen Vertrag mit dem Land Steiermark für die nächsten fünf Jahre vorstellen könnten. Erst nach ausdrücklicher Ermahnung durch den Vorsitzenden war es möglich, daß die Vorstandsdirektoren wenigstens ihre Wunschvorstellung nach 9,8 Prozent deponieren konnten. Aber die Vorgangsweise von Landesrat Strenitz ist letztendlich verantwortlich dafür, daß wir nicht inhaltlich fixieren konnten, wo und in welchen Bereichen wie die Entscheidungen innerhalb der Spitäler getroffen werden. Ich vertrete ohnedies die Meinung, daß wir nicht hingehen sollen als Politiker und sagen, in diesem Spital hat diese oder jene zusätzliche Abteilung gebaut zu werden, und dort hat sie nicht zu kommen, sondern ich vertrete die Meinung, daß letztendlich es die Aufgabe der KAGES ist, uns hier entsprechende Vorschläge zu machen. Aber selbstverständlich Vorschläge in dem Rahmen, den sich die Beitragszahler leisten können. Und es war für mich umso erstaunlicher, daß es ausgerechnet der Finanzvorstand Moser war, der dann letztendlich den Mut hatte zu sagen, jawohl, selbstverständlich, wenn wir erfahren, welche Zuwächse wir bekommen in den Ausgaben, dann sind wir selbstverständlich in der Lage, auch ein entsprechendes Konzept vorzulegen und auch unsere Aufgaben zu erfüllen, zum Unterschied vom Herrn Spitalslandesrat. Natürlich wird es hier Einschränkungen von manchen Vorstellungen geben müssen. Natürlich wird die Alles-oder-Nichts-Vorstellung von Herrn Landesrat Strenitz, die in einem Medium dieses Landes als politische Erpressung – ich zitiere hier – und Katastrophenpolitik bezeichnet wurde, nicht zum Tragen kommen. Vielleicht wird der eine oder andere Triumphbogen als Eingangshallé nicht gebaut werden können, oder das Tunnelgruftsystem nicht gebaut werden können in diesem Zeitraum (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie Unwissender!“), oder eine Zentralwäscherei vielleicht nicht in diesem Zeitraum wirksam werden, oder eine Parkgarage etwas später gebaut werden, oder sogar ein Abbau im Zentralapparat notwendig sein, insbesondere wenn wir endlich die Dezentralisierung zugunsten der einzelnen landschaftlichen Spitäler in der Region draußen durchsetzen, die ja darunter leiden vor allem, daß bei den Kliniken und hier in Graz der Großteil der Kostenexplosion zu verantworten ist, aber letztendlich die Peripherie gerne dafür zum Handkuß gebracht wird mit Drohungen, so wie Sie sie in den letzten Wochen ausgesprochen haben.

Wenn allein die Empfehlungen, die der Rechnungshof ausgesprochen hat, wozu es positive Äußerungen sowohl vom Finanzlandesrat als auch vom Spitalslandesrat gibt, daß sie nämlich erzielbar sind, daß sie auch durchführbar und sinnvoll sind - allein wenn diese Empfehlungen wahrgenommen werden, werden 78 Millionen Schilling im Jahr eingespart werden können. Wenn Sie das hochrechnen, können Sie allein mit den Einsparungen an bisher unterlassenen Verbesserungen ein Spital in der Peripherie für sich bauen, allein aus diesen Einsparungen. Dazu sind Sie aufgerufen, Herr Landesrat. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Landesrat Strenitz, Sie tragen letztendlich die Verantwortung dafür, daß das Land Steiermark heute einen um 500 Millionen Schilling im Jahr höheren Anteil an den Abgängen der Spitäler zu tragen, hat als dies vor fünf Jahren prozentuell der Fall war. Vor fünf Jahren hat das Land Steiermark noch 25 Prozent dieser Abgänge gedeckt, heute sind wir bei 30 Prozent, die Differenz liegt bei 500 Millionen jährlich.

Was spreche ich damit an? Es war für mich mehr als erschütternd, vom zuständigen Spitalsreferenten die wörtliche Auskunft auf mein dezidiertes Befragen zu hören: „Für die Einnahmen fühle ich mich nicht zuständig, dafür müssen Sie mit den Krankenanstaltdirektoren reden, und selbst diese sind für 81 Prozent dieser Einnahmen nicht zuständig.“ Das ist ein Verantwortungsloch, um es höflich auszudrücken. Ich frage mich wirklich, wenn der zuständige Spitalsreferent nicht zuständig ist und die zuständigen Vorstandsdirektoren nicht zuständig sind, dann darf es uns nicht wundern, wenn die Abgänge in diesem Bereich diese Entwicklung genommen haben. Dem gilt es heute und hier mit diesem Beschluß, ein Ende zu bereiten. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Und wenn wir auf die anderen Beitragszahler zu reden kommen, dann müssen wir auch gewisse Tabus brechen. Es ist mir ganz egal, ob ich hier jetzt attackiert werde oder nicht, aber man wird darüber debattieren müssen, wie wir endlich zu einer Gemeinsamkeit kommen, um den Bund zu einer Abdeckung von höheren Anteilen zu bringen. Es hilft uns nichts, wenn uns der Bund bei der Investition beim LKH 2000 50 Prozent anbietet, wenn er uns dann bei den Folgekosten mit 80 Prozent hängen läßt und wir allein die Landesbürger belasten müssen. Wir werden darüber reden müssen und den Vorschlag von Landesrat Ressel näher besprechen, ob wir in gewissem Rahmen in der Region die Standortgemeinden nicht auch ins Gebet nehmen dürfen, wenn sie mit den Forderungen für zusätzliche Spitäler kommen, ob sie sich allenfalls dann auch bereiterklären, an den Folgekosten teilzuhaben. Dieser Vorschlag von Landesrat Ressel steht ja im Raum, auch wenn er von der eigenen Partei mittlerweile anders gesehen wird. Aber bei der Frage, wer alles zahlen soll, gibt es die lustigsten Äußerungen. Herr Landesrat Strenitz hat erklärt, wenn wir die Sozialversicherungen hier mehr zur Kasse bitten, dann ist das deren Ruin. Dann werden wir dort für enorme Kostenerhöhungen bei den Beitragszahlungen bei den Sozialversicherungen sorgen. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner hat zum Vorschlag Ressel erklärt, wenn wir diese Belastungen auf die Gemeinden mitübertragen, kommen ungeheure Belastungen auf die Gemeindebürger zu. Dann frage ich

mich, wer vertritt denn eigentlich den Landesbürger, wenn es für die Gemeindebürger solche Belastungen werden, wenn es für die Sozialversicherungsbeitragszahler Belastungen werden? Ich frage mich, ob diese Herren nicht einmal nachdenken sollten, ob wir dem Landesbürger das zumuten können, wie die Entwicklung in den letzten Jahren gegangen ist. Für uns ist ein Weitertun in dieser Vorgangsweise jedenfalls kein Weg, den wir unterstützen können! Und mit dem heutigen Tag, mit dem Beschluß, dem Zuwachs des Abganges bei den Spitälern, den Gesellschafterzuschuß mit 5,8 Prozent jährlich im Plus zu begrenzen, ist auch ein Riegel für diese Entwicklung für die Zukunft vorgeschoben.

Wir werden bei diesem Gesellschafterzuschuß sicherlich noch nachdenken müssen, was wir im ordentlichen Haushalt ausweisen und was wir im außerordentlichen Haushalt ausweisen, weil letztendlich sonst die Gefahr besteht, daß im Inneren weitergewirtschaftet wird wie bisher und damit die Investitionen gekürzt werden. Das ist nicht der Sinn von Einsparungen.

Eines hat auch der Rechnungshof sehr klar an den Beginn seiner Ausführungen gestellt: In einem Unternehmen, er meint damit die KAGES, mit einem Budget von über 11 Milliarden Schilling, gibt es immer ausreichendes Einsparungspotential, gibt es immer ausreichendes Verbesserungspotential. Und wenn ich mir anschau, was alles wie in der Vergangenheit investiert wurde, was alles wie betrieben wird, siehe Rechnungshofbericht, dann kann man dem ja nur beipflichten. Wir haben heute schon vorher über Bruck diskutiert, und im Rahmen der ganzen Katastrophemeldungen hat sich ja besonders der Herr Abgeordnete Schrittwieser hervorgetan, als wir das Budgetprovisorium fixiert haben. Ich kann mich bestens erinnern. Damals wurden Pressekonferenzen von SPÖ-Abgeordneten organisiert. Der Herr Kollege Schrittwieser hat sich vor das in Bau befindliche LKH Bruck gestellt und hat erklärt, wenn das Budgetprovisorium kommt, dann wird Bruck nicht in Betrieb gehen können. Herr Kollege Schrittwieser, ich darf Ihnen sagen, das LKH Bruck ist in Betrieb. Es hat mich gefreut, daß Kollege Schrittwieser vorher hergegangen ist und gelobt hat, wer alles etwas gemacht hat dafür und dieser hat sich eingesetzt, und jener hat sich eingesetzt. Sie haben Ihre eigene Rede vorher vergessen, und Ihre eigene Prophezeiung, daß es nämlich nicht in Betrieb gehen wird, ist nicht aufgegangen. (Abg. Schrittwieser: „Herr Kollege, lies nach, was ich wirklich gesagt habe!“) Es ist in Betrieb gegangen, und es ist keine Katastrophe eingetreten. Und genau dieselben Unwahrheiten verbreiten Sie jetzt in der Frage der Begrenzung des KAGES-Zuschusses. Hören Sie auf damit und fangen Sie endlich an, eine konstruktive Politik zugunsten des Landes zu machen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Aber wir haben ja hier schon einiges an Spitalunwahrheiten, um es vorsichtig zu formulieren, zu hören bekommen. Ich fürchte, die nächsten Tage werden wieder so weitergehen. Es hat sich die SPÖ selber zuzuschreiben, wenn sie heute nicht mehr für Arbeitsplätze steht, sondern für Blockade, für Isolation, für Verschwendung und Defizit. Es hat sich die SPÖ selber zuzuschreiben, wenn sie quasi Opposition in der

Regierung spielt. Und wenn Sie im Lehrbuch des Bruno Pittermann einmal nachlesen würden, dann würden Sie sehen, daß so eine Politik jedenfalls nicht sehr erfolgreich ist auf Sicht, sondern daß ein Bruno Pittermann ein Schicksal erleiden mußte, das wir uns für dieses Land umgekehrt wünschen, daß nämlich eine ÖVP nachher zu einer absoluten Mehrheit wieder kommt. Also, Sie können es sich überlegen. (Abg. Dörflinger: „Die absolute Mehrheit hat lange angehalten!“) Herr Kollege Dörflinger, ich bin sehr dafür, daß Sie weiter dort Federführung tragen, weil dann werden Sie sich 1996 als drittstärkste Partei hier wieder finden. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen. (Abg. Trampusch: „Wir wollen nicht das Schicksal der ÖVP teilen!“) Ich habe es allerdings im Rahmen der Unwahrheiten schon etwas stark gefunden, Herr Kollege Schrittwieser, und ich schätze Sie sonst wirklich sehr, Sie sind hier herausgegangen heute und haben gesagt, durch das Budgetprovisorium hat es einen Skontoverlust gegeben, und dergleichen mehr. (Abg. Schrittwieser: „So steht es in den Unterlagen!“)

Das mag schon sein, daß das in Ihren Vorlagen so drinnen steht. Ich habe mich erkundigt bei der KAGES. Es ist kein Skontoverlust eingetreten. Und ich sage Ihnen jetzt noch etwas: Wenn ein Unternehmen mit 11 Milliarden Schilling Aufwendungen insgesamt nicht in der Lage ist, mit dem, was wir über das Budgetprovisorium, nämlich monatlich ein Zwölftel von 2,6 Milliarden Schilling, haben, nicht in der Lage ist, mit dem, was es insgesamt bewirtschaftet auch an Beiträgen der anderen Beitragszahler, die 70 Prozent zahlen, ein paar Rechnungen zu begleichen und erst ein, zwei Monate später dafür auch einen Anteil vom Land zu bekommen, dann ist der Finanzvorstand unfähig. Das muß man einmal ganz deutlich aussprechen. Ein Unternehmen mit 11 Milliarden Schilling Umsatz, das nicht in der Lage ist, eine Rechnung mit 10, 20 Millionen Schilling zwei Monate später zu bezahlen ohne Skontoverlust, dann muß ich sagen, ist der Finanzvorstand unfähig. Das muß einmal klar ausgesprochen werden. Und da kommt es schon noch ein bißchen dicker: Es ist einfach der Weg einer politischen Erpressung zu sagen, es bricht die Welt zusammen, da und dort, der Bau wird eingestellt und dergleichen mehr. Und das angesichts der Tatsache, daß zum Jahreswechsel 1993 in der Größenordnung einige hundert Millionen Schilling an nicht verbrauchten Investitionen in der KAGES liegen. Können Sie mir eine Rechtfertigung für diese Drohungen, die hier ausgestoßen wurden, geben, wenn einige hundert Millionen Schilling an Rücklage, an nicht verbrauchten Investitionen vorliegen? Es ist unverantwortlich, durch die Lande zu ziehen, Katastrophen heraufzubeschwören und zu sagen, durch eine Verzögerung von zwei Monaten, noch dazu wenn man ohnedies ein Budgetprovisorium hat, daß damit irgendein Schaden eintritt. Hören Sie endlich mit diesen Spitalsunwahrheiten auf. Die Leute glauben es Ihnen ohnedies nicht mehr. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Herr Landesrat Strenitz, Sie sind der Oberprotagonist dieser Vorgangsweise, und ich glaube, Sie haben persönlich auch diese Verantwortung dafür zu tragen. Ich glaube nicht, daß Sie sich davor drücken sollten. Sie haben auf die Karte des Nichtverhandelns gesetzt. Herr Landesrat Strenitz, Sie haben auf die Karte ge-

setzt, alles oder nichts. Mit dem heutigen Tag ist Ihre Politik endgültig gescheitert und der Vergangenheit angehörend. Ich muß mich wirklich fragen, ob es für Sie nicht an der Zeit ist nachzudenken und in voller Entrüstung über die Nichtgewährung dessen, was Sie sich vorgestellt haben, zu sagen, ich spiele hier nicht mehr mit, und in vollen Ehren zu sagen, ich lasse diese Verantwortung. Herr Landesrat Strenitz, Sie sollten sich diese Frage überlegen, solange Sie sich diese Frage noch überlegen können. Weil eines muß ich ein für allemal festhalten: Der Landtag wird sich von niemandem erpressen lassen in diesem Lande. Und es ist wichtig, auch für das Selbstverständnis dieses Landtages, so eine Vorgangsweise ein für allemal abzulehnen und zurückzuweisen.

Der Rationalisierungs-Ausschuß hat in vielen Bereichen entscheidende Weichenstellungen getroffen. Ich denke an die Verwaltungsinnovation, wo mit der Einführung von Kosten- und Leistungsrechnungen endlich einmal dafür Sorge getragen wird, daß die einzelnen Beamten auch wissen, ob sie was an Erträgen hereinbringen, wie sie insgesamt wirtschaften. Bisher haben das ja nicht einmal die einzelnen Ressorts zusammengefaßt beantworten können. Wir haben im Bereich der Liegenschaftsverwaltung und in der Gebäudeverwaltung Vorschläge diskutiert, die auch zum Teil von den Referenten gekommen sind, die wir festgehalten haben, wo wir auch Fristen setzen für die Umsetzung, wo wir uns wirklich einiges an zukunftsorientierter Politik anschauen können. Wir tun dies nicht als Selbstzweck, daß wir diese gesamten Leistungen des Landes neu betrachten, sondern letztendlich tun wir das zum Wohle der Bürger, damit wir nicht im Alten verharren und für das Neue keinen Platz mehr haben. Damit wir nicht den alten Strukturen zu sehr nachweinen und damit zu wenig an Energie und zu wenig Mitteleinsatz für die neuen Herausforderungen haben. Weil es ist ja nicht zu leugnen, daß wir vor neuen Herausforderungen stehen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß gerade die Steiermark angesichts einer Ostöffnung, daß gerade die Steiermark angesichts einer Integration in dieses Europa vor ganz schwierigen Herausforderungen steht, wo wir mit den Einsparungen, wo wir mit dem zusätzlichen Spielraum, den wir uns über unsere Tätigkeit, die der Rationalisierungs-Ausschuß eingeleitet hat, solche Spielräume auch wieder erwirtschaften werden. Und wir werden diesen Spielraum für die Landwirtschaft, wir werden diesen Spielraum für die Wirtschaftspolitik, aber auch für viele andere Aufgaben dieses Landes brauchen. Und wir werden uns nicht in Geiselhaft nehmen lassen von einem Landesrat, der glaubt, auf diesem Weg des Alles oder Nichts den anderen alles abnehmen zu können. Ich sage auch dazu, ich bekenne mich dazu, daß wir der neuen Frau Landesrat hier insofern auch einen Vertrauensvorschuß gegeben haben, als wir gesagt haben, daß wir in dieser Zeit im Sozialbereich keinerlei Kürzungen vornehmen, auch wenn wir uns in der Öffentlichkeit von manchem Abgeordneten der SPÖ anderes nächsagen lassen. Frau Landesrat, betrachten Sie das aber bitte als Vertrauensvorschuß auch dahingehend, daß wir Ihre Mitwirkung brauchen und auch erbitten, weil uns ist ein konstruktiver Landesrat in dieser neuen Position sehr viel wert, und dieser Vertrauensvorschuß soll eigentlich sich darin rentieren, daß die Vervielfachung der Ausgaben, die wir uns

Gott sei Dank leisten konnten, auch im Sozialbereich mit einer Verdoppelung der Ausgaben in den letzten Jahren, daß die sich dahin gehend rentieren, daß wir in der Zukunft so sparsam damit umgehen, daß wir wieder den Spielraum gewinnen, den dieses Land braucht. (Abg. Dr. Flecker: „Das steht im Widerspruch zu dem, was Rader gesagt hat!“) Ich bitte Sie nur um eines: Lassen Sie sich nicht von jeder Aussendung Ihrer Parteigeschäftsführer einfangen, weil der Vertrauensvorschuß, den Ihnen die ersten hundert Tage gewähren, setzt auch voraus, daß Sie in erster Linie konstruktiv mitarbeiten. Persönlich bin ich überzeugt, daß Sie diesen Weg beschreiten werden.

Ich darf mich insbesondere aber bei unseren Landesräten der ÖVP bedanken, die sehr, sehr heikle Einsparungen treffen mußten, die zurückstehen mußten in auch wichtigen, auch notwendigen Ausgaben zugunsten des gemeinsamen Ganzen. Und nur, wenn endlich alle Fraktionen in diesem Haus diesen Weg einsehen – ich bin überzeugt, der Finanzlandesrat wird nicht der sein, an dem das scheitert –, nur, wenn alle Fraktionen auf diesen Weg kommen, dann werden wir auch die Möglichkeit haben, dem Lande Steiermark wieder diesen Stellenwert auch in einem gemeinsamen Vorpreschen gegenüber anderen Institutionen, wie zum Beispiel dem Bund, zu verschaffen, wie wir es in vielen erfolgreichen Aktionen der Vergangenheit bewiesen haben. Dazu wird aber ein Umdenken an der Spitze der Sozialdemokratie und insbesondere am Sessel des Spitallandesrates notwendig sein. Und dieses Umdenken wäre dringend erforderlich. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 19.55 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Frizberg, Sie haben sich als Hauptstoßrichtung, wie Ihre gesamte Fraktion, die Spitäler ausgesucht, und ich habe Sie nur über Geld reden hören. und Sie haben den Aggressionen, die Ihre Fraktion in den letzten Monaten gegenüber dem Spitalsreferenten hegt, freien Lauf gelassen. Und ich muß sagen, Sie sollten zumindest das Gefühl und die Anständigkeit des Respektes aufbringen für ein Regierungsmitglied, das um seine Sache kämpft, auch wenn man selbst von lauter Umfallern umgeben ist. Und, meine Damen und Herren, wenn Sie nur über Geld reden und von Ihnen kein Wort zu hören war über eine standardgerechte Versorgung der Menschen in diesem Lande, so ist das vielleicht kein bewußtes Versäumnis, aber Sie befinden sich in ihrer ideologischen Werteskala. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es hat Anfang Feber dieses Jahres im Bezirk Liezen eine Wirtschaftsdiskussion vor geladenen Personen und vor der Presse stattgefunden, und Hauptreferent bei dieser Wirtschaftsdiskussion war der ÖVP-Industriesprecher und steirische Abgeordnete Herr Bartenstein. Ich will Ihnen seine Forderungen, die er dort gestellt hat, nicht unterschlagen, und ich kann doch wohl annehmen, daß sich die ÖVP damit identifiziert. Ich darf einige seiner Forderungen nennen:

Erstens, das eben erst beschlossene Pflegegeld für jene Menschen in diesem Lande, die der dauernden oder zeitweiligen Hilfe anderer bedürfen, ist zu hoch.

Zweitens, Löhne und Gehälter vor allem im Sozialbereich seien zu kürzen.

Drittens, die Arbeitszeit ist zu verlängern.

Viertens, das Nachtarbeitsverbot für Frauen müsse aufgehoben werden.

Fünftens, die Sonntagsarbeit dürfe kein Tabu mehr sein. Dabei sei, so Bartenstein, die Phalanx zwischen Gewerkschaftsbund und Kirche zu durchbrechen, und dazu führt Bartenstein noch aus, daß das Sozialnetz elastischer werden solle, Arztbesuche in der Urlaubszeit zu erledigen seien – als könnte man sich aussuchen, wann man krank wird.

Es war dabei bemerkenswert, aber, wenn ich die Diskussionen in letzter Zeit verfolge, ja nahezu symbolisch, daß der AK-Vizepräsident und Vertreter der Christlichen Gewerkschafter Köck bei der Diskussion anwesend war, aber keinerlei Widerspruch gegen diese Vorschläge und Forderungen erhoben hat. Es ist ja auch symptomatisch, daß der Herr Arbeitnehmervertreter Schützenhöfer seinen Einsatz auf den Davis-Cup reduziert und dadurch in etwa den Stellenwert des ÖAAB in der ÖVP darstellt.

Meine Damen und Herren, warum stelle ich diese Aussagen an die Spitze meines Diskussionsbeitrages über die Tätigkeit dieses Ausschusses? Ich will zwei Gründe hervorheben. Erstens sehe ich darin einen erschreckenden Gesinnungs- und Wertewandel innerhalb der österreichischen Volkspartei, innerhalb derer sich die Kräfteverhältnisse offenbar so verschoben haben, daß sie leichtfertig ihre Sozialkompetenz aufgegeben hat, und zweitens sehe ich in diesen Aussagen des Herrn Bartenstein die Grundlage jener Gesinnung, die einerseits zu einem Schulteranschlag mit den Freiheitlichen geführt, und es andererseits der ÖVP ermöglicht hat, auch inhaltlich den rechtspopulistischen Charakter dieses Ausschusses mitzutragen. Auch der Herr Landeshauptmann und Parteiobmann der ÖVP, der Herr Dr. Krainer, sieht billigend diesem Wertewandel zu. Dahinter steht mit Sicherheit nicht seine Liberalität, und es ist ihm auch sicher bewußt, welcher Gesinnung er durch sein zumindest Zuschauen Vorschub leistet. Ich glaube, das alles ist insgesamt wesentlich banaler. In Wirklichkeit geht es dem Herrn Landeshauptmann und dieser Partei um die Sicherung eines Arbeitsplatzes, nämlich des Arbeitsplatzes des Herrn Dr. Krainer. (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „Das ist wirklich unerhört!“) Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß Ihnen das weh tut, wenn man Ihnen die Wahrheit ins Gesicht sagt; ist mir durchaus bewußt. Aber man ist halt von vornherein nicht besser als man sich zeigt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die beleidigte Leberwurst war der Herr Schachner!“)

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle ganz genau, daß eine Politik das Rotstiftes im Zeichen einer Rezession auf eine verstärkte Abhängigkeit jener hinzielt, die es sich selbst nicht richten können. Und es ist das in Wirklichkeit die Wurzel einer Politik rechtskonservativer Kreise, die auf eine Finanzierung der Arbeitslosigkeit hinzielen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „So macht es dann er Lacina!“), statt diese

Geisel, nämlich die Arbeitslosigkeit, zu bekämpfen und in letzter Konsequenz durch die Schaffung von Abhängigkeiten eine Teilung der Gesellschaft hervorruft. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Wenn ihr statt verhindern Arbeitsplätze schaffen würdet!“) Meine Damen und Herren, ich weiß, daß Ihnen das weh tut (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das tut nicht weh!“), und wir werden Ihnen das sagen, solange Sie von sich selbst behaupten, daß Sie sich noch immer in irgendeinem Maße im Rahmen der österreichischen Sozialpolitik bewegen wollen. (Abg. Dr. Maitz: „Aggressivität ersetzt nie Argumente!“) Daß Sie das vielleicht nicht begreifen aus Ihrer Einstellung heraus, Herr Klubobmann Vesko, wundert mich nicht. Das entspricht Ihrer Ideologie. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Selbstverständlich!“) Das von Ihnen immer wieder gebrachte und im Sprichwort „spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ zusammengefaßte Argument, meine Damen und Herren, ist zwar dem Grunde nach richtig, was von Ihnen gewählten Zeitpunkt anlangt jedoch völlig falsch. (Beifall bei der SPÖ.) Und genau das Gegenteil dessen tun Sie jetzt, nämlich genau das Gegenteil, was dieses Sprichwort meint. Oder, lieber Freund Kowald, glaubst du oder glauben Sie etwa, daß eine Arbeitslosenrate von über 11,5 Prozent in der Steiermark keine Not ist? Oder glauben Sie etwa, daß die Tatsache, daß die Steiermark den höchsten Armutsanteil aller Bundesländer hat, keine Not ist? (Beifall bei der SPÖ.) Oder glaubt ihr vielleicht, lieber Fritz Grillitsch, daß wir nichts aufzuholen haben (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „O ja!“), wenn sich die Steiermark permanent als wirtschaftliches Schlußlicht im Konzert der Bundesländer etabliert hat? (Abg. Kowald: „Nimm dir ein Beispiel an Frankreich!“)

Bitte, Frau Abgeordnete Karisch, Sie wollten etwas sagen. (Abg. Dr. Karisch: „Wir haben soviel verstaatlichte Industrie so lange so schlecht verwaltet gehabt, daß wir einen Nachholbedarf haben!“) Sie schieben das wieder auf die verstaatlichte Industrie. Selbst wenn wir dort einen Einbruch haben, können Sie nicht in dem Sinn, was Sie gerade gesagt haben, die Leute dort im Stich lassen und arbeitslos werden lassen, sondern Sie müssen investieren, um dort Arbeitsplätze zu schaffen. Frau Abgeordnete Karisch, so, wie Sie das tun, geht das nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Ein Abseilen von der Verantwortung für die Arbeitslosigkeit in diesem Lande können Sie sich mit Ihrer Politik nicht leisten. (Beifall bei der SPÖ.) Sie nicht und die Frau Landesrat nicht. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Milliarden schmeißen wir wieder hinein!“) Und daß auch die Arbeitslosen Wurscht sind, paßt in euer Programm. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ressel hat 3 Milliarden und wir 200 Millionen!“) Ich rede nur über deinen Freund Pötl. Meine Damen und Herren! Wenn Sie eine Gesinnung predigen, die ein Bremsen der Investitionstätigkeit statt ein Vorziehen öffentlicher Aufträge nach sich zieht, dann werden unsere Arbeitslosenraten noch weiter steigen, ganz zu schweigen davon, daß die Auswirkungen einer derartigen Politik auf das wirtschaftliche Klima in diesem Lande fatal sind. Wenn Sie leichtfertig und selbst Kürzungen in der Wirtschaftsförderung vornehmen, so ist das, meine Damen und Herren, und das sind 77 Millionen Schilling, zur Unzeit, und Sie gefährden Rettungsaktionen für Betriebe und Betriebsansiedlungen. (Abg. Kowald: „In den siebziger Jahren habt ihr es auch nicht gemacht!“)

Lieber Freund Kowald, jetzt höre zu, weil da fällt mir etwas ein, in den siebziger Jahren, lieber Freund Kowald, haben wir in Österreich die niedrigsten Arbeitslosenraten gehabt. Wir haben in der Steiermark eine gute Beschäftigungslage gehabt, weil da haben wir eine Politik der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betrieben. (Beifall bei der SPÖ.) Ihr habt euch als Anhängsel der FPÖ präsentiert und schert euch nicht mehr darum. Der Herr Schützenhöfer sitzt da drinnen und weiß kein Rezept. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ihr seid die Grundsteinleger für die Arbeitslosigkeit gewesen!“) Aber, meine Damen und Herren, wenn ein ehemaliger Repräsentant der Interessenvertretung der Bauern an der Schwelle des Beitrittes zur Europäischen Union freiwillig zig Millionen aus seinem eigenen Budget streicht, werden wir wohl kaum glaubwürdig vertreten können, daß wir bemüht sind, allfällige Gefahren abzuwenden. Oder wenn Sie ein Spitalsbudget einfrieren wollen, indem Sie keine Zuwachsraten und keine Möglichkeiten für Neuinvestitionen geben, tun Sie das. Wenn Sie also ein Spitalsbudget einfrieren wollen und dadurch keine Investitionstätigkeit – (Abg. Kanduth: „5,8 Prozent!“) Herr Abgeordneter Kanduth, offenbar habt ihr das noch immer nicht begriffen. (Abg. Kanduth: „5,8 Prozent!“) Jetzt hört mir bitte zu, damit euer Schmach nicht immer drübergeht. Jeder in diesem Haus wußte, daß in der Regierung vereinbart war, daß die Krankenanstaltengesellschaft 300 Millionen Kreditermächtigung für zusätzliche Investitionen bekommt. Diese 300 Millionen haben Sie gestrichen, und Sie haben sämtliche Investitionsmöglichkeiten für Neuvorhaben dazu nicht zugelassen. Es kommt nämlich zu keiner Steigerung auf 1994, und die 5,8 Prozent auf 1995, die Sie wollen, würden zwei Komma noch irgendwie Prozent ergeben jährlich auf zwei Jahre, und Sie würden nicht einmal den Baukostenindex erreichen, wenn Sie diesen Prozentsatz aufschlagen. Aber ich weiß, daß Sie das nicht verstehen wollen, weil mit Sachlichkeit ist euch ja offenbar nicht beizukommen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Karisch: „Mathematik ist sehr schwer!“) Meine Damen und Herren! Wenn Sie keine Investitionstätigkeiten in diesem Bereich zulassen, werden wir damit leben müssen, daß die kranken Menschen weiter auf den Gängen liegen müssen, und das tun sie. (Abg. Dr. Karisch: „Warum tun sie das?“) Wann waren Sie das letzte Mal auf Spitalsbesuch? Haben Sie dort niemanden auf dem Gang liegen sehen? (Abg. Kowald: „Gestern war ich im Spital!“) Lieber Freund Kowald, du kannst es dir richten. Du kannst es für dich und für deine Verwandtschaft richten, daß sie in Klassebetten liegen. Aber wir haben uns nicht um uns zu kümmern, sondern um die Leute draußen. (Abg. Kowald: „Den Vorwurf nimmst du zurück!“)

Meine Damen und Herren, schaut, es ist schon so spät. Tut nicht so viel umeinanderreden, weil ich brauche dann länger. (Abg. Kowald: „Ich bin bis heute noch nie auf Klasse gelegen!“) Lieber Freund Kowald, wenn ihr die Investitionstätigkeit zudreht, werden wir weiterhin hinter dem österreichischen Schnitt zurückbleiben und haben Arbeitsbedingungen und hygienische Zustände zu verantworten, die wir den Patienten nicht zumuten sollten. Frau Abgeordnete Karisch, Sie waren dabei, wie die Herren außerordentlichen Professoren mit uns gesprochen haben, und es ist hier die Öffentlichkeit, denn darum sage ich es nicht, was dort

gesagt wurde, welche Gefährdungen gegeben wären für die Gesundheit, wenn dieses LKH 2000 nicht zur Umsetzung käme. (Abg. Dr. Karisch: „Das war das Gegenteil von dem, was Strenitz immer gesagt hat!“) Soll ich Ihnen sagen, was der Herr von der Onkologie gesagt hat? Soll ich es hier in diesem Haus sagen? Ich will mit solchen Sachen keine Politik machen. Aber ich sage Ihnen, es ist ernst genug gewesen. Es ist unverantwortbar. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie gehen draußen damit herum, dann können Sie es hier ruhig auch sagen!“) Nein, mit dem gehe ich nicht herum. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie sagen es überall!“) Sie regen sich auf, weil Sie im Bezirk oben selbst in Bad Aussee nicht für Bad Aussee eintreten können, für das Spital nämlich. Aber macht nichts. Aus Parteidisziplin natürlich. Sie haben anscheinend in der eigenen Partei nichts zu reden. (Abg. Dr. Maitz: „Diese Zensuren interessieren uns nicht, Herr Oberlehrer!“) Mein Gott, wenn Sie meine Zensuren öfter hören würden, wären Sie vielleicht ein bißchen besser. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren! Sie haben so eine hervorragende Presse, Herr Abgeordneter Maitz, ich möchte mit Ihnen nicht tauschen.

Meine Damen und Herren! Die Politik, die Sie im Spitalsbereich zur Zeit betreiben, steht genau im Widerspruch zur Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes unter ein Krankenanstaltenfinanzierungsprogramm. Und das ist ja interessant, daß er sich einmal dazu bekannt hat, nämlich zu Beginn dieser Legislaturperiode, aber die Wertigkeit seiner Unterschriften wurde in diesem Hause bereits mehrmals beleuchtet. Sie hat ihren Wert wie das Versprechen desselben Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer, keine Kürzungen im Sozialbereich zuzulassen. (Abg. Dr. Maitz: „Es ist auch so!“) Aha, dann stehen Sie wieder im Widerspruch zum Herrn Präsidenten Rader, der extra gesagt hat, er sagt zwar nicht Kürzungen, er sagt sparen, daß man hier 100 Millionen Schilling kürzt, und wenn Sie 100 Schilling aus den Ausgaben herausnehmen, ist es eine Kürzung. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist wieder eine Lüge!“) Und Sie sagen, diese 100 Millionen Schilling sollen im Budget auf der Ausgaben- oder Einnahmenseite ihren Niederschlag finden. Also was ist das anderes? Oder wissen Sie nicht, was addieren und subtrahieren heißt? Wenn Sie es selbst verstehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die scheinen gar nicht auf!“ – Abg. Dr. Maitz: „Ich kann Ihnen das erklären, wenn Sie das wollen!“)

Trotzdem, meine Damen und Herren, werden nach Ihren Vorstellungen 100 Millionen weniger in den Ausbau von Pflegestationen für die älteren Menschen in diesem Lande investiert werden. Dadurch werden wir, ganz abgesehen von den grundlegenden sozialen Problemen, auch den durch das Pflegegesetz ermöglichten Strukturwandel vom Spitalsbett zum Pflegebett nicht schaffen. Meine Damen und Herren! Mit einigen Vorschlägen, die im Mehrheitsbericht aufscheinen, gefährden Sie auch Einnahmen aus Bundesmitteln, und zwar von mindestens 5,2 Milliarden Schilling. Diese Einnahmen resultieren aus der Vereinbarung über das LKH 2000, beim Schutzwasserbau aus dem Hydrographiegesetz, im Wasser- und Abwasserbereich, bei der Wildbach- und Lawinverbauung, beim landwirtschaftlichen Wasserbau nach dem Wasserbautenförderungsgesetz und einige Förderungen

nach dem Landwirtschaftsgesetz. Und letztlich sind darin noch jene Beträge enthalten, die auf Grund des Bund-Land-Vertrages an Bundesmitteln für Wirtschafts- und Tourismusförderungen vorgesehen sind. Und außerdem trägt auch dieser Vertrag (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Welcher Vertrag?“) die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes. Hast du auch unterschrieben, Michl? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nein, ich nicht!“) Gut, dann kannst ja auch nicht wissen, wovon du redest. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hast du unterschrieben?“) Meine Damen und Herren von der ÖVP! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Vranitzky hat in einer parlamentarischen Anfrage gesagt, daß es kein Vertrag ist!“) Es ist gut, wenn du auf den Vranitzky hörst. Meine Damen und Herren! Sie sind nicht einmal in der Lage, vertraglich und gesetzmäßig festgelegte Bundesgelder auszunützen und träumen von Olympia, um zu Bundesgeldern zu kommen. Meine Damen und Herren! Sie von der ÖVP und FPÖ haben diesen Rationalisierungsausschuß – (Abg. Dr. Maitz: „Hast du schon von Folgekosten gehört?“) Also bitte; Herr Dr. Maitz, jetzt erklären Sie mir was über die Folgekosten beim Bund-Land-Vertrag. Bitte, sagen Sie mir was. (Abg. Dr. Maitz: „Krankenanstalteninvestitionen eine Milliarde mehr!“) Erzählen Sie mir das! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Welcher Vertrag, wenn der Bundeskanzler sagt, daß es kein Vertrag ist?“) Eine Vereinbarung ist ein Vertrag. Du bist ja kein Jurist, du bist ja nur Architekt.

Herr Abgeordneter Maitz, erzählen Sie mir etwas über die Folgekosten nach dem Wasserbautenförderungsgesetz. (Abg. Dr. Maitz: „Eine Milliarde, die Sie zahlen werden?“) Herr Abgeordneter Maitz, darf ich zuerst, Schützi, dann können Sie gleich. Lassen Sie mich zuerst. Ich kenne Ihren idealen Weg, um Folgekosten zu vermeiden. Ich bewerbe mich mit x Millionen Schilling umsonst für Olympia und habe dann keine Folgekosten. Das ist der ideale Fall, Geld rauszuschmeißen und keine Folgekosten zu haben. (Abg. Schützenhöfer: „Ein klassischer Fall von Folgekosten ist, wenn ein SPÖ-Parteisekretär hinausgeschmissen wird und ins Land zurückkehrt, dann hat das Land die Folgekosten zu tragen!“)

Meine Damen und Herren! (Abg. Trampusch: „Folgekosten heißt, die ÖVP folgt der FPÖ, und das kostet ihr etwas!“) Herr Kollege Schützenhöfer, Sie ermöglichen mir, auf etwas einzugehen, und ich bitte, daß Sie mir jetzt die Zeit dafür lassen. Sie ermöglichen mir, auf etwas einzugehen, was heute vormittag vorgefallen ist und was ich an sich für einzigartig in diesem Haus halte. Da hat nämlich der Herr Landesrat Hirschmann herunter von der Regierungsbank mir als Abgeordnetem und Bedienstetem des Landes – er ist Personalchef – gedroht und hat gesagt, „Hofräte so wie Sie, gehören eigentlich entlassen.“ (Landesrat Dr. Hirschmann: „Hofräte, die nicht arbeiten, habe ich gesagt!“) Das, meine Damen und Herren, das ist der Mißbrauch, ist Amtsmißbrauch im eigentlichen Sinn. Und ich scheue mich nicht, Ihnen Amtsmißbrauch vorzuwerfen (Beifall bei der SPÖ.), aber ich habe es nicht so ernst genommen, weil das Ihr Stil ist. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Hofräte, die nicht arbeiten, habe ich gesagt, und wer ist nicht dieser Meinung?“) Und eines, Herr Kollege Schützenhöfer, Sie sind ja vom

Sekretär einer Teilvereinigung der ÖVP zum Obmann aufgestiegen. Und Sie verdienen jetzt anscheinend ihre Brötchen auch auf Kosten einer Partei, die sich von der Parteienförderung erhält. Also dem Steuerzahler fallen Sie ebenso zur Last wie jeder Beamte. Aber bitte! Normalerweise soll man seine Obmänner nicht bezahlen, sondern das sind ehrenamtliche Funktionen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie mich mit derartigen Untergriffen mundtot zu machen versuchen, haben Sie sich getäuscht. Das wirft höchstens ein Bild auf Sie, Herr Abgeordneter Schützenhöfer, als Arbeitnehmervertreter. Das ist das Bild, das man von Ihnen haben kann. Meine Damen und Herren, Sie von der ÖVP und FPÖ haben diesen Rationalisierungs-Ausschuß, der sich als Demolierungs-Ausschuß sozialer Verantwortung präsentiert, gegen unseren Willen durchgesetzt, und Sie werden die politischen Folgen dafür tragen. Dieser Ausschuß ist einerseits Ihr Spielball parteitaktischer Überlegungen, die von einer unerträglichen Leichtigkeit politischen Seins bestimmt sind, und er ist auf der anderen Seite das Exerzierfeld für das Vollziehen einer Wende, die ja heute schon angesprochen wurde. Es ist das die Wende zu einem Trend weg von der Sozialpartnerschaft und von sozialpolitischer Verantwortung, und die Tätigkeit dieses Ausschusses war dadurch gekennzeichnet, daß die ÖVP und FPÖ-Fraktion vermieden haben, selbst Vorschläge zu erstatten, um ja nicht dafür plakatiert zu werden, und es hat bedauerlicherweise eine bemerkenswerte qualitative Schwächung innerhalb der ÖVP dazu geführt, daß sich diese Fraktion als Anhängsel des Vorsitzenden im Ausschuß präsentiert hat. Das Ergebnis des Ausschusses ist durch drei Kategorien der Vorschläge gekennzeichnet:

Erstens, die unseriöse Budgetierung der ÖVP- und FPÖ-Regierungsmitglieder. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie bitte?“) Höre mir zu, ich kann dir das nur erklären. Bist auch dabei. Zweitens, Einsparungsvorschläge, die in Wirklichkeit keine sind. Drittens, Leistungskürzungen zu Lasten der Menschen in diesem Lande.

Meine Damen, zu erstens, die unseriöse Budgetierung: Sie wissen alle, daß die Regierung im Herbst des Vorjahres einstimmig Budgettrichtlinien beschlossen hat und die Mitglieder der Landesregierung angehalten waren, eine Nullbasisbudgetierung durchzuführen, und daß sich die Mitglieder der Landesregierung von ÖVP und FPÖ nicht daran gehalten haben, kann an einigen Beispielen pars pro toto dafür nachgewiesen werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie bitte?“) Wasserbau: Im Voranschlag 1993 waren 159 Millionen budgetiert. Der Referent beantragte 382 Millionen. Der Finanzreferent nahm seinen Entwurf mit 164,5 Millionen auf. Jetzt bietet der Herr Landwirtschaftsreferent zum Budgetentwurf eine Kürzung von 2,3 Millionen an. Wie verhält sich das zu seinem Antrag über 382 Millionen Schilling? Oder Natur- und Landschaftsschutz: 1993 – 15,4 Millionen. Der Referent beantragte 29,6 Millionen. Im Entwurf 1994 – 22 Millionen Schilling. Jetzt kommt wieder ein Einsparungsvorschlag von über 700.000 Schilling. Wie verhält sich das zu seinem Antrag über 29,6 Millionen Schilling? Eine besondere Spezialität liegt im Schutzwasserbau. Voranschlag 1993 – 2,8 Millionen, bean-

tragt für 1994 3,1 Millionen. Der Finanzreferent berücksichtigte drei Millionen, und Landesrat Pörtl spart davon vier Millionen Schilling ein. (Landesrat Pörtl: „Lies das Budget richtig!“) Das ist etwas, was sich gegen die Gesetze der Logik richtet. Aber bitte, es ist von euch gekommen.

Zum Zweiten – angebliche Einsparungen: Ich glaube, hier kann man an die Spitze wohl die 11 Millionen Schilling von der Frau Landeshauptmannstellvertreterin im Zusammenhang mit dem Verkehrsverbund nennen, weil budgetiert war unter der Annahme eines Beginnes mit 1. Jänner 1994. Daß die Frau Landeshauptmannstellvertreterin mittlerweile eine weitere Verzögerung von zwei Monaten zu verantworten hat, ist uns allen klar. Daß sie dadurch auch weniger Geld braucht, ist uns auch allen klar. Aber sie kolportiert das als Einsparung. Herr Landesrat Schmid hat technische Geräte im Bereich seiner Labors budgetiert, mußte dann im Ausschuß selbst zugeben, daß er diese Geräte gar nicht einbauen kann, weil die Labors im heurigen Jahr nicht fertiggestellt werden. Und das wird natürlich als Einsparung von Herrn Landesrat Schmid kolportiert. Und so ließe sich diese Palette weiter ausführen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „So ein Blödsinn, du hast es noch immer nicht kapiert!“) Wenn ich darauf hinausgehe, daß die von Ihnen vorgeschlagene Kürzung der Verstärkungsmittel für Unvorhergesehenes zeugt, so zeigt das nicht nur von sachlicher Inkompetenz, sondern auch von der Scharlatanerie Ihres Vorhabens. Schließlich wurden im Personalbereich als Einsparung 40 Millionen Schilling vorgeschlagen, die allein daraus resultieren, daß der Gehaltsabschluß nicht, wie angenommen, bei 3,5, sondern nur bei 2,55 Prozent liegt. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Reden Sie immer so einen Blödsinn?“) Genau dieser Zwischenruf plakatiert wieder Ihr Niveau, Herr Landesrat Hirschmann. Außerdem sollten Sie sich eher um Ihre Rechtsabteilung 1 kümmern. (Abg. Dr. Maitz: „Nur, weil er Flecker heißt, muß er nicht alle anflecken!“) Ich lasse mich nämlich von Ihnen nicht einschüchtern, obwohl Sie mein interner Vorgesetzter beim Land sind. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Brauchen Sie nicht!“) Sie haben es heute ja versucht. Die Rechtsabteilung 1 war nicht einmal in der Lage, dem Ausschuß mitzuteilen, welche im Dienstpostenplan vorgesehenen Dienstposten tatsächlich besetzt sind. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Haben Sie das nicht kapiert?“)

Das ist nie gekommen als Antwort, und Sie haben es auch nicht gebracht. Vielleicht wissen Sie gar nicht, um was es gegangen ist. Vielleicht liegt das auch daran, daß Sie relativ jung in diesem Geschäft sind und durch Olympia und andere Seifenblasenerzeugnisse zur Genüge beansprucht sind. Beim dritten Bereich, meine Damen und Herren, handelt es sich – (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das tut sehr weh!“ – Abg. Schützenhöfer: „Das tut Ihnen wirklich weh!“) nein, überhaupt nicht – um echte Leistungskürzungen. Und hier, Kollege Schützenhöfer, hören Sie mir ein bißchen zu, weil das betrifft auch Sie: Ich denke aber bei den Leistungskürzungen zuerst einmal an jene Kürzungen, die im land- und forstwirtschaftlichen Wegebau vom Herrn Landeshauptmann vorgeschlagen wurden. Offenbar sind ihm die Probleme der obersteirischen Bauern nicht bekannt oder sie sind ihm

egal. Vielleicht hat der Herr Landeshauptmann auch damit spekuliert, durch zweckwidrige Verwendung der Mittel des Zuschlages zur Mineralölsteuer hier sein Budget aufzufetten. (Abg. Tasch: „Herr Präsident, er redet schon über 20 Minuten!“) Allein in Bereichen der Wirtschaftsförderung, des Verkehrs und des Tourismus schlägt die Frau Landeshauptmannstellvertreterin als zuständige Referentin einen Betrag von insgesamt rund 77 Millionen Schilling als Kürzung vor. (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „67 Millionen!“) Nein, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, das ist ja das Problem. Sie haben Ihre Liste durchgelesen – unten 67 – und glauben daran. In Wirklichkeit sollten Sie das nachaddieren. Allein Verkehr, Tourismus und Wirtschaftsförderung sind 77. Sie haben nämlich falsch addieren lassen. Ich will hier aber nicht unbedingt Ihre Mitarbeiter schuldig werden lassen. Daß Sie nicht einmal richtig addieren, wirft ein Bild auf die Schludrigkeit, mit der Sie hier vorgegangen sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Auf die Folge solcher Kürzungen habe ich aufmerksam gemacht. Frau Landeshauptmannstellvertreterin, mit allem Respekt (Abg. Tramusch: „Das ist ein Zeichen dafür, daß wir uns die Kürzungsvorschläge besser angeschaut haben als ihr selbst!“), das war offenbar, weil ich das glaube bei Ihnen. Da ist der Freud durchgekommen, daß Ihnen vor diesen Kürzungsvorschlägen selbst so gegraut hat, daß Sie das nicht einmal nachgerechnet haben. Und letztlich bewundere ich den Mut des Herrn Landesrates Pörtl, in seinem Bereich Kürzungen von zirka 50 Millionen Schilling vorzuschlagen. Seine Steherqualitäten als Vertreter der Bauernschaft sind anscheinend nicht nur annähernd dem gleichzuhalten, was er als Rückgrat in Vollziehung der Parteidisziplin entwickelt hat. Im Vertreten seiner Sache hat er kläglich versagt. Auch einer, der vor der Parteiführung strammsteht (Abg. Dr. Maitz: „Wie der Landesrat Ressel“), kann ein Umfaller sein und ist es auch. Seine Kürzungen beziehen sich auch auf den Abwasserbereich. Die Gemeinden und Umweltschützer werden es ihm herzlich danken.

Und jetzt komme ich auf die unausgelegene Olympiadee des Herrn Landesrates Hirschmann, die wohl die teuerste PR-Aktion war, die sich ein Politiker anlässlich seines Eintrittes in die Landesregierung vom Steuerzahler finanzieren lassen will. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ach so!“) In der ihm eigenen Ernsthaftigkeit hat der Herr Landesrat Hirschmann heute wieder unter Beweis gestellt, daß er nur Sprechblasen als Konzept vorweisen kann. Das IOC wird sich jedoch nicht mit diesen Sprechblasen zufrieden geben.

Meine Damen und Herren! (Landesrat Dr. Hirschmann: „Tun Sie sich nicht so giften. Das ist nicht gut!“) Nein, ich ärgere mich nicht. Herr Landesrat Hirschmann, wenn ich Sie nicht so gut kennen würde, wäre ich geneigt, Sie ernst zu nehmen. Da Sie aber nicht ernst zu nehmen sind, kann ich mich auch nicht über Sie ärgern. (Abg. Dr. Maitz: „Das hat er nicht notwendig, daß Sie ihn ernst nehmen!“) Herr Landesrat Hirschmann, Sie haben Ihren Stil, obwohl Sie auf der Regierungsbank sitzen, nicht geändert. Sie beschimpfen die Abgeordneten dieses Hauses. Aber es ist klar, wenn eine Lücke beim Klubobmann entsteht, dann ist man versucht, die aufzufüllen. Trotzdem, meine Damen und Herren, ich weiß, daß Sie sich aufregen,

Herr Abgeordneter Maitz, das verstehe ich völlig, will der Herr Landesrat dieses Land in eine Bewerbung stürzen, die zig Millionen ohne Erfolgsaussicht nach sich ziehen wird. (Abg. Dr. Maitz: „Sie können mich nicht mehr aufregen. Sie können mich nur noch zum Lachen bringen!“ – Landesrat Dr. Hirschmann: „Reden Sie nicht so einen Blödsinn!“) Inzwischen hat er aber den Beginn der Spiele um weitere vier Jahre verschoben. Ich bin gespannt, wann er auf 2010 kommt. Das hat ja inzwischen Stadtrat Stoisser gesagt. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ich warte, bis Sie in Pension sind!“) Ich bin im Jahr 2006 auch schon in Pension. Ich hoffe, Sie auch. Vielleicht können wir uns dann besser verstehen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist zum Speiben!“) Ich weiß, das tut Ihnen weh, darum können Sie nicht ernst zuhören, Herr Kollege Vesko. Wann Sie Ihre Magenschmerzen haben, wird Ihnen wohl Ihr Arzt konstatieren, Herr Abgeordneter Vesko. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ich kann in kein Spital gehen, weil der Landesrat Strenitz droht!“) In Bad Aussee werden Sie es ja bald wegrationalisiert haben.

Aber, meine Damen und Herren, wer heute für ein unrealistisches Großprojekt zig Millionen am Roulettisch setzen will und auf der anderen Seite zu Leistungskürzungen im Sozialen, in der Gesundheit und der Arbeitsplatzförderung sowie bei den Bauern aufruft, betreibt unseriöse Politik, und diese unseriöse Politik des Herrn Landesrates Hirschmann geht Hand in Hand mit seinem Auftreten in diesem und gegenüber diesem Hohen Haus hier. Meine Damen und Herren, Sie vollziehen mit dem heutigen Beschluß eine Wende in der steirischen Politik. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Gott sei Dank!“) Eine Wende – ja ganz richtig –, eine Wende, weg von der Verantwortung für die Menschen in diesem Lande, die Sie mit ihren Sorgen im Regen der Konjunktur allein stehen lassen. Diese Wende ist auch gekennzeichnet – (Landesrat Dr. Hirschmann: „Nicht soviel Schmalz!“) Sie empfinden das als Schmalz. Die Leute draußen empfinden das als Leid. Diese Wende ist gekennzeichnet durch die neue Achse zwischen ÖVP und FPÖ, und die ÖVP vollzieht diese Wende selbst in der Demütigung, ihre eigene bisherige Politik als mit absoluter Mehrheit ausgestattete Partei als falsch bezeichnen zu müssen und auch dadurch, daß der Herr Landeshauptmann höchstpersönlich den Parteiführer der FPÖ, Herrn Haider, salonfähig machen soll. (Abg. Schinnerl: „Ist das ein Fehler?“) Für euch nicht!

Sie, meine Damen und Herren in der ÖVP, vollziehen diese Wende auch dadurch, daß Sie unwidersprochen die Forderungen rechtskonservativer Vertreter Ihrer Partei, wie sie der Abgeordnete Bartenstein erhoben hat, zu Ihrem Credo machen. (Abg. Dr. Maitz: „Er kann sich hier nicht zu Wort melden!“) Verteidigen Sie ihn, das hat er in der Öffentlichkeit gesagt. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Was soll das?“) Schauen Sie, Herr Maitz, das ist Ihnen peinlich. Und wenn Sie in der Lage wären, würden Sie ihn auch vertreten. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist unfair. Lauter Lügen, die Sie hier verbreiten!“) Schauen Sie, das ist unfair. Ich sage, es ist traurig, daß einer in der ÖVP sich und seine Partei so demaskiert. (Abg. Dr. Maitz: „Sie zitieren falsch – absolut!“) Nein! Da gibt es die Zeugenschaft der Zuhörer und auch Presseberichte. (Abg. Dr. Karisch: „Waren Sie dort?“) Dann lesen Sie in der

„Neuen Zeit“ vom 12. Feber nach, da steht das wortwörtlich drinnen, und er hat es sich nicht aus den Fingern gesogen. (Abg. Schrittwieser: „Bartenstein ist stellvertretender Parteiboss der ÖVP!“) Das ist er auch noch, dann darf man ihn nicht angreifen.

Meine Damen und Herren! Sie vollziehen diese Wende in Sympathiebezeugungen für die Politik Haider, die jeder demokratisch denkende Mensch in diesem Lande zutiefst verachten muß (Abg. Schinnerl: „Ihr werdet noch schauen!“), und es werden sich auch jene in Ihrer Partei, die sich dem christlichen Denken und christlichen Werten verpflichtet fühlen, ihren Reim darauf machen. Indem Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, sich nur wegen der Erhaltung einer Position in diesem Land als Anhängsel einer äußerst bedenklichen Politik präsentieren, haben Sie ihr eigenes Bild selbst gezeichnet. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Soll ich Ihnen Kreisky zitieren über Haider?“) Ich, meine Damen und Herren, bin froh, daß wir uns von Ihnen so sehr unterscheiden. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Wir auch!“) Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.35 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung zur Rede des Dr. Flecker hat sich der Herr Klubobmann Trampusch gemeldet.

**Abg. Trampusch (20.35 Uhr):** Hohes Haus!

Ich muß den Landtagsabgeordneten tatsächlich berichtigen. Er hat die Frau Landeshauptmannstellvertreter falsch beschuldigt. Sie hat sich nicht um 10 Millionen verrechnet, sondern um 57,501.000 Schilling, denn die Gesamtsumme steht hier, 67,346.000. Wenn man die von Ihnen genannten Ziffern zusammenzählt, kommen 124,847.000 Schilling raus. Diese Rechnung ist genauso solide wie vieles andere in diesen Vorschlägen der ÖVP, die wir gehört haben. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.35 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (20.36 Uhr):** Ich habe, Hohes Haus, ebenfalls eine tatsächliche Berichtigung, die ich in Form einer Wortmeldung jetzt vorbringe. Der Herr Abgeordnete Dr. jur. Hofrat – Landesregierungsmitglieder können sich immer melden – Kurt Flecker hat hier von einem Bund-Land-Vertrag gesprochen und es mehrfach und auch in einem Zwischenruf erwähnt, daß es sich nicht um einen Vertrag handelt. (Abg. Dr. Flecker: „Schon qualifizierend!“) In einem Brief an den Präsidenten des Nationalrates Dr. Heinz Fischer hat eine parlamentarische Anfragebeantwortung am 14. Dezember 1993 stattgefunden. Die Abgeordneten zum Nationalrat Fink und Kollegen – ich zitiere aus dieser Anfragebeantwortung – haben am 20. Oktober 1993 unter der Nummer 5418/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage, betreffend Vertrag zwischen Bund und Land Steiermark gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

Erstens, welche rechtliche Qualität besitzt dieser Vertrag? Herr Dr. Flecker, hören Sie zu, bitte.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt, ich zitiere: Es handelt sich dabei nicht um einen Vertrag, sondern

um Verwendungszusagen. Ich nehme an, Sie kennen die Unterschrift dieses Herrn. (Abg. Dr. Flecker: „Verwendungszusagen sind Verträge über die Verwendung!“) Es handelt sich um Dr. Vranitzky, den Bundeskanzler, der wortwörtlich sagt, es handelt sich nicht um einen Vertrag. Ich weiß auch nicht, ob der Bundeskanzler Dr. juris ist. Ich nehme nur an, daß er rechtlich besser informiert ist als Hofrat Dr. Flecker. Bitte, Kurtl, nimm das zur Kenntnis. Dann mußt du den Bundeskanzler korrigieren. Ich glaube ihm, im Gegensatz zu dir, und laufe aber dabei auch nicht Gefahr, daß ich sofort als Parteisekretär rausgeschmissen werde, wenn ich gegen ihn etwas sage. (Abg. Dr. Flecker: „Auch Verwendungszusagen sind vertragliche Zusagen. Das verstehst du nicht!“) Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 20.39 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Der nächste am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner.

**Abg. Dr. Ebner (20.39 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin dankbar, daß jetzt einmal aufgeklärt ist, daß dieser Bund-Länder-Vertrag eine Verwendungszusage ist. Ich glaube, der Herr Hofrat Flecker hätte auch nichts davon, wenn er mit dem Land keinen Vertrag hätte, sondern nur eine Verwendungszusage, daß er beim Land angestellt wurde. Das würde ihn, glaube ich, auch nicht allzusehr freuen. Ein bißchen ein Unterschied ist schon zu sehen in einer Verwendungszusage und in einem Vertrag. Aber zur Sache selbst, zum Rationalisierungs-Ausschuß. Ich warte ein bißchen. Es ist eine enorme Unruhe. Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Sie sind direkt bedrängt. Aber Sie halten das alles aus, glaube ich.

Meine Damen und Herren! Ich bin ja selbst in diesem Rationalisierungs-Ausschuß gewesen, ich war nominiertes Mitglied im Rationalisierungs-Ausschuß und bin eigentlich auch, was die SPÖ-Fraktion anlangt, mit sehr vielen Hoffnungen in diesen Rationalisierungs-Ausschuß gegangen. Es sind ja vom Klubobmann Trampusch, weil er hier gerade steht, aber auch von anderer Seite der SPÖ doch immer – besonders am Anfang – positive Signale gekommen, daß sie bereit sind, konstruktiv mitzuarbeiten, wenn es um echte Einsparungen im Interesse des Landes geht. Und um echte Einsparungen ist es uns immer gegangen, deshalb heißt der Ausschuß auch nicht Kürzungs-Ausschuß, wie er von der SPÖ gerne umgetauft werden würde, sondern er heißt eben Rationalisierungs-Ausschuß, weil es dabei eben nicht um Kürzungen, sondern um echte Einsparungen und auch um langfristige Strukturänderungen geht. Deshalb haben wir auch von Anfang an gesagt, wir rechnen dem jeweiligen Landesregierungsmitglied auch das jeweilige ihm in seinen Abteilungen unterstehende Personal zu. Offenbar hat dieser Vorschlag der SPÖ so gut gefallen, daß sie das gleich in einen Minderheitsantrag, einer dieser Punkte des Minderheitsantrages, umgemünzt hat. Ich hätte mir gewünscht, wenn es dann auch mehr Vorschläge für Personaleinsparungen, Strukturreformen, Verwaltungsinnovation, Verwaltungsreform und ähnliches gegeben hätte.

Anfänglich gab es in diesem Rationalisierungs-Ausschuß ein gutes Klima. Das werden alle bestätigen, die

da drinnen waren. Es waren alle, auch in den Wortmeldungen und in der Mitarbeit, wirklich getragen – so war jedenfalls mein Eindruck – von der Verantwortung für das Land angesichts dieses hohen Verschuldungsgrades, den das Land hat. Plötzlich schwenkte dann die SPÖ auf, und ich sage es ganz offen, reine Taktik um, und es ging von der Verantwortung für das Land meiner Meinung nach zur grenzenlosen Verantwortungslosigkeit. Die SPÖ arbeitete überhaupt nicht mehr mit, sondern machte rein auf Destruktion in diesem Ausschuß. Es war schon manchenmal so, und jetzt erzähle ich nur, wie es mir gegangen ist, daß ich mich schon in der Früh gefragt habe, ob die SPÖ-Fraktion heute da ist oder ob sie nicht da ist. Ich habe mich aber manchenmal verschätzt. Ich habe gedacht, sie kommen nicht, dann waren sie aber da. Dann sind sie aber wieder ausgezogen. Das nächste Mal habe ich gedacht, sie sind da, und waren dann nicht da. Es war dann jedenfalls so, daß es dann trotzdem konstruktiv war, und es hat eben ohne SPÖ konstruktiv sein müssen. (Abg. Minder: „Sie haben nicht zugehört, was wir gesagt haben!“) Aber darf ich vielleicht jetzt doch einen Punkt herausfassen: Wenn Herr Klubobmann Vesko fertiggebetet hat, dann darf ich wieder weiterreden. Eine Sache, die Herr Landesrat Strenitz auch in dem Ausschuß angesprochen hat, möchte ich erwähnen – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Nach Mekka!“ – Abg. Vollmann: „Nach Mekka!“) Nach Mekka. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „In Persien sitzen Sie vor einer Moschee und beten!“) Ich weiß nicht, wohin ihr betet. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Nach Osten. Sicher nach Osten!“) Das überlasse ich euch, in welche Richtung ihr betet. (Präsident Mag. Rader: „Ich habe das Gefühl, wir müssen wieder einmal gemeinsam nach Rom fahren, damit wir wissen, wo gebetet wird. Ich bitte, den Herrn Abgeordneten fortfahren zu lassen!“) Ich glaube, die Romfahrt hat wirklich tiefen Eindruck hinterlassen, insbesondere die Privataudienz beim Papst. Darf ich aber wieder zurückkommen auf die Probleme des Landes, die mit Gesundbeten oder mit Krankbeten, wie es so oft von der SPÖ-Seite aus gemacht wird, wahrscheinlich nicht zu lösen sein werden, sondern wo man wirklich gute Vorschläge braucht, um das in den Griff zu bekommen. Eine Sache, die mit Herrn Landesrat Strenitz besprochen worden ist, und die mir auch am Herzen liegt, möchte ich hier sagen: Es werden vom Bund 120 Millionen Schilling sogenannte KRAZAF-Strukturmittel dem Land übergeben. Es ist offenbar eine steirische Unsitte, immer dann, wenn hohe Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit segnenden Händen durch das Land zu gehen, daß diese Mittel zwischen ÖVP und SPÖ völlig unsinnig aufgeteilt werden, nämlich der Landeshauptmann Krainer und der Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek teilen sich die Mittel auf. So ähnlich ist das bei den KRAZAF-Strukturmitteln. Diese wurden also geteilt. 40 Millionen Landeshauptmann Krainer, 40 Millionen Landeshauptmannstellvertreter Schachner, 40 Millionen Strenitz. Um was geht es bei den KRAZAF-Strukturmitteln in Wahrheit? Um Aufklärung, Vorsorgemedizin, Hauskrankenpflege und ähnliches. Ich frage mich, was ressortmäßig Krainer und Schachner eigentlich damit zu tun haben – Strenitz noch am ehesten. Ich gebe dem Landesrat Strenitz völlig recht, wenn er in diesem Zusammenhang recht erbot im Ausschuß

davon gesprochen hat, daß hier durch diese unsinnige Aufteilung ein echter Wildwuchs an Förderungen entsteht und daß es zu einer totalen Desorganisation kommt. Und da soll jemand sagen, daß in diesem Bereich nichts einzusparen wäre. Natürlich wäre da etwas einzusparen, indem ich hier das zusammenfasse und die Organisation in den Griff bekomme. Allerdings gebe ich Strenitz auch recht, nicht alles bei ihm, sondern sinnvoll aufgeteilt nach Aufgabenstellung zwischen Landesrat Strenitz und der neuen Soziallandesrätin Dr. Rieder. Es wäre also genug einzusparen in diesem Bereich. Und umso mehr hat mich dann erstaunt, als die frischgebackene Landesrätin Dr. Rieder, die noch kaum in das Ressort hineingeschnuppert hat, als erstes gleich einmal Parteilinie vertreten und gesagt hat, in ihrem Ressort ist ganz sicher nichts einzusparen. Ich halte das für unseriös, weil Sie ja in der sogenannten Schonfrist, wo man sagt, man gibt einer neuen Landesrätin einmal die Zeit, sich einzuarbeiten, sich noch gar nicht eingearbeitet haben kann. Sie sagt aber gleich, in einem Ressort gibt es sicherlich nichts einzusparen, ohne weitere Begründung, es gibt nichts einzusparen. Und jetzt komme ich aber noch einmal zu Landesrat Strenitz zurück, der auch im Ausschuß, und das ist ihm vielleicht so herausgerutscht, gesagt hat – Herr Landesrat Strenitz ist ja nicht nur für die Krankenanstalten zuständig, wie man manchenmal den Eindruck haben möchte, sondern er ist ja Gesundheitslandesrat –, zugegeben hat, daß es in der Steiermark – (Abg. Minder: „Das ist unfair, was Sie machen. Fairerweise wäre dort Tscherwitz gestanden!“) Frau Kollegin Minder, das ist vielleicht auch für Sie ganz interessant – an einem ordentlichen Gesundheitsmanagement mangelt. Aber er hat diesen Mangel erkannt, und das ist ihm ja zuzurechnen – spät, aber doch. Er hat das ÖBIG, das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen, damit beauftragt, seine Abteilungen durchzuforschen, um eine bessere Organisation zu bekommen. Da geht es natürlich auch um bessere Strukturen, um bessere Organisationen, um Effizienzsteigerung und unter dem Strich natürlich um Personaleinsparungen. Das ist eben einmal so, und da soll man nicht sagen, daß es im Bereich des Herrn Landesrates Strenitz, wenn es um seine direkte Abteilung geht, nichts einzusparen gäbe.

Aber noch einmal zurück zum Ressort Soziales: Wir alle haben die Zeitungen verfolgt, wo es um die leidige Geschichte mit dem Sozialhilfverband Hartberg gegangen ist: 2,7 Milliarden für soziale Wohlfahrt, davon 1,7 Millionen für die Dienstwohnung des Bezirkshauptmannes. Frau Landesrätin Rieder, bei solchen Dingen, und das wissen Sie auch aus den Zeitungen, kann man nicht sagen, daß es nichts einzusparen gibt. Es gibt überall etwas einzusparen. Bezirkshauptmann Kogler, ein ehemaliger Kollege der Frau Landesrätin, hat sich damit gerechtfertigt, so lese ich es jedenfalls aus der „KronenZeitung“, daß das Land auch woanders Steuergelder vergeudet. Das hat er gesagt. Frau Landesrätin Rieder, er wird schon wissen, wovon er redet, wenn er das sagt. Sie waren auch Obfrau eines Sozialhilfverbandes und auch Bezirkshauptmann. Ich nehme an, daß die Verhältnisse in jedem Bezirk ähnlich sind. Wenn dem wirklich so ist, wie der Bezirkshauptmann von Hartberg sagt, dann hat er die Verpflichtung, auch zu sagen, wo das Land Steuergelder verschleudert. Wir hätten dann

natürlich auch, und würden das auch machen, die Verpflichtung, das aufzugreifen. Ich erwarte mir das auch von einer ehemaligen Frau Bezirkshauptmann. Sie haben aber gesagt, daß es nichts einzusparen gibt. Ich glaube Ihnen das nicht, daß es nichts einzusparen gibt. Sie haben letzte Woche, so glaube ich, in einer Presseaussendung gesagt, daß das ein dürftiges Ergebnis ist. Sie haben die 100 Millionen nicht gefunden. Es war die Rede von 50 bis 100 Millionen. Ich sage, diese 50 Millionen gehen auf eine Ausführung Ihres Amtsvorgängers im Rationalisierungs-Ausschuß zurück. Ich hoffe, Sie finden sie noch. Sie haben 6,5 Millionen gefunden, sagten Sie. Mehr ist nicht übriggeblieben. Wenn Ihnen das zuwenig ist, Frau Landesrätin, dann kann ich Ihnen sagen, es geht auch in Ihrem Ressort mehr. Wenn Sie sich mehr eingearbeitet haben in Ihr Ressort, dann werden Sie sehen, daß auch in Ihrem Ressort etliche Dinge nicht richtig budgetiert worden sind. Ich habe Ihnen das extra hier aufgezeichnet, und ich darf es Ihnen zeigen, denn grafisch sieht man das vielleicht besser: Ich habe nur drei Voranschlagsstellen herausgenommen, die mir ins Auge gefallen sind. Ich nehme einmal die Unterstützung der Erziehung heraus: Da habe ich die Erfolgsrechnung 1992/92 genommen und habe es fortgeschrieben auf 1994, wie tatsächlich budgetiert war. Das ist der Unterschied. Bei Unterstützung der Erziehung haben Sie um 4,45 Millionen zu hoch budgetiert. Bei den sozialen Diensten haben Sie um 6,966 Millionen zu hoch budgetiert. Bei der vollen Erziehung haben Sie um 36,007 Millionen zu hoch budgetiert. Wenn ich das ganze, nur diese drei Voranschlagsstellen, zusammenzähle, ich zeige es Ihnen auch gerne hin, wenn ich die zusammenzähle, ich habe den Erfolg da weiter fortgeschrieben und die Voranschläge fortgeschrieben, ziehe ich das zusammen, haben Sie nur bei diesen drei Voranschlagsstellen ganz sicher um 47,723 Millionen zu hoch budgetiert. Und Sie sind kaum im Amt und sagen, in Ihrem Ressort gibt es nichts einzusparen. Wenn Sie hier richtig budgetieren, ist es entweder so, daß es hier ökonomischer budgetiert ist, der Budgetwahrheit mehr entspricht, oder Sie haben die Möglichkeit, es irgendwo anders einzusparen und durch Umschichtung es wieder hinzugeben, wie auch immer, unter dem Strich gibt es auch in Ihrem Budget genug einzusparen. Und Sie hätten die Aussage des Rationalisierungs-Ausschusses, daß es im Sozialbereich keine Kürzungen geben soll, so nehmen sollen, wie es gemeint war, daß im Sozialbereich eben keine Kürzungen vorgenommen werden sollen, was Sie aber nicht der Verpflichtung enthebt, in Ihrem eigenen Bereich über Strukturänderungen nachzudenken. Sie waren ja selbst Obfrau eines Sozialhilfeverbandes. Ich kenne die Aussage, daß die Steiermark in Wahrheit 18 Sozialhilfeverbände hat: Die Bezirke, die Stadt Graz und das Land Steiermark. Das klingt zwar eigenartig, aber wir haben fast diese Organisation. Und jetzt höre ich, daß auch Sozialsprengel geschaffen werden sollen. Ich kann dieser Organisation der Sozialsprengel, soweit ich weiß, um was es da geht, durchaus etwas abgewinnen. Nur, Frau Landesrätin, es wird wieder eine Organisationsebene eingezogen. Wie viele Ebenen im Sozialbereich, die ja alle Verwaltungsaufwand fressen und die alle Geld fressen, werden wir denn noch machen? Ich darf Sie daher ersuchen, Frau Landesrätin, in Ihrem neuen Ressort von Grund auf auch diese

Strukturen einmal anzuschauen, die Strukturen zu überprüfen. Sind sie überhaupt notwendig? Sind sie so notwendig, könnten diese Aufgaben nicht effizienter gemacht werden? Eine Aussage in diese Richtung hätte ich mir von Ihnen erwartet. Es gibt das Sprichwort, Frau Landesrätin, „Neue Besen kehren gut!“ Ich darf Sie abschließend ersuchen, Frau Landesrätin, nehmen Sie den Besen in die Hand, und kehren Sie auch im Sozialbereich aus. Es werden Ihnen auch die sozial Bedürftigen in diesem Lande danken, weil insgesamt mehr Geld zur Verfügung stehen wird. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 20.45 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Minder.

**Abg. Minder** (20.54 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zurück zu den Spitälern. Für Landesbeamte, Landesvertragsbedienstete und KAGES-Bedienstete gibt es unterschiedliche Rechtsgrundlagen für arbeitsrechtliche und besoldungsrechtliche Regelungen. Neben den Bundesbediensteten in den LKH-Universitätskliniken Graz gibt es 7355 Landesbeamte beziehungsweise Vertragsbedienstete, 6257 Gesellschaftsbedienstete, 131 Lehrlinge und 85 geschützte Arbeitsplätze. Trotz durchgeführter Harmonisierung gibt es Unterschiede. Unterschiede, die sich in Zahlen und in Schillingbeträgen ausdrücken lassen. Unterschiede beim Abfertigungsanspruch, Unterschiede bei Überstundenvergütungen, bei Jubiläumsumwendungen, bei Vordienstzeitenanrechnung, bei Landeswohnungen, um nur einige zu nennen. Ich kann den Ruf nach Vereinheitlichung verstehen. Nur eines kann ich nicht verstehen: einen Aufruf zur Ausbeutung der Arbeitnehmer. Kollege Schützenhöfer, und ich bedaure es, daß ich das heute hier sagen muß, weil wir uns an und für sich sonst sehr gut verstehen, Kollege Schützenhöfer, du hast als Arbeitnehmervertreter, und als solcher hast du dich heute bezeichnet, deshalb die Rückführung der KAGES-Bediensteten in die Landesverwaltung verlangt, damit Arbeitnehmerschutzgesetz ungestraft umgangen werden können. Das ist für mich ein absolut indiskutables Verhalten, und das Verhalten sei, so haben es betroffene Bedienstete selbst formuliert, eine Schande für einen Arbeitnehmervertreter. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Krankenanstaltengesellschaft argumentiert, daß auf Grund teilweise arbeitnehmerfreundlicher Bestimmungen des Angestelltengesetzes und des Arbeitszeitgesetzes KAGES-Bedienstete mehr Kosten verursachen als Landesbedienstete. Soweit können jedoch Rationalisierungsmaßnahmen nicht führen, daß sie auf dem Rücken der Bediensteten und der Patienten ausgetragen werden. (Beifall bei der SPÖ.) Arbeitnehmer, die im Spitalbereich Dienst versehen, Schwestern und Sanitätshilfsdienst, also diejenigen, die patientennahen Dienst versehen, aber auch das OP-Personal, wenn es in der Nacht Dienst versieht, fallen unter das Nachtschichtschwerarbeitsgesetz, und der Gesetzgeber hat sich dabei etwas gedacht. Man hat die Schwere des Dienstes anerkannt. Nicht so die Arbeitgeber. Zwar hat man private Krankenhäuser gezwungen, das neue Radl einzuführen. Auch das UKH Graz hat umgestellt. Im LKH Graz zahlt man

lieber Millionen Schilling Strafe. Als Gewerkschafterin weiß ich, daß es manchmal großer Überzeugungskraft bedarf, die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, daß Gesundheit Vorrang vor mehr Einkommen hat. Wenn man jung und beschwerdefrei ist, sind Überstunden und langer Dienst oftmals willkommen. Aber sehr bald bekommt man die Folgen zu spüren. Man ist nicht mehr in der Lage, kontinuierlich die Anforderungen zu erbringen, man weicht in Teilzeit aus, in Krankheit und in Arbeitsunfähigkeit. Deshalb sind Arbeitszeitgesetz, Arbeitsruhegesetz und Arbeitnehmerschutzbestimmungen wirklich ernst zu nehmen. Aus diesen Gründen, aber auch wegen der Gleichbehandlung der Beschäftigten in Krankenanstalten, Pflege- und Betreuungseinrichtungen unterschiedlicher Rechtsträger, aber auch wegen der Qualitätssicherung der Behandlung und der Betreuung für die Patienten ist es notwendig, Arbeitszeitvorschriften nach einheitlichen Grundsätzen für alle Beschäftigten in Gesundheits- und Pflegeberufen zu gestalten. In diese Regelungen müßten auch die Ärzte einbezogen werden. Es gibt dazu ein Positionspapier, das diesen Intentionen Rechnung trägt. Es wäre wünschenswert, wenn die Bundesregierung die darin dargestellten Vorschläge als Verhandlungsgrundlage, selbstverständlich unter der Beteiligung der Bundesländer, für eine gesetzliche Änderung heranziehen würde, um zu einem für alle tragbaren Ergebnis zu kommen. (Beifall bei der SPÖ. – 20.59 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort erteile, möchte ich bitte eine Klarstellung treffen zu diesen Bemerkungen, die der Kollege Flecker und der Kollege Trampusch, bezüglich der Einsparungssummen der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, gebracht haben. Es handelt sich im Bericht um einen optischen Darstellungsfehler, für den ich die Verantwortung übernehme. Ich darf, bitte, wenn Sie sich die Seite 20 anschauen, sagen, daß bei der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic der Begriff Verkehr eine Zwischensumme der darüberliegenden Summen ist, ebenso der Begriff Wirtschaft eine Zwischensumme der darüberliegenden Summen ist, so daß man, wenn Sie diese Zwischensummen weglassen oder nur die Zwischensummen zusammenrechnen, Sie zur richtigen Endsumme von 67,346.000 Schilling kommen. Ich darf noch einmal sagen, das ist ein optischer Darstellungsfehler, für den ich die Verantwortung übernehme und mich entschuldige. (Abg. Trampusch: „Stimmt auch wieder nicht. Auch Rader irrt sich!“ – Abg. Dr. Maitz: „Stimmt ganz genau!“)

Als nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

**Abg. Schützenhöfer** (21.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte gleich auf die Wortmeldung meiner geschätzten Kollegin Minder eingehen und vorweg eines sagen: Wir haben 1985 die Spitäler ausgegliedert. Ich sage es sehr ruhig, aber doch auch bestimmt. Ich habe mich damals in meiner eigenen Gesinnungsgemeinschaft bis zum Schluß gewehrt, daß auch die Bediensteten sozusagen mitausgegliedert werden. Ich habe mich nicht durchsetzen können, weil es einer-

seits in der eigenen Partei nicht wenige gab, die dem Stichwort der Privatisierung in einer Form verfallen sind, wie das heute in vielen Parteien noch immer der Fall ist. Aber immer mehr kommen drauf, daß das, was manche unter Privatisierung meinen, das Doppelte von dem kostet, was wir vorher zu leisten hatten. Aber, meine Damen und Herren aus der SPÖ, es war, und ich sage es emotionslos, es ist ohnehin historisch, die unabdingbare Forderung der SPÖ, die Bediensteten mitauszugliedern, denn ansonsten kommt der an einen Zweidrittelbeschluß gebundene Beschluß des Landtages nicht zustande. (Abg. Vollmann: „Vater war der damalige Klubobmann Schilcher!“) Kollege Vollmann, wir könnten uns stundenlang unterhalten. Es war jedenfalls in der Regierung so, und es hat stundenlang gedauert. Deine Reden waren damals wie heute vermutlich in der SPÖ und bei den Regierern und denen, die das Sagen haben, schon nicht so beeindruckend, daß du dich durchgesetzt hättest. Hättest du dich aber durchgesetzt, würde ich dir heute den Dank aussprechen. Aber ich bin nicht in der Lage, denn du hast dich, so wie ich, nicht durchgesetzt. (Abg. Vollmann: „Ich war damals noch nicht da!“) Es steht jedenfalls fest. Fragen Sie bitte den damaligen Landesrat und heutigen Zweiten Landtagspräsidenten Dr. Christoph Klausner. Man hat gesagt, heraus mit den Bediensteten, denn der Einfluß der Volkspartei auf das Personal muß gebrochen werden. Heute wissen wir, daß das Personal in den Krankenanstalten vom Einfluß her den Parteien entzogen ist – in Ordnung. Wir haben dies ohnehin auch im Landesdienst mit dem Personalbeirat so gewollt und so geschaffen. Wir haben mit den Aufnahmen nichts zu tun. Aber das, was wir immer gesagt haben, ist eingetreten, daß wir letztlich damit darauf verzichten, daß es ein einheitliches Dienstrecht gibt. Und heute stehen wir vor der Situation, daß wir bei allen Bemühungen der Harmonisierung festzustellen haben, Landesvertragsbedienstete und KAGES-Bedienstete, sprich Privatangestellte, sind in der Summe und per Punkt und Beistrich nie ganz zusammenzubringen. Und deshalb haben wir uns vor einigen Wochen und in Wahrheit seit Jahren sehr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was kann hier getan werden, weil es ja oberstgerichtliche Entscheidungen vom November und Dezember des Vorjahres gibt und weil Millionen an Strafen die KAGES zu bezahlen hatte. Aber was tun wir? Hier sind wir mit allen Parteien im Gespräch, das Notwendigste zu tun und zu verhandeln, denn es geht um zwei Punkte: Erstens: Es geht um die Änderung des Zuweisungsgesetzes, daß also – wir haben das heute im Landtag eingebracht – das Zuweisungsgesetz geändert wird und ab einem vom Landtag festzusetzenden Zeitpunkt die aufzunehmenden Bediensteten wieder Landesvertragsbedienstete sind, zugeordnet dem Krankenanstaltenpersonalamt, also autonom – das ist ja in der Landesverfassung 1985 geändert worden –, und zweitens, und auf das lege ich großen Wert, Frau Abgeordnete Minder, um bei deinen Worten zu bleiben, als sogenannter, und das lasse ich dahingestellt, denn das sollen die Arbeitnehmer beurteilen, Arbeitnehmervertreter schon ausdrücklich feststellen, daß es für mich nicht in Frage kommt, das habe ich mit dem Zentralbetriebsrat auch so besprochen und auch mit meiner Fraktion in der Volkspartei, daß es dann vielleicht ein drittes Dienstrecht gibt, daß es hier die Landesvertragsbediensteten

gibt, daß es durch die Änderung des Zuweisungsgesetzes neuerlich Landesvertragsbedienstete gibt und daß die 6500 Bediensteten des KAGES nicht gefragt werden dürfen. Nein. Der Betriebsrat, und das darf ich Ihnen hiermit mitteilen, führt zur Zeit gerade eine Befragung durch, wo jede einzelne Kollegin und jeder Kollege zu entscheiden hat, ob sie als gegenwärtige KAGES-Bedienstete Landesvertragsbedienstete werden wollen. Ich kann Ihnen sagen, daß bisher von 6500 bereits 3000 befragt wurden. Die restlichen 3500 werden in den nächsten beiden Wochen befragt werden. Und von den 3000 Befragten haben sich mehr als 95 Prozent per Unterschrift dafür ausgesprochen, vom KAGES-Bediensteten wieder zum Landesvertragsbediensteten übernommen zu werden. Das, meine Damen und Herren, ist eine Urabstimmung. Das ist kein politischer Wille irgendeiner Partei, sondern die Bediensteten wollen zurück in den Landesdienst. Das ist ja das Faktum, das eigentlich vorliegt. (Abg. Minder: „Dagegen ist nichts einzuwenden. Ich habe mich nur gewundert, daß du gesagt hast, es ist dabei etwas einzusparen!“) Frau Kollegin Minder und Herr Kollege Vollmann, darf ich folgendes sagen: Erstens ist das einheitliche Dienstrecht mein Ziel. Zweitens: Wenn wir diesen Vorschlag verwirklichen, und wir wollen die SPÖ hier nicht ausspielen, hoffe auf Einvernehmlichkeit und darf das in aller Form betonen (Abg. Vollmann: „Nicht ausspielen, aber wenn die Beschäftigten zurück wollen, dann sollen sie zurück!“), und daher habe ich mich über deine Wortmeldung heute sehr gewundert, aber mehr sage ich in Kollegialität nicht, denn die Beschäftigten und die Bediensteten in den Krankenanstalten sind mir viel zu wichtig, um hier Parteipolitik zu machen. Ich sage jetzt noch einmal: Erstens: Wir wollen ein einheitliches Dienstrecht; zweitens: es scheint mir so zu sein, daß der seltene Fall eintritt, daß mit einer Rückführung – das Wort Rückführung ist an sich ja falsch, denn es geht ja darum, daß die jetzt Privatangestellten Landesvertragsbedienstete werden – beiden Seiten gedient werden kann. Erstens: Der Dienstgeber, sprich die KAGES, sprich in der Folge das Land, erspart sich die Einstellung zusätzlicher tausend Fachkräfte, die wir gar nicht haben in der Steiermark, und damit drei bis fünfhundert Millionen Schilling jährlich, und zweitens, und das ist schon ein Punkt, der seitens der Sozialistischen Gewerkschafter kritisiert wird, wissen wir doch, daß ein Privatangestellter acht Stunden arbeiten darf und im Höchstfall fünf Stunden dazu, sprich dreizehn Stunden – also fünf Stunden als Überstunden machen kann, daß aber ein Landesvertragsbediensteter den Bereitschaftsdienst, also Samstag in der Früh bis Montag in der Früh, machen darf, sprich natürlich in der Nacht seine Ruhe hat, aber für den Bereitschaftsdienst bezahlt wird und damit eine zusammenhängende Arbeitszeit besteht, und daß die Landesvertragsbediensteten, wie auch die gegenwärtig KAGES-Bediensteten in der überwiegenden, ja nahezu hundertprozentigen Zahl diese Bereitschaftsdienste wollen, weil es für sie ein wichtiges finanzielles Zubrot ist. Und das möchte ich ihnen gerne durch Beschluß des Landtages zurückgeben. Das, meine Damen und Herren, ist alles, und ich bitte Sie daher, hier mitzustimmen. (Abg. Minder: „Die Gesundheit dieser Bediensteten ist dir Wurscht!“) Das hat doch mit der Gesundheit überhaupt nichts zu tun. Das, was die SPÖ – und das

möchte ich in aller Klarheit sagen – offensichtlich hier befürchtet, ist, daß die ÖVP quasi wieder das volle Zugriffsrecht auf die KAGES-Bediensteten hat. Wir haben in diesem Zuweisungsantrag ganz klar definiert, daß das Krankenanstaltenpersonalamt und daß in der Tat draußen die Landeskrankenanstalten und die einzelnen Krankenhäuser für die Aufnahme der Bediensteten zuständig sind. Ich sage noch einmal, ob Sie es zur Kenntnis nehmen oder nicht, wir wollen daraus kein Politikum machen, die Spitalspolitik und die Gesundheitspolitik wird uns in den nächsten Jahrzehnten viel Einsatz, Mut und Entschlossenheit abverlangen. Wir wollen Personalfragen engagiert diskutieren, aber ich möchte jedenfalls daraus keinen Streitpunkt machen. Der Spitalsbetrieb braucht ein gutes inneres Klima, ein einheitliches Dienstrecht könnte dazu gewiß beitragen. Ich hoffe, daß wir die beiden Parteien; SPÖ und FPÖ, in diesem Punkt zu einer gemeinsamen Linie bringen, so wie es auch die Bediensteten, ihre Betriebsräte und die Arbeitnehmervertreter, die sich für sie engagieren, diskutieren und haben wollen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite: Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß ich darauf nicht verzichten möchte und noch kurz darauf eingehe. Ich habe viele emotionell überzogene Debatten in diesem Landtag schon miterlebt und selber durchaus auch einiges dazu beigetragen, aber Sie gestatten mir in aller Form festzustellen, das, was der Kollege Flecker heute an Impertinenz aufgebracht hat, war selbst mir noch immer neu, aber das hat offensichtlich damit zu tun, daß es der SPÖ in diesem Haus bei der heutigen Debatte über die Ergebnisse des Rationalisierungsausschusses nicht darum geht, ob wir eine gemeinsame Linie finden können, sondern daß sie unter den Entzugerscheinungen leidet, weil ihr die Braut zum Teufel gegangen ist. Und da kann ich Ihnen, Herr Abgeordneter Dörflinger und Herr Hofrat Dr. Flecker und wie Sie alle heißen, nicht helfen. Sie haben zwei Jahre nach 1991 Hohn und Spott über die Volkspartei gegossen mit Hilfe einer anderen Partei. Und Sie sehen jetzt, wozu das führt, wenn man auf Argumente nicht einsteigt und die Zusammenarbeit partout zurückweist. Ich sage Ihnen, wir haben es uns in diesen letzten Wochen in diesem Ausschuß nicht einfach gemacht, weil die Situation im Lande keine Katastrophe ist. Ich warne davor, so etwas auszusprechen, wenn wir daran denken, was rings um uns vorgeht, aber wir haben mit anhaltenden Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt zu kämpfen, nur, wenn ausgerechnet der Herr Hofrat Flecker von einem Wertewandel der Volkspartei spricht, von einer leichtfertig aufgegebenen Sozialkompetenz der Volkspartei, davon spricht, was in den siebziger Jahren alles geschehen ist, dann darf ich Ihnen schon eines sagen: Der größte Sozialabbau, den es in der Geschichte der Zweiten Republik überhaupt gegeben hat, ist der in der verstaatlichten Industrie. Und das war Ihre Politik, das war die Politik der SPÖ (Beifall bei der ÖVP und FPÖ), der sogenannten Arbeiterpartei. Die verstaatlichte Industrie ist Ihre größte ideologische Niederlage, die Sie als sogenannte Arbeiterpartei errungen haben. Wir haben – und, meine Damen und Herren, da müßten bei Ihnen ja die Alarmglocken läuten (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie haben keine Glocke!“), das ist ja die Politik, die schiefgegangen ist – seit 1970 bis heute in die verstaatlichte

Industrie 100 Milliarden Schilling gepumpt (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Viel mehr!“), 100 Milliarden wurden aus dem Säckel des Steuerzahlers herausgenommen, um in die Verstaatlichte hineingepumpt zu werden, und trotzdem hat es Massenentlassungen gegeben. Meine Damen und Herren! In der Steiermark hat es 1970 36.000 Beschäftigte in der verstaatlichten Industrie gegeben, heute gibt es nur mehr 14.000. Also, was ist das Ergebnis der Politik der sogenannten Arbeiterpartei SPÖ? 100 Milliarden Schilling aus den Taschen der Steuerzahler und Massenentlassungen. (Abg. Vollmann: „Und in die Landwirtschaft 500 Milliarden!“) Meine Damen und Herren, das geht sich auf Dauer nicht aus (Abg. Dörflinger: „Wie ist das bei den Bauern?“), und wir hätten gehofft, daß Sie irgendwann zur Einsicht kommen, daß mit einer solchen Politik Schluß gemacht werden muß. Schauen Sie sich die Schlagzeile des „Kurier“ in den letzten Wochen an, „VÖEST, fast jeder Dritte verliert den Arbeitsplatz“, und wir pumpen Millionen und Milliarden in die Verstaatlichte hinein, weil die Betriebsräte sozialistischer Natur und auch die Manager, die ausschließlich von ihrem Parteibuch abhängig waren, in ihrer Bestimmung nie und nimmer bereit gewesen sind, zeitgerecht Strukturänderungen herbeizuführen. Heute haben wir das Geld verbraucht, und die Leute sind in die Arbeitslosigkeit geschickt worden. Das ist ja das Ergebnis sozialistischer Politik, und auf das brauchen Sie wirklich nicht stolz zu sein, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweiter Punkt, meine Damen und Herren: (Abg. Vollmann: „Deine Bauchwehreden hältst du seit dem Jahr 1986!“) Kollege Vollmann, du weißt ganz genau, daß ich hier gestanden bin, oft und oft und die Verstaatlichte als den Wasserträger der Nation bezeichnet habe, die in schwierigen Zeiten für dieses Land eingestanden ist. Aber es ist und bleibt ein Faktum, daß die SPÖ mit all ihren Hebeln der Macht, und sie war in all diesen Bereich, völlig allein an der Macht, viel zu spät geschaltet hat, und heute haben alles der Steuerzahler und die Bevölkerung auszubaden.

Der zweite Punkt, das muß ich hier schon noch einmal in Erinnerung rufen, weil der Hofrat Flecker, der gut gepolsterte Hofrat Flecker, sich hier herstellt und von den Arbeitslosenzahlen der siebziger Jahre gesprochen hat. (Präsident Mag. Rader: „Es gibt auch am Rednerpult einen Redner. Bitte, ihm zuzuhören!“) Meine Damen und Herren, weil der Hofrat Flecker das hier gesagt hat, wie die siebziger Jahre ausgeschaut haben, 1970, als wir die Verstaatlichte abgegeben haben, das war das letzte Jahr, als die Verstaatlichte noch einen Gewinn gemacht hat, und 1970, als der Bundeskanzler Klaus abgetreten ist, da haben wir 1,8 Prozent Arbeitslosigkeit gehabt, da hat sich der Gewerkschaftsbundpräsident hingestellt, der Benya, und hat gesagt: „Na, wenn wir einmal 3 Prozent Arbeitslosigkeit haben werden, dann wird es ernst.“ Meine Damen und Herren, wir haben 23 Jahre einen sozialistischen Bundeskanzler, ich schiebe es ihm nicht allein in die Schuhe, aber wir haben ihn nun 23 Jahre, und wir haben 8 Prozent Arbeitslosigkeit. Wir haben 300.000 Arbeitslose. Ja, das ist doch der größte Sozialabbau, der in diesen Jahren zustande gekommen ist. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – Abg. Gross: „Herr Kollege!“)

Dritter Punkt, meine Damen und Herren, weil, Frau Kollegin Gross, wissen Sie, in bestimmten sozialen Fragen reden Sie mit mir nicht so, wie Sie glauben, reden zu können, durch einen Hofrat oder sonst einen, der sich hier herstellt, weil da gesprochen wird von Sozialkompetenz. Ja, meine Damen und Herren, weil gesprochen wird von den Armen in der Bevölkerung, ja, wer hat denn wen in diesem Raume ausgelacht, als er begonnen hat, die Frage eines Mindesteinkommens zu thematisieren? Als er gesagt hat, man müßte eigentlich festlegen, wie wenig ein Mensch verdienen darf, damit man noch von Einkommen reden kann, das menschenwürdig ist? Da hat mir der ÖGB-Präsident Verzetnitsch – 1984 habe ich begonnen, über den Mindestlohn zu reden, 1989 im September über die „Salzburger Nachrichten“ – noch ausgerichtet, Mindestlohn ist kein Thema für den Gewerkschaftsbund, 1990 war dann ein Wahljahr, und hier ist die SPÖ dann früher aufgesprungen als der ÖGB-Präsident selber und hat mitgeholfen, daß der Mindestlohn thematisiert wird. Sie reden mit mir über Sozialpolitik nicht so, wie Sie glauben, reden zu können. In den wahren Fragen der Benachteiligten für die sozial Schwachen hat der ÖGB und hat die sozialdemokratische Fraktion nie den Mumm gehabt, den Mund aufzumachen, wenn es darum gegangen ist, geradezustehen, auch wenn der Wind in eine andere Richtung bläst. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – Abg. Minder: „Was glaubst du, wie wir für die sozial Schwachen kämpfen?“)

Vierter Punkt: Ja, wir haben sogar 1990 noch 750.000 Menschen gehabt, die unter 12.000 Schilling brutto verdient haben, heute sind es 250.000. Ich sage nicht, daß das mein Erfolg allein ist. Ich sage nicht, daß das der Erfolg der steirischen Volkspartei allein ist, aber ich sage, daß es lange gedauert hat und daß zum Beispiel der ÖGB-Vorsitzende Restel vor eineinhalb Jahren noch immer einer der ersten war, der gesagt hat, dividieren wir nicht um ein paar Schilling hin und her, einigen wir uns darauf, daß wir dieses Mindesteinkommen wollen. Aber ich lasse nicht zu, daß von diesem Rednerpult aus jemand von der SPÖ oder von sonstwoher daherkommt und sagt, wir seien die, die für die sogenannten Kleinen nichts übrig hätten. Wir wissen genau, wie es den Menschen in diesem Lande geht. Wir wissen genau, daß es zu viele gibt, die sich manches vom Mund wieder abzusparen haben. Wir wissen, wo den Leuten der Schuh drückt, und deshalb wissen wir auch, daß in bestimmten Fragen der Landespolitik und der Landesfinanzpolitik oben eine Grenze einzuziehen ist, damit wir unten im echten Krisenfall tatsächlich wieder helfen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich nenne den Punkt der älteren Arbeitnehmer: Mit welchem Unverständnis ist man mir hier entgegengekommen, als ich gemeint habe, daß wir nicht zuschauen können, wie von Jahr zu Jahr 20, 30 Prozent der Altersarbeitslosigkeit steigt, als ich gemeint habe, reden wir mutig von der Umverteilung, als man sagte, nein, aus dem Arbeitsmarktmitteln können wir nichts zuschießen, als wir mit Hilfe des Wirtschaftsförderungsinstitutes nachgewiesen haben, daß diese Umverteilung in Wahrheit gar nichts kostet, weil die, die wir im Arbeitsprozeß haben, können dann nicht ganz von der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden.

Heute sehe ich in den Diskussionen, sowohl in der eigenen Partei als auch in der SPÖ, daß diese Vorschläge Eingang finden. Ich freue mich darüber, denn es ist ohnehin noch nichts gemacht, und das muß ohnehin durchgekämpft werden. Nur, ich darf nochmals sagen, mit mir redet hier niemand darüber, daß den sozial Schwachen, daß den Arbeitslosen nicht geholfen wird und daß es keine Ideen gibt, so schwer sie auch, und ich weiß das selbst sehr genau, im Detail durchsetzbar sind. Und das Gleiche gilt für die Einkommensgerechtigkeit. Denken Sie an die Sozialabgabe, an die Solidarabgabe von eineinhalb Prozent, die wir vorgeschlagen haben für alle, die mehr als eine Million verdienen. Das war nicht einfach, auch in den eigenen Reihen zu diskutieren. Aber es war ein Vorschlag, wo wir gesagt haben, die da oben sollen zeigen, daß sie zur Solidarität bereit sind, daß die da unten Verständnis dafür haben, wenn es einmal allgemeine Maßnahmen geben soll. Auf Grund dieses meines Vorschlages hat mir der Herr Finanzminister ausrichten lassen, und ich füge gleich hinzu, auch der Finanzstaatssekretär, damit mich keiner nachher berichten muß, aber in allererster Linie der Finanzminister selber - dem fehlt der finanzpolitische Durchblick. In Ordnung - fehlt er mir halt. Aber es ist für mich eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wenn ich daran denke, daß in der Steuerreform 1989 der Spitzensteuersatz von 62 auf 50 Prozent gesenkt worden ist, daß die, die ganz oben sind, und das sind 52.000 Menschen in Österreich, und da bekommen wir in zwei Jahren nur vier Milliarden zusammen - ja, damit kann ich den Staat insgesamt nicht sanieren, wenn ich davon ausgehe, daß etwas zu sanieren ist. Aber ich kann ein Zeichen setzen, daß wir oben anfangen, und nicht unten schröpfen. Aber da fehlt mir die SPÖ, die mittut, meine Damen und Herren.

Der letzte Punkt: Ich möchte Ihnen daher in dieser Form, meine Damen und Herren, nur eines sagen: Ich habe mir diese Vorgänge im Rationalisierungs-Ausschuß nicht nur sehr genau angehört, ich habe sehr viel mehr zugehört, als ich dort Fragen gestellt habe oder Debattenbeiträge eingebracht habe. Ich sage Ihnen meine Erfahrung: Ich habe den Eindruck, daß nicht wenige Abgeordnete, und insofern hat der Rationalisierungs-Ausschuß seinen Sinn gehabt, etwas kennengelernt haben, was viele nicht kennen, nämlich das Budget, und daß gar nicht wenige Regierungsglieder kennengelernt haben, was sie nicht so ganz genau kennen, nämlich ihr Ressort. Aber eines weiß ich: Einer davon, ich nenne den Namen gar nicht, er sitzt heute meistens nicht auf der Regierungsbank, ist der, mit dem wir 14 Stunden verhandelt haben, ist der, der sich wie kein anderer mit seinen eigenen Beamten und mit den Vorstandsdirektoren widersprochen hat. Dieser eine, und das wissen Sie so genau wie ich - Sie wissen es viel besser, ist so überfordert wie kein anderer. Und da sind irgendwann Konsequenzen zu ziehen. Da sagen wir gar nicht, wann und wie. Das ist Ihre Sache. Sie müssen damit fertig werden. Aber wir lassen uns nicht vorwerfen, und da habe ich als sogenannter, Frau Kollegin Minder, Arbeitnehmervertreter schon sehr genau geschaut darauf wie ein Haftmacher (Abg. Minder: „Ich habe gesagt, als solcher, wie du dich bezeichnet hast, nicht als sogenannter!“), daß das, was der Landeshauptmann auch uns in der Fraktion vorgegeben hat, eingehalten wird, nämlich

daß wir in zwei Bereichen ganz sensibel operieren. Erstens: Bei den Spitälern sparen wir nicht ein, sondern wir geben dazu. Zweitens: Im sozialen Bereich darf nicht eingespart werden. Wenn das nicht der beste Ausweis dafür ist, daß wir den Spitälern, daß wir der Gesundheit der Menschen, daß wir den Benachteiligten in unserer Gesellschaft die höchste Priorität einräumen, was denn dann, meine Damen und Herren? Und hier bricht die Argumentation der SPÖ wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Aber auch das wissen Sie so gut wie ich selber. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Wir haben es bei dieser Partei mit Leuten zu tun: Der Landesrat Ressel denkt sich viel, sagt nicht immer das, was er sagen will - ist auch klar, es könnte nur eine Formel von Widersprüchen sein; wenn ich mir anschau, ich habe das alles mit, seine Budgetrede von damals und heute; der andere der plakatiert ließ, er will immer die Wahrheit sagen und im Prinzip aber nichts anderes als Erster werden, daran scheitert ja momentan soviel, hat nur den eigenen Ehrgeiz im Kopf; der dritte ist überfordert und über die Frau Landesrätin Rieder kann ich nichts sagen, denn ich kenne sie nur vom Sehen. Aber ich hoffe, wir werden gut zusammenarbeiten. Insgesamt aber müssen Sie sich gerade auch nach der heutigen Debatte, und es hat ja beim Davis-Cup schon angefangen, eines wohl sagen lassen, meine Damen und Herren: Es treffen für Sie, auch für den schlafenden Flecker, drei K für die SPÖ zu: konzeptlos, kopflos, kraftlos. (Beifall bei der ÖVP. - 21.28 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Ing. Ressel.

**Landesrat Ing. Ressel (21.28 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Schützenhöfer!

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren in Österreich 55 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Heute sind es vielleicht noch 6 Prozent. Ich würde mir aber aus dieser Feststellung heraus nicht erlauben zu sagen, daß all jene, die für die Landwirtschaft verantwortlich waren, schlecht gehandelt haben und Schuld daran haben. Ich glaube, es war so, daß hier eine gewaltige strukturelle Veränderung vor sich gegangen ist, und zwar nicht nur in Österreich, sondern in allen, nicht nur europäischen, Ländern. Wir haben nach 1945 mit der Verstaatlichung einen außerordentlich richtigen Schritt gesetzt, und es wurde damals vereinbart, daß die Verstaatlichte für die Grundstoffindustrie tätig sein soll. Es war der ausdrückliche Wunsch der Sozialpartner und natürlich auch der Vertreter Ihrer politischen Richtung, daß die Verstaatlichte nicht in den Finalbereich eintritt. Und die Lösung war damals gut. Daß mittlerweile auf Grund der enormen Veränderungen im Eisen- und Stahlbereich, insbesondere durch die Kapazitätswachse in den Entwicklungsländern, sich die Szenerie im Eisen- und Stahlbereich gewaltig verschoben hat, nämlich ähnlich wie im Bereich der Agrarwirtschaft, wissen wir und wissen Sie auch. Und darum darf man das hier auch noch einmal unterstreichen, daß dieses Phänomen des Nichtfertigwerdens mit dieser Veränderung nicht typisch für die Verstaatlichte ist, sondern

typisch für diese Branche ist. Wenn Sie heute in die Bundesrepublik schauen, dann werden Sie gewaltige Stahlkonzerne in privater Hand finden oder nicht mehr vorfinden, weil sie im Grunde genommen das gleiche Schicksal erleiden wie bei uns die Verstaatlichte. Und dort gehen damit Hand in Hand ähnlich große gesellschaftspolitische Veränderungen vor sich wie bei uns. Wenn Sie hier über die KAGES sprechen und die Meinung vertreten, Herr Kollege Schützenhöfer, daß man jetzt die Leute dort befragt, und zu dem für mich nicht erstaunlichen Ergebnis kommt, daß sehr viele oder der überwiegende Teil oder nahezu alle in den Landesdienst zurück wollen, dann kann ich Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, wann immer man von einer Frau oder von einem Mann angesprochen wird, die auf Arbeitssuche sind, dann will er oder sie in das Land, in den Magistrat, vielleicht noch in die Sozialversicherung. Er oder sie will dort hin, wo es eine Pragmatisierung gibt. Was heißt denn das? In einer Zeit, wo die Arbeitslosenrate leider Gottes recht hoch ist, wo die Angst vor Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung besteht, will jeder die Sicherheit, und da zieht es jeden dort hin, wo er vielleicht noch pragmatisiert werden kann. Wenn ich diese Befragung von der KAGES ausdehne auf die Steiermark, dann werden wir wahrscheinlich von den 400.000 Arbeitnehmern 350.000 oder 360.000 finden, die auch ins Land wollen. Und das werden wir nicht können. (Abg. Schützenhöfer: „Herr Landesrat, wissen Sie, wie viele von den derzeit 13.000 Bediensteten pragmatisiert sind? Es gibt keine Pragmatisierung bei den Landesvertragsbediensteten!“) Herr Kollege, ich glaube, jetzt kommt der wesentliche Punkt. Wenn man jetzt die Meinung vertritt, man führt sie ins Land zurück, damit dort im Rahmen einer kompakten Arbeitszeit auch der Bereitschaftsdienst von den Beschäftigten geleistet werden kann und man sich damit die Anstellung so und so vieler anderer Beschäftigten erspart, dann bitte ich doch einmal zu überlegen, inwieweit sich auf der einen Seite das betriebswirtschaftliche Bemühen und auf der anderen Seite die gesellschaftspolitische Gegebenheit der Arbeitslosigkeit nicht einmal konterkarieren. (Abg. Schützenhöfer: „Die 1000 Leute, die wir brauchen, finden wir in Österreich nicht!“) Moment! Ja, die finden wir einmal nicht. (Abg. Schützenhöfer: „Bringen Sie mir nur eine Krankenschwester!“) Ja, jetzt nähern wir uns schon dem Problem. Ich glaube, Ziel kann es doch nur sein, die Arbeit, die vorhanden ist, einigermaßen aufzuteilen. Ich glaube, das ist doch das Thema, das uns auch als Arbeitnehmervertreter in einem zunehmenden Maße in Zukunft interessieren wird müssen, weil der Begriff der Unendlichkeit ist eben vorbei. Als dieser Wassermann in diesem Loch bei Eisenerz aufgetaucht ist und der Bevölkerung Eisen auf immerdar versprochen hat, hat er nicht mit den modernen Produktionsmethoden gerechnet, denn wenn man die heute einsetzen würde, dann würde dieser Erzberg, so es noch sinnvoll wäre, in kürzester Zeit nicht mehr zu sehen sein. Die Bedürfnisse sind in weiten Bereichen befriedigt. Es geht um Ersatzbeschaffung. Es wird dazu führen, daß die Nachfrage nicht mehr in dem Ausmaß vorhanden ist, so daß ich persönlich davon überzeugt bin, daß wir – ob wir es wollen oder nicht –, wenn wir keine Zweidrittel- oder Dreiviertelgesellschaft haben wollen, die vorhandene Arbeit aufteilen müssen. Wie wir das bezahlen, ist dann die nächste Frage. Darum glaube ich aber auch,

daß wir als Land mit versuchen müßten, Arbeit gerecht zu verteilen. Jetzt sehe ich schon ein, daß es angenehm für den einen oder anderen ist, wenn er diesen Bereitschaftsdienst auch noch macht. Ich kenne etliche Ärzte, die das auch sehr schätzen. Aber die Frage ist, ob das auf Dauer von uns gesellschaftspolitisch so vertreten werden kann. Das gebe ich in dem Zusammenhang unter anderem auch zu bedenken.

Dem Kollegen Frizberg wollte ich noch sagen, weil du, Kollege, hier die Verschuldungsgrenzen mit einer Milliarde angezogen hast. (Abg. Dr. Frizberg: „Maastricht!“) Maastricht setzt zwei Grenzen. Zum einen ist es die Verschuldung des Budgets in der Höhe von etwa 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes, und zum anderen die Gesamtverschuldung eines Staates in der Höhe von etwa 60 Prozent. Jetzt muß man einmal sehen, daß innerhalb der EG – glaube ich – im Moment nur ein Land in der Lage ist, diese Forderungen zu erfüllen, und wenn man die Zeichen richtig liest, werden es in der nächsten Zeit noch weniger sein. Nicht mehr, sondern noch weniger! Die Vorboten haben ja gesehen, weil es sonst nie zu einem Auflösen der Währungsunion in dem Falle gekommen wäre. Und jetzt bleiben wir bei dem. Nehmen wir uns die 3 Prozent vor, dann hat der Prof. Lehner – ich teile in dem Fall seine Meinung nicht, um das vorwegzunehmen – gemeint, dann würde der Bund 2,5 für sich in Anspruch nehmen, man muß hinzufügen, daß es im Moment ja deutlich mehr sind. Ich habe mir erst kürzlich das wieder einmal angesehen. Der Bund hat vor wenigen Jahren noch 5, 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gehabt, ist dann deutlich heruntergekommen und ist wieder im Begriff, hinaufzugehen und kommt wieder herunter, wobei dieses jetzige Herunterkommen sich schlagartig ändern würde, wenn beispielsweise nicht die Post 90 Milliarden Schilling Schulden hätte und ihre Gewinne an den Bund abführt, wenn es die ASFINAG nicht geben würde und wenn es nicht andere sogenannte graue Finanzierungen geben würde. Aber nehmen wir also an, der Bund hat 2,5 Prozent, dann meint also Prof. Lehner, müßten die Gemeinden 0,3 Prozent haben und die Länder 0,2 Prozent, das gibt dann eine Milliarde für die Steiermark. Wenn ich aber die Verteilung der Finanzmassen anschau, ich habe das in der Zwischenzeit nur über den Daumen gerechnet, dann ergeben sich zumindest 0,35 Prozent. Und 0,35 Prozent ist das 1,75fache von 0,2 Prozent. Dann ist der theoretische Ansatz von Lehner von einer Milliarde auf 1,75. Und wenn man sich die Situation in der Schweiz anschaut, ich gehe davon aus, daß dort wahrscheinlich die Kompetenzverteilung anders ist als in Österreich, dann schaut es in der Schweiz so aus, daß zum Beispiel der Abgang im Bund 12 Milliarden sind, bei den Ländern 8 Milliarden und bei den Gemeinden 3 Milliarden. Das ist die Situation, so daß ich glaube, daß ich in dem Fall berechtigt die Meinung von Prof. Lehner nicht teile und auch zum Zweiten der Meinung bin, daß das eine theoretische Wunschvorstellung von ihm ist, daß die realistische Entwicklung aber anders geht, denn einer der Muster Schüler ist Deutschland, und bei dem sieht es im Moment auch schon ganz anders aus.

Der zweite Punkt, auf den ich noch eingehen wollte, den Sie angesprochen haben, war die Frage, sollten wir als Steiermark Rücklagen im Zusammenhang mit

nicht verbrauchten Mitteln schaffen? Hinzufügen muß man, glaube ich, wenn man das behandeln will, daß es derzeit noch nirgends üblich ist in Österreich. Meines Wissens noch nirgends. Und vor allen Dingen erscheint es mir deshalb nicht so bedeutend, weil es ja das Instrument gibt, die Sechstelzuteilung zu durchbrechen. Es ist ja möglich, vorzeitige Sechstelbeanspruchungen zu beantragen. Es ist überhaupt nicht einzusehen, sondern ich glaube, das ist einfach eine Verhaltensweise, die tradiert ist, aber nicht sehr logisch ist, daß man dann im letzten Moment das bestellt. (Abg. Dr. Fritzberg: „Es ist aber leider so!“)

Ich würde einmal vorschlagen, das genau zu untersuchen, soweit ich das sehe, ist es in den letzten Jahren nicht mehr so. Aber das müßte man sich einmal genau anschauen. Ich glaube, es wird im Grunde genommen nicht die Rolle spielen, und Sie haben es im Grunde genommen auch bei den Unternehmen nicht mehr in der Form. Es gibt auch dort das Jahresbudget. Und das Jahresbudget ist nach Möglichkeit so hinzutrimmen, daß es stimmt. Und dann wird nach Möglichkeit - sage ich ausdrücklich - auch die Einhaltung des Budgets als ein Kriterium für die Beurteilung der Führungskraft herangezogen. Ich glaube, man soll nicht von Haus aus diesen Weg beschreiten, schafft dann die Rücklagen, verliert den Überblick, und wir haben ja jetzt schon nicht unwesentliche Rücklagen in dem Haushalt drinnen. Das werden wir ja bei der Behandlung des Rechnungsabschlusses 1992 jetzt noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt bekommen, und wir haben die Möglichkeit, Rückstellungen zu bilden, und die werden ja laufend gebildet für Bestellungen, die beispielsweise im Dezember oder November vorgenommen werden und erst im Laufe des nächsten Jahres bezahlt werden. Wenn Sie, Herr Kollege Dr. Frizberg, darauf hinweisen, daß der Budgetanteil in der Steiermark für die Krankenanstalten größer ist als in anderen Bundesländern, dann muß man sagen, es fehlen die Gemeindeanteile. Man kann jetzt der Meinung sein, daß es nicht zweckmäßig ist, die Gemeinden zu belasten, oder man kann der Meinung sein, daß es zweckmäßig ist. Dieser Diskurs wird ja noch zu führen sein unter den politischen Gruppierungen. Nur, Tatsache ist, daß die Struktur eine andere ist. Und wenn die Struktur eine andere ist, dann habe ich nur zwei Möglichkeiten: Gebe ich von einem Kuchen für die Spitäler mehr aus, entweder spare ich das im anderen Bereich, wenn ich das aber im anderen Bereich nicht spare, geht das nur über zusätzliche Verschuldung. Ich meine, das ist offensichtlich. So einfach ist also das Problem.

Abschließend von mir noch zwei, drei Bemerkungen: Ich habe diesen Ausschuß mit sehr großem Interesse verfolgt und habe mir nochmals die Frage gestellt, welche Notwendigkeit war eigentlich gegeben, daß wir zu einem Budgetprovisorium gekommen sind? Das ist das, was ich mich frage. Als Knackpunkt sind immer wieder die Spitäler genannt worden. Gestatten Sie mir, obwohl ich es schon einmal dargelegt habe, daß ich es wiederhole: Die Spitäler haben von mir im Budgetansatz 1994 genau den Wert des Jahres 1993, also einen Betrag, dem Sie 1993 zugestimmt haben, mit Ausnahme der Freiheitlichen Partei. Und diesen Betrag nehmen Sie 1994 zum Knackpunkt - 2,938 Millionen habe ich angesetzt. Ich habe aber dann in der

schriftlichen Budgetvereinbarung angeregt, während der ersten Hälfte des Jahres 1994 Finanzierungsgespräche über die Spitäler zu führen, weil mir klar war, daß die Meinungsbildung zu dem Zeitpunkt 5. und 4. November noch nicht soweit war. Also bei bestem Willen, das war der Vorschlag, das hat man jetzt versucht, aber man ist noch nicht soweit, wie ich zur Kenntnis nehme, ist aber zu dem Entschluß gekommen und sagt, 5,8 Prozent - okay. Nur eine Ungeheimtheit kann man mir nicht erklären, warum man diese 5,8 Prozent bei dem Ansatz des Jahres 1994 gegenüber dem Ansatz des Jahres 1993 nicht anwenden will. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muß mir einmal erklären, warum 20 Jahre hindurch die Posten steigen, und gerade von 1993 auf 1994 gibt es dann keine Steigerung und von 1994 ad infinitum, sprich fünf Jahre oder ein halbes Jahr, ich weiß es nicht, 5,8 Prozent. Das ist nicht logisch. Logisch wäre es, den Ansatz 1993 auf 1994 zumindest um 5,8 Prozent, nämlich aus Ihrer Logik heraus, zu erhöhen. Zum Zweiten - Personal: Beim Personal haben wir immerhin die Richtlinie für die Erhöhung des Personals im März 1993 erstellt und am 15. März in der Regierung beschlossen. So, wie wir uns jetzt um das Budget 1994 auseinandersetzen, wird sich der Finanzreferent erlauben, in wenigen Wochen, also im Laufe des März, die Kollegen in der Regierung mit den Budgetrichtlinien des Jahres 1995 zu konfrontieren. Damals, im März 1993, haben wir angenommen, daß die Kollektivvertragsabschlüsse in der Höhe von 3,5 liegen werden und sind mit dem Personalressort übereingekommen, daß dieser Betrag angesetzt wird, daß aber in diesem Betrag sämtliche individuellen Vorrückungen und Biennien enthalten sind. Das heißt, unter der Erwartung einer kollektivvertraglichen Erhöhung von 3,5 Prozent wäre das bereits eine sehr straffe Handhabung des Personalressorts gewesen, weil es in Wahrheit nur dann erfüllbar ist, wenn es zu Personalreduzierungen in diesem Bereich kommt, und das Einverständnis ist vorgelegen. Und wir haben weiter gesagt, wenn sich herausstellt, daß der Kollektivvertragsansatz bei dem endgültigen Abschluß ein anderer ist, dann wird der Ansatz verwendet. Man kann es auch so machen wie der Bund: Der Bund setzt in diesem Bereich nichts ein ab einer bestimmten Höhe, wartet die Verhandlungen ab, um nicht die Verhandlungen zu präjudizieren, und setzt diesen Betrag dann erst in das Budget ein. Für uns war das nicht so ausschlaggebend, weil die Federführung bei der Erhöhung in der Summe der Bund hat, und in der Regel nicht die Länder. Ich will damit nur sagen, und genau das ist jetzt geschehen. Und Kollege Hirschmann hat zu dem, was sich aus dem ergibt, in etwa noch 8 oder 9 Millionen, das sind 31 Millionen, um 8 und 9 Millionen zusätzlich an Ersparungen angeboten, nehme ich an in dem Bereich. So stellt sich das für mich dar. Das zeigt aber auch, daß aus der Personalsituation, und das ist ein bedeutender Kostenblock, das Provisorium nicht erforderlich war.

Und jetzt komme ich zum dritten großen Brocken, nämlich zur Verwaltungsreform: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es freut mich immer wieder, wenn die Bezirkshauptmannschaften in aller Munde sind. Wenn wir damals nicht begonnen hätten, der damalige Landeshauptmannstellvertreter Hasiba und ich, dann hätte es wahrscheinlich noch wenig im Bereich der

Verwaltungsreform gegeben, weil die Unterlagen im Bereich der finanziellen Handhabung der Bezirkshauptmannschaften sind aus dem Finanzressort gekommen, das liegt ja alles vor, und die Flexibilität in der Verwendung dieser Mittel ist durch das Personalressort gekommen – freut mich. Ich bin aber auch der Meinung, daß in dem Bereich noch ein weites Feld ist. Da werden Sie mich immer als Verbündeten finden. Nur, das Einfließen von Ersparungen unter dem Titel „Verwaltungsreform“ werden im Budget 1994 nicht vorhanden sein. Also ist es für mich auch kein Grund, ein Provisorium zu machen, so daß ich sage, und das ist meine ganz persönliche Überzeugung, wenn es uns wirklich ernst ist, in dem Land etwas weiterzubringen, ist man gut beraten zu versuchen, die maßgeblichen Kräfte des Landes zu binden, und es ist am besten, alle drei hier im Landtag vertretenen Gruppierungen. Ich will das Beispiel des Wohnbaues nehmen: Es mag sein, daß der eine oder andere Bereich in der Wohnbauförderung nicht optimal ist. Das wird man sehen, und das kann man korrigieren. Nur, grundsätzlich ist es uns dort in den gemeinsamen Vorgängen gelungen, ein außerordentlich schwieriges Problem, und das wird hier niemand abstreiten, daß es sehr, sehr schwierig war, gut zu meistern. Das war noch diese Gemeinsamkeit. Ich glaube, daß dieses politische Kalkül, sozusagen sich diese Kompetenz anzueignen, in Wahrheit nicht aufgeht. Meine Sorge ist, daß wir die Veränderungen, die wir vielleicht wirklich anbringen sollten, in Wahrheit dann auch nicht zusammenbringen. Manchesmal, gestatten Sie mir diese eine persönliche Bemerkung, wäre mir ein etwas gediegeneres, vielleicht nicht so spektakuläres Vorgehen im Interesse des Landes lieber als ein etwas Spektakuläres, auch vielleicht im Interesse des Landes. Das Budget 1995 kommt in Kürze, und Sie wissen, was Sie tatsächlich verändert haben. Ich weiß es auch. Ich sage Ihnen, das Budget 1995 wird dadurch sicher nicht sehr viel leichter werden. Andere würden vielleicht sagen überhaupt nicht. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 21.50 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Gross.

**Abg. Gross (21.50 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach vieler Polemik zum Spital möchte ich noch einmal versuchen, sachlich zum Thema, die Situation im LKH Graz, mit ein paar Worten aufzuzeigen: Das LKH Graz wurde in den Jahren 1902 bis 1912 errichtet. Ursprünglich war es für einen Krankenbettenstand von 1940 Betten konzipiert, wobei seit Anbeginn Einrichtungen der Medizinischen Fakultät der Universität Graz neben den Einrichtungen des Landes Steiermark zur Krankenbetreuung existierten.

Die enorme Entwicklung der Medizin führte zu einer ständigen Erhöhung der Bettenzahlen, aber auch zu einer Vermehrung der notwendigen Einrichtungen für Diagnose und Therapie. Anfang der achtziger Jahre erreichte das LKH Graz mit 3100 aufgestellten Betten seine bisher höchste Bettenanzahl. Bis zum Jahr 1986 war diese wieder auf 2899 Betten abgesunken, von welchen 2146 Betten, somit 74 Prozent, als sogenannte klinische Betten der Medizinischen

Fakultät der Universität Graz zuzuzählen waren und 753 Betten in landschaftlichen Abteilungen des Landes Steiermark angesiedelt waren. Der ungeheuren qualitativen und quantitativen Aufwärtsentwicklung dieses Krankenhauses entsprechend wurden in der jüngsten Vergangenheit eine Reihe von Neubauten errichtet. Insgesamt aber konnte der bereits erwähnte enorme Trend der Medizin zu mehr diagnostischen und therapeutischen Methoden auch nicht nur annähernd ausreichend mit neuen Räumlichkeiten unterstützt werden. Dies führte dazu, daß Mitte der achtziger Jahre zwar in hohem Umfang medizinische Spitzenleistungen erbracht wurden, die raummäßige Unterbringung sowohl der Patienten als auch der medizinischen Funktionen und schlußendlich der Einrichtungen für das Personal jedoch eher einem Nachkriegszustand bzw. einem Nachkriegsstandard entsprachen. In einer solchen Situation gab es verständlicherweise eine Fülle von Neubau- und Ausbauwünschen der unterschiedlichen Kliniken und Abteilungen, wobei jedoch insgesamt gesehen kaum ausreichende Grundstücksreserven für Erweiterungsbauten zur Verfügung standen. Von seinem Versorgungsauftrag her ist das LKH Graz gleichzeitig ein Krankenhaus der Standardversorgung für ein Einzugsgebiet von rund 430.000 Einwohnern, ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung für ein Einzugsgebiet von zirka 790.000 Einwohnern und schließlich eine Krankenanstalt der Zentralversorgung für das Land Steiermark und Teile der Bundesländer Burgenland und Kärnten mit insgesamt rund 1,5 Millionen Einwohnern. Bei der Soll-Konzeption für das Jahr 2000 wurden die Grundlagen für eine Prognose der Weiterentwicklung dieses Krankenhauses in seiner Doppelfunktion als medizinische Forschungs- und Ausbildungsstätte einerseits sowie als Zentral-, Schwerpunkt- und Standardkrankenhaus andererseits formuliert. Da in unserem Land ein weitestgehender Konsens darüber besteht, daß die medizinische Versorgung ein Grundrecht aller Steirer darstellt, steht daher im Zielkonzept LKH 2000, daß ein Teil der Aufgaben der Standardversorgung in einem neu zu errichtenden Krankenhaus Graz II mit zirka 300 Betten wahrgenommen werden soll und im LKH-Universitätsbereich rund 1700 Betten, somit insgesamt rund 2000 Betten, verbleiben sollten. Alle Organe der steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft, nämlich der Vorstand sowie der Aufsichtsrat und Gesellschafterausschuß als auch das Fakultätskollegium der medizinischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, sowie das Wissenschaftsministerium haben diesem Projekt zugestimmt. Die gesamte Steiermärkische Landesregierung hat schließlich das Projekt LKH 2000 mit dem Regierungsbeschluß vom 6. Juli 1990 zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Bereich der im Jahre 1994 kostenwirksam werdenden Baumaßnahmen, das ist Ihnen allen bekannt, sind derzeit insgesamt rund 822 Millionen Schilling budgetiert, wovon das Land Steiermark Mittel in der Höhe von rund 150 Millionen Schilling aufbringen muß, der Rest wären Bundes- und KRAZAF-Mittel. Auf Grund der Ihnen allen bekannten Realität, daß im Bereich der Patientenunterbringung leider noch immer Krankensäle mit bis zu 20 Betten anzutreffen sind, daß Einrichtungen, wie den Krankenzimmern zugeordnete Sanitäranlagen, abgetrennte Waschmöglichkeiten oder auch nur die Möglichkeit, mit dem Arzt

oder Angehörigen ein vertrauliches Gespräch zu führen, in manchen Kliniken und Abteilungen noch immer völlig fehlen. Komplexe medizinisch-technische Bereiche, wie OP-Säle, Intensivstationen, Dialyse und so weiter sind flächenmäßig noch immer schlecht ausgestattet und zum Teil an der Grenze des medizinisch-hygienisch Vertretbaren. Insgesamt bestätigte die systematische Ist-Aufnahme den Umstand, daß durch die besondere Knappheit an Raum in einigen Bereichen des LKH die Minimalerfordernisse einer modernen Medizin an Hygiene und Sicherheit in Bälde nicht mehr gewährleistet werden können, den Patienten die Voraussetzungen für ein Mindestmaß an Geborgenheit und menschlicher Würde nicht mehr geboten werden könnten und vor allem die Bedingungen der medizinischen Fakultät und die Voraussetzungen für Lehre und Forschung in unververtretbarem Ausmaß beschränkt sind, was ja vor allem auch die Patienten verspüren würden.

Meine Damen und Herren! Die Versorgung der Bevölkerung mit humanen und bestausgestatteten Spitälern ist eine höchst politische Angelegenheit und Aufgabe. Kollege Günther Prutsch hat in diesem Haus einmal gesagt, der Mensch muß das Maß aller Dinge sein. Landesrat Strenitz hat in seinen Ausführungen bereits aufgezeigt, daß auf Grund auch Ihrer Forderung im Personalbereich 114 Ärzte und 158 Diplomkrankenschwestern und 63 SHD, also Pflegepersonal, neu eingestellt wurden. Ich frage Sie, nachdem wir das gemeinsam geschafft haben, das Personalproblem, das ich versucht habe, während der letzten Budgetdebatte aufzuzeigen, etwas zu verbessern, ich frage Sie, wollen Sie wirklich auf Grund Ihrer neuen Intention sparen um jeden Preis? Wollen Sie wieder den Status im Bereich des Pflegepersonals, den wir vor ein oder zwei Jahren noch hatten? Wollen Sie dieses Personal wieder kündigen, oder wie wollen Sie die Personalkostenentwicklung reduzieren? Der Betriebsratsvorsitzende hat uns bei einer der Informationsveranstaltungen zum Rationalisierungs-Ausschuß – im Ausschuß war es ja leider nicht möglich, hat uns der Herr Präsident Rader mitgeteilt – mitgeteilt, daß der Mitarbeiterstand noch lange nicht dem jetzigen Standard des LKH angepaßt ist, und hat auch, wie alle anderen Verantwortlichen aus dem KAGES-Bereich, darauf aufmerksam gemacht, daß unter den jetzigen Arbeitsbedingungen viel Mitarbeiterqualität in die anderen Bundesländer abwandert. Bei dieser Informationsveranstaltung haben sich neben der Fakultät quer durch alle Kurien die Spitze, der Mittelbau, die Assistenten, der Betriebsrat wie der Personaldirektor, der Vorstand wie die Ombudsfrau, alle unisono hinter das Konzept LKH 2000 gestellt. Einige Aussagen, die dort gefallen sind, möchte ich mir erlauben hier zu sagen und zu wiederholen, und zwar nicht, um zu plakätieren, sondern weil sie mich tief betroffen gemacht haben. Ein Professor sagte, andere Bundesländer sind stolz darauf, eine eigene Uni-Klinik zu haben, die Steiermark und Graz scheinbar nicht. Oder wieder ein anderer: Lehre, Forschung und Patientenbetreuung sind gefährdet. Und zur Grundlagenforschung meinte er, daß wir beim Forschungsfonds nicht mehr mithalten könnten. Die Studentenförderung ist zu gering – mit dem Ergebnis, daß bereits jetzt zu beobachten ist, daß die Studenten nach Wien abwandern. Ein anderer zeigte auf, daß die Umsetzungsmaßnahmen bei lau-

fendem Betrieb erfolgen müssen, ein Problem für Personal und für Patienten. Er wies auf Grund dessen auf die Dringlichkeit des LKH 2000 hin. Ein dritter bestätigte, daß ein großer Nachholbedarf an den Universitätskliniken außer Zweifel steht. Ich weiß schon, daß einige Kolleginnen und Kollegen bei dieser Sitzung dabei waren, aber die, die nicht dabei waren, interessiert es vielleicht doch. Er wies darauf hin, daß bereits aus der Lohfert-Studie 1988 erkennbar war, daß der Nutzflächenstand des LKH dem Standard von 1940 entspricht. 30 Prozent der Fläche sind generalisierungsbedürftig beziehungsweise abbruchreif. Die Hygiene ist minimal. Für Lehre und Forschung zu wenig Intensität, und Spitzenmedizin ist daher kaum mehr möglich. Als Folgen zitiert er auch massive Abwanderung von Schwestern, Engpaß bei stationärer Patientenbehandlung, für Patienten der Hygienestandard wäre minimal, und auch die Unterbringung von Ärzten und von Schwestern ist teilweise katastrophal. Und ich scheue mich nicht, es hier zu wiederholen, Patienten haben – grosso modo – weniger Chancen als in anderen Bundesländern, wieder zu gesunden! Eine Aussage eines Arztes aus dem LKH. Im Projekt 2000 werden keine Luxusforderungen gestellt, sondern ein normaler Standard gefordert. Wenn der Landeszuschuß von 2,9 Milliarden Schilling gleichbleibt, ist dieses Projekt unmöglich und vor allem ein Erreichen eines europäischen Standards nicht möglich, wobei beim Konzept LKH 2000 ein Stehsatz vom früheren Spitalsmanager Bosch, dessen SANA ja jetzt dieses Konzept nochmals untersuchen soll, war: soviel wie notwendig, so wenig wie möglich. Dies wurde nach Aussagen aller Anwesenden auch im Konzept LKH 2000 berücksichtigt. Anhand der Neonatologie wurde aufgezeigt, daß das LKH 2000 bereits ein Rationalisierungsprojekt ist, weil alle vom medizinischen Standpunkt vertretbaren Begehrlichkeiten auf das jetzige Modell – in zähen Verhandlungen aller Verantwortlichen – dezimiert wurden. Als Resümee dieses Vormittags hat einer der Herren am Ende dieser Informationsveranstaltung den Nagel auf den Kopf getroffen, indem er das sagte, was viele anwesende Vertreter des Spitalsbereiches dachten: Nach fünf Jahren Studie und allen dazugehörigen Beschlüssen sagt man auf einmal: Man will es sich nicht leisten!

Meine Damen und Herren! Nach vielen Jahren des Zögerns wurde endlich der Mut zur Umstrukturierung gefaßt. Alle Kompetenten, wie Ärzte, Professoren, Schwestern und selbstverständlich die vom Kollegen Frizberg zitierte KAGES, alle anderen Verantwortlichen, und ich wage zu behaupten, auch die Patienten, sind für die Umstrukturierung und damit für Standardhebung. Maßen wir uns nicht an vorzugeben, daß auf Basis des Budgets 1994 in den kommenden fünf Jahren der Gesellschafterzuschuß höchstens um 5,8 Prozent erhöht werden kann. Ich möchte hier an die Worte von Herrn Landesrat Hirschmann von heute vormittag erinnern, daß wir uns keine Destruktivität und keine Kleinkariertheit mehr leisten sollten. Wenn das beim Davis-Cup mit all seinem Umfeld Geltung hat, dann fordere ich, daß dies hier auch für die Spitäler gilt. In einer Zeit der Umstrukturierung braucht jeder Wirtschaftsbetrieb vorerst mehr Mittel, die nach erfolgter Umstrukturierung wieder eingespart werden können. Dann erst ein Betrieb in der Größe der KAGES! Außerdem verstehe ich sowieso

nicht, wie man sich das weitere Spiel mit den Spitälern vorstellt. Die gleichen, die von der Entpolitisierung der Spitäler gesprochen und verlangt haben, daß die Spitäler von der Politik ausgeliebert werden müßten, fordern jetzt wieder einen Spitalsbeirat, der beratend eingreifen sollte. Ja, trauen Sie denn Ihren Damen und Herren im Aufsichtsrat, der ja die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmannes nach dem Aktienrecht zu erfüllen hat, nicht zu, zu entscheiden, ob ein mittelfristiges Konzept erfüllbar ist oder nicht? Einer der Herren bei der bereits zitierten Info-Veranstaltung des Rationalisierungs-Ausschusses hat klar erkennbar erläutert, daß das Konzept LKH 2000 ein Baukasten ist. Der Ablauf dieses Bauprogrammes kann nicht gestört werden; dies gilt auch für die Be- und Entsorgung des LKH 2000.

Was bedeutet der Rationalisierungsvorschlag kurzfristig für die LKH-Universitätskliniken Graz? Ein sofortiges Stoppen aller Planungen, da diese von einem Gesamtklinikum mit 1800 Betten und der darauf abgestimmten Infrastruktur ausgehen. Ein Konzept mit einem Klinikum mit nur 1000 Betten hat Einfluß auf jede einzelne Klinik, und daher sind alle derzeit laufenden Planungen hinfällig. Alle geplanten Zu- und Neubauten sind unnötig und müssen entfallen, damit auch die geplanten Baubeginne für den Zubau Med-Klinik und den Zubau Kinderklinik, beinhaltend die Kinderkrebstation und die Frühgeborenenstation und die hämatologische Abteilung für Erwachsene. Der geplante Beginn der Sanierungsmaßnahmen für die HNO-Klinik entfällt, da die vorgesehene Übersiedlung in das Infektionsgebäude acht bis zehn Jahre nicht möglich ist und die Klinikplanung auf die falsche Bettenzahl abgestimmt ist. Der vorgesehene Sanierungsbeginn für Augenklinik-OP, Derma-OP, Frauenklinik und Psychiatrie entfällt, da die durchgeführten Planungen von der Klinikgröße her nicht mehr stimmen. Da damit keine Ausweichmöglichkeiten existieren, können auf Grund des derzeitigen Platzmangels auch praktisch keine Sanierungen durchgeführt werden. Eine Beseitigung der derzeitigen Mangelsituation für alle Kliniken ist daher erst nach Inbetriebnahme des neuen LKH II möglich. Planungs- und Realisierungszeit für einen Spitalsneubau mit 800 bis 1000 Betten wäre aber acht bis zehn Jahre. Am Beispiel LKH Brück, das wurde heute bereits gesagt, für 335 Betten waren es siebeneinhalb Jahre ab Grundsatzentscheidungen. Das bedeutet acht bis zehn Jahre und Verhandlungszeit, keine grundsätzliche Verbesserung der Situation an den Kliniken und für die darin behandelten steirischen Patienten. Ich möchte nicht von einem Supergau oder der Möglichkeit sprechen, daß die medizinische Versorgung nicht gewährleistet sei. Die medizinische Versorgung muß gewährleistet sein. Das erwarten alle Steirerinnen und Steirer von uns allen, die wir hier sitzen. Mir geht es aber um das Wie der Versorgung. Die Klinikchefs und andere haben den Rationalisierungs-Ausschuß eingeladen, daß die Damen und Herren vor Ort kommen sollen und sich von den bei der Informationsveranstaltung aufgezeigten, in manchen Abteilungen eklatanten Mängeln selbst zu überzeugen. Der Rationalisierungs-Ausschuß hat von dieser Einladung keinen Gebrauch gemacht, sondern will – ohne sich vor Ort überzeugen zu lassen oder die Damen und Herren

Ärzte, Schwestern, Pfleger und Patienten zu überzeugen, daß sie unrecht haben mit ihren Forderungen nach dem LKH 2000, beschließen. Es gibt nur eine 5,8prozentige Steigerung, und das auf die nächsten fünf Jahre.

Meine Damen und Herren! Jeder Häuslbauer achtet darauf, daß die Substanz seines Häuschens erhalten beziehungsweise ausgebaut wird. Und Sie wollen die Kliniken weiter dahinvegetieren lassen, noch dazu, wo ein Großteil der Finanzierung von Bundesseite, ob mit Vertrag oder mit Verwendungszusage, zugesichert und weitestgehend ausverhandelt ist. Auf dieser Zusage stehen vier kompetente Unterschriften. Wer soll das verstehen? Die Patienten sicher nicht und auch das Personal nicht. Meine Damen und Herren! Heute wurde bereits einige Male darauf verwiesen, daß das Land Steiermark im Jänner 1994 eine Arbeitslosenrate von 11,7 Prozent, das heißt eine Steigerung von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr, ausweist. „Die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945 in der Steiermark“ war die Headline in einer Zeitung. Die saisonalen Einflüsse wurden auch bei den Zugängen deutlich. Nahezu 57 Prozent der Zugänge der letzten drei Monate kommen aus den Saisonbranchen Landwirtschaft, Bau und Fremdenverkehr. Den gravierendsten Zugang im Jänner gab es mit 4326 Vormerkungen aus dem Baubereich. Die Arbeitsmarktdaten im regionalen Vergleich zeigen zwar, daß Graz eine aktuelle Arbeitslosenrate von nur 7,5 Prozent trotz einer hohen Einpendelquote hat, das sind aber noch immer um 7,5 Prozent zuviel Menschen ohne Arbeit. Das LKH Graz ist einer der größten Arbeitgeber der Stadt und der gesamten Region. Können wir in Zeiten wie diesen auf den Ausbau der Kliniken auch unter diesem Aspekt wirklich verzichten? Kollege Schützenhöfer hat bei der Davis-Cup-Diskussion heute vormittag sehr tief in niedrige Verbalschubladen gegriffen, wo es um die Arbeitnehmervertretung gegangen ist. Wie will, Kollege Schützenhöfer ist nicht da, er sein Verhalten im Rationalisierungs-Ausschuß den Arbeitnehmern erklären? Beschränkt sich seine Forderung und die Sorge um die Bauarbeiter nur auf den Ausbau des Schwarzl-Freizeitentrums? Beim Ausbau des Spitals gilt diese Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftsförderung, wie sie heute vormittag genannt wurde, nicht? Meine Damen und Herren! Verstärkt durch die Tatsache, daß mein Vater vor einigen Wochen operiert wurde und ich leider wieder die Situation im Spital – diesmal in der Dritten Klasse mit zwölf Betten – hautnah miterleben mußte, werden Sie weder vor mir noch von meinen Kolleginnen und Kollegen im sozialdemokratischen Klub erwarten können, daß Ihr Verlangen nach Sparen um jeden Preis, was aber keineswegs nur rationalisieren – wie Sie es gerne interpretieren –, sondern wegrationalisieren heißt, von uns im Gesundheits- oder auch im Sozialbereich mitgetragen werden kann. Im Gegenteil, ich appelliere an Ihre Vernunft, überlegen Sie noch einmal die Dimension Ihrer Entscheidung im Spitalsbereich. Ich danke Ihnen trotzdem für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 22.11 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klansich.

**Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic**

(22.11 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie werden es ja zum großen Teil schon wissen, und ansonsten darf ich es Ihnen jetzt sagen. Verhandeln und durchhalten, sich an den Tisch setzen und so lange miteinander reden, um zu einem guten Ergebnis zu kommen, kann auch zum Erfolg führen. Und in diesem Sinne soll ich Ihnen den Gruß unseres Landeshauptmannes Josef Krainer aus Brüssel überbringen und teile Ihnen offiziell mit, die Verhandlungen sind im Sinne von Österreich in allen Punkten akkordiert, und Österreich ist nach diesen Verhandlungen ein Beteiligter in Zukunft bei der EU. Wir müssen nur gemeinsam noch sehr, sehr viel daran arbeiten, um das Referendum zu gewinnen. In diesem Sinne, glaube ich, daß wir von diesem Hause aus der Delegation unter der Führung unseres Außenministers und der Frau Staatssekretärin danken für den Einsatz, denn ich glaube, es war für niemanden sehr einfach, der dort gewesen ist. Wir freuen uns über das Ergebnis. (Allgemeiner Beifall. – 22.12 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Landesrat Pöttl.

**Landesrat Pöttl** (22.12 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mir tut es leid, daß nach dem gemeinsamen Applaus ich im Grunde spontan eine tatsächliche Berichtigung machen wollte. Ich habe aber zusätzlich mir eine Unterlage beschafft, und zwar den Landesvoranschlag. Es ist also dargestellt worden, daß ich eventuell der Schwächste und der Dümme der Regierungriege sein könnte. (Abg. Gennaro: „Das ist eine Unterstellung!“) Tu schön eine Ruhe geben. Der Herr Hofrat Flecker, momenteel, ist alles niedergeschrieben. Wenn euch das so weh tut, jetzt sage ich es euch genau: Der Hofrat Flecker ist ja ein Budgetkundiger angeblich, er ist in der Rechtsabteilung 10, dort lange zuständig gewesen. Ich stelle fest, daß auf der Seite 191 oben steht „Schutzwasserbau“, und die Sammelpost auf der nächsten Seite beziehungsweise auf 193 steht mit 104 Millionen. Das heißt, soviel bin ich als einfacher Bauer auch in der Lage zu überblicken, daß ich nicht 4 Millionen einsparen kann, wenn nur 3,5 da sind. Das sind die typischen Einserschwähs, vielleicht erzählt ihr es so weiter. (Abg. Dörflinger: „Aber, Herr Landesrat, es stimmt, daß dir der Ressel viel mehr geben wollte als du haben wolltest – um 50 Millionen zuviel!“)

Oft wird das Verhalten in dieser Situation klarer sichtbar. Meine Damen und Herren, das war alles. Das sind die Kunstschnitzer, die man raffinierterweise probiert, aber die Wahrheit ist trotzdem nicht zu vernichten. (Beifall bei der ÖVP. – 22.14 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Dr. Rieder.

**Landesrat Dr. Rieder** (22.14 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Herr Abgeordneter Dr. Frizberg, ich wollte Ihnen für Ihren Vertrauensvorschuß danken. Er ist leider nicht im Raum, aber ich hoffe, es wird ihm ausgerichtet. Ich

hoffe, daß im Sozialbereich sachlich diskutiert werden wird, weil ich einfach glaube, daß die Anliegen unserer bedürftigen Menschen entsprechend ernst genommen werden sollten. Ich werde mich bemühen, entsprechend sachliche Arbeit zu leisten. Meine Feststellung, daß es im Sozialbereich kaum Einsparungen geben kann, habe ich deshalb getroffen, weil ich schon aus meiner Tätigkeit als Bezirkshauptmann weiß, daß die finanziellen Mittel in diesem Ressort niemals ausgereicht haben. Leider war ich vom Rationalisierungsausschuß nicht eingeladen, daher kann ich die dort getroffenen Aussagen nicht kommentieren. Zur Feststellung zu möglichen Minderausgaben in der Höhe von 100 Millionen Schilling darf ich festhalten: Ab 1. Jänner 1993 wurden die Tagsätze in den vier landeseigenen Pflegeheimen erhöht, und zwar wurde auf Kostendeckung Wert gelegt, daher konnte es hier keinen Abgang geben, und daher kann es auch hier keine Minderausgaben aus diesem Titel geben. Unabhängig davon bringt eine Erhöhung der Tagsätze in Einrichtungen der Sozialhilfeverbände keine Ersparnis. Es dürften offenbar einige Mißverständnisse vorliegen, die sich aber sicherlich aufklären lassen. Richtig ist allerdings, daß im Vorjahr, also 1993, die Ausgaben im Bereich der Pflegeeinrichtungen niedriger waren als präliminiert. Die Ursache ist aber weniger im neuen Pflegegeld zu suchen als in einem starken Rückgang an Pflegetagen in verschiedenen Einrichtungen sowie auch in geringeren Tagsatzsteigerungen, als ursprünglich erwartet. Der nunmehr vorzulegende Budgetvoranschlag wird sich dennoch vom ersten Voranschlag unterscheiden. Im Bereich der Ausgaben sind beim Pflegegeld Mehrausgaben im Betrag von 19,5 Millionen Schilling zu erwarten, bei den Pflegegebühren in eigenen Anstalten Minderausgaben von zirka einer halben Million Schilling. Bei den Pflegegebühren in Krankenanstalten Minderausgaben von 58,186.000 Schilling, bei den Pflegegebühren in fremden Anstalten Mehrausgaben von zirka 4,5 Millionen Schilling, dies offenbar, weil eine neue Einrichtung mit zusätzlichen 15 Betten geschaffen wurde. In der psychiatrischen Familienpflege sind Minderausgaben in der Höhe von 700.000 Schilling zu erwarten, das ergibt zusammengerechnet Minderausgaben von 35,212.000 Schilling. Auf der Einnahmenseite sind geringere Ersätze der Sozialhilfeverbände im Betrag von 28,690.000 Schilling zu erwarten, so daß sich daher eine verminderte Budgetbelastung von 6,522.000 Schilling ergibt. 100 Millionen weniger zu budgetieren, wie vom Rationalisierungsausschuß vorgeschlagen, wird – glaube ich – daher nicht möglich sein.

Auch ich halte eine Konzentration der KRAZAF-Mittel für erforderlich, so hat es auch der Bericht des Rationalisierungsausschusses in seiner ersten Ausfertigung noch vorgesehen. Ich bin etwas erstaunt, daß im nunmehrigen Beschlußantrag davon abgegangen wird, obwohl alle Trägerorganisationen von mobilen Diensten sich einen Ansprechpartner wünschen. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 22.18 Uhr.)

**Präsident:** Zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Erich Pöttl hat sich der Herr Abgeordnete Dörflinger zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet.

**Abg. Dörflinger** (22.18 Uhr): Herr Landesrat!

Ich weiß nicht, entweder hast du ein anderes Budget, oder haben wir ein anderes Budget, oder hast du das, was du im Ausschuß vorgelegt hast, selber nicht gesehen oder nicht gelesen. In dem heute zur Beschlußfassung vorliegenden Bericht steht unter der Gruppe 1/630 bei dir eine Summe in der Einsparung von 4,040.000 Schilling. Wenn ich das Budget zur Hand nehme, Seite 191, Summe 630, das, was du angibst, eine Summe von 3,090.000 Schilling. Das Faktum, daß du bei einer Summe von 3,090.000 4,040.000 einsparst, ist gegeben. Wenn ihr euch verschrieben habt oder wenn ihr was anderes gemeint habt, kannst du das sagen, aber nicht dem Herrn Landesrat Ressel vorwerfen, er hätte das Budget nicht richtig interpretiert oder nicht richtig gesehen. Vor allem steht für mich aber fest, und darüber wirst du nicht hinwegkommen, daß der Finanzlandesrat dir für die Bauern und für die Landwirtschaft ein Budget gegeben hat, wo du gesagt hast, es sind dir um 48 Millionen Schilling zuviel. (Beifall bei der SPÖ. – 22.19 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die präzise Kürze. Nachdem sich aber nur ein Abgeordneter zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort melden kann, meldet sich jetzt der Landesrat noch einmal zu Wort.

**Landesrat Pörtl** (22.19 Uhr): Ich möchte schon der Klarheit halber sagen, die Burchen lesen nicht alles. Es gibt die Untergruppe „Schutzwasserbau“. Da gibt es überhaupt nichts da drinnen. Es ist der Fehler passiert, daß die Null dazugerutscht ist. (Abg. Dörflinger: „Wenn die Null hinter einer Zahl steht, bedeutet sie etwas!“) Moment! (Abg. Dr. Flecker: „Entweder ist der Rader schuld oder ihr wart schlampig!“)

Diese Voranschlagspost ist nur für die Bundesflüsse. Ihr habe den Untervoranschlag für die Bundesflüsse genommen, und das ist eine leicht durchschaubare Bösartigkeit, daß man den Schutzwasserbau in der Form darlegt. (22.20 Uhr.)

**Präsident:** Die Wortmeldung des Herrn Landesrates Pörtl hat eine tatsächliche Berichtigung des Herrn Abgeordneten Trampusch bewirkt. Ich erteile ihm das Wort dazu.

**Abg. Trampusch** (22.21 Uhr): Herr Präsident!

Herr Landesrat Pörtl, bei aller Freundschaft, aber uns Bösartigkeit zu unterstellen, wenn drinnensteht in dem Papier: Ansatz 1/630 – Schutzwasserbau, Einsparung 4,040.000 Millionen, dann ist die Haushaltsstelle klar, wenn man das Budget lesen kann. Und hier ist die Summe des Ansatzes 630 3,090.000 Millionen. Also, wenn das Bösartigkeit ist, daß ihr falsch schreibt und versucht, das richtigzustellen, dann weiß ich nicht, wer das Budget lesen kann. Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Wenn ihr uns das unterstellt, dann seid ihr selber schuld. (Beifall bei der SPÖ. – 22.21 Uhr.)

**Präsident:** Herr Landesrat Pörtl, ich erteile dir das Wort.

**Landesrat Pörtl** (22.22 Uhr): Ich habe öffentlich erklärt, daß der Fehler mit dieser Null passiert ist. (Abg. Trampusch: „Aber was ist da bösartig?“ – Abg. Dr. Flecker: „Ihr müßt schreiben lernen, dann werden wir richtig lesen!“) Ich stelle nur fest, daß die Sammelpost Schutzwasserbau auf Seite 193 104 Millionen ausmacht. Diese Diskussion könnt ihr ruhig bei allen Versammlungen führen. Das ist sehr überzeugend. (Abg. Trampusch: „Herr Landesrat, wir nehmen zur Kenntnis, daß wir für eure Fehler zuständig sind!“ – 22.24 Uhr.)

**Präsident:** Und jetzt ist tatsächlich der nächste Redner am Wort. Ich erteile es dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz.

**Abg. Dr. Maitz** (22.24 Uhr): Wenn man nur immer sonst so kleinlich wäre bei den Nullen. Der Herr Landesrat Ressel hat gemeint, 4000 Pragmatisierte gibt es im Landeskrankenhaus, dabei gibt es nur 400 – also auch eine Null zuviel. Am Beginn der heutigen Landtagssitzung, meine verehrten Damen und Herren, hat Präsident Franz Hasiba, ich nehme an in unser aller Namen, den innigen Wunsch nach Frieden im ehemaligen Jugoslawien und den angrenzenden Balkanstaaten zum Ausdruck gebracht. Im Jahrbuch „Frieden 1994“ kann man nachlesen, daß in diesen Tagen in unserer Welt 45 Kriege toben. Unmenschlich und grausam bringt diese Geißel der Menschheit Leid und Zerstörung in viele Teile der Erde. In unserer Nachbarschaft Slowenien und Kroatien und vor allem in Bosnien-Herzegowina konnten wir im Rahmen der Aktion „Nachbar in Not“ erste Überlebenshilfe leisten. Aber die großen Anstrengungen, die ideellen und materiellen Wiederaufbau bringen sollen, warten noch auf uns, auf uns, das wohlhabende Europa. Und auch das wird in einer neuen Europäischen Union für uns alle leichter sein, diesen betroffenen Kriegsgebieten zu helfen. Ich sage das deshalb, weil wir uns bewußt sein sollen, in welchem glücklichen Land wir leben, wo nur mit Worten gekämpft wird, wo die Auseinandersetzungen nur darum gehen, wie wir das knapp werdende Steuergeld bestmöglich einsetzen können. Und ausschließlich diesem Zweck diene der Rationalisierungsausschuß, dessen seriöse Arbeit weit über den Anlaß hinaus Früchte tragen wird, und alle, die dort wirklich mitgearbeitet haben, werden das bestätigen können. Als Ergebnis, Sie haben es heute mehrfach gehört, haben wir 350 Millionen Budgetentlastung festschreiben können. Auch ohne jene 100 Millionen, die nach Angaben des Vorstandes der Rechtsabteilung 9, für das Jahr 1994 aus den neuen Pflegegeldern, die die Bewohner vieler Einrichtungen des Landes und der Sozialhilfeverbände erhalten und dort erhöhte Sätze einzahlen, kommen werden. Aber auch ohne diese 100 Millionen sind 350 Millionen kein Pappentstiel. Und jeder, der das wieder und wieder behauptet, das sei nichts – so wie Kollege Vollmann das jetzt auch mit einer Handbewegung wegwischen will –, 350 Millionen mehr oder weniger auszugeben in einem Land, das bedeutet doch sehr viel. Wem das egal ist und wer nicht spürt, was das für ein Erfolg für das Land ist, der hat eben jedes Augenmaß für die Politik verloren. Politik ohne Augenmaß führt, wie wir sehen konnten, zur Verschwendung, führt letztlich vom Bürger weg

und nimmt nicht mehr dessen Interessen wahr und wird zum Selbstzweck.

Die Kollegin Gross hat gemeint, wir waren nicht im LKH Graz oder in den anderen LKH. Wir waren sehr oft, und zwar ausgiebigst, in den LKH, sowohl in den Kliniken als auch in den LKH in den Bezirken draußen, und haben dort nicht nur mit den Ärzten, Primarii und Verwaltungsleitern, sondern auch mit Patienten geredet, und wir waren auch selbst Patienten in unseren Landeskrankenanstalten. Wir kennen die Probleme schon.

Zum Landesrat Ressel darf ich nur sagen: Nicht der Gesellschafterzuschuß, der im Budget für 1994 vorgesehen war mit den 2938 Millionen, war der Knackpunkt, sondern die rund 10 Milliarden Investitionsvorhaben, die uns, wenn sie heute alle schon verbaut wären, eine zusätzliche Milliarde zu den bereits bestehenden drei Milliarden Folgekosten bringen würden, und das Jahr für Jahr steigend in alle Zukunft. Das ist das Entscheidende, daß man sich fragen muß, können wir uns diese, auch wenn zur Hälfte vom Bund getragenen, Investitionen leisten, wenn wir uns dann die Folgekosten nicht leisten können? Einer von euch hat gesagt, wir wollen kein AKH in Graz am Auenbruggerplatz, und wir wollen die Teilung zwischen den Landesaufgaben und den Bundesaufgaben für Forschung und Lehre klar durchziehen. So, wie für die Anschaffung und den Neubau, die Neuerrichtung, für die Investition soll der Bund 50 Prozent auch von den Folgekosten tragen. Das ist ein Verhandlungsauftrag, der zu erfüllen ist. Und dann reden wir weiter, ob wir uns das leisten können. Die Kollegin Gross hat gemeint, sparen um des Sparens willen ist nicht richtig. Der Rationalisierungs-Ausschuß ist und war nie Selbstzweck, sondern Sparen heißt in diesem Fall schauen, wo man reduzieren kann, um neue Aufgaben in der Zukunft besser finanzieren zu können. Natürlich ist Arbeitsplatzsicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze das oberste Ziel der Landespolitik – selbstverständlich. Nur, woher sollen wir es denn nehmen, wenn wir alle Ausgaben, die jemals getätigt wurden, immer nur fortschreiben? Woher sollen wir denn für die Arbeitsplatzsicherung die neuen Finanzmittel hernehmen? Das ist die Frage. Und deshalb wird auch dieser Landesvoranschlag auch nach den Empfehlungen des Rationalisierungs-Ausschusses ein aktives Wirtschafts- und Arbeitsplatzbudget für 1994 sein. Und selbstverständlich ist jede Investition, ob fürs Trigon-Haus oder für Krankenanstalten, arbeitsplatzfördernd und -sichernd. Nur leisten können und müssen wir sie uns. Ich möchte auch ganz klar sagen: Natürlich haben wir auch mittel- und langfristige Einsparungen in diesem Bericht festgelegt. Ich nenne als Beispiel nur das von Landeshauptmann Krainer initiierte Verwaltungsinnovationsprogramm, dessen Ergebnisse uns in der Zukunft enorme finanzielle Freiräume schaffen werden, um neue Aufgaben zu bewältigen. Weiters nenne ich das von Landesrat Hirschmann fixierte neue Personalmanagement, das in den nächsten fünf Jahren 550 Millionen, Sie hören recht, 550 Millionen einsparen wird und in den darauffolgenden Jahren jährlich eine Budgetentlastung von fast 200 Millionen Schilling bringen wird. Und da, meine Damen und Herren, werden wir uns für das Jahr 2002 oder 2006 die etlichen Millionen für eine Olympiade

leisten können, die große wirtschaftliche Wirkungen für das Land haben wird. Die Hälfte wird der Bund zahlen, und die Hälfte werden wir zahlen. (Abg. Gross: „Und die Folgekosten!“)

Da gibt es keine Folgekosten bei der Olympiade, sondern bei der Olympiade kommen Gelder zurück. Da werden wir verdienen daran. Und in der ganzen Welt wird man, so wie jetzt von Norwegen, dann von der Steiermark sprechen. Aber das wollen Sie nicht hören, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Wenn man Sozialist ist, kann man keine Idee akzeptieren, die von einem schwarzen Regierungsmitglied kommt. Das ist doch die Wahrheit. Gebt es doch zu.

Es geht auch in dieser Situation nicht um die Verteidigung von Besitzständen einzelner Regierungsmitglieder, es geht nicht um ideologische Gefechte und Hintergründe, die der Abgeordnete Flecker irgendwo vermutet und im Kaffeesud liest, sondern es geht um die grundsätzliche Entscheidung; wollen wir Schuldenpolitik und Geld ausgeben, Geld ausgeben, und niemand weiß, woher wir es nehmen sollen, und niemand weiß genau wofür, oder wollen wir Zukunftspolitik mit gezielten Einsparungen und gezielten Neuausgaben für neue Aufgaben? Das ist die Entscheidung, und Zukunftspolitik muß Vorrang vor Schuldenpolitik haben. Ich sage es noch einmal, beweisen wir doch gemeinsam, daß das Land und seine Menschen wichtiger sind als Prestigegedanken einzelner weniger Heißspornen in diesem Raum. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, und das wird sich nicht ändern, weil wir am Wohl dieses Landes und der Ärmsten in diesem Land arbeiten und auch gemeinsam verantworten wollen. (Beifall bei der ÖVP. – 22.33 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (22.33 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Zu dem Zeitpunkt, wo wir uns entschieden haben, einen Rationalisierungs-Ausschuß zur Beleuchtung der Aufgaben des Landes und der damit verbundenen Finanzierung durchzuführen, war nicht klar, welche Lawine von Aktivitäten das auf der Seite des Herrn Landesrates Strenitz und seiner Spitalsgesellschaft auslöst. Und ich kann Ihnen nur eines sagen; ich habe in den Monaten seither, es sind immerhin drei Monate, kaum einen Tag gehabt, wo nicht irgend jemand aus dem Spital, Ärzte oder Gesundheitsbereich bei uns vorgesprochen hat, um darauf hinzuweisen, welche Probleme das für ihn und seinen Bereich bringt, ohne dabei zu vergessen, daß es selbstverständlich in den anderen Bereichen eine Fülle von Einsparungsmöglichkeiten gibt. Und wir haben uns schon des öfteren hingesezt und versucht, eine nach der anderen dieser Möglichkeiten einmal durchzudenken. Nachdem wir in dem Zusammenhang sehr viel gehört haben, bin ich, Herr Landesrat, vollkommen überzeugt, daß Sie und die KAGES im Spitalsbereich noch ein sehr großes Potential an Einsparungen haben, das man durchaus auch wahrnehmen kann, und Sie sind jetzt dazu gezwungen, das Potential wahrzunehmen, weil – wie Sie ja selbst sagen – die Mittel sonst nicht ausreichen, um jenes Maß an Arbeiten durchzuführen, daß Sie

durchzuführen haben. Und Sie drohen und spiegeln an die Wand das grauenhafte Bild der Betten am Gang, wo die armen Patienten liegen, auf der anderen Seite wollen Sie 1600 Betten abbauen, die Patienten werden dann auch keine Betten haben, auf denen sie am Gang liegen können, und Sie versuchen uns, Herr Kollege Dörflinger, mit aller Dramatik – ich spiele das jetzt einmal in ihrer Tonart, damit Sie hören, was da los ist in diesem Lande – (Abg. Dörflinger: „Das ist Demagogie!“) Und Sie spielen auf diesem Klavier in allen Bereichen die dramatische Situation, was alles passieren wird. Ich muß allerdings dazusagen, Sie haben eine neue Facette hineingebracht. Früher haben Sie das hier im Haus getan, jetzt tun Sie es schon draußen in einem viel intensiveren Ausmaß. Glauben Sie nicht, daß wir das nicht zu hören bekommen? Was ist denn tatsächlich passiert? Wir haben in der Diskussion immer wieder darauf hingewiesen und gesagt, okay, was passiert jetzt? Wie schaut das Szenario aus, wenn wir das oder wenn wir das tun? Und der Herr Landesrat hat uns empört erklärt, Sie brauchen gar nicht glauben, daß es irgendeine Einsparungsmöglichkeit gibt, wenn Sie im peripheren Bereich irgendein Krankenhaus zusperrn. Nur, jetzt habe ich gerade die Zeitung gelesen, wo drinnen steht, jetzt haben wir kein Geld mehr für das Spital, jetzt müssen wir anfangen, Spitäler zuzusperrn. Wir können nicht mehr investieren. Also auch dort ein Widerspruch. Ich weiß nicht, vielleicht können Sie ihn im Laufe des Abends noch aufklären. Ich erwarte ja heute noch den sechsten medizinischen Vortrag in dem Zusammenhang und bin überzeugt davon, daß wir ihn auch in allen Facetten zu hören bekommen werden.

Und jetzt gehe ich gleich einen weiteren Schritt. Ich habe heute gehört vom Kollegen Flecker, daß es also notwendig ist, gerade in dieser Situation, wo es so schwierig ist, antizyklisch zu arbeiten, Deficit-spending. Jetzt müssen wir etwas tun, weil jetzt ist es notwendig. Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie daran, daß wir eine ähnliche Situation in gewissen Abständen immer wieder gehabt haben, ich denke an die siebziger und an die achtziger Jahre, wo also auf Bundesebene das in allen Facetten gespielt worden ist. Nur eines habt ihr bitte dabei vergessen, daß ich das, was ich vorher an Defizit spende, und das, was ich zusätzlich ausgabe oder aufbringe und die Konjunktur aufkurble, in den guten Zeiten wieder nach Hause fahren muß. Aber wenn ich den Schuldenberg nur aufbaue, und das ist leider Gottes bei uns momentan der Fall, dann hilft mir dieses ganze Deficit-spending nichts und auch nicht die antizyklische Bewegung. Das heißt, was haben wir gewollt und was wollen wir? Und was haben wir erreicht? Sagen wir es einmal so: In der Zwischenzeit haben selbst hartnäckigste Ausgeber, Spender, big spender, verstanden, daß es notwendig ist, auf die wirtschaftliche Situation etwas einzugehen und etwas zu unternehmen, damit wir überhaupt noch in der Lage sind, irgendeine Form von „spending“ machen zu können. Und in der Beamten-schaft und auch draußen in den Gemeinden und auch hier im Haus bei vielen, vielen Leuten hat sich langsam aber sicher durchgesetzt, daß es an der Zeit ist, etwas zu tun, und daß es eigentlich an der Zeit wäre, daß wir uns alle miteinander zusammensetzen und sagen, wie machen wir es denn, damit wir mit der Situation zurechtkommen? Und es hat eine Fülle von

Vorschlägen gegeben, und es ist mir einfach irgendwann einmal zu blöd, wenn ich dann, wenn man so beieinandersteht und redet, sagt, selbstverständlich, und das sollte man tun, ist mir klar, und dann gehen wir in den Saal hinein, und dann prallen politische Meinungen aufeinander, da sagt man, da sind Wände aufgebaut. Das müssen wir wegbringen. Wir müssen wegbringen, daß wir nicht mit zwei Bereichen reden, sondern mit einem. Wenn ich auf der einen Seite will, daß wir hier beginnen, Dinge zum Positiven zu verändern, und nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil die verdammte Notwendigkeit besteht, jetzt die Bremse zu ziehen, dann muß ich dazusagen, habe ich wenig Verständnis, das heißt, gar kein Verständnis dafür, wenn ich zu hören bekommen, es geht nichts, im Gegenteil, und im übrigen, wir müssen ausgeben. Ich erinnere an die Aussagen, und ich habe sie im Fernsehen, und ich habe sie auf Tonband, ich werde sie meinen Kindern einmal vorführen, damit sie auch wissen, was es für quere Ideen in manchen Köpfen gibt, indem ständig gesagt wird, der Staat beziehungsweise das Land hat zu zahlen. Das kann bitte nicht funktionieren. Das heißt also, und wir haben das ja gesehen in den Gesprächen und in der Analyse der einzelnen Bereiche Ihrer Ressortminister aus der sozialdemokratischen Fraktion, no na, natürlich gibt es eine Fülle von Möglichkeiten einzusparen, und ich habe viele rote Köpfe und viel Stammeln von Beamten gesehen, die plötzlich nicht mehr gewußt haben, wo sie die Zahlen hernehmen sollen, weil sie sich auf den Schlips getreten sind, zum Teil sogar selbst auf den Schlips getreten sind und gesagt haben, um Himmels willen, da haben wir was übersehen.

Ich erinnere an, die Diskussion im Zusammenhang mit dem Pflegegeld und, und, und, und, und. Ich könnte auch sagen, natürlich gibt es auch beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Bereiche, wo man sparen könnte. Wir bauen heuer keine Fachhochschulen. (Abg. Dr. Flecker: „Muß man dazu bauen?“) Nein, wir bauen keine. Wir werden heuer auch nicht 25 Millionen Schilling für Fachhochschulen ausgeben. Es gäbe da durchaus Möglichkeiten. Und ein großer Experte des Budgets wird sagen, da kann man nicht ändern, weil das ist Wurscht. Natürlich fällt es irgendwann einmal wieder zurück. Die Lust und die Begierde, Dinge herauszunehmen, verfolgt uns, seitdem ich in diesem Haus bin. Und es vergeht kaum eine Landtags- oder Ausschußsitzung, wo wir uns nicht über außertourliche Nachbedeckungen zu unterhalten beziehungsweise dies zu beschließen haben, weil wir gar keine andere Möglichkeiten haben als Abgeordnete. Das heißt also, wir müssen nicht nur dafür sorgen, daß wir dieses Band einengen in seiner Breite, sondern daß wir auch das Bewußtsein für das Sparen erzeugen. Das ist der Appell, und das ist der Gedanke, den wir Ihnen mitgeben wollen, sparen zu wollen und Dinge, Wertigkeit und Prioritäten zu setzen, die es uns ermöglichen, auch in Zukunft jenes Maß an Bereichen abdecken zu können. Den sogenannten kleinen Leuten, denen heute bei Ihren Reden die Galle übergegangen ist, weil Sie sie schon lange nicht mehr vertreten (Abg. Dr. Flecker: „Ihr schon?“), zu beweisen, daß auch im Land gespart werden muß.

Zum Abschluß, Herr Flecker, möchte ich Ihnen noch eines in Ihr Stammbuch schreiben – ein braunes

schenke ich Ihnen zu Weihnachten, damit Sie immer an mich denken werden: (Abg. Dr. Flecker: „Bitte nicht. Ich brauche kein brauens Stammbuch. Da fällt mir der blaue Vesko ein!“) Populismus ist nicht, den Gürtel enger zu schnallen und die Leute aufzufordern zu sparen und es selbst zu tun, sondern Populismus ist zu sagen, da habt's – was kostet die Welt: Und da ist der Unterschied. Sie verwechseln die Dinge. Sie sind schon lange auf einer ganz falschen Schiene drauf. (Abg. Dr. Flecker: „Wir denken an die Leute!“) Daher denken wir daran, alle miteinander, was können wir tun, um zu gewährleisten, daß wir auch in Zukunft Mittel haben, die wir für die Vereine, Kollege Dörflinger, für den Breitensport, für den Spitzensport, für den Tiefsport, für alle Bereiche einsetzen können. Wir können es tun, nur müssen wir uns dafür die Voraussetzungen schaffen. Dann werden wir vielleicht nicht nur eine Olympiade, sondern auch eine Weltausstellung in Graz haben. Kollege Hirschmann ist nicht da, aber es wäre auch eine Möglichkeit. (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „Die EXPO haben uns die Wiener weggenommen!“) Frau Landeshauptmannstellvertreterin – eine Weltausstellung Graz – Kulturhauptstadt haben wir nicht ganz geschafft, aber das wird schon noch kommen. Das ist das Entscheidende. Wir müssen uns alle miteinander bemühen, daß wir dort hinkommen. Und daher ist es mir unverständlich, daß Sie, und da liegt der Populismus bei Ihnen, Herr Flecker, bei uns, das in der agitatorischen Form glauben lösen zu können, wie Sie es tun. (Abg. Dr. Flecker: „Euch tut weh, daß man euch sagt, daß ihr auf Kosten der Kleinen spart!“)

Es tut mir überhaupt nicht weh, was Sie sagen. Ich halte das alles in Ruhe aus. Wenn wir den Leuten draußen sagen, und das tut man bei jeder Gelegenheit, sie müssen den Gürtel enger schnallen, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, es auch selbst zu tun. Und wir haben die Möglichkeit, und Sie haben sie auch. Sie sind nur die beleidigte Leberwurst, weil wir über Ihren Sessel hinweg, sprich Finanz-Ausschuß, versucht haben, das umzusetzen, was wir mit Ihnen leider Gottes im Finanz-Ausschuß nicht zustandebringen. Das ist Ihr Problem, an dem Sie leiden. Ich leide nicht darunter. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich habe aber eine erfreuliche Botschaft für uns alle, die mir auch sehr am Herzen liegt, weil sie den dritten Punkt jener Aufgaben beinhaltet, die wir uns eigentlich als Ziel vorgenommen haben, nämlich die sogenannte nicht Verwaltungsreform, sondern Verwaltungsinnovation als Gemeinsames zu sehen, wo wir doch das Gefühl gehabt haben, daß zumindest manche aus Ihren Reihen durchaus bereit sind, in diesem Bereich Dinge zu sehen. Ich weiß aber nicht, ob wir hier alle einer Meinung sind, aber da ist es schon relativ weit gediehen. Ich möchte aus diesem Grund einen Beschlußantrag einbringen, und zwar einen Beschlußantrag, wenn ich das richtig verstanden habe, der von allen drei Fraktionen getragen wird, der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Frizberg und Gennaro, betreffend die Maßnahmen zur Verwaltungsinnovation. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert:

Erstens, die im Rahmen des neuen Personalmanagements erforderlichen Pilotprojekte sollen sofort eingeleitet werden. Jede Dienststelle des Landes Steiermark soll den Auftrag erhalten, eine Aufgabenanalyse sowie eine Kosten- und Leistungsbilanz vorzunehmen. Dazu soll das gesamte Budget mit dem Ziel der Offenlegung der Kostenverantwortung jeder Dienststelle nochmals abgebildet werden. Es sind Anreizsysteme zu überlegen, die, wie im Personalmanagement vorgesehen, Einsparungen beziehungsweise Mehreinnahmen fördern. Die Erstellung von mehrjährigen Arbeitsplänen (zum Beispiel Landeshochbauplan und so weiter) und deren Bewirtschaftung durch das federführende Ressort soll zu einer wesentlichen Beschleunigung der Abwicklungsverfahren im Rahmen der Landesverwaltung führen.

Zweitens, für die verstärkte Autonomie der Dienststellen ist ein Dezentralisierungsstatut für die Dienststellen des Landes zu erstellen. Dafür sind die haushaltsrechtlichen und personalrechtlichen Kriterien festzulegen.

Drittens, die Vorschläge zur Umorganisation von Liegenschaftsverwaltung und Gebäudeverwaltung sind unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte eins und zwei rasch zu realisieren. Dazu ist binnen Jahresfrist auch eine Liegenschaftsdatenbank als Basis für ein aktives Liegenschaftsmanagement zu erstellen.

Viertens, die handwerklichen Betriebe des Landes sind auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

Fünftens, es ist zu prüfen, ob die Landesbildstelle an den Landesschulrat abgegeben werden könnte, weil sie von den Schulen bevorzugt beansprucht wird, oder dem Landesarchiv zuzuordnen ist.

Sechstens, die verwaltungs- und budgetmäßig größere Eigenständigkeit, die sich derzeit auf zwei Bezirkshauptmannschaften beschränkt, soll im Sinne der Punkte eins und zwei erweitert und auf die anderen Bezirkshauptmannschaften und auf die zentralen Stellen ausgedehnt werden.

Siebtens, ein funktionsfähiges Verwaltungscontrolling ist einzuführen.

Achtens, eine Ausgliederung der Bodenprüfstelle soll nach wie vor in Erwägung gezogen werden.

Neuntens, die Errichtung der Landesumweltanstalt in der ursprünglich vorgesehenen Form soll überdacht werden, damit es nicht zu einer Zweigleisigkeit kommt. Eventuell sollte das Landesumweltgesetz überdacht werden.

Zehntens, die Landesregierung soll dem Landtag in regelmäßigen Abständen einen Bericht über den Stand der Umsetzungsarbeiten der Verwaltungsinnovation vorlegen.

Ich glaube, das wäre der erste Schritt zu einer Gemeinsamkeit. Ich hoffe, daß dem noch einige andere Schritte folgen werden. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 22.49 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

**Abg. Vollmann (22.49 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich gebe dem Herrn Kollegen Vesko völlig recht. Sparen ist eine Frage der Zeit. Wer sparen kann, soll sparen. Jeder soll seine Geldtasche aufmachen und nachschauen, was drinnen ist. Und wenn er etwas zum Einsparen hat, dann soll er es tun. Wir befinden uns da in guter Gesellschaft mit den österreichischen Steuerzahlern. Ich darf Ihnen die letzte Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes IMAS zur Kenntnis bringen: Wofür sollte man Steuergeld einsetzen? Für die Umwelt, für den sozialen Wohnbau und für die Krankenhäuser. Das sind jene drei Bereiche, für die der Staat nach Meinung der Österreicher am ehesten Geld ausgeben sollte. Das hat das Meinungsforschungsinstitut festgelegt und erhoben, meine Damen und Herren. (Abg. Purr: „Geht daneben. Du redest von ganz etwas anderem!“) Das ist keine Erfindung von mir, sondern stammt aus der „Österreichischen Bürgermeister-Zeitung“ aus dem Oktober 1993. So alt, liebe Freunde, ist dieser Hut nicht. Neun von zehn Österreichern haben damals die Ansicht vertreten, daß staatliche Gelder für Sport, Kultur und auch für Flüchtlingshilfe möglichst sparsam und effizient einzusetzen sind.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Frage des Ausschöpfens des Potentials an Einsparungen sicherlich etwas Notwendiges ist, und ich stimme völlig mit all jenen überein, die sagen, man sollte in einem Budget, das so angesetzt ist, daß jeder einzelne mehr verlangt hat als drinnen ist, auch einsparen. Ist überhaupt keine Frage. Das zeigt sich an den Einsparungen, die vorgelegt worden sind. Ich darf noch einmal wiederholen, was der Herr Finanzreferent Ressel gesagt hat. In 98 Unterabschnitten beziehungsweise Bereichen werden Kürzungen vorgeschlagen, bei der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic allerdings nicht, bitte, denn dort ist in der Frage der Unterabschnitte ja nichts angegeben, sondern es sind nur große Blöcke. Das hat ja im Endeffekt zum Irrtum geführt beim Zusammenzählen. In über 30 davon, meine Damen und Herren, muß man aber wissen, daß sie seit dem 1. Jänner 1993 für das Budgetjahr 1993 Nachbedeckungen gegeben hat, und in über 40 davon waren die Budgetanträge über den Richtlinien und mußten vom Finanzreferenten entsprechend gekürzt werden. Ich darf dazu das Beispiel aus dem Tourismus wählen. Im Rechnungsabschluß 1992 waren 14,453 Millionen drinnen, der Landesvoranschlag 1993 hatte 14,3 Millionen, also einen sehr guten Ansatz. Der Antrag 1994 und der Entwurf des Finanzreferenten für 1994 enthielt ebenfalls die Summe von 14,3 Millionen. Die Nachbedeckung – man höre und staune – für 1993 hat aber 11,1 Millionen ausgemacht, die, wie du richtig gesagt hast, Kollege Vesko, der Landtag im Endeffekt beschließen mußte. Bei den Budgetverhandlungen sind neue Ansätze verlangt worden, nämlich höhere, und jetzt sind angeblich hier Einsparungen in der Höhe von 1,945.000 Schilling möglich. Keine Kürzung, meine Damen und Herren, man passe hier auf, wieviel Geld hier auf der hohen Kante liegt, das für den Tourismus nicht arbeitet, bei den Rücklagen des Fremdenverkehrsinvestitionsfonds ist nichts angeboten worden. (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „Der Fonds deckt sich selber!“) Hier liegen – bitte – 137,5 Millionen Schilling laut Rechnungsabschluß 1992 auf der hohen Kante. Wenn hier soviel Geld da ist, dann sollte man in die notwendigen Investitionen,

die anstehen, die Seilbahnen, die Thermen und alle anderen Bereiche finanzieren, dann bräuchten wir nicht so lange warten. Ich bin froh, daß sich der Fonds hier selber deckt, aber wenn er sich selber deckt, dann ist das Geld ja auch da, um ausgegeben zu werden, und nicht, um Ansparungen zu machen.

Meine Damen und Herren! Hier muß man halt auch einmal unterscheiden. Ich stimme mit allen überein, die meinen, in diesem Hause muß man offen über all diese Bereiche reden können, nur, so kann es nicht gehen, bitte, daß die Steirerinnen und Steirer nicht mehr wissen, wie es hier zugeht. Der Kollege Vesko hat gesagt, damit wir alle wissen, daß es hier neue Verhältnisse gibt, muß man halt auch Aktionen setzen. In diesem Fall den Rationalisierungs-Ausschuß. Aber, meine Damen und Herren, alle Steirerinnen und Steirer haben inzwischen begriffen, daß der blaue Schwanz mit dem schwarzen Hund wedelt. Leider nicht mit dem roten, ist natürlich klar. Aber vielleicht wird der Hund auch einmal rot. (Unverständlicher Zwischenruf.) Lieber Freund, wie die Verhandlungen der Freiheitlichen in Salzburg und in Tirol zeigen (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten), gibt es dort ganz andere Möglichkeiten. Zur Frage des antizyklischen Investierens, meine Damen und Herren, dann heißt das, daß in solchen Zeiten, wo es uns schlechter geht, Geld hineingegeben worden ist, das später – da hast du recht – wieder zurückkommt. Wir hoffen das ja auch immer, denn das ist ja der Kreislauf der Wirtschaft. Nur, eines kann man auch nicht machen, daß wir absinken im Endeffekt zum Nachtwächterstaat und nichts mehr anderes als zuschauen, daß sich nichts mehr bewegt in diesem Staat.

Meine Damen und Herren, du hast vom „Kleinteute-Vertreten“ geredet, lieber Kollege Vesko. Manchmal habe ich das Gefühl, ihr vertretet auch nur mehr eure Schuhe, und nicht mehr die kleinen Leute. Ihr entdeckt eure Liebe nur immer dann zum kleinen Mann, wenn Sie selber nichts zu verantworten brauchen. Liebe Freunde, der Knackpunkt – (Abg. Purr: „Das sagst gerade du?“) Lieber Kollege Purr, du bist ja ein Kaufmann, so höre ich, und kein Vertreter, aber auch du mußt deine Absätze natürlich erneuern lassen. (Abg. Purr: „Du als Sozialdemokrat sagst das?“) Auch du, lieber Freund! (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten. – Abg. Purr: „Das trifft ganz auf dich zu – diese Selbstherrlichkeit. Das ist unerhört!“) Entschuldige bitte, Kollege Purr, rege dich bitte wieder ab, sonst brauchst du den Kollegen Strenitz und seine Spitäler als Einrichtung. Vorsichtig sein! (Landesrat Dr. Strenitz: „Baldrian haben wir mit!“) Meine Damen und Herren, zum Vorwurf und zur Frage, daß die Gemeinden an den Spitälern und an deren Kosten teilhaben sollen. Ich darf Ihnen hier den Vergleich, weil Niederösterreich so gerne herangezogen wird, dazu bringen. In Niederösterreich ist es – wie man der Gemeindezeitung, der „Österreichischen Bürgermeister-Zeitung“ entnehmen kann – so, daß ebenfalls die Gemeindegeldverwaltung, wie bei uns, eine staatstragende Säule ist und die Gemeinden ausgelaugt sind bis zum „Letzten geht nicht mehr“. Jetzt muß man aber wissen, daß in den Bereich Kindergärten beispielsweise 1,4 Milliarden Schilling in Niederösterreich hineingegeben werden. In der Steiermark sind es 311 Millionen. Und wenn man jetzt gegenrechnet, daß

in Niederösterreich die Gemeinden rund eine Milliarde Schilling für den Spitalsbereich aufbringen, und ich zähle das zusammen und rechne entgegen, dann ist es die gleiche Summe mit rund 1,4 Milliarden Schilling. Also, ich habe hier nichts dagegen, wenn man den Gemeinden die Last des Aufkommens für die Kindergärten abnimmt und damit auch im Endeffekt die Frage der Spitäler regelt. Es ist also eine Frage des Verhandeln. Nur eines – und da bitte ich Sie, lesen Sie Ihre eigene Zeitung, das ist die Zeitung des Steiermärkischen Gemeindebundes, die ja von einem Vorsitzenden der ÖVP getragen wird –, da heißt es: „Vor dem Hintergrund einer angespannten Konjunktur hat sich die wirtschaftliche Situation vieler steirischer Gemeinden in den letzten Jahren merkbar verschlechtert. Steuereinnahmen sind mitunter drastisch zurückgegangen, neue kommunale Aufgaben belasten die Gemeinden. Die schlechte wirtschaftliche Lage hat unmittelbare Auswirkungen auf die regionalen und lokalen Bereiche.“ Wenn ich jetzt den Gemeinden für Spitäler und andere Investitionen Geld wegnehme, bleibt für die Investitionen der Gemeinden im Endeffekt nichts mehr übrig.

Aber dazu auch ein Beispiel. Die steirischen Gemeinden haben in den Hoch- und Tiefbau aus Mitteln der ordentlichen und außerordentlichen Haushalte im Jahre 1992 3.351.540.000 Schilling investiert. Und, meine Damen und Herren, von diesen 542 steirischen Gemeinden sind 134 unter dem Bundesdurchschnitt und 408 brauchen Finanzzuweisungen nach Paragraph 21 Finanzausgleichsgesetz in der Höhe von insgesamt 221 Millionen Schilling im Jahre 1993. Was heißt denn das? Das heißt mit anderen Worten, daß die Steuerleistungskraft der steirischen Gemeinden bedeutend ungünstiger ist als die Steuerleistungskraft der anderen österreichischen Gemeinden. Und wenn man dann sieht, daß die ärmsten Gemeinden, die zehn ärmsten Gemeinden Österreichs, aus der Steiermark kommen – ich darf Ihnen die fünf ärmsten Gemeinden replizieren: Es sind die Gemeinde Auersbach in Feldbach, Sonnhofen in Hartberg, Perlsdorf in Feldbach, Stenzengreith in Weiz und Staintal in Deutschlandsberg. Und wenn Sie sich ausrechnen, daß diese Gemeinden, die bedeutende Zuschüsse aus dem Finanzausgleich und des Landes brauchen, damit sie überhaupt überleben und ihre Aufgaben im ordentlichen Haushalt erfüllen können, dann wissen Sie auch, wie die Problematik der steirischen Gemeinden auf dem Finanzsektor ist. Die Frage nach dem Pro-Kopf-Steueraufkommen getraue ich mich überhaupt nicht mehr zu richten, denn das Pro-Kopf-Steueraufkommen der steirischen Gemeinden ist das letzte aller Bundesländer; wir sind inzwischen auch hinter das Burgenland abgerutscht. Und, meine Damen und Herren, bei der Frage des Verschuldensgrades sind die steirischen Gemeinden ebenfalls an der zweiten Stelle inzwischen angelangt. Meine Damen und Herren, Schuldzuweisungen an einzelne helfen uns dabei nicht, sondern die Tatsache festzustellen, daß der Finanzbedarf der Gemeinden gegeben ist und daß sie aus diesen, ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln keine Mittel mehr abgeben können, um andere Bereiche zu stützen, ist, warum ich dieses Beispiel gebracht habe.

Meine Damen und Herren, es ist auch leicht zu verlangen, daß der Finanzierungsschlüssel beim Pflege-

geldgesetz geändert werden soll. Denn glauben Sie mir, es haben der Gemeindebund und der Städtebund nicht deshalb in dieser Form verhandelt, weil sie unwillig waren, Steuerleistungen zu erbringen, sondern es zeigt auch die Frage des Rationalisierungsausschusses, daß hier bedeutende Ansätze des Landes nicht erfolgt sind. Herr Kollege Vesko als mein Vordrner hat ja bereits Beispiele gebracht. Ich darf Ihnen aber das, was der Herr Finanzreferent schon einmal heute hier gesagt hat, noch einmal zur Kenntnis bringen. Die Kürzungsvorschläge: Von 363,68 Millionen, 100 Millionen angeblich durch die neue Pflegegeldregelung, entweder an erhöhten Einnahmen oder sinkenden Ausgaben, was natürlich auch passieren kann, das heißt, es war eine Einnahme, 100 Millionen Schilling, verbleiben 263,68. 53,8 Millionen Kürzung der Mittel für Unvorhergesehenes sind für mich keine Einsparungen, sondern die wären, wenn ich ordentlich gewirtschaftet hätte, übriggeblieben, verbleiben also 209,8 Millionen. 40 Millionen Personal, hat der Herr Landesrat bereits gesagt, war mit 3,5 – ist aber wirklich 2,55 – Einsparung 40 Millionen. (Abg. Dr. Maitz: „Alle Reserven sind verbraucht worden!“) Es verbleiben 169 Millionen; 11 Millionen weniger für den Verkehrsverbund, weil er zwei Monate später in Kraft getreten ist – verbleiben 158 (Abg. Dr. Maitz: „Milchmädchenrechnung – ist alles falsch, was du erzählst!“), die hätte man vorher auch machen können. Lieber Kollege Maitz, du hast das Rad erfunden. Ich weiß es. Alles, was der Finanzreferent hier sagt, ist falsch. So falsch, meine Damen und Herren, kann das im Endeffekt nicht sein, wenn es im Endeffekt durch die, die die Einsparungen im Budget vorzunehmen haben, auch im Endeffekt vorgenommen wurde.

Und so meine ich, sollten wir daran denken, daß der Appell, den der Herr Kollege Maitz an alle gerichtet hat, ein echter Appell sein sollte. Auseinandersetzungen in diesem Haus um soziale Bereiche, um Menschen, um Bereiche, von denen Menschen berührt sind, sind eine Frage, die wir außer den Streit stellen sollten, sondern wirklich in jenem Bereich handeln, nicht emotionell, sondern wirklich von jener Seite, wie sie die Menschen, die Steirerinnen und Steirer sich das im Endeffekt auch verdienen. Denn, meine Damen und Herren, wir haben nicht kostengünstige Politik zugunsten des Landes zu machen, wie heute schon einmal gesagt worden ist, sondern wir haben Politik zugunsten der Bürger dieses Landes zu machen. Dafür, meine Damen und Herren, sind wir gewählt worden, haben natürlich für die Finanzierung, Kollege Vesko, da hast du recht, mit voller Verantwortung zu sorgen und jeder in dem Bewußtsein, daß er sparen muß. Daher kann im Endeffekt an jeden einzelnen der Abgeordneten, aber auch an mich selber, ich zähle mich in diesen Kreis mit ein, der Appell gerichtet werden, er soll im Laufe dieses Jahres möglichst wenige Vorschläge machen, die außer dem Budgetrahmen Geld kosten, denn dann sparen wir uns vieles ein. Die Menschen in der Steiermark und die Steuerzahler werden uns dafür dankbar sein. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ. – 23.04 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Grabensberger das Wort.

**Abg. Dr. Grabensberger** (23.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich wollte Ihnen eigentlich zu dieser späten Stunde meine Wortmeldung noch ersparen. Aber die letzten Wortmeldungen zum Thema Spital haben mich an einen Vergleich des Herrn Landesrates Ressel erinnert, der in einem anderen Zusammenhang gesagt hat, es kommt ihm vor, als würden die Blinden von der Farbe reden. Das Gleiche darf ich für das Thema Spital, Spitalpolitik, vor allem das Diskussionsniveau zu diesem Thema, beanspruchen. (Abg. Dr. Flecker: „Dazu muß man Ärztin sein. Das ist wahr!“) Es ist ja nicht alles schlecht, was einem so im Leben passiert. Seit bekannt geworden war, daß die ÖVP und die FPÖ in diesem Fall dem ungehemmten Expansionskurs des Budgets im Ressort des Landesrates Strenitz nicht unwidersprochen entgegennehmen können, haben wir ja zahlreiche Gespräche mit diversesten Experten geführt. (Abg. Dr. Flecker: „Ist das eine Wortmeldung?“) Wenn ich mein eigenes Wort nicht versehe, dann bin ich lieber still. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist oft gut!“) Das wäre gut, wenn auch Sie bei sich so dächten, Herr Kollege Flecker. Wir haben im Zuge dieser zahlreichen Gespräche natürlich auch diverseste Standpunkte hören können, und ich möchte nur einige zitieren. Herr Landesrat Strenitz hat anlässlich eines Expertenhearings an einem Samstag vormittag im Rittersaal gesagt, als zahlreiche Professoren der Grazer Klinik die Zustände, manchmal auch Mißstände, die dort herrschen, dargestellt haben: „Sehen Sie, meine Damen und Herren, 90 Jahre ist in der Steiermark für die Spitäler nichts passiert.“ (Landesrat Dr. Strenitz: „Wer hat das gesagt?“) Sie. Ich habe es mir dort wortwörtlich mitgeschrieben, weil ich genau gewußt habe, daß Sie so reagieren werden. Ich habe aber Zeugen. Ich möchte nur fragen, wer seit 1945 lückenlos für die Spitäler in der Steiermark verantwortlich ist. Was ist denn mit dem Geld bisher passiert? Oder haben Sie einmal nichts in die Spitäler investiert? Ein von mir sehr geschätzter Herr Professor hat gesagt: Die Patienten sind im Durchschnitt in der Steiermark schlechter versorgt als jene in den anderen Bundesländern. Sind, hat er gesagt und nicht werden sein, nachdem wir den sogenannten Sparstift ansetzen. (Abg. Dörflinger: „Wenn Strenitz an diesen Zuständen schuld ist, stimmt es dann auch, daß die Frau Klasnic schuld ist, daß die Steiermark das Schlußlicht ist?“) Ich beschäftige mich zur Zeit nicht mit der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, sondern mit den Spitalern. Sie gestatten, daß ich dabei bleibe. Ein anderer Professor hat gesagt, es hat sich ja in den letzten Jahren, Jahrzehnten in der Medizin ungeheuer viel getan, und es haben sich aus den Grundversorgungsfächern zahlreiche Spezialfächer entwickelt. Diese sind bei uns in der Steiermark zu wenig oder gar nicht vorhanden. Die Strukturen in unseren Spitalern sind alt, sie stammen zum Großteil aus dem Jahre 1918, und in diesen alten Strukturen läßt sich einfach keine zeitgemäße Medizin bewerkstelligen. Auf der anderen Seite aber zahlen wir seit dem Jahre 1986 als Landeszuschuß an die Spitäler praktisch das Dreifache. Es hat sich der Zuschuß um 300 Prozent erhöht. Aber ist deshalb die Gesundheit unserer Bevölkerung besser geworden? Hat sich deshalb der medizinische Qualitätsstandard in unserem Lande so wesentlich verbessert? Und was ist eigentlich mit dem Geld

passiert, wenn Sie, Herr Landesrat Strenitz, wortwörtlich, und ich habe es mir wieder mitgeschrieben, die Zustände, die zur Zeit herrschen, als lebensbedrohend bezeichnen? (Landesrat Dr. Strenitz: „Nicht aus dem Zusammenhang reißen!“) Haben Sie das Geld vielleicht nicht sinnvoll und nicht effizient genug eingesetzt? (Abg. Dr. Maitz: „Wenn man Horrorvisionen streut, darf man sich nicht wundern, wenn man zitiert wird!“)

Auch ich habe wochenlang durchlaufend Dienst gemacht. Ich stehe aber noch da, und Gott sei Dank ist mir kein Patient gestorben. Mir brauchen Sie aus dem Spital nichts zu erzählen. Wieso haben Sie diese Entwicklung bis jetzt goutiert, und wieso haben Sie jetzt ein einziges Logo? (Landesrat Dr. Strenitz: „Ich werde es dann sagen!“) Und das heißt Geld, Geld und noch einmal Geld. Wieso haben wir von Ihnen als zuständiger Ressortlandesrat noch nie gehört, was Sie eigentlich wollen? Nämlich, was braucht der steirische Patient wo, zu welcher Qualität, und was können wir uns leisten. Das ist die zentrale Frage, und im Mittelpunkt dieser Frage hat der Patient und dessen Bedarf im Krankheits- und Pflegefall zu stehen, und nichts anderes. Platitüden, wie man sie immer wieder gehört hat, wie „wir wollen natürlich eine optimale Versorgung nach dem europäischen Standard“, sind doch sinnlos, wenn sie nicht mit Inhalten gefüllt werden. Sie haben sich auch des öfteren im Rahmen unserer Verhandlungen als unzuständig erklärt. Und was mich am meisten stört, daß Sie sich jetzt noch vor jeder Verantwortung drücken. Sie haben regionale Projektteams installiert, die völlig ohne Zielvorgabe erarbeiten sollen, was für Ihre scheinbar gefährdeten Häuser in Zukunft für Aussichten bestehen. Und jetzt wollen Sie dann auch eine Volksbefragung zu einem Thema – gestatten Sie mir –, wo das Volk überfragt ist. Wenn Sie gleichzeitig auch die Frage stellen, wollen Sie das Schlaraffenland, und gleich noch die Antwort dazugeben, dann wäre das fair. (Abg. Gennaro: „So dumm ist keiner von uns!“) Ist vielleicht auch überfragt. (Abg. Vollmann: „Gehen Sie in die Universitätsklinik!“) Ich habe dort meine Ausbildung gemacht, Herr Vollmann. Ich kann Sie einladen. (Abg. Vollmann: „Das ist schon 30 Jahre her!“) Oh, danke! Im Kindergartenalter bin ich noch nicht zum Studium gegangen. Es ist mir unverständlich, warum – es ist heute schon soviel von der Dreiparteieneinigung gesprochen worden – sich nicht zu diesem Thema wirklich alle drei verantwortlichen Parteien oder Vertreter dieser an einen Tisch setzen können und endlich einmal das eine Ziel formulieren, nämlich, wie wir uns wirklich eine zeitgemäße, eine sinnvolle, denn nicht alles, was investiert wird, ist auch sinnvoll, eine gute Versorgung unserer Bevölkerung vorstellen können, die allerdings auch finanzierbar ist. Und Sie kämen dann bald darauf, daß da der stationäre Akutbereich nur eine kleine Masche in diesem Versorgungsnetz ist, das sich ja viel breiter spannen muß von der Vorsorge bis hin zur Pflege. Und wenn Sie heute die Spitäler bewerben und stolz sind, daß Sie Hunderte Menschen in das neue LKH Bruck gekarrt haben, das ist ja eine falsche Werbestrategie, das ist ja eine falsche Gesundheitspolitik. Sie sollen alles daransetzen, es den Menschen zu ermöglichen, erst gar nicht ein Krankenhaus aufsuchen zu müssen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sollen wir in Judenburg die neue Gynäkologie machen oder nicht?“) Entschuldi-

gen Sie, Ihre primitive Diskussionsebene möchte ich eigentlich gar nicht führen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das müssen Sie mit dem Herrn Gemahl ausmachen!“) Ich habe das letzte Mal schon gesagt, in Judenburg kann man sich anschauen, unter welchen sparsamen und primitiven Verhältnissen gute Versorgung betrieben wird.

Sie haben in Ihrem Krankenanstaltenplan, den Sie uns vorgelegt haben, der zur Beschlußfassung aufgelegt ist, in der Präambel ausrichten lassen, daß die Spitäler nach wie vor der Akutversorgung vorbehalten werden sollten. Aber die Akutphase wird immer kürzer, das sieht man auch in diesem Plan, weil die Verweildauer sinkt, und gleichzeitig macht auch der medizinische Fortschritt für viele konservative, aber auch chirurgische Eingriffe und Behandlungen eine stationäre Aufnahme gar nicht mehr notwendig. Nachbetreuungseinrichtungen werden dadurch allerdings immer wesentlicher. Und eine Gruppe wird auch immer größer, nämlich die der chronisch und Alterskranken. Aber wo werden denn diese versorgt? Haben wir vielleicht deswegen die Gangbetten stehen, weil wir für diese Patienten keine entsprechenden Versorgungseinrichtungen haben? Was machen Sie denn mit der immer größer werdenden Warteliste? Wo finde ich denn die Versorgung der psychiatrischen Patienten, der geriatrischen Patienten? Wie ist Ihre Antwort auf die Frage Tageskliniken? All das hat man in Ihren Papieren nirgendwo gefunden oder ich habe es überlesen.

Warum ist uns denn das so wichtig? Weil offensichtlich Geld alleine nicht zu verbessern vermag, wenn die Strukturen und die Organisation alt bleiben. Aber ich verstehe nicht ganz, warum jetzt, gerade jetzt die Aufregung so groß geworden ist. Sie haben uns am 20. Oktober 1992 in einer Landtagssitzung noch gesagt, die Krankenhäuser sind wohlgeordnet, wohl geführt, und sie können jeden Vergleich mit jeder westeuropäischen Institution im Spitalwesen aushalten. Entweder wurde die Situation damals verkannt oder sie wird jetzt verkannt. (Abg. Gennaro: „Stimmt das oder nicht?“) Was ist dann so schlecht an den jetzigen Spitälern? Man hat überhaupt den Eindruck gewonnen, daß unser zuständiger Ressortlandesrat in vielen Phasen nicht ganz gewußt hat, worum es geht. Natürlich ist es schöner, ein Schönwetterpolitiker zu sein, mit seinem Bauchladen durch das Land zu fahren und wohlwollend nach dem Gießkannenprinzip die Gunst zu verteilen. Herr Landesrat, Sie verteilen allerdings fremdes Geld. Sie verteilen Geld unserer Steuerzahler (Landesrat Dr. Strenitz: „Jeder hier!“), zu dessen sparsamem Ge- und Verbrauch Sie eigentlich verpflichtet werden. Sie sind nicht für das Bänderdurchschneiden und für das Geräteübergeben gewählt worden, sondern dafür, daß Sie endlich einmal eine zeitgemäße Versorgung sicherstellen, und Sie sind auch für eine sparsame Handhabung der Heilkunst verantwortlich. Ich habe in einem Gutachten aus dem Jahre 1990, erstellt von Hauke, Krafft-Kinz, Neumann und Möse, sind anerkannte Persönlichkeiten (Landesrat Dr. Strenitz: „Gute Leute!“), das werden Sie mir zugestehen (Abg. Gennaro: „Über den Möse kann man streiten!“), über die Entwicklung der medizinisch-pflegerischen Versorgung in den steiermärkischen Krankenanstalten bemängelt befunden, daß es

von seiten der Politik keine konkreten Zielvorgaben hinsichtlich der Aufgaben und des Leistungsspektrums der Krankenhäuser gebe. Das ist neben der Kontrolle und der Steuerung die einzige Aufgabe der Politik und damit ein Versäumnis des politisch verantwortlichen Referenten. Diese Zielvorgaben ermöglichen nämlich dann die Überwachung, und sie sind übrigens klar zu trennen von der laufenden Betriebsführung durch die Gesellschaft und ihrer Organe. Aber vielleicht wollten Sie das gar nicht, Herr Landesrat, weil Sie dann endlich auch einmal Erfolg und Leistung der Manager, der Direktoren messen könnten. Und vielleicht ist es bequemer, die Bälle sich gegenseitig zuzuschieben und die Verantwortung abzugeben. Wir haben bis heute kein gesamtsteirisches Versorgungskonzept, das eine umfassende Versorgung gewährleistet. (Landesrat Dr. Strenitz: „Ich glaube, der Herr Landesrat Schmid hat den Managern das Vertrauen schriftlich entzogen!“) Ja, wunderbar! Freut mich! (Präsident: „Frau Dr. Grabensberger, bitte fortzusetzen und sich nicht unterbrechen zu lassen!“) Die beiden verstehen sich ja dann nicht.

Mir fehlt nach wie vor ein gesamtsteirisches Versorgungskonzept, das ist notwendig, weil dadurch können wir auch Leistungen aus den Spitälern auslagern, wir können sie in den niedergelassenen Bereich übertragen, und es können auch freiwerdende Ressourcen optimal genutzt werden. Und wir müssen auch einmal weggelassen von der Planung des Spitalsbettes hin zur Leistungsplanung und hin zu regionalen Betreuungseinrichtungen, indem das Spital nur einen kleinen Teil der Versorgung übernimmt. Die Demographie und auch die Entwicklung der Krankheiten, der Krankheitsbilder haben zu einem geänderten Bedarf geführt, dem müssen wir in der Planung Rechnung tragen. Das heißt, daß wir grobe Umstrukturierungen vornehmen müssen. Der Herr Direktor Mattetsschläger betont immer, daß im Spitals- und Gesundheitswesen alles so vernetzt sei. Und ich kann ihm da nur zustimmen. Aber diskutiert wird immer nur über Einzelprobleme, über einzelne Personen, über einzelne Häuser, über einzelne Regionen. Wer hat denn schon einmal die Frage gestellt oder beantwortet, welche Auswirkungen das Projekt LKH 2000 auf die Peripherie haben wird? Welche Auswirkungen das neue LKH Bruck auf die umliegenden Häuser haben wird? Das LKH Mürtzschlag, Herr Landesrat, wird nicht in Bedrängnis geraten, weil wir den sogenannten Sparstift ansetzen, sondern weil zwangsweise so ein attraktives Haus wie Bruck einen Sog ausübt und weil in einem zweigliedrigen Krankenhaus einfach keine zeitgemäße Medizin mehr betrieben werden kann. (Abg. Vollmann: „Da werden Sie sich täuschen. Wir werden trachten, daß es nicht in Bedrängnis kommt!“) Ja, wunderbar! Also das heißt, Sie werden dafür sorgen, daß es immer mehr Kranke gibt, die ein Spitalsbett brauchen. Und das beweisen Sie ohnehin schon, weil oben in diesem Bereich, in Leoben, Bruck, Kapfenberg haben wir die höchste Krankenhaushäufigkeit der Steiermark, wunderbar! (Abg. Vollmann: „Unsere tüchtigen Primarii werden das wettmachen, was Bruck an Vorteil hat!“ – Abg. Gennaro: „Täuschen Sie sich nicht!“) Ja, ich täusche mich nicht. Aber ich würde nur von Dingen reden, von denen ich was verstehe. Regen Sie sich nicht auf, Herr Gennaro, Sie sind sowieso ein

Risikopatient. (Abg. Trampusch: „Der Landesrat weist die Patienten nicht ein. Das sind schon die Ärzte!“)

Die Firma Suter & Suter, um noch einmal einen Kompetenten zu nennen, betont, daß der Ablauf von Zielplanungen als Folge der medizinischen Strukturplanung zu sehen sei und daher mehr als bisher diesen nach- und unterzuordnen sei. Wir haben allerdings noch immer kein medizinisches Strukturkonzept. Dieses ist nämlich die Grundlage für Investitionen. Bei uns läuft es umgekehrt. Zuerst wird investiert, und dann fragen wir uns, was wir in dieses Haus hinverlegen oder was dort an Versorgung angeboten wird. Wir fordern Milliarden für Graz, wir fordern Milliarden für die Peripherie. Mich würde aber interessieren, auf der Basis welcher Daten diese Forderungen begründet sind. Gibt es eigentlich schon Zielplanungen für die Peripherie? Wenn ja, wieso haben wir sie nie auf den Tisch bekommen? (Landesrat Dr. Strenitz: „Seit drei Jahren hat Ihre Partei jeden Plan auf dem Tisch!“) Soweit ich weiß, ist der letzte Plan im Dezember ausgelaufen, und neuen gibt es keinen. Als wir Sie dort konkret um die einzelnen Leistungen der Häuser gefragt haben, haben Sie nie geantwortet und sind immer ausgewichen. (Abg. Trampusch: „Bei den letzten Verhandlungen hat es geheißt, wir können auch ohne Spitalsplan leben. Das ist von Ihrer Fraktion gekommen!“) Bis der neue beschlossen wird, das ist keine Frage. Man hat derzeit den Eindruck (Abg. Dr. Maitz: „Bis ein vernünftiger vorgelegt wird, Herr Kollege Trampusch!“), daß Abteilungen abgetauscht werden, daß Angebotserweiterungen zugesagt werden, ohne daß man klare personelle und apparative Folgekosten definiert oder die Infrastruktur damit berücksichtigt. Es werden Primariate für Freunde und in weiterer Folge auch für deren Kinder und Schwiegerkinder erhalten bzw. in Aussicht gestellt. Alles schön und gut, wenn wir uns das alles leisten können. Es herrschen Willkür und Zufall vor. Das ist unstatthaft, und dafür können Sie auch von der Solidargemeinschaft kein Verständnis erwarten. Durch die rasante Entwicklung der Medizin, vor allem der Hightech, sind wir gezwungen, daß wir gewisse Sparten konzentrieren, das heißt, es kann nicht mehr überall alles angeboten werden. Wir müssen das Angebot straffen. Tun wir das nicht, dann sinkt die Qualität und damit die Sicherheit für den Patienten. Und ich hoffe, daß Sie das allesamt nicht wollen. Oder haben Sie vielleicht, Herr Landesrat Strenitz, schon einmal recherchiert, wie viele Abteilungen in der Steiermark, außer dem Chef, nur einen einzigen Facharzt haben? Wie viele Patienten gar nicht fachgerecht – (Landesrat Dr. Strenitz: „Es gibt zu wenig Ausgebildete!“) dann lassen Sie sie ausbilden. Wir haben ja auch die Ausbildungsqualität nicht – versorgt werden, weil wir zu wenige Fachabteilungen haben, weil Sie sich nie dazu durchringen können, die Grundversorgungsfächer endlich einmal zu verkleinern, um dann Spezialabteilungen installieren zu können? Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, daß im vergangenen Jahr drei Primariate beim ersten Anlauf gar nicht besetzt werden konnten? Spricht das für die Attraktivität? (Abg. Trampusch: „Da hat es keine Freunde und Kinder mehr gegeben – wie Sie gesagt haben!“) Offensichtlich. Und da ist es noch dazu um ein Haus gegangen, das ein Schwerpunktkrankenhaus zumindest war. Im LKH Leoben sind zwei Primariate auf Anhieb unbesetzt geblieben. Daß

man mit mehr Geld auch baulich und apparativ mehr anfangen kann, ist ja wohl keine Kunst. Daß damit auch die medizinische Versorgung verbessert wird, ist nicht gewährleistet. Es war uns daher notwendig, eine finanzielle Bremse zu ziehen (Abg. Dr. Flecker: „Sie sind eine Bremse!“) und damit gleichzeitig auch den Zwang zu einer Umstrukturierung zu verbinden, denn die KAGES ist mit dem vorhandenen Geld noch nie ausgekommen. Periodisch wird ein Supergau ausgerufen, und ich bin eben mit der Zeit skeptisch geworden. Herr Vorstandsdirektor Moser hat in seinem Papier anlässlich seiner Einstellung – er hat es als 13 Highlights der Konzeption genannt – Dinge versprochen, die er nie gehalten hat. Ich darf nur drei davon zitieren: Die Kosten der neuen Verwaltung des Wirtschaftskörpers verringern sich auf unter ein Prozent der Gesamtkosten. Mit der Übernahme von 52 Fachkräften der zentralen Verwaltung kann das Auslangen gefunden werden. Ich höre, daß beinahe schon 200 Dienstposten in der Zentrale vergeben sind, und laut Rechnungshof hat bis zum Jahre 1991 eine Dienstpostenvermehrung um 17,8 Prozent stattgefunden. Unter Punkt 12 kann die vorgegebene Zielerreichung, nämlich das Abfangen der prognostizierten Kostenexplosion, das Einfrieren der Landesdeckungsquote Basie 1985 bei Aufrechterhalten des medizinischen Standards garantiert werden. Tatsächlich hat sich der Deckungszuschuß um 300 Prozent erhöht. (Abg. Trampusch: „Verlesen Sie auch das Einstellungspapier vom Direktor Bosch? Er hat viel Ärgeres versprochen!“) Das habe ich nicht hier, und solche Falschheiten habe ich nicht gelesen. Herr Kollege Trampusch, ich bin von Anfang an dafür eingetreten (Abg. Trampusch: „Das harmlosere Papier vom Moser verlesen und das viel ärgere vom Bosch nicht, das zeichnet Sie aus!“), daß jene Firma, der der Herr Landesrat Ressel im guten Glauben den Auftrag gegeben hat, eine Ist-Analyse zu erstellen. (Abg. Trampusch: „Verlesen Sie das Einstellungspapier vom Bosch!“) Den Bosch gibt es nicht mehr, aber den Moser haben wir immer noch. Beim Bosch hat es Konsequenzen gegeben. (Abg. Trampusch: „Den wollt ihr als Experten haben!“) Nicht wir. Ich werde Ihnen dann gleich etwas dazusagen. Ich bin von Anfang an dafür eingetreten, und ich tue es auch heute noch, daß die Firma Suter & Suter, die eine Ist-Analyse über den Zustand unserer Krankenhäuser erstellt hat, selbstverständlich auch ein Soll-Konzept erstellen sollte, nämlich objektiv, unabhängig und professionell geplant. Aber ich höre heute noch den Aufschrei des Kollegen Dörflinger, der gesagt hat: „Um Gottes willen, dann geht es ja um Inhalte, dann geht es ja um sachliche Notwendigkeiten.“ Worum denn soll es bitte in der Gesundheitspolitik gehen? Nur um parteipolitisches Kleingeld? Das ist hier fehl am Platz. Sie haben uns lächerlich gemacht, als wir gesagt haben, das LKH-Projekt 2000 sollte man noch einmal auf Aktualität überprüfen. Es sind mittlerweile fünf Jahre vergangen – fünf Jahre. (Abg. Dr. Flecker: „Weil Sie alles verhindern!“) Wissen Sie, was das in der medizinischen Entwicklung bedeutet? Sie wissen es nicht, daher erkläre ich es Ihnen auch nicht.

Es haben sich mittlerweile die Rahmenbedingungen verändert, und es haben sich auch viele Entwicklungen verändert. Zahlreiche Professoren der Klinik, die nicht unbedingt eigenes Interesse verfolgt haben, haben uns auch in dieser Intention bestätigt. Die Klinik

erstickt teilweise in Routine in ihren Versorgungsaufgaben, andererseits hat aber die Peripherie bereits Auslastungsprobleme. Und glauben Sie mir, es ist nicht immer zum Wohl des Patienten, wenn er nur aufgenommen werden muß, damit das Spitalsbett belegt ist, und wenn seine Verweildauer verlängert wird, nur damit am Jahresende die Statistik stimmt. (Abg. Minder: „Wo ist das so?“) In vielen Spitälern, Frau Kollegin Minder. Wenn Sie soviel herumfahren und noch dazu ohnehin von Ihrem Mann aus wissen, dann fragen Sie nicht mich, sondern fragen Sie sich selbst. Gestört hat Sie wahrscheinlich an der Überprüfung eines, daß das die Sana-Kliniken machen sollten, wo nämlich Herr Dipl.-Kfm. Bosch ist. Und jetzt sage ich Ihnen etwas: Die Herren Vorstandsdirektoren haben am Donnerstag nach dem Aschermittwoch bei diesem Herrn angerufen, haben ihm erzählt, daß es plötzlich eine Deckung des Zuschusses gibt. (Abg. Trampusch: „Sie können es noch viel einfacher machen. Lesen Sie beim Prof. Schilcher, dem Erfinder der KAGES, nach, was er im Hohen Haus gesagt hat!“) Ich mag eigentlich nicht lesen. Ich bin nicht zum Lesen da, sondern ich möchte Ihnen jetzt noch fertig erzählen, was ich vorhabe. Drei Sätze. Aber ich rede oft kürzer, als Kollegen von Ihnen.

Ich würde den Herrn Landesrat Strenitz auffordern und ihn bitten, sich endlich daranzusetzen und uns ein medizinisches Versorgungskonzept vorzulegen, das nach objektiven Kriterien erstellt wurde, in dessen Mittelpunkt der aktuelle Bedarf unserer Steirerinnen und Steirer im Krankheits- und im Pflegefall steht und auch die qualitative Verbesserung der Versorgung. Natürlich werden dort Umstrukturierungen notwendig sein, und so können wir aber auch gewährleisten, daß endlich die Arbeitsbedingungen unserer Mitarbeiter in den Spitälern so gestaltet werden können, wie sie es sich verdienen. Wir nehmen unseren gesundheitspolitischen Auftrag ernst, weil es das Geld allein nicht macht. Das haben wir ja schon festgestellt. Wir wollen auch in Zukunft die Versorgung sichern, und ich bitte Sie, daß Sie uns dabei helfen. Wenn Sie sich bei Umstrukturierungen schwer tun, ich kann es mir schon vorstellen, Sie haben es ja auch bei der Verstaatlichten bewiesen. Es war das Geld weg und es waren die Arbeitsplätze weg. Aber das soll uns in der Gesundheitspolitik nicht passieren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 23.31 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

**Abg. Gennaro** (23.31 Uhr): Das habe ich nur für Sie mitgelesen zum Nachlesen, falls Sie es nicht verstehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mir jetzt ersparen, auf die Aussagen der Frau Dr. Grabensberger einzugehen, nur einen Satz dazu möchte ich schon sagen. Frau Doktor, wenn Sie als Wissende, das unterstelle ich Ihnen, daß Sie sicherlich besser Bescheid wissen müßten, nehme ich an, hier Dinge verbreiten und vom Aufenthalt in Spitälern und so weiter vom Einweisen reden, dann haben Sie einmal vergessen oder müssen sich erkundigen, wer die Leute in Spitäler einweist, wer verantwortlich ist, daß die Leute viel länger liegen bleiben müssen als

notwendig, weil die Patienten würden oft sehr gerne nach Hause gehen, aber weil es sich eben nicht ausgeht, und je länger man sie liegen läßt oder wenn man es umschlägt, im Tag zählt, Herr Kollege, die Gebietskrankenkasse zweimal ein Bett, weil um 8 Uhr geht einer heim, um 9 Uhr kommt der nächste rein, und wir bezahlen zweimal das Bett, da liegen viele Dinge im Bereich, wo die Ärzte selbst die Verantwortung haben.

Aber weg vom Spitalsthema, da wird noch genügend diskutiert werden. Und, meine Damen und Herren, eines könnt ihr sicher sein, das sage ich jetzt wirklich mit Ernst, weil es mich persönlich betroffen hat, seit eineinhalb Jahren habe ich das Problem und das Pech, daß ich für meine Mutter permanent irgendwo ein Spitalsbett gebraucht habe. Und wenn du dir das anschaust im Spital, wie die Situation ist, wenn die Leute auf ein Bett warten und wenn sie keine Möglichkeit haben, dann wird diese Diskussion, die wir da hin und her führen, ad absurdum geführt, dann müßt ihr einmal hinausgehen und mit den Leuten reden, ins Spital reingehen, ins Landes-Nervenkrankenhaus runter, wo die Schlaganfallstation ist, welches Elend, welches Leid, welche Belastungen die Bediensteten zu tragen haben, Überstundenverfahren müssen, und das ein ÖAAB-Arbeitnehmervertreter vertritt, da schäme ich mich dafür, daß man die Leute ausbeuten will und ausnützt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „Sag das dem Herrn Dr. Strenitz!“) Meine Damen und Herren, zurück. Kollege Purr, rege dich nicht auf, weil du bist auch gefährdet. (Abg. Trampusch: „Kollege Purr, beruhige dich, sonst brauchen wir noch ein Bett mehr!“) Ja, sonst brauchst du vielleicht die Schlaganfallstation. In aller Kürze und sachlicher Feststellung – ich habe Zeit, ich bin schon wieder munter.

Meine Damen und Herren, zurück zum Rationalisierungsausschuß. Ich möchte das wirklich sehr überzeugend – und, Frau Landeshauptmannstellvertreter Klasnic, sind Sie mir nicht böse, ich habe geglaubt, daß wir mit Ihnen, als wir auch gemeinsam – ich bringe nur das eine Beispiel, was die Berufsschulen betrifft – sehr stolz gewesen sind und wir gemeinsam gekämpft haben, daß es uns gelungen ist, vom Finanzreferenten jährlich entgegen den Vorjahren, da stehe ich nicht an, das zu sagen, beträchtlich erhöhte Mittel für die Berufsschulen zu bekommen. Nicht die Sozialdemokraten waren es, bitte, aus Ihrer Fraktion, die Leute, die mit den Berufsschulen zu tun gehabt haben, haben eine Aufstellung gemacht. Vor zwei Jahren hat es in der Zeitung geheißen, eine halbe Milliarde fehlt für die steirischen Berufsschulen. Und dann haben wir gesagt, es kann doch nicht wahr sein. Dann haben wir Sie über den Berufsschulbeirat gebeten, das haben Sie auch gemacht, bitte, geben Sie uns eine Aufstellung, wie sieht es wirklich aus in den Berufsschulen. Jetzt zitiere ich persönlich Ihre Aussagen, was Sie erklärt haben. Frau Landesrätin Klasnic erklärt, daß sie sich auf die öffentlichen Aussagen ihrer Regierungskollegen verlasse und daher anzunehmen ist, daß die erforderlichen Mitteln – wie im Konzept vorgesehen – bereitgestellt würden. Wenn sie an den Nachholbedarf der einzelnen Schulen denke, muß sie auf die Bereitstellung der Mittel drängen. Und, Frau Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben eine Liste vorgelegt, wo den steirischen Berufsschulen 1,1 Milliarden Schilling fehlen. Und ich gehe jetzt her, daß ich sage, wir haben

uns auch dazu bekannt, daß das ein Langjahresprogramm sein muß. Ich ziehe jetzt Investitionen ab, daß ich sage, wenn ich irgendetwas neu bauen oder verändern müßte, das kann nicht innerhalb von einem Jahr geschehen, bin ich bereit, 500 Millionen abzuziehen, bleiben 600 Millionen – und das könnte man jetzt aufschlüsseln. Aber Sie wissen das ganz genau und viel besser vielleicht als ich, weil Sie noch die Details kennen, welche Notwendigkeiten sich ergeben, daß wir hier die Berufsschulen aufrechterhalten. Wenn es nur 7,9 Millionen Schilling sind, Frau Landeshauptmann, habe ich sicher kein Verständnis dafür, daß man hergeht und sagt, wir streichen das. Sie sind Vertreterin der Wirtschaft, Sie wissen, welche Probleme die Berufsschuldirektoren, die Berufsschullehrer haben, die Wirtschaft permanent jammert, wir brauchen gut ausgebildete Leute. Wir haben das in dem Haus schon einmal besprochen, daß die Berufsschulen zu den Firmen betteln gehen müssen, daß sie Maschinen und Inventardinge bekommen, damit sie die Ausbildung machen können. Und dann gehen wir locker her und sagen, 7,9 Millionen Schilling, die sparen wir ein. Ich behaupte und unterstelle bitte, daß alle Referenten, das ist heute nur einmal kurz angeschnitten worden, in den vergangenen Jahren die Landesfinanzreferenten angelogen haben, auf steirisch gesagt, nur geschaut haben, weil es politisch vertretbar ist, schreiben wir hinein, es wird schon halten. Der Kollege Vesko hat gemeint, wir sagen, da habt ihr das Geld unter dem Motto „Habt's mein Geld, ich fahre in den Himmel. Arbeitet keiner“. Das ist keine Frage. Aber es ist schon eine Frage der Seriosität, wenn ich hergehe und sage, auf der anderen Seite einen Wirbel mache und sage, wir haben überall zu wenig Geld. Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Sie selbst haben gesagt und auch Leute aus der Berufsschule, daß wir gegenüber anderen Bundesländern weit, weit hinten sind und daß es eine Schande ist, daß wir diesen Zustand haben. Das haben Sie nicht alleine zu verantworten. Sie haben ein Erbe übernommen, wo aber immer die Verantwortung in ÖVP-Hand war. Daher bitte kein Verständnis, wenn es auch nur 7,9 Millionen Schilling sind, Sie werden es den Berufsschullehrern sagen müssen, und wir werden Sie im Berufsschulbeirat das nächste Mal genau fragen, was oder welche Dinge jetzt auf Grund dieser Einsparung nicht gemacht werden können. Und wenn es so weit geht, daß wir nicht einmal ein Geld haben, daß wir sonderbedecken müssen, wenn irgendwo eine Heizung ausfällt, weil kein Geld da ist, dann muß ich sagen, wie kommen Sie zu diesen 7,9 Millionen Schilling? Es ist bedauerlich. Das Gleiche könnte ich jetzt sagen für die Wirtschaft und, und. Das ist heute schon angeschnitten worden. Wir müssen uns nur bekennen. Und all die Arbeitslosen, mit denen wir tagtäglich zu tun haben, haben kein Verständnis. In der Zeit, wo so viele Leute um ihre Existenz kämpfen, die Familien Sorgen haben, weil die Männer oder Frauen teilweise keine Arbeit haben, dann muß bitte – (Unverständlicher Zwischenruf des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schmid.) Nein, nicht rausschmeißen, Herr Kollege Schmid, aber wir verlangen als Sozialdemokraten – und da unterscheiden wir uns von euch ein bißchen –, eine antizyklische Budgetpolitik zu betreiben, weil es wichtig ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmied: „Du unterscheidest dich auch von Vranitzky und Lacina!“)

Mit dem muß man nicht immer einer Meinung sein. Wir haben schon gesagt, in unserer Partei gibt es eine Offenheit, da gibt es nicht nur ein Schema. Wir kritisieren und diskutieren auch in unseren eigenen Reihen, was bei euch nicht der Fall ist. Weil, wenn du gegen das Bärenal redest, wirst abgelöst. Das darf ich nur sagen, darum mußst du vorsichtig sein.

Meine Damen und Herren, aus dem Grund, daß auch die Wirtschaft dementsprechende Einbußen hat. Ich sage jetzt zum Schluß, dann brauchen wir nachher nicht mehr herausgehen, wir haben heute vernommen und ich habe es gerade im Radio gehört, die Frau Landeshauptmannstellvertreter hat uns das Ergebnis von Brüssel erfreulicherweise verkündet. Ich muß sagen, ich bin nicht gekränkt, aber in irgendeiner Form möchte ich schon feststellen, nach wie vor, das paßt zwar der ÖVP nicht, stellen wir den Ausschußvorsitzenden, aber ich weiß, daß wir verschiedene andere Anrufe und Dinge bekommen haben von Brüssel, mich hat noch keiner kontaktiert als Ausschußvorsitzender. Ich habe den Herrn Hofrat Anderwald gebeten, telegrafisch für Freitag um 10 Uhr alle Abgeordneten aller Fraktionen einzuladen, und wir werden verlangen, daß eine dementsprechende Information im Detail gegeben wird. Es ist so schon bedauerlich, daß Grüne, die FPÖ, Parteichef Haider hat es bereits dokumentiert, daß unsere Verhandler, das muß man jetzt wertfrei sagen, quer über alle Parteien, in Brüssel nicht stehend k. o. gegangen sind, sondern sich sehr tapfer in dem Marathon geschlagen haben, und wir alle versuchen, unsere Bevölkerung dahin gehend aufzuklären. (Beifall bei der SPÖ.)

Aus diesem Grunde wird es auch notwendig sein, daß wir finanzielle Mittel, und da habe ich mich gewundert, weil der Landesfinanzreferent hat rund 6 Millionen Schilling im Budget für Informationen vorgesehen gehabt, in den nächsten Monaten werden umsetzen müssen. Dann hat man das herausgenommen, und jetzt, auf Grund der heutigen Situation, höre ich bereits, daß der Landeshauptmann sehr wohl schon beantragt hat zu Recht, das muß ich auch dazusagen. Wir werden ja dann genau schauen, wie beim Jahresabschluß die Dinge sich verhalten, was zusätzlich kommt, wo man vorher sagt, einsparen, und dann kommen wir alle 14 Tage und sagen, da und da brauchen wir eine Nachbedeckung. Die Budgetwahrheit und die ganze Situation wird sich erst im nächsten Jahr darstellen.

Wir werden mehr als 3 Millionen Schilling brauchen, denn hier geht es um viel viel, mehr. Ich möchte daher einen Beschlußantrag verlesen der Abgeordneten Gennaro, Vollmann, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch und Ussar, betreffend die Berücksichtigung der verbindlichen Förderungszusagen in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus im zweiten Entwurf eines Landesvoranschlages 1994. Als Begründung führe ich an: Da in der Zeit des Budgetprovisoriums vom 1. Jänner bis zum 30. April 1994 auf Grund von Regierungsbeschlüssen und eventuell auch anderen verbindlichen Zusagen im Bereich der Wirtschaftsförderung und des Tourismus Belastungen für das Budget 1994 entstan-

den sind, die im vom Landesfinanzreferenten rechtzeitig vorgelegten Entwurf eines Landesvoranschlages 1994 noch nicht berücksichtigt werden konnten, ist sicherzustellen, daß diese Zusagen im zweiten Entwurf eines Landesvoranschlages für das Jahr 1994 jedenfalls berücksichtigt werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im zweiten Entwurf eines Landesvoranschlages für das Budgetjahr 1994 die unter die obige Begründung fallenden Beträge jedenfalls zu berücksichtigen. (Beifall bei der SPÖ. – 23.43 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Trampusch das Wort.

**Abg. Trampusch (23.43 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist heute sehr viel über angebliches Sparen oder echtes Sparen geredet worden. Es ist auch sicherlich richtig gesagt worden, sparen ist an und für sich ein sehr positiver Begriff. Nur muß man wissen, über welche Größenordnung man redet und welche Folgewirkungen damit verbunden sind, wenn aus dem Sparen echte Leistungskürzungen werden. Einige Redner haben heute schon diesen alten Spruch gebraucht: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Wenn ich mir die Diskussion heute und im Rationalisierungs-Ausschuß anhöre oder in Erinnerung rufe, kommt mir vor, daß man das Sprichwort umdrehen muß, nämlich: „Spare in der Not, dann hast du keine Zeit.“ Wir sind nämlich genau in der Situation. Die Mehrheit des Hohen Hauses versucht, in einer wirtschaftlich ernstesten Situation zu sparen, und hat dazu aber keine Zeit. Und das ist das Problem. Das ist aber auch die Ursache, wieso wir im Rationalisierungs-Ausschuß nicht mitgemacht haben, weil das Sparen zur falschen Zeit genau die gegenteilige Wirkung von dem bringt, was man sich unter positivem Sparen auch vorstellt. Und wir alle wissen, daß wir jetzt sicherlich keinen konjunkturellen Höhepunkt erleben, sondern leider das Gegenteil. Es wird aber alles so schnell vergessen. Herr Landeshauptmann, der heute in Brüssel ist, wie wir wissen, hat vor mehr als Jahresfrist hier im Hohen Haus ein konjunkturelles Investitionsprogramm für baureife Projekte von mehreren Milliarden Schilling angekündigt, und es ist ihm Applaus gezollt worden. Ist hier plötzlich eine Schubumkehr eingetreten, daß das, was vor eineinhalb Jahren beklatscht worden ist, jetzt plötzlich nicht mehr in den Mund genommen wird? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Franzi, was ist bescheinigt worden in Wirklichkeit?“) Dann hat Herr Landeshauptmann vor eineinhalb Jahren uns etwas anderes erzählt. Das müßt ihr beurteilen. Jetzt auf einmal gilt das nicht mehr, daß man in der ersten Zeit investieren soll, und nicht das Gegenteil, damit man Arbeitsplätze schafft. Ich wundere mich auch ein bißchen darüber, daß diese sehr traurige hohe Arbeitslosenrate in der Steiermark so leichtfertig hingegenommen wird und daß man auch Radioreden, wie zuletzt von Prof. Tichy, gar nicht mehr ernst nimmt – anscheinend auch nicht bei der ÖVP. Ich weiß nicht, ob euch das aufgefallen ist, mir schon. Er hat drei Gründe angeführt, wieso wir in der Steiermark zur Zeit eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit haben. Erstens:

saisonale Bedingungen – diese haben wir aber jedes Jahr, weil wir haben immer Winter zwischen November und Februar ungefähr. Zweiter Grund: Hereindrängen von Frauen auf den Arbeitsmarkt – das ist aber auch nichts Neues und geschieht seit langem; ein dritter Grund, und da bitte ich, zuzuhören, weil jetzt die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt strömen: Originalzitat von Herrn Prof. Tichy, Wirtschaftsfachmann. Schaut denn bitte keiner nach, wie die Geburtenraten in der Steiermark waren? Die geburtenstarken Jahrgänge waren 1961, 1962, 1963. Das sind doch Langzeitstudenten, die jetzt auf den Arbeitsmarkt strömen. Prof. Tichy sagt, das ist einer der Hauptgründe, daß wir eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Meine Damen und Herren, wenn Sie so etwas dann nicht ernst nehmen und das gar nicht registrieren, wie ernst nehmen Sie dann die Arbeitslosigkeit in der Steiermark? (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir von endogener Erneuerung reden, dann bitte zuerst jene Berater austauschen, die fossile Erklärungen abgeben, die längst nicht mehr den Gegebenheiten entsprechen, weil dann werden wir aktuell, und dann werden wir vielleicht anders urteilen, wenn es darum geht, daß wir jetzt investieren sollen als öffentliche Hand, und nicht dann, wenn die Konjunktur schon greift. Denn was jetzt schon passiert ist und leider weiter passieren wird, wenn die Mehrheit recht hat, daß Investoren, die vielleicht in der Steiermark investieren könnten, abwandern, weil sie sagen, es gibt Bundesländer, die mehr Verständnis dafür haben, daß gemeinsam mit dem Land investiert wird. Sie verscheuchen uns ja diese Leute. (Abg. Dr. Maitz: „Ist das der neue Stil, daß man Leute angreift, die sich hier nicht zu Wort melden können?“) Herr Kollege, Moment, das ist ja dokumentiert. Wenn er im Radio redet und, ich nehme an, viele Tausende Steirer das hören, dann wird man wohl zitieren dürfen, Herr Kollege. (Abg. Dr. Maitz: „Aber nicht angreifen!“) Aber nein, besorge dir das Originalzitat. Er hat doch die geburtenstarken Jahrgänge als Grund der Arbeitslosigkeit genannt. (Abg. Dörflinger: „Und wenn man Tichy zitiert, ist das ein Angriff?“)

Ich habe diese drei Gründe aufgezählt, Herr Kollege. Man kann mir ein gewisses Alter nachsagen, aber nicht nachsagen, daß ich vergeßlich bin. Ich kann daher schon noch Originalzitate zitieren. Herr Kollege, das ist auch eine Taktik. Jedesmal, wenn es unangenehm wird, sagst du, er ist nicht da und kann sich nicht verteidigen. Dann dürfen wir uns aber überhaupt nicht auf eure Experten berufen. (Abg. Maitz: „Nicht angreifen!“) Herr Kollege, ihr habt euch aber sehr oft auf den Prof. Tichy berufen, wo er nicht im Landtag war. Und das ist erlaubt? Ich wünsche euch zu solchen Aussagen noch viel Erfolg, weil genau dann werdet ihr jene Sachlichkeit erreichen, von der ihr glaubt, daß die Steiermark dann etwas davon profitiert.

Ich sage aber noch einmal allen Ernstes: Es gibt drei Möglichkeiten, wenn wir über das Sparen reden, und das sind tatsächliche Einsparungen. Diese werden wir ja im Rechnungsabschluß 1994 erleben. Das sind Abgaben von Aufgaben des Landes – ist auch denkbar. Da muß man aber Gesetze ändern, da muß man Parteienverhandlungen führen. Wir leben in einem Rechtsstaat, und ich kann nicht nur im Budget Änderungen vornehmen, wenn ich nicht die rechtlichen Vorausset-

zungen schaffe und wenn ich nicht Verträge, wo die Unterschriften aller Parteiobmänner drauf sind, auch im Verhandlungswege ändere. So einfach mit einem Federstrich und mit einem Mehrheitsbeschluß im Landtag wird man Pflichtausgaben nicht verändern können. Es ist auch eine arge Täuschung zu glauben, wenn ich es ausweise, ist das schon lange erledigt. Da werden wir sicher auch darauf achten. Daher glauben wir, daß dort, wo es echt zu Veränderungen kommen soll – mittel- und langfristig –, es Zeit ist, darüber zu reden, aber Zeit genug ist, das nicht so zu machen, wie das im Rationalisierungs-Ausschuß letztlich passiert ist. Das ist der große Unterschied der Sichtweise dieses Rationalisierungs-Ausschusses. Das Nächste: Die Mitarbeit im Rationalisierungs-Ausschuß ist deshalb unterbrochen worden, weil uns nicht jene Informationen zur Verfügung gestellt wurden, die notwendig gewesen wären. Wenn man nachträglich die Papiere anschaut, wissen wir auch, wieso. Das ist ganz klar. Es hat vorher laut und deutlich gelaunet – (Unverständlicher Zwischenruf.) Sie werden wohl selbst Ihre eigenen, Herr Kollege, Beschlüsse im Landtag noch ernst nehmen. Ihr habt doch im Dezember beschlossen: Pflichtausgaben minus fünf Prozent – stimmt das? – und Ermessensausgaben minus sechs Prozent. Stimmt das auch?

Ich habe mir die Mühe gemacht, neben meinen Geburtstagsfeiern einmal alle Positionen, die der Herr Landeshauptmann – es sind sehr viele – inne hat, im Budget zusammenzuzählen und zu schauen, was unter dem Strich beim Herrn Landeshauptmann an Einsparungen herausgekommen ist. Er hat insgesamt zu verantworten, ordentliches, außerordentliches Budget, Pflichtausgaben, Ermessensausgaben: 2989 Millionen. Und die Einsparungen, die er vorschlägt, sind 27,836.000. Das heißt 0,93 Prozent. Und da reden Sie davon, Sie haben den Beschluß des Landtages in Wirklichkeit umgesetzt. Also zwischen 0,93 Prozent und 5 beziehungsweise 6 Prozent ist ein haushoher Unterschied, und man soll nicht Erfolge feiern, wo die Erfolge gar nicht da sind. Das bitte nur zur Ernüchterung.

Das Nächste (Abg. Schützenhöfer: „Der Auszug von euch damals – so eine künstliche Erregung habe ich noch nie erlebt!“): Die Öffentlichkeit zuerst ausschließen von dem Ausschuß und dann nicht bereit sein, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, weil man gewußt hat, es wird dann heiklich, wenn es ins Detail geht, da sagen wir als große Fraktion, wir haben es sicher nicht notwendig, uns dort so behandeln zu lassen. Es hat sich ja nachträglich als richtig herausgestellt.

Aber etwas anderes, damit Sie sehen, wie relativ manches hier gesehen wird. Die Frau Abgeordnete Kollegin Monika Kaufmann hat irgendwann im Vorjahr einen Antrag der SPÖ-Fraktion mitunterschrieben, wo sozusagen der Bund aufgefordert wird, bei den Zuschlägen zur Mineralölsteuer doch möglichst viel für den Verkehrsverbund zur Verfügung zu stellen. Sie ist dann in der Bauernbundzeitung vom Herrn Abgeordneten Puntigam als Bauernschädling oder Bauernfeindin dargestellt worden, weil sie einen Antrag mitunterschrieben hat, wo im Bund der Herr Nationalrat so schon mitgestimmt gehabt hat, daß die Mineralölsteuer nicht für den ländlichen Wegebau verwendet wird. Aber jetzt kommt es. Der Herr Lan-

deshauptmann als Referent hat in seinen Kürzungen zwei Positionen angegeben, 710 und 712, und er selbst schlägt Geld vor, das er schon gehabt hat als Referent für den ländlichen Wegebau, minus 4,388.000. Ich frage nur, wird jetzt auch der Herr Abgeordnete Puntigam den Herrn Landeshauptmann was nennen, weil er für den ländlichen Wegebau weniger ausgibt, oder wird da mit zweierlei Maß gemessen? Nur eine kleine punktuelle Erklärung, wie das in der Praxis wirklich gespielt wird. Wenn man als Alibi etwas ausweist und reduziert, dann ist es erlaubt, wenn man auf der anderen Seite aber vielleicht Vorschläge macht, dann wird man gleich als Schädling und Feind hingestellt. (Abg. Tasch: „Es ist schon ein Unterschied zwischen dem Herrn Landeshauptmann und der Abgeordneten Kaufmann!“) Ja, freilich! Der eine darf den Bauern etwas wegnehmen, der andere darf nicht einmal darüber reden. Das ist der Unterschied, lieber Kollege. Aber es geht ja noch um etwas anderes. Es wird immer gesagt, die Gemeinden sollen mehr mitfinanzieren bei den Spitälern. Hat jemand von euch schon einmal überlegt, was Gemeinden in anderen Bundesländern als Leistung bekommen, wie in Niederösterreich, wo sie nichts zu den Kindergärten dazuzahlen, wohl aber dann für die Spitäler? Man muß ja auch diese – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das war der Vorschlag des Landesrates Ressel!“) Der Unterschied ist nur der – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was ist mit den KRAZAF-Mitteln?“) Ich verstehe eure Entrüstung schon. Ihr habt ja nur den halben Ressel zitiert, er hat dazugesagt, man müßte das prüfen und die Relationen in anderen Bundesländern anschauen. Nur, den zweiten Halbsatz habt ihr ja nicht mehr dazugesagt, das ist der Unterschied. Aber es gibt ja noch etwas, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir wollen dort, und wir sind auch überzeugt davon, wo es wirklich etwas bringt, nämlich bei der Verwaltungsinnovation, gerne mitverhandeln und mitreden. Und da werden wir auch für diesen gemeinsamen Beschlußantrag stimmen, der in der Verwaltung einiges bringen wird. Aber wir sind dort nicht dabei, wo die steirische Bevölkerung in Wirklichkeit Leistungskürzungen erlebt. Und wir werden – es ist keine Drohung, das ist nur das verfassungsrechtliche Recht – schauen, daß jetzt nicht die Sparefrohs plötzlich still und heimlich in Regierungssitzungen sich wieder das zurückholen, auf was sie vorher ankündigungsweise sozusagen verzichtet haben. Und gerade die FPÖ, die ja immer gesagt hat (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist doch jahrelang SPÖ-Finanzpolitik gewesen!“), der Landtag müßte seine Budgetwahrheit wahrnehmen. Wir werden jetzt die Budgetwahrheit wahrnehmen. Nur, ob es euch auf der rechten Seite des Hohen Hauses dann recht ist, wenn wir für jede außerplanmäßige und nicht im Budget verankerte Ausgabe verlangen, daß der Landtag diese Budgetwahrheit und die Budgethoheit wahrnimmt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was stimmt? Die Einsparungen sind keine, aber die Arbeitsplätze sind trotzdem weg. Kannst du mir das erklären?“) Ja, du wirst schon noch merken, wenn du über jede Ausgabe, die dann außertourlich ist, nicht vierteljährlich da redest, sondern jedesmal. Aber ich gebe auch eine Erklärung ab: Jede Ausgabe, die gerechtfertigt ist, der werden wir selbstverständlich gerne zustimmen. Aber in der Öffentlichkeit, und nicht im stillen Kämmerlein, damit das auch klar ist. Mit der Erklärung, in der jetzi-

gen Zeit Leistungskürzungen vorzunehmen, haben Sie automatisch Arbeitsplätze in der Steiermark wegrationalisiert (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das stimmt ja nicht!“), automatisch. Meine Damen und Herren, weil wir, Herr Landesrat, nicht nur Tagesmeinungen haben, sondern auch Grundsätze, bleiben wir dabei, daß in der wirtschaftsschwierigen Zeit zu investieren ist und der Staat dann zu sparen hat, wenn es uns wieder besser geht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das mußt du dem Lacina auch sagen!“)

Und in der Überzeugung werden wir keine Leistungskürzungen zur Kenntnis nehmen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Richtig!“), werden wir dafür eintreten, daß Anreize gesetzt werden für mehr Arbeitsplätze, für gesundheitliche und soziale Standards. Daher wird letzten Endes die steirische Bevölkerung darüber zu befinden haben, ob dieser angebliche Sparkurs letzten Endes richtig ist oder nicht. Auch wenn die Kollegin Grabensberger sagt, im Spitalsbereich sei die steirische Bevölkerung dazu nicht in der Lage, wir sind überzeugt, die steirische Bevölkerung ist sehr wohl in der Lage zu urteilen, wer mehr für diese Standards und für die Arbeitsplätze tut und wer weniger tut. Wir stellen uns gerne dieser Verantwortung. Ich bin nur neugierig, ob alle in diesem Hohen Hause das auch tun werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sieben Jahre Strenitz, und solche Standards!“) Weil wir eine Dokumentation brauchen, damit ihr nach zwei Jahren nicht das Gegenteil behauptet von dem, was ihr heute redet, bringen wir einen weiteren Beschlußantrag ein, der unsere Feststellungen zum gesundheitlichen Standard in der Steiermark hier festhält. Ihr könnt den ruhig überstimmen. Ich nehme an, ihr werdet das auch tun, aber dann werdet ihr euch nachher nicht ausreden können, daß ihr nicht gewußt habt, was wir hier im Hohen Landtag einbringen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Habt ihr dem Ressel nicht zugehört?“) Ich höre ihm öfter zu als du, Herr Kollege. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von der Demagogie, die hier betrieben wird, hat er nichts gesagt!“) Der SPÖ-Landtagsklub bringt - ich verlese jetzt nicht die Begründung, es würde zu lange dauern - folgenden Beschlußantrag ein (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es gibt keine Begründung dafür!“): Herr Präsident, darf ich bitten, dem Herrn Landesrat Schmid dann das Wort zu geben, der redet ja mehr als ich. Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens, um eine mittelfristige Planung der KAGES zu ermöglichen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Haben die nicht einmal eine Planung?“) und damit eine zeitgemäße Medizin zu sichern, ist eine längerfristig gegenseitige Absicherung zwischen dem Land Steiermark und der KAGES für einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren mit einem fixen Prozentsatz als Steigerung des Landeszuschusses zu vereinbaren. Basis einer solchen Vereinbarung müßte der Wirtschaftsplan der KAGES 1994 mit dem darin vorgesehenen Landeszuschuß sein, wie er vom Vorstand beschlossen und vom Aufsichtsrat genehmigt wurde. Die jährliche Erhöhung setzt sich aus dem spitalskostenspezifischen Index und einem auf zehn Jahre gemessenen Aufholprozentsatz zusammen, das ergibt unter Zugrundelegung des heutigen Index im Durchschnitt eine jährliche Erhöhung von 9,8 Prozent.

Zweitens, die Landesregierung wird aufgefordert, den Wirtschaftsplan 1994 mit dem vom Vorstand beantragten und vom Aufsichtsrat unterstützten Zuschuß (mit der vorgesehenen Personalentwicklung und den vorgesehenen Investitionen für die 20 Spitäler) zu beschließen, um damit Nachteile für die Entwicklung der Krankenanstalten und der Gesundheit der steirischen Bevölkerung hintanzuhalten.

Drittens, das Land Steiermark als Eigentümer der KAGES garantiert die notwendigen Summen für die Abfertigungsrückstellung, womit keine finanzielle Belastung des Landes verbunden ist.

Viertens, das Land Steiermark als Alleineigentümer der KAGES ermächtigt die KAGES im Sinne einer ausgegliederten Gebarung zur Aufnahme von Krediten zur Bewältigung des Investitionsprogrammes, womit keine gesonderte finanzielle Belastung des Landes verbunden ist.

Fünftens, das Land Steiermark als Alleineigentümer der KAGES bekennt sich zu einem Sonderinvestitionsprogramm für die Spitäler entsprechend der bereits im Jahre 1991 gefaßten Vereinbarung.

Sechstens, Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer wird als Vertreter des Landes Steiermark ersucht, gegenüber dem Bund und in der Landeshauptleutekonferenz auf eine Verbesserung der Ländersituation bei Spitalsfinanzierungsangelegenheiten zu drängen. Dies gilt insbesondere für die Gespräche zur Neugestaltung des KRAZAF und Bundesbeiträge gegenüber dem Land Steiermark. (Abg. Dr. Maitz: „Der Landesrat Ressel verhandelt angeblich!“)

Siebtens, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Krankenanstaltenplan in der am 12. Juli beziehungsweise 8. November 1993 eingebrachten Form zur Sicherung der Spitalsversorgung umgehend zu beschließen.

Achtens, der Hohe Landtag bekennt sich zum Plan LKH 2000 für die Sanierung und den Ausbau der Grazer Universitätskliniken (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Triumphbogen für Strenitz auch?“), wie er von allen Organen der KAGES und der Steiermärkischen Landesregierung am 6. Juli 1990 beschlossen wurde und im Vertragsentwurf Bund-Land schriftlich festgehalten ist, weil ein einseitiges Infragestellen dieses Vertrages für das Land Steiermark das gesamte Vertragswerk über 9,1 Milliarden Schilling gefährden würde.

Neuntens, um die Neuordnung der KAGES per 1. Oktober 1992 auch im Detail zu fixieren, wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, umgehend das von Univ.-Prof. Dr. Jud ausgearbeitete Formalpaket zu beschließen, das den im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien bereits im Sommer 1993 übergeben worden ist.

Zehntens, um mittelfristig Akutaufenthalte in den Krankenanstalten zu verringern, wird alljährlich das Gesundheitsvorsorgebudget in einer Höhe von einem halben Prozent des Budgets der KAGES gebunden.

Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. - 2. März 1994 - 0.04 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landesrat Dr. Strenitz das Wort.

**Landesrat Dr. Strenitz** (0.04 Uhr): Meine verehrten Damen und Herren!

Wie nicht zum ersten Mal, stehen die Krankenanstalten wieder einmal im Mittelpunkt geradezu liebevoller Aufmerksamkeit. Wenn ich mich recht erinnere, geht das so in etwa über sechs oder acht Monate. Es geht eigentlich zurück auf jenen Zeitpunkt, als nicht ganz unmaßgebliche Herren von ÖVP und FPÖ gemeint haben, die Spitäler würden der Knackpunkt des Budgets werden, und sie haben es zu einem Zeitpunkt gesagt, als noch nicht eine einzige Budgetziffer auf dem Tisch lag. Und so war es dann auch. Am 5. November, am 6. November, als das Spitalsbudget und der Ansatz für den Landeszuschuß der einzige gewesen wäre, der im Jahr 1994 gleichgeblieben wäre als 1993. Und dennoch haben die Herren Hirschmann und Schmid Parteiobermänner unisono in den Pressekonferenzen, und das ist ja nachlesbar, gesagt, die Spitäler waren es, und nur die Spitäler, und ausschließlich die Spitäler. Eine gewisse Logik fehlt mir da, aber eine Absicht wird schon dahintergestanden sein. (Abg. Dr. Maitz: „10 Milliarden Investitionen!“) Es ist in dieser Zeit, meine Damen und Herren, manches gesagt worden, manches höflicher, manches weniger höflich. Aber eines bitte ich Sie schon zu tun, nämlich den Steirerinnen und Steirern nicht einreden zu wollen, daß diese 5,8 Prozent Zuschuß ein Mehr für die Spitäler wären. Schon allein auf Grund der Tatsache, daß Sie es in den ersten beiden Jahren gemeinsam für zwei Jahre ansetzen wollen, das heißt nämlich, pro Jahr 2,9 Prozent. Und das allein liegt schon unter dem Verbraucherpreisindex, wie jede Hausfrau weiß. Diejenigen, die mit dem Spitalwesen ein bißchen etwas zu tun haben, wissen, daß es österreich- und europaweit einen eigenen Spitalskostenindex gibt, der um mindestens 3 bis 4 Prozent darüberliegt. Das können Sie nachlesen in jedem Lehrbuch, das können Sie bei dem großen Spitalsökonom Deszy nachlesen, das können Sie beim Barolin nachlesen, und das können Sie auch bei den Zahlen und Ziffern des Krankenanstaltenzusammenarbeitfonds nachlesen. Das heißt aber, daß Sie mit diesen 5,8 Prozent nicht einmal den Wert des laufenden Jahresbetriebes absichern können. Und wenn wir uns an sich alle darüber einig sein sollten, was es in unseren Häusern noch zu tun gäbe, von Aussee bis Radkersburg, von Knittelfeld bis Mariazell und, und, und, und Sie kennen als örtliche Abgeordnete, als Bürgermeister alle diese Projekte. Sie kennen den Umfang und Sie kennen auch die vorgesehenen Zeitpunkte für einen Spatenstich. Und wenn Sie dann sagen, ja, das wollen wir, dann müssen Sie zu dem Verbraucherpreisindex der Semmel vom Kaiser-Josef-Platz und dem Spitalskostenindex noch einmal 3 oder 4 Prozent dazulegen, daß Sie dieses Aufholprogramm durchführen und finanzieren können. Wenn Sie das nicht tun, dann steht die Sache. Wir sind, die Herren des Vorstandes und ich, und ich bin mit ihnen in einer guten Meinung, und wir sind lange gesessen, und einer der Herren sitzt auch hier und ist mein Zeuge, zu der Auffassung gekommen, daß wir mit einem Prozentsatz von 9,8 alles das erfüllen könnten, was wir wahrscheinlich alle gemeinsam wollen. Aber der vom Rationalisierungs-Ausschuß vorgeschlagene Prozentsatz von 5,8 Prozent bedeutet bereits im laufenden Betrieb Jahr für Jahr eine Verschlechterung. Im Jahr

1994 wird es, gegenüber unserem Plan, der maßvoll ist und auch vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen, ein Minus von 800 Millionen sein. Von einem Aufholen kann mit diesem Prozentsatz keine Rede sein, meine Damen und Herren. Und ich sage, daß dieser Prozentsatz für die steirischen Spitäler und die Menschen in diesem Land ein Keulenschlag ist, den die Sozialdemokraten in dieser Form nicht hinnehmen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage dazu, daß alle anderen Bundesländer zweistellige Steigerungsbeträge haben. Vorarlberg 11 Prozent, Wien 12 Prozent, Burgenland 20 Prozent, Oberösterreich 21 Prozent. Meine Damen und Herren, Sie legen die Daumenschrauben nicht dem Spitalsreferenten an. Sie legen die Daumenschrauben unseren steirischen Mitbürgern und Patienten an. Und ich sage Ihnen, wir werden die Menschen darüber aufklären. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage jetzt noch etwas, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Ich drohe nicht, und ich will auch keine Emotionen erwecken. (Abg. Dr. Maitz: „Überhaupt nicht!“) Aber ich mache Sie aus der Verantwortung meines Amtes heraus auf die Folgen aufmerksam, daß nicht hinterher einer kommt und sagt, ja, wir haben es nicht gewußt. Meine Damen und Herren, was ich Ihnen jetzt sage, hat nicht ein böser Landesrat erfunden, sondern das ist ein Szenario, das der Vorstand ausgearbeitet hat, aber nicht, um zu leben und danach zu handeln, sondern in einer Warnungsvariante. Was passiert, wenn wir mit 2,938 Basis und 5,8 Prozent Steigerung leben müssen? Wir können es Ihnen auch gerne zur Verfügung stellen. (Abg. Dr. Maitz: „Das wäre das erste Mal, daß wir von dir etwas zur Verfügung gestellt bekommen!“) Aber ich sage es Ihnen jetzt. In diesem Warnungsszenarium des Vorstandes, das der Vorstand bezeichnenderweise als so unwirklich angenommen hat, das als Sandkastenvariante bezeichnet hat, haben verschiedene große Investitionen Striche, geht nicht mehr. Ich lese es Ihnen vor, nicht ich, der Vorstand aus seiner Verantwortung: Die großen Investitionen in Mürrzuschlag, in Knittelfeld, in Fürstenfeld, in Radkersburg, in Aussee, die Sanierung von Enzenbach, der Bauabschnitt Rottenmann II, die Radiologie in Feldbach und so manches andere. (Landesrat Pörtl: „Hartberg!“) Meine Damen und Herren, auch Hartberg hat ein Problem, denn wir hätten für Hartberg, das wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren, einen Baubeginn Ende 1995 vorgesehen gehabt. Auf Grund dieses Szenarios ist Hartberg im besten Fall mit Beginn 1998 vorgesehen. Das ist die Realität. Ich sage dazu, es gibt aber auch keine finanziellen Unterstützungen mehr für Privatspitäler, Schladming, das eine große Aufgabe hat und das sich sehr bewährt hat. (Abg. Dr. Maitz: „Was hat das mit der KAGES zu tun?“ – Abg. Dörflinger: „Olympiaspital!“) Na ja, das weißt du nicht. Schladming hat halt bitte eine Landesaufgabe zu erfüllen, weil es einen großen Bezirk abdeckt und weil wir aus einem jahrzehntelangen Vertrag heraus für Schladming 90 Prozent des Abganges zahlen und uns bei dem Neubau wahrscheinlich auch beteiligen müßten – ist mit Sicherheit nicht drinnen. Dasselbe auch für Weiz. Meine Damen und Herren, warum ich das sage: Ich appelliere an Sie angesichts dieser Zahlen, die nicht meine Erfindung sind, daß wir uns so wie

früher finden über alle Parteigrenzen hinweg, egal ob das jetzt die Abgeordneten von Aussee sind oder von Radkersburg, von Mürzzuschlag oder von Knittelfeld, appelliere ich an Sie, ziehen wir diese Programme durch. Ich sage Ihnen dazu, vergessen Sie bitte auch nicht das Universitätsklinikum Graz, denn die Klinik in Graz ist kein Hobby der Landeshauptstadt Graz, sondern sie bietet Spitzenmedizin für die gesamte Steiermark, egal woher der Patient kommt. Und eines sage ich auch noch, ich sage es zum Herrn Mag. Rader, der in den letzten Wochen manche Freundlichkeit von sich gegeben hat, das ist eine Stilfrage, da rede ich nicht drüber, aber eines lasse ich nicht auf mir sitzen. Wenn er behauptet, Strenitz wäre der erste, der ein Spital zusperrten wollte – das Gegenteil ist der Fall. Ich mache Sie darauf aufmerksam, welche Entwicklung droht, wenn Sie glauben, mit den 5,8 Prozent marschieren zu können. Das ist das Warnungsszenario des Vorstandes. Und wir, die Sozialdemokraten, werden um jeden einzelnen Standort dieser Häuser kämpfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Lassen Sie mich auch ein paar Dinge – ich komme dann zu den Details – zum Projekt LKH 2000 sagen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Seit zwei Jahren sind Sie am Abschluß!“) Aber hören Sie auf! Als Sie sich den Fuß gebrochen haben, waren Sie auch froh, daß Sie gut behandelt worden sind. Also geben Sie jetzt eine Ruhe, Sie sind so erster Klasse behandelt worden, ganz schnell und ganz fein. Sind Sie froh, daß Sie es gehabt haben. (Abg. Grillitsch: „Normal müßtest du dich dafür entschuldigen!“) Aber, meine Damen und Herren, ich sage etwas anderes. (Abg. Purr: „Es ist wichtig zu wissen, wer in der ersten Klasse liegt!“) Meine Damen und Herren, nicht aufregen! Die Kollegin Grabensberger hat Baldrian mit, nicht aufregen, Purr. (Abg. Dr. Maitz: „Demagogie und Klassenkampf!“) Ich sage Ihnen jetzt etwas anderes. Im Chor sind die Zwischenrufe schwer verständlich. Ich würde um Einzeldarbietungen bitten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hast du das in der Oper beobachtet?“) Der Schmid ist so ein freundlicher Kerl, eigentlich müßte ich ihn ja mögen, weil er so einen Humor hat. (Abg. Dr. Karisch: „Herr Landesrat, einen Satz!“) So, meine Damen und Herren, ja, sagen Sie einen Satz, Frau Konsumentenschützerin. (Abg. Dr. Karisch: „Nur einen Satz!“) Gerne, sagen Sie auch zwei! Ich höre es nur nicht. Ich verstehe es nicht! (Abg. Dr. Karisch: „Dieser Landtag hat in den letzten Jahren 20 und mehr Prozente Erhöhungen für die Spitäler mit dem Ergebnis bewilligt, daß Sie uns nachträglich gesagt haben, daß wir Balkanverhältnisse haben, daß die Klinik in Graz schlechter als die in den anderen Bundesländern ist!“) Frau Kollegin, darf ich jetzt etwas antworten? Wir haben – und das ist gleichzeitig eine Antwort auf das, was die Frau Kollegin Grabensberger gesagt hat. Zuhören müssen Sie dann schon. (Präsident: „Die Tatsache, daß der 2. März angebrochen ist, ändert nichts daran, daß es gescheitert ist, wenn Sie hintereinander reden. Niemand hindert Sie daran, sich zu Wort zu melden. Derzeit ist der Herr Landesrat Strenitz am Wort!“)

Das ist lieb, Herr Präsident, ich danke. Aber darf ich jetzt die Frage der Kollegin Karisch beantworten. Es ist auch ein bißchen die Antwort auf die Frage der Kollegin Grabensberger. Wir haben die letzten großen

Spitalsbauten mit dem Landeskrankenhaus 1912 gemacht. Dann kam die Zwischenkriegszeit, da ist nichts passiert. Dann kam der Krieg, dann kam die Wiederaufbauphase, dann kam Wagner, und Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre kam die Chirurgie in Graz und Leoben. Das war alles. Dann kam das sechs- und achtziger Jahr. Und wissen Sie, was seit damals passiert ist? Pathologie, Deutschlandsberg, Rottenmann, Bruck, Felzbach, Kinderchirurgie, Neurologie in Graz, 29 große Bauvorhaben in Graz, 5 Milliarden investiert, Ungeheures, großer Respekt, großer Dank vor allem dem Landtag, daß er das bewilligt hat.

Aber wir sind im ersten Drittel des Weges angelangt. Und jetzt sind wir dort, daß Sie sagen, jetzt geht nichts mehr. Jetzt stelle ich Ihnen eine Frage, beantworten Sie mir das. Wie machen Sie das, Sie sind Konsumentenschützerin, und Ihr Mann will ein immer besseres Essen haben von Ihnen, aber er gibt Ihnen immer weniger Geld. Wie machen Sie das? Sie zaubern! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was machst du, wenn ihr Mann weniger verdient?“) Meine Damen und Herren! Ihr Mann verdient gut.

Meine Damen und Herren, ich hoffe trotz aller Ihrer Heiterkeit, daß Sie wissen, daß das Projekt LKH 2000 nach Ihrer Intention tot ist. Es ist tot, weil wir mit den 5,8 Prozent, die Sie bewilligen wollen, den 50-zu-50-Prozent-Anteil für den Bund nicht zahlen können, und es ist auch tot (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist eine absolute Unwahrheit!“), weil Ihr Plan, die Kliniken dem Bund zu übertragen, im Baubereich des Spitals eine Verzögerung von mindestens zehn Jahren bringt. Und jetzt sage ich Ihnen eines. Der Kollege Schmid hat ein bißchen diskutiert, ob diese Unterschrift auf diesem Papier – ich zeige es Ihnen – mit den Herren Vranitzky und Busek und Krainer und Schachner, ob es ein Vertrag, ein Vorvertrag, eine Bemühungserklärung oder sonst was ist. Egal was es ist, es gilt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es ist eine Verwendungszusage und kein Vertrag. Das sagt der Bundeskanzler!“) Laß mich ausreden! Und diese Papier, meine Damen und Herren, gilt und bringt der Steiermark 4,6 Milliarden in den nächsten zehn Jahren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wo ist die Unterschrift?“)

Sie singen alle so schön im Chor, mir wären aber Einzeldarbietungen lieber, denn man hört Sie nicht – 4,6 Milliarden, und der Detailvertrag zu diesem Papier, der 40 Seiten umfaßt und jedes einzelne Projekt in seinem Umfang, in seinem Kostenrahmen, in seinem Zeitablauf enthält. Dieses Papier ist in der Endphase und wird in wenigen Tagen in einem Gespräch mit Vizekanzler Busek finalisiert werden. Und jetzt sage ich Ihnen aber eines (Abg. Dr. Maitz: „Wer zahlt die Folgekosten?“): Ich sage es nachher. Es gibt zu diesem Vertrag eine sehr interessante Bemerkung des Herrn Kollegen Hirschmann, der einmal gesagt hat, daß dieses Papier die dümmste Unterschrift unter dem dümmsten Vertrag sei. Daß er zu Busek nie ein gutes Verhältnis gehabt hat, wissen wir. (Abg. Dr. Maitz: „Polemisieren hast du immer gut gekonnt!“) Aber beim Landeshauptmann Krainer wird ihm das wahrscheinlich ein bißchen schaden. Aber eines sage ich Ihnen auch: Ganz Österreich hat den Kopf geschüttelt, daß es uns überhaupt gelungen ist, 50 Prozent zu bekommen. (Abg. Dr. Maitz: „Was sind die Folge-

kosten?“) Das sage ich dir gleich, aber sei jetzt einmal ruhig! (Abg. Dr. Maitz: „Nein!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Es ist schon spät, aber trotzdem!“) Die Folgekosten sind seit dem Jahr 1986 bei all den Bauten, die wir durchgeführt haben, mit 8,3 Prozent fixiert. Das sind diese Folgekosten. Was die Folgekosten gegenüber dem Bund aus dem klinischen Mehraufwand betrifft, so basieren sie auf einem Vertrag, den in den fünfziger Jahren mit allem Respekt der sehr geschätzte Herr Landeshauptmann Krainer senior abgeschlossen hat. (Abg. Dr. Maitz: „Seither hast du nie verhandelt?“) Und im Jahr 1993 hat, wohl wissend über die Folgekosten (Abg. Dr. Maitz: „Seither hast du über die Folgekosten nie verhandelt?“), der Herr Landeshauptmann Krainer junior seine Unterschrift unter dieses Papier gesetzt. Und es sind 8,3 Prozent, und die wissen wir. Was wir nicht wissen, sind zum Beispiel die Folgekosten der Olympiade. Diese würden wir gerne von Ihnen erfahren. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt sage ich Ihnen aber auch noch eines – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nimmst du die Diskussion noch ernst, wenn du über die Folgekosten einer Olympiade redest, oder willst du nicht mehr ernst genommen werden?“) Das mußt du den Kollegen Hirschmann fragen, ob er diese Diskussion um die Olympiade ernst nimmt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Selber der größte Ätzer, und so empfindlich! Das paßt zu deiner Frisur – wie ein kleines Mädchen!“)

Aber jetzt, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich Ihnen wieder etwas sagen, was Ihnen auch keine besondere Freude machen wird. Herr Vizekanzler und Wissenschaftsminister Busek hat in der vergangenen Woche seinen schwarzen steirischen Parteifreunden eine eindeutige Absage erteilt. Ich darf es Ihnen, wenn Sie es noch nicht wissen sollten, ganz kurz schildern. Heute vor einer Woche, am Dienstag, dem 22., fand in Wien ein Gespräch zwischen Busek und Herren des Ministeriums und Vertretern der Grazer Klinik statt. Da ging es um diesen Staatsvertrag, und da ging es auch um die von Ihnen angestrebte Übernahme der Kliniken vom Land in den Bund. Spektabilis Kenner und die anderen Herren, die in Wien bei Busek waren, haben mich ausdrücklich ermächtigt, das dem Hohen Landtag mitteilen zu dürfen. Vizekanzler Busek hat nämlich entgegen Ihrem Mehrheitsbeschluß vom 16. November eindeutig gesagt, wörtlich, eine Übernahme der Kliniken durch den Bund ist für Busek überhaupt nicht diskutabel. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das glaube ich ihm!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Er weiß, was es ihn kosten würde!“) Busek steht vorbehaltlos zu dem Projekt LKH 2000, Busek steht zum Gesamtprojekt LKH 2000 und ist auch nicht bereit, irgendein Projekt herausziehen zu lassen, und die Finanzierung ist gesichert im Einvernehmen mit dem Finanzminister Lacina, weil ja bekanntermaßen die AKH-Finanzierung ausläuft und dieses Geld für die Steiermark bereitstünde. Und Busek hat dann noch etwas gesagt, und im Einvernehmen mit diesen Herren darf ich wörtlich zitieren: Busek hat gemeint, wenn die Steiermark das Geld nicht will, finden sich genug andere Bundesländer. Innsbruck hat zum Beispiel ein Universitätsprojekt in einer Gesamthöhe von 5,2 Milliarden Schilling laufen. Überhaupt schien Busek über die Haltung seiner schwarzen Parteifreunde in der Steiermark nicht sehr

glücklich gewesen zu sein. (Abg. Dr. Lopatka: „Das werden Sie wissen, Herr Dr. Strenitz!“) Er hat nämlich folgende Botschaft mit auf den Weg gegeben. Er hat gesagt, er, Busek, wäre bereit, mit der Ebene unter Krainer zu reden, um diesen Herrschaften sozusagen die Sinnhaftigkeit des Projektes LKH 2000 zu erklären. Wörtlich genannt hat er die Herren Hirschmann, Frizberg, Lopatka und auch Maitz. Ich würde empfehlen, die Einladung des Ministers Busek im Interesse der Steiermark anzunehmen. (Abg. Dr. Maitz: „Die Märchenstunde des Herrn Dr. Strenitz, anstatt selber zu verhandeln. Er ist sich zu gut, daß er etwas unternimmt!“) Ich habe Busek geschrieben, ich habe ihn angerufen, ich habe mit seinem Büro telefoniert, und die Ergebnisse kennen Sie. Meine Damen und Herren, ich mache eine kurze Anmerkung auch zum Personal. Ich mache eine Anmerkung zum Personal, weil der von mir sehr geschätzte Zentralbetriebsratsobmann Fischer-Felgitsch auch hier im Zuschauerraum anwesend ist. Es gibt auch auf dieser Tafel bezüglich des Personals ein Szenario. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist ein Verkehrsverbundfahrplan!“)

Das ist vielleicht auch eine Methode, die Sache lächerlich zu machen, aber wenn dann die Krankenschwester wirklich fehlt, schaut es dann halt anders aus. Aber ich sage Ihnen, was da drinnensteht. Wenn diese 5,8 Prozent kommen, dann bedeutet das ein Einfrieren des Personalstandes auf fünf Jahre – trotz mehr Patienten. Und wer die Krankenhäuser kennt, weiß, wie das Personal dort belastet wird und wie es manchenmal geschlaucht ist. Ich wundere mich, daß ein Personalvertreter aus Ihren Reihen bereit ist, einen solchen Kurs der Demoralisierung des Personals mitzumachen. Denn dann gehen nämlich die Schwestern. Und dann wundern Sie sich, daß die Schwestern gehen und verlangen dann, daß wir wieder welche bringen sollen. Das ist die Zwiespältigkeit. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Schuld ist der Landesrat, daß sie gehen!“) Auf einen Zwischenruf des Herrn Lopatka möchte ich mich nicht unbedingt einlassen – auf sein Niveau möchte ich mich nicht begeben. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie sind der Schwesternschreck!“)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Schluß kommend zwei Dinge sagen. Das eine ist, und wieder gewendet an die Adresse des Herrn Mag. Rader, der gemeint hat, der zuständige Referent hätte nie verhandelt. Wir sind, die Herren des Vorstandes und ich, beginnend ab dem Sommer 1993 von Landtagsklub zu Landtagsklub und von Partei zu Partei gezogen und haben Zahlen, Daten, Fakten und Unterlagen im Überfluß auf den Tisch gelegt. Aber eines, sehr geschätzter Mag. Rader, werden Sie von mir nicht hören: Wenn wir nämlich das, was wir mit der gleichen Anzahl bauen wollen wie Wien, in derselben Bettenzahl von 1700 Betten, um ein Viertel des Preises hinstellen, nämlich nicht um 38 Milliarden, sondern um 9 Milliarden, und davon noch die Hälfte geschenkt bekommen, dann werden Sie von mir keine Abstriche mehr in der Qualität hören und keine Abstriche mehr, was zeitliche Verlängerungen betrifft. Denn eine Bauzeit von zwölf Jahren ist lange genug. Jedes Prozent weniger sind mindestens fünf Jahre plus. Und wenn Sie es dann auf das Jahr 2011 oder 2017 prolongieren, dann sind uns die anderen wieder 30 Jahre voraus. Und diese Varianten werden Sie von mir mit

Sicherheit nicht zu hören bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt sage ich ganz zum Schluß, meine Damen und Herren, ich appelliere. Wir haben eine große Chance, das in der Steiermark fortzuführen, was wir seit sechs oder sieben Jahren begonnen haben. Wenn es aber andersherum geht, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Steirer in ihren Chancen im Hinblick auf die Gesundheit über kurz oder lang noch schlechter gegenüber den anderen Bundesländern dastehen, als es heute der Fall ist. Und ich sage Ihnen noch einmal, das ist keine Zwangsjacke für Strenitz, aber das ist eine Zwangsjacke für die steirische Bevölkerung. Ich sage Ihnen noch, damit auch da Klarheit besteht, Spitäler oder Olympia, Spitäler und oder Olympia, eine sehr klare Aussage. (Abg. Tasch: „Herr Landesrat!“) Laß mich ausreden, dann wirst vielleicht gar nicht mehr fragen brauchen. (Abg. Tasch: „Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich in die Länge!“) Ich weiß, du bist schon ein bißchen müde, schaut zwar kräftig aus, aber dies ist offenbar nicht mehr der Fall. Ich sage eines zu Olympia, damit hier Klarheit besteht. Niemand von uns wendet sich gegen irgendein Projekt, das die Steiermark wirtschaftlich voranbringt oder auch ihr Selbstbewußtsein stärkt. Aber eines sage ich Ihnen, Olympia ist heute eine Vision, die Baupläne für die Spitäler und das vorhandene Geld in Höhe von 4,5 Milliarden sind Realität. Ich sage, wenn wir uns alles leisten können, dann bitte auch Olympia. Aber wenn wir uns nicht alles leisten können, dann sage ich, dann ist Olympia ein Luxus und die Spitäler für die steirischen Menschen eine bittere Notwendigkeit. (Beifall bei der SPÖ.) Und es hat der Präsident der steirischen Ärztekammer zu Recht festgestellt, das ist jetzt wirklich meine letzte Aussage, die Menschen haben ein Recht auf Gesundheit. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Damit bin ich einverstanden!“) Sie haben ein natürliches Recht auf dieselben Möglichkeiten zur Gesundheit wie alle anderen Landesbürger in Österreich auch. Und normalerweise sollte es, um dieses Ziel zu erreichen, keines Volksrechtsgesetzes bedürfen. Aber, meine Damen und Herren, wenn es jemanden gibt, der diesen Weg nicht beschreiten will, dann sage ich, dann sollte er auch keine Angst haben, den höchsten Souverän der Steiermark, nämlich die Steirerinnen und Steirer, zu befragen. Ich hoffe aber und appelliere, daß wir uns ganz im joanneischen Geist alle zu einem großen Jahrzehnt des Spitalbaues aufraffen, und Sie, meine Damen und Herren, würden sich in der Geschichte dieses Landes und in der Geschichte dieses Landesparlaments unschätzbare Verdienste erwerben. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 0.35 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wünscht der Herr Berichterstatter, ein Schlußwort zu halten? Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Rader (0.35 Uhr):** Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich in ein paar Sätzen auf Diskussionsbeiträge eingehe, die zu dieser Diskussion geleistet worden sind, wobei ich mich vorweg sehr herzlich dafür bedanke, daß dieser Bericht eine derart umfangreiche Diskussion gehabt hat. Es ist seiner

würdig gewesen, zumindest vom Zeitablauf her. Ich möchte zum letzten Diskussionsbeitrag sagen, es ist hier die Frage aufgetaucht, was denn eine Hausfrau sagt, wenn sie plötzlich in der Situation ist, auf Grund eines geringeren wirtschaftlichen Einkommens mit weniger Haushaltsgeld auszukommen, und ob sie denn dann überhaupt noch kochen kann? Diese Frage kann man – glaube ich – den meisten Hausfrauen in der Steiermark stellen, weil viele von ihnen in dieser Situation sind, und zwar seit Jahren schon, und das bestens bewältigen, auch wenn es schwer ist und sie sich selbst wundern, warum das, was sie bestens bewältigen, in der öffentlichen Hand noch immer keinen Eingang gefunden hat und hier man glaubt, weiter Schulden machen zu können, was in den einzelnen Haushalten schon längst nicht mehr möglich ist. Meine Damen und Herren, ich darf auch zur Anmerkung des Herrn Landesrates Strenitz im Zusammenhang mit der Schließung der Spitäler noch einmal wiederholen. Ich bin sehr froh, daß er angekündigt hat, daß er uns dieses Papier „Sandkasten“ zur Verfügung stellen wird, weil ich glaube und behaupte, wenn das Gegenteil beweisbar ist, dann bitte es zu tun, es gibt keinen einzigen Zettel Papier von relevanten Persönlichkeiten inklusive des Vorstandes der KAGES, den baue ich ein, in dem nur ein Satz davon steht, daß ein einziger Spitalsstandort in der Steiermark aufgegeben wird, das heißt, dieses Spital geschlossen wird. Diese Interpretation ist wirklich allein dem Herrn Landesrat vorbehalten geblieben. (Landesrat Dr. Strenitz: „Wenn nicht investiert wird, stellt sich über kurz oder lang die Frage nach dem Standort!“) Es gibt kein Papier, in dem irgendwo steht, daß ein Standort aufgelassen werden soll.

Meine Damen und Herren, es ist die Frage aufgeworfen worden von Herrn Landesrat Strenitz und vom Herrn Landesfinanzreferenten, warum denn für uns in unserer Vorgangsweise auch im Ausschuß die Spitäler der Knackpunkt waren, wo doch – so hat der Herr Landesrat gesagt – er ohnehin keinen Groschen mehr eingesetzt hat, als im Vorjahr der Fall war. Warum sollte das der Knackpunkt sein? (Landesrat Ing. Ressel: „Gespräche wurden angeregt!“)

Sehen Sie, Herr Landesrat, genau das ist der Ansatzpunkt. Der Ansatzpunkt war nicht die Frage der Ziffer des Jahres 1994, die haben wir ja unverändert von Ihnen übernommen, sondern die Aussichten der nächsten Jahre, die auf uns zukommen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß jedesmal mit Beschlußfassung eines Budgets das Versprechen gekommen ist, Gespräche im nächsten Jahr über eine Eingrenzung der Entwicklung zu führen, die natürlich ausgeblieben sind, weil jeder unterm Jahr etwas anderes zu tun hat. Dann war wieder das Budget da, dann ist wieder das Versprechen abgegeben worden, die Gespräche zu führen. Das verfolgen wir nun seit drei Jahren, und irgendwann einmal hat die Mehrheit dieses Hauses gesagt, jetzt werden wir das neue Budget erst dann beschließen, wenn klar ist, wie die Situation tatsächlich weitergeht. Daher war es notwendig, bis zur Klärung dieser Frage – und die erfolgt mit dem heutigen Tag –, ein Budgetprovisorium zu beschließen, was auch die Frage des Herrn Finanzreferenten beinhaltet, wozu wir das überhaupt gebraucht haben. Und noch dazu, es hat dieser Bericht beinhaltet eine

Größenordnung, die auch im Jahr 1994 wirksam wird, auch wenn das gelegentlich bestritten wird. Ich gebe schon zu, einige Punkte sind drinnen, wo der Herr Finanzreferent zu Recht sagt, die wären ohnehin nicht ausgegeben worden, da hat sich der Ausschuß natürlich gefragt, wenn diese Dinge ohnehin nicht ausgegeben werden, und man weiß das von vornherein, warum um Gottes willen steht es dann im Budget? Wir haben hier zum Teil – da haben Sie völlig recht, Herr Landesrat – eigentlich nichts anderes getan, als das Budget richtig geschrieben, so wie Sie es hätten vorgelegen sollen auf Grund Ihrer Erkenntnisse, wobei ich sicher bin, Ihre Erkenntnisse sind größer als unsere. Sie haben auch die Frage aufgeworfen, Herr Finanzreferent, warum man denn 5,8 Prozent Zuwachs zum Spitalsbudget nicht von der Ziffer 1993 genommen hat, sondern erst von der Ziffer 1994. Ganz einfach, weil wir auf die Seriosität jener Ziffern vertraut haben für das Jahr 1994, die Sie vorgelegt haben. Daher sind wir davon ausgegangen, daß Ihre Ziffer für das Jahr 1994 selbstverständlich die korrekte ist, die in diesem Jahr vorliegt. (Landesrat Ing. Ressel: „Das bedeutet, daß Sie die 300 Millionen Kreditemächtigung genehmigen werden?“)

Verehrter Herr Landesrat, wenn Sie den Bericht genau gelesen hätten, dann wüßten Sie, daß wir uns zu dieser Frage nicht geäußert haben. Das beantwortet auch die Frage des Kollegen Flecker, der Regierungsmitgliedern unterstellt hat, in ihrem ursprünglichen Budgetentwurf 1994 unseriös – ich verwende jetzt sein Wort, er hat es auch im Ausschuß verwendet, ich habe es damals schon zurückgewiesen – budgetiert zu haben. Meine Damen und Herren! (Abg. Dörflinger: „Sind die 300 Millionen drinnen oder nicht?“) Ich möchte bitte klarstellen, daß aus den Erkenntnissen, die wir im Ausschuß gewonnen haben, kein einziges Regierungsmitglied wissentlich unseriös budgetiert hat, kein einziges Regierungsmitglied. Ich halte das – verzeihen Sie mir diesen Ausdruck – für eine Infamie, diejenigen, die unter Blut und Tränen aus ihren seriösen Budgetziffern sich noch abringen lassen, weiter Abstriche zu machen, dafür in der Öffentlichkeit und in diesem Hause zu beschimpfen. Man muß ihnen danken, und ihnen nicht solche Dinge unterstellen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich will nicht näher auf die Details eingehen, denn es ist schon spät oder früh am Morgen. Ich darf aber nur abschließend sagen, meine Damen und Herren, wir können guten Gewissens sagen, wir haben in den letzten Wochen ein beachtliches Stück Arbeit geleistet. Wir haben aber vor allem eines erreicht, und das geben in Vier-Augen-Gesprächen auch alle zu, auch die Betroffenen: Wir haben einen Umdenkprozeß in den letzten Wochen eingeleitet – einen Umdenkprozeß in der Beamten-schaft, einen Umdenkprozeß in der Öffentlichkeit, auch einen Umdenkprozeß in der Politik. Und es wird jetzt unsere Aufgabe sein, diesen Umdenkprozeß weiter forzuführen. Ich möchte aber gerade in dieser Stunde keinen Zweifel daran lassen, daß der Hauptteil der Arbeit erst auf uns zukommt. Wir müssen es nämlich schaffen, gemeinsam als Landtag, den Deckel, den wir jetzt draufgelegt haben, auch tatsächlich draufzulassen, und nicht zulassen, daß er wieder abgehoben wird und daß man versucht, das, was wir jetzt geschaf-

fen haben, schrittweise wieder abzubauen. Das wird die viel schwierigere Aufgabe werden. Das hat auch der Herr Finanzreferent heute völlig richtig gesagt. Ich habe ihn ja nie als Gegenüber gesehen in diesen letzten Wochen, wenngleich er aus verschiedenen Gründen, und das ist in der Politik halt einmal so, gelegentlich als Gegenüber aufgeschienen ist. Ich habe ihn immer als Partner gesehen. Ich möchte mir wünschen, daß wir in den nächsten Jahren, der Landtag und der Finanzreferent, gemeinsam als Partner gegen eine weitere Verschuldung unseres Landes auftreten. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 0.44 Uhr.)

**Präsident:** Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Frizberg und Gennaro, betreffend die Maßnahmen zur Verwaltungsinnovation.

Eingbracht wurde weiters ein Beschlußantrag der Abgeordneten Gennaro, Vollmann, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch und Ussar, betreffend die Berücksichtigung der verbindlichen Förderungszusagen in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus im zweiten Entwurf eines Landesvoranschlages 1994.

Weiters wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ zur Sicherung des Steirischen Gesundheits- und Krankenanstaltenwesens nach österreichischem und europäischem Standard eingbracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in allen drei Fällen geschehen. Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Gross und Gennaro, betreffend den Bericht des Rationalisierungs-Ausschusses an den Landtag, Einl.-Zahl 761/2, zweitens über den selbständigen Antrag des Rationalisierungs-Ausschusses, betreffend die Leistungen des Landes Steiermark und die Verwaltungsinnovation, Einl.-Zahl 761/2, drittens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Frizberg und Gennaro, betreffend die Maßnahmen zur Verwaltungsinnovation, viertens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Berücksichtigung der verbindlichen Förderungszusagen in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus im zweiten Entwurf eines Landesvoranschlages 1994, und fünftens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ zur Sicherung des Steirischen Gesundheits- und Krankenanstaltenwesens nach österreichischem und europäischem Standard.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag

der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Gross und Gennaro, betreffend den Bericht des Rationalisierungs-Ausschusses, Einl.-Zahl 761/2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem selbständigen Antrag des Rationalisierungs-Ausschusses, Einl.-Zahl 761/2, betreffend die Leistungen des Landes Steiermark und die Verwaltungsinnovation, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Frizberg und Gennaro, betreffend die Maßnahmen zur Verwaltungsinnovation, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Berücksichtigung der verbindlichen Förderungszusagen in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus im zweiten Entwurf eines Landesvoranschlages 1994, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ zur Sicherung des Steirischen Gesundheits- und Krankenanstaltenwesens nach österreichischem und euro-

päischem Standard ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

**17. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 808/1, betreffend den Bericht über das vierte Quartal über den Stand der Europäischen Integration.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Reinhold Purr. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Purr** (0.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 808/1, enthält den Bericht über das vierte Quartal über den Stand der Europäischen Integration. Es wird berichtet zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie über die Beitrittsverhandlungen zur EG beziehungsweise der Europäischen Union und Österreich. Der Antrag liegt umfangreich vor. Ich beantrage die Kenntnisnahme. (0.49 Uhr.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 2. März 1994 – 0.50 Uhr.)